

# LEHRBUCH DES KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS

VON

DR. JOHANNES BAPTIST SÄGMÜLLER

PROFESSOR DER THEOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN

VIERTE, AUF GRUND DES CODEX JURIS CANONICI  
VOLLSTÄNDIG UMGEARBEITETE AUFLAGE

ERSTER BAND / DRITTER TEIL  
DIE KIRCHLICHEN PERSONEN  
DIE KLERIKER IM ALLGEMEINEN



FREIBURG IM BREISGAU 1930  
HERDER & CO. G.M.B.H. VERLAGSBUCHHANDLUNG

7268/5

## Imprimatur

Friburgi Brisgoviae, die 23 Septembris 1929

d. m.  
Rösch

Alle Rechte vorbehalten

Buchdruckerei von Herder & Co. G.m.b.H. in Freiburg i. Br.

## INHALT.

### Drittes Buch.

#### Die kirchlichen Personen: Die Kleriker im allgemeinen.

(Can. 87—214.)

#### Erstes Kapitel.

##### Das kirchliche Personenrecht im allgemeinen.

(Can. 87—107.)

	Seite
§ 53. Die Rechtspersönlichkeit . . . . .	279
§ 54. Das Alter . . . . .	287
§ 55. Der Geburtsort, Wohnsitz, Aufenthalt . . . . .	290
§ 56. Die Verwandtschaft und Schwägerschaft . . . . .	293
§ 57. Die Zugehörigkeit zu einem Ritus . . . . .	301
§ 58. Die juristischen Personen . . . . .	303
§ 59. Willensmängel bei Rechtsgeschäften . . . . .	310
§ 60. Das Beispruchsrecht Dritter gegenüber dem kirchlichen Obern . . . . .	315
§ 61. Die Präzedenz . . . . .	316

#### Zweites Kapitel.

##### Die Aufnahme in den Klerikerstand. Die Rechte und Pflichten der Kleriker.

(Can. 107—144.)

§ 62. Der Kleriker- und Laienstand. Die Kirchengewalt. Die Hierarchie . . . . .	319
§ 63. Die Exemption . . . . .	322
§ 64. Die Aufnahme der Kleriker in die Diözese . . . . .	330
§ 65. Die Rechte und Privilegien der Kleriker im allgemeinen . . . . .	333
§ 66. Das Privilegium canonis . . . . .	335
§ 67. Das Privilegium fori . . . . .	339
§ 68. Das Privilegium immunitatis . . . . .	346
§ 69. Das Privilegium competentiae . . . . .	351
§ 70. Der Verzicht, Verlust und Wiedererwerb der Privilegien der Kleriker . . . . .	353
§ 71. Die allgemeinen Standespflichten der Kleriker . . . . .	353

	Seite
§ 72. Die besondern Standspflichten der Majoristen: Ehelosigkeit und Breviergebet . . . . .	375
A. Die Ehelosigkeit . . . . .	376
B. Das Breviergebet . . . . .	383

## Drittes Kapitel.

## Das Kirchenamt.

(Can. 145—195 1409—1488.)

§ 73. Begriff und Arten des Kirchenamts . . . . .	387
§ 74. Begriff und Arten der Verleihung des Kirchenamts . . . . .	392
§ 75. Die freie Verleihung . . . . .	396
§ 76. Die Wahl . . . . .	408
§ 77. Die Postulation . . . . .	416
§ 78. Die Erledigung der Kirchenämter . . . . .	418

## Viertes Kapitel.

## Die mit dem Kirchenamt verbundene Jurisdiktion.

(Can. 196—210.)

§ 79. Die Arten der mit dem Kirchenamt verbundenen Jurisdiktion . . . . .	427
§ 80. Die Verwaltung der Jurisdiktion . . . . .	433

## Fünftes Kapitel.

## Die Zurückversetzung von Klerikern in den Laienstand.

(Can. 211—214.)

§ 81. Die Laisierung von Klerikern . . . . .	438
Berichtigungen und Ergänzungen . . . . .	443

## Drittes Buch.

Die kirchlichen Personen:  
Die Kleriker im allgemeinen.

(Can. 87—214.)

## Erstes Kapitel.

Das kirchliche Personenrecht im allgemeinen<sup>1</sup>.

(Can. 87—107.)

## § 53.

## Die Rechtspersönlichkeit.

Can. 12 87. Weitere Quellenstellen oben § 16 17.

Stutz, Der Geist des CJC. 193 ff. Falco, Introduzione allo studio del „Codex Jur. Can.“ 127. Hilling, Die allgem. Normen des CJC. 102 ff. S. d'Angelo, Jus Digestorum additis jurium nostri temporis praesertim juris canonici annotationibus I (1927) 225. — K. Schmidt, Die Konfession der Kinder nach den Landesrechten im Deutschen Reiche, 1890. [Viele Liter.] Eine Reihe weiterer einschläg. Abhandlungen von Schmidt verzeichnet F. H. Vering, Lehrb. des KR.s<sup>9</sup> 917, A. 3. A. B. Schmidt, Der Austritt aus der Kirche, 1893. [Viele Liter.] Ders., Neue Beiträge zum Austritt aus der K. (Festschrift für Friedberg [1908] 73 ff.). W. Kahl, Die Konfession der Kinder aus gemischter Ehe, 1894. K. A. Geiger, Die Wahl des Glaubensbekenntnisses nach bayr. Recht, 1899. Ders., Die religiöse Erziehung der Kinder im Deutschen Reiche, 1903. E. Eck, Die Begründung der kirchl. Mitgliedschaft nach kan. u. bayr. R., 1900. [Die 2. Aufl., 1910, ist nur neue Ausg.] F. Heiner, Der sog. Toleranzantrag (1902) 142 ff. 250 ff. J. Kiene, Kath. Pfarrgemeindegesetz v. 14. Juni 1887 u. 22. Juli 1906 (1906) 167 ff. A. Hofmann, Die relig. Erz. der Kinder aus gemischten Ehen in Bayern, 1906. W. Güttler, Die relig. Kindererz. im Deutschen Reiche, 1908. [Viele Liter.] J. Alethes, Die Konfessionsänderung u. die relig. Kindererz. im Königreich Sachsen, 1909. A. Graf v. Montgelas, Die relig. Erz. der Kinder aus gemischten Ehen im Königreich Sachsen, 1911. Ch. Caro, Gesetz betreffend den Austritt aus der Kirche v. 14. Mai 1873, 1911. K. Fauser, Die Konfession der Kinder in Württemberg nach dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung u. R.sprechung, 1911. W. Bärthlein, Die relig. Kindererz. in Bayern, 1912. O. Kollmann, Die Religionsverhältnisse der

<sup>1</sup> Vorauszuschicken ist, daß der CJC. in der Behandlung des kirchl. Personenrechts im allgemeinen nicht erschöpfend sein will.

Kinder in Bayern, 1913. H. Engelmann, Die staatl. Vorschriften über die relig. Erz. der Kinder im Gebiet des Preuß. Allgem. Landrechts, 1913. M. Keller, Relig. Kindererz. nach bad. R., 1913. H. Schäfer, Das R. der relig. Kindererz. im Großherzogtum Hessen, 1913. K. Eckold, Der Kircheneintritt u. Kirchenaustritt, 1913. E. Jacobi, Relig. Kindererz. nach sächs. R., 1914. Girisch-Hellmuth-Pachelbel, Handwörterbuch des bayr. Staatskirchenrechts<sup>2</sup> (1914) 140 ff. 195 ff. [Reiche Liter.] W. Marx, Die Grundsätze des Kammergerichts betreffs der relig. Kindererz., 1915. Ders., Das RG. über die relig. Kindererz. v. 15. Juli 1921, <sup>1</sup>1921, <sup>2</sup>1922. B. v. Bonin, Die Bestimmungen über das Bekenntnis der Kinder, 1916. Ders., RG. über die relig. Kindererz. — Religions-Erziehungsgesetz — v. 15. Juli 1921, 1921. R. Marsson, Gibt es in Preußen einen Austritt aus der Kirche? (Deutsche Juristenzeitung XXV [1920] 742 ff.) G. Püschmann, Die Grundzüge des R.s der relig. Kindererz. in ihrer geschichtl. Entwicklung in den vier deutschen Königreichen nach Gesetzgebung und R.sprechung, 1916. A. Krahe, Die relig. Kindererz. in Preußen, 1916. H. Besig, Die relig. Erz. der Kinder, insbesondere in Mischehen im Gebiete des Allgem. Landrechts nach der R.sprechung des Kammergerichts, 1917. Ders., Die Grundsätze über die relig. Kindererz. nach dem RG. v. 15. Juli 1921, <sup>1</sup>1921, <sup>2</sup>1922, <sup>3</sup>1925. Ders., Die rechtl. Bedeutung des Taufakts für die Fragen der relig. Erz. (Preuß. Pfarrarchiv XV [1926] 305 ff.). F. Meister, Die Verträge über die relig. Kindererz., 1918. P. Liedgens, Der Austritt aus der Kirche in Preußen u. seine rechtl. Wirkungen, 1918. G. Hohe, Die Bedeutung der vollkommenen Gewissensfreiheit nach bayr. Verfassungsrecht mit Bezug auf die relig. Kindererz., 1919. B. Ziethen, Der Einfluß von Statusänderungen auf die relig. Erz. Jugendlicher mit besonderer Berücksichtigung der R.sprechung des Kammergerichts, 1919. G. Oesterle, Kirchenaustritt und Wiederversöhnung (Theol.-prakt. Qschr. LXXIV [1921] 173 ff.). F. J. Evens, Die relig. Kindererz. Eine Untersuchung zum RG. v. 15. Juli 1921 über die relig. Erz. der Kinder, 1922. Th. Engelmann, Das RG. über die relig. Erz. der Kinder v. 15. Juli 1921, 1922. Th. v. der Pfordten, Gesetz über die relig. Kindererz. v. 15. Juli 1921, 1922. W. Gorges, Die relig. Erz. der Kinder, insbesondere bei einem Religionswechsel der Eltern nach dem geltenden Landesrecht in Preußen, Hall. Diss., Maschinenschr., 1922. H. Emmendorffer, Rechtliche Grundlagen relig. Kindererz., Würzb. Diss., Maschinenschr., 1922. R. Bartmuf, Das Recht der relig. Kindererz., Würzb. Diss., Maschinenschr., 1922. F. v. Schuckmann, Das RG. über die relig. Kindererz. v. 15. Juli 1921, Königsb. Diss., Maschinenschr., 1922. K. Wolf, Das Recht der relig. Kindererz. nach dem RG. v. 15. Juli 1921, Würzb. Diss., Maschinenschr., 1922. E. Kullmann, Das RG. über die relig. Kindererz. v. 15. Juli 1921, Erl. Diss., Maschinenschr., 1923. Th. Kipp, Die relig. Kindererz. nach Reichsrecht (aus der Festgabe der Berliner jurist. Fakultät für Kahl), 1923. M. Flöttmann, Die reichsrechtl. Regelung der relig. Kindererz. im Deutschen Reiche, Kiel. Diss., Maschinenschr., 1924. H. Höhl, Das Konfessionsbestimmungsrecht der Eltern und des Vormundes nach dem RG. v. 15. Juli 1921, Würzb. Diss., Maschinenschr., 1924. R. A. Wolf, Die relig. Erz. nach dem RG. v. 1921 unter besonderer Berücksichtigung Bayerns, Würzb. Diss., Maschinenschr., 1924. Rib-Weitprecht-Richter, Jugendwohlfahrtsrecht, Bd. I: Relig. Kindererz., 1925. G. Morzynski, Die relig. Kindererz. im Deutschen Reiche nach altem u. neuem R. unter besonderer Berücksichtigung der verwitweten Mutter, Bresl. Diss., Maschinenschr., 1925. F. Strobl, Die relig. Erz. der Kinder nach dem Gesetz v. 29. Juli 1921, Erl. Diss., Maschinenschr., 1925. J. H. Weber, Die relig. Kindererz. nach geltendem R., Leipz. Diss., Maschinenschr., 1925. A. K. Weißwange, Die relig. Kindererz. nach dem Gesetz v. 15. Juli 1921, Leipz. Diss., Maschinenschr., 1925. H. B. Scheuffler, Die relig. Kindererz. nach dem RG. v. 15. Juli 1921, Leipz. Diss., Maschinenschr., 1925. E. F. Haase, Die relig.-weltanschaul. Erz. nach deutschem R., insbesondere auf Grund des RG.s

v. 15. Juli 1921, Leipz. Diss., Maschinenschr., 1925. L. Beer, Die Bestimmung der Konfession der Kinder nach § 17, Abs. II u. III in der Bayr. Verf. v. 14. Aug. 1919, Erl. Diss., Maschinenschr., 1925. J. Linder, Die relig. Kindererz. in Bayern nach dem neuen Verf.-R., Erl. Diss., Maschinenschr., 1925. Th. Reiß, Der Austritt aus der Kirche nach dem geltenden bayr. Staatskirchenrecht, Würzb. Diss., Maschinenschr., 1925. V. Schneider, Die R.sfähigkeit nach staatskirchl. u. nach innerkirchl. R. unter besonderer Berücksichtigung der bayr. Verhältnisse, Würzb. Diss., Maschinenschr., 1925. M. Hockenmaier, Die relig. Kindererz. nach den staatl. Gesetzen u. den kath. Grundsätzen, 1926. C. J. Rösler, Die kirchenrechtl. u. staatsrechtl. Bedeutung der Taufe, 1926. V. Kühn, Das sächs. Kirchaustrittsgesetz in seinem Widerspruch zu Ordnung, Billigkeit, Recht, Gesetz, Glaubens- u. Gewissensfreiheit, 1926. F. Meß, Wer gehört der Kirche an? (A. des öffentl. R.s, N. F. X [1926] 1 ff.) Ders., Unfreiwillige Kirchenmitglieder (Verwaltungsarchiv XXXII [1927] 417 ff.). F. v. d. Heydt, Die Mischehe (1926) 125 ff. Roquette, Bekenntnis u. Kirche (A. des öffentl. R.s, N. F. XV [1928] 197 ff.; besonders 232 ff.). A. Meister, Die Taufe als R.shandlung oder als R.sgeschäft des bürgerl. R.s (A. für kath. KR. CVIII [1928] 98 ff.). R. Oeschey, Der Erwerb der Kirchenmitgliedschaft nach dem Staatskirchenrecht des Deutschen Reiches (A. des öffentl. R.s, N. F. XVI [1929] 1 ff.). [Mit reicher Liter.] Weitere Liter. oben § 16 17 u. 18 u. unten im Eherecht, § Die gemischte Ehe.

I. Unter der Rechtsfähigkeit oder Rechtspersönlichkeit versteht man die Fähigkeit, Träger (persona) von Rechten und Pflichten zu sein. Unter der kirchlichen Rechtsfähigkeit oder der kirchlichen Rechtspersönlichkeit versteht man die Fähigkeit, Träger von kirchlichen Rechten und Pflichten zu sein. Die bürgerliche Rechtsfähigkeit oder Rechtspersönlichkeit erlangt der Mensch mit der Vollendung der Geburt<sup>1</sup>. Die kirchliche Rechtsfähigkeit oder Rechtspersönlichkeit erhält er durch den gültigen Empfang der Taufe, näherhin der Wassertaufe<sup>2</sup>. Der Ungetaufte hat keine auf positiv kirchlichem Gesetz beruhenden Rechte und Pflichten<sup>3</sup>. Der Getaufte kann in seiner kirchlichen Rechtsfähigkeit beschränkt sein durch schwere Sünde<sup>4</sup>, Zugehörigkeit zu Häresie oder Schisma<sup>5</sup>, kirchliche Strafe<sup>6</sup>. Von Bedeutung sind für die Rechtsfähigkeit auch das Geschlecht<sup>7</sup> und der Sklavenstand<sup>8</sup>, sodann das Alter<sup>9</sup> und der Ort<sup>10</sup>. Manche kirchliche Rechte sind abhängig von der Gesundheit<sup>11</sup>, manche dauern über den Tod hinaus<sup>12</sup>.

<sup>1</sup> BGB. § 1.

<sup>2</sup> Can. 12 87. Die Begierdetaufe kann, weil nicht konstatierbar, für das Recht nicht in Betracht kommen.

<sup>3</sup> Oben § 16.

<sup>4</sup> Vgl. z. B.: Can. 855 856; 1240, § 1, 3<sup>o</sup>—6<sup>o</sup>.

<sup>5</sup> Oben § 17.

<sup>6</sup> Vgl. z. B.: Can. 765, 2<sup>o</sup>; 766, 2<sup>o</sup>; 795, 2<sup>o</sup>; 2257—2267 2268—2277 2278 bis 2285 2286—2305.

<sup>7</sup> Vgl. z. B.: Can. 118; 709, § 2; 742, § 2; 813, § 2; 968, § 1; 1262 1264; 2004, § 1; 2218, § 1.

<sup>8</sup> Vgl. Can. 987, 4<sup>o</sup>; 1083, § 2, 2<sup>o</sup>.

<sup>9</sup> Siehe § 54.

<sup>10</sup> Siehe § 55.

<sup>11</sup> Vgl. Can. 468 847—850; 858, § 2; 937—947 1650; 1757, § 1; 1795, § 2.

<sup>12</sup> Can. 1240. — Wie es eine bürgerl. Todeserklärung gibt, so auch eine kirchl. BGB. § 13—18 1348—1350. C. S. Off. 13. Mai 1868; 20. Juni 1883; 22. Aug. 1890;

II. Die durch die Taufe erlangte Mitgliedschaft der katholischen Kirche ist infolge des hierdurch eingepprägten character indelebilis unverlierbar<sup>1</sup>. Es ist also nach Dogmatik und kanonischem Recht ein völliger Austritt aus der katholischen Kirche undenkbar und der Versuch dazu ein schweres kirchliches Verbrechen, welches die ipso facto eintretende Exkommunikation nach sich zieht<sup>2</sup>.

Staatsrechtlich aber gilt, daß die Getauften, die von ihren Eltern oder deren gesetzlichen Vertretern in einer andern oder gar keiner christlichen Konfession erzogen werden, der katholischen Kirche nicht angehören, und daß keine Kirche bzw. Religionsgesellschaft ihre Glieder nach Erreichung des Diskretionsalters und nach Erfüllung bestimmter bürgerlich-rechtlicher Formalitäten hindern darf, aus ihr auszutreten, und zwar auch ohne sich einer andern religiösen Genossenschaft anzuschließen.

Nach RG. v. 15. Juli 1921 über die religiöse Kindererziehung gilt: § 1. Über die religiöse Erziehung eines Kindes bestimmt die freie Einigung der Eltern, soweit ihnen das Recht und die Pflicht zusteht, für die Person des Kindes zu sorgen. Die Einigung ist jederzeit widerruflich und wird durch den Tod eines Ehegatten gelöst. § 2. Besteht eine solche Einigung nicht oder nicht mehr, so gelten auch für die religiöse Erziehung die Vorschriften des BGB. über das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen. Es kann jedoch während bestehender Ehe von keinem Elternteil ohne die Zustimmung des andern bestimmt werden, daß das Kind in einem andern als dem zur Zeit der Eheschließung gemeinsamen Bekenntnis oder in einem andern Bekenntnis als bisher erzogen, oder daß ein Kind vom Religionsunterricht abgemeldet werden soll. Wird die Zustimmung nicht erteilt, so kann die Vermittlung oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichts beantragt werden. Für die Entscheidung sind, auch soweit ein Mißbrauch im Sinne des § 1666 des BGB. nicht vorliegt, die Zwecke der Erziehung maßgebend. Vor der Entscheidung sind die Ehegatten sowie erforderlichenfalls Verwandte, Verschwägerte und die Lehrer des Kindes zu hören, wenn es ohne erhebliche Verzögerung oder unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. . . . Das Kind ist zu hören, wenn es das zehnte Jahr vollendet hat. § 3. Steht dem Vater oder der Mutter das Recht und die Pflicht zu, für die Person des Kindes zu sorgen, neben einem dem Kinde bestellten Vormund oder Pfleger, so geht bei einer Meinungsverschiedenheit über die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in dem das Kind erzogen werden soll, die Meinung des Vaters oder der Mutter vor, es sei denn, daß dem Vater oder der Mutter das Recht der religiösen Erziehung auf Grund des § 1666 des BGB. entzogen ist. Steht die Sorge für die Person eines Kindes einem Vormund oder Pfleger allein zu, so hat dieser auch über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen. Er bedarf dazu der Ge-

nehmigung des Vormundschaftsgerichts. Vor der Genehmigung sind die Eltern, sowie erforderlichenfalls Verwandte, Verschwägerte und die Lehrer des Kindes zu hören, wenn es ohne erhebliche Verzögerung oder unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. . . . Auch ist das Kind zu hören, wenn es das zehnte Lebensjahr vollendet hat. Weder der Vormund noch der Pfleger können eine schon erfolgte Bestimmung über die religiöse Erziehung ändern. § 4. Verträge über die religiöse Erziehung eines Kindes sind ohne bürgerliche Wirkung. § 5. Nach der Vollendung des vierzehnten Lebensjahres steht dem Kinde die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Hat das Kind das zwölfte Lebensjahr vollendet, so kann es nicht gegen seinen Willen in einem andern Bekenntnis als bisher erzogen werden. § 6. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die Erziehung des Kindes in einer nicht bekenntnismäßigen Weltanschauung entsprechende Anwendung. § 7. Für Streitigkeiten aus diesem Gesetz ist das Vormundschaftsgericht zuständig. . . . § 8. Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen der Landesgesetze sowie Art. 134 des EG. zum BGB. werden aufgehoben. § 9. Verträge über religiöse Erziehung bleiben in Kraft, soweit sie vor Verkündung dieses Gesetzes abgeschlossen sind. Auf Antrag der Eltern oder des überlebenden Elternteils wird ein bestehender Vertrag durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts aufgehoben. § 10. Wenn beide Eltern vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verstorben sind und über die religiöse Erziehung in einem bestimmten Bekenntnis nachweisbar einig waren, so kann der Vormund bestimmen, daß sein Mündel in diesem Bekenntnis erzogen wird. Er bedarf zu dieser Bestimmung die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. § 11. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1922 in Kraft. Der Reichspräsident ist jedoch ermächtigt, das Gesetz für ein Land im Einvernehmen mit der Landesregierung zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft zu setzen<sup>1</sup>.

An rechtlichen Formalitäten wird in Preußen beim Austritt aus einer Religionsgesellschaft öffentlichen Rechts mit bürgerlicher Wirkung verlangt, daß der Austritt bei dem Amtsgericht seines Wohnsitzes von dem Austretenden entweder zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt oder als Einzelerklärung in öffentlich beglaubigter Form eingereicht wird. Die rechtlichen Wirkungen der Austrittserklärung treten einen Monat nach dem Eingang der Erklärung bei dem Amtsgericht ein; bis dahin kann die Erklärung in der obigen Form zurückgenommen werden. Das Amtsgericht hat von der Abgabe und der etwaigen Zurücknahme der Austrittserklärung unverzüglich den Vorstand der Religionsgemeinschaft, der der Erklärende angehört, zu benachrichtigen und demnächst dem Austretenden eine Bescheinigung über den vollzogenen Austritt zu erteilen. Die Austrittserklärung bewirkt die dauernde Befreiung des Ausgetretenen von allen Leistungen, die auf der persönlichen Zugehörigkeit zu der Religionsgesellschaft beruhen. Die Befreiung tritt ein mit dem Ende des laufenden Steuerjahres, jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Abgabe der Erklärung. Leistungen, die nicht auf der persönlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft beruhen, werden durch die Austrittserklärung nicht berührt. Das Verfahren selbst ist kostenlos<sup>2</sup>.

8. Mai 1891. CJC. Fontes IV, Nr. 1002 1076 1128 1135. L. Kaas, Kriegsverschollenheit und Wiederverheiratung nach staatl. u. kirchl. Recht, 1919.

<sup>1</sup> Trid. sess. VII de bapt. can. 7 8 13 14. Can. 732.

<sup>2</sup> Can. 2314, § 1, 1°; § 2.

<sup>1</sup> F. Giese, St. u. K. im neuen Deutschland (Jb. des öffentl. R.s XIII [1925] 265 f.).

<sup>2</sup> Verf. 30. Nov. 1920. Art. 76. Ges. 30. Nov. 1920. Giese a. a. O. 271 290 f. — In Württ. kann, wer das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, aus seiner Kirche

Wollen gültig Getaufte, aber nachher irgendwie aus der Kirche Ausgetretene die aktive Rechtsfähigkeit in ihr wieder erwerben, so müssen sie einen Akt der Unterwerfung unter sie vornehmen, der nicht als Übertritt, sondern sachgemäß als Rücktritt zur Kirche, Konversion, bezeichnet wird. Dieser Rücktritt kann nicht in der Wiederholung der gültigen Taufe bestehen, sondern nur in Handlungen, die bekunden, daß der Betreffende die Lehre der Kirche und diese selbst für die wahre halte und fortan auch äußerlich als deren Glied sich benehmen und angesehen sein wolle.

Alle formellen Häretiker, Apostaten und Schismatiker unterliegen der ipso facto eintretenden Exkommunikation. Die sakramentale, in der Beicht zu erteilende Lossprechung von dieser ist dem Apostolischen Stuhl speciali modo vorbehalten, so daß der gewöhnliche Beichtvater von ihr ohne besondere Vollmachten nicht absolvieren kann. Wenn

mit bürgerl. Wirkung durch eine Erklärung austreten, die persönlich zu Protokoll des Standesbeamten abzugeben ist. Zuständig ist der Standesbeamte des Wohnsitzes oder in Ermanglung eines württemberg. Wohnsitzes des gewöhnl. Aufenthalts des Austretenden. Die Absicht des Austritts ist mindestens einen Monat vor der Erklärung von dem Austretenden selbst mündl. oder schriftl. an den Vorsitzenden der Kirchengemeindevertretung oder den von ihr bestellten besondern Vertreter zu richten. Der Vertreter der Kirchengemeinde ist verpflichtet, dem Austretenden binnen drei Wochen eine Bescheinigung über den Empfang der Mitteilung zu übermitteln. Der Standesbeamte ist verpflichtet, vor der Entgegennahme der Austrittserklärung den urkundl. Nachweis zu verlangen, daß die Kirchengemeinde die vorschriftsmäßige Mitteilung rechtzeitig erhalten hat und seit dem Empfang der Mitteilung nicht mehr als drei Monate verstrichen sind. Der Standesbeamte benachrichtigt von der Abgabe der Austrittserklärung unverzügl. die Kirchengemeinde. Dem Austretenden ist auf Verlangen eine Bescheinigung über die Erklärung des Austritts zu erteilen. Nachdem im unmittelbar Folgenden der Austritt von Kindern unter 14 Jahren unter Rücksichtnahme auf das RG. über die religiöse Kindererziehung noch etwas näher geregelt ist, wird festgesetzt, daß, wenn ein Mitglied einer Kirche zu einer andern Kirche übertreten will, diese verpflichtet ist, vor der Aufnahme die Vorlegung einer Austrittsbescheinigung des Standesbeamten zu verlangen, es sei denn, daß der Übertritt in Todesgefahr erfolgt. Ist der Ausgetretene in eine andere Religionsgesellschaft aufgenommen oder in die Kirche zurückgetreten, so hat der Standesbeamte auf seinen Antrag oder auf Antrag der beteiligten Kirche dem Protokoll über die Erklärung des Austritts und der Austrittsbescheinigung einen Vermerk über die Aufnahme beizufügen. Die Aufnahme ist dem Standesbeamten durch eine Bescheinigung der Religionsgesellschaft nachzuweisen. Ges. über die Kirchen v. 3. März 1924. § 11—16: Giese a. a. O. 275 f. F. Haller, Das württ. Gesetz über die Kirchen v. 3. März 1924 (1924) 40 ff. — Bayern: Verf.-Urk. v. 14. Aug. 1919, 4. Abschn., § 17; Ges. v. 16. Jan. 1922: Giese a. a. O. 268 291. — Sachsen: Ges. v. 4. Aug. 1919; 26. Jan. 1920: Giese a. a. O. 291. — Baden: Ges. v. 30. Juni 1922, Art. 18 19: Giese a. a. O. 292 320. — Thüringen: Ges. v. 8. Juli 1922: Giese a. a. O. 292. — Hamburg: Ges. v. 23. Okt. 1922: Giese a. a. O. 292 f. — Oldenburg: Verf. v. 17. Juni 1919, § 15; Ges. v. 18. Mai 1922: Giese a. a. O. 269 f. 293. — Braunschweig: Ges. v. 23. Jan. 1919: Giese a. a. O. 293. — Anhalt: Ges. v. 31. März 1920: Giese a. a. O. 293 f. — Bremen: Ges. v. 9. Nov. 1922, § 3: Giese a. a. O. 294 325. — Lippe: Ges. v. 16. Mai 1919: Giese a. a. O. 294.

jedoch das Delikt auf irgend eine Weise, eventuell auch durch freiwilliges Geständnis des Schuldigen vor das äußere Forum des Ortsordinarius gebracht wird, so kann dieser, nicht aber ohne besonderes Mandat der Generalvikar, nachdem zuvor der Schuldige Häresie, Apostasie oder Schisma in rechtsgültiger Weise abgeschworen hat, die Absolution von der Zensur für den äußern Rechtsbereich erteilen, jeder Beichtvater aber, da die pro foro externo erteilte Absolution von der Zensur auch pro foro interno gilt, in der Beicht von der Sünde absolvieren. Rechtsgültig ist die abjuratio, wenn sie vor dem Ortsordinarius oder dessen Beauftragten und wenigstens zwei Zeugen geschieht<sup>1</sup>. Übrigens haben die Bischöfe in Deutschland bei dem häufigeren Vorkommen von formeller Häresie und Apostasie infolge häretischer und sozialer Agitation bzw. Unwillens über die Kirchensteuern weitgehende Fakultäten bzw. können sie solche haben auf Grund der von ihnen erbetenen und erlangten Quinquennalfakultäten<sup>2</sup>.

Daß bei materieller Häresie oder materiellem Schisma, die namentlich bei in gutem Glauben aufwachsenden Protestanten oder Schisma-

<sup>1</sup> Can. 2251; 2314, § 1, 1<sup>o</sup>; § 2. Doch verfallen die impuberes, die noch nicht volle 14 bzw. 12 Lebensjahre zurückgelegt haben, der Exkommunikation nicht, bedürfen also keiner Lossprechung von ihr. Can. 88, § 2; 2230. Russen, die zur Kirche zurückkehren wollen, dürfen außerhalb Rußlands nur mit Erlaubnis der Comm. Pontif. pro Russia oder eines Apostolischen Legaten aufgenommen werden (Acta Ap. Sedis XXI [1929] 94).

<sup>2</sup> Auf Bitten des Fürstbischofs u. Kardinals Bertram von Breslau gewährte die S. Poenit. am 19. Nov. 1924 allen deutschen Bischöfen auf drei Jahre, „ut delegare possint omnes confessarios in sua dioecesi rite approbatos ad proprios poenitentes, etiam alieno civili dominio forte subjectos, absolvendos pro utroque foro, omnia abjuratioe juridice peracta, praemissa tamen abjuratioe saltem secreta coram confessario, a censuris incursis ob peccata apostasiae, haeresis et schismatis, injunctis de jure injungendis, fortiter tamen et suaviter eosdem poenitentes monendo, ut apostasiam, si forte coram magistratu civili declarata fuerit, quatenus absque gravi incommodo fieri poterit, ad scandalum remotionem, retractent. Praesentibus ad triennium valituris“. Kirchl. Amtsbl. für die Diöz. Rottenburg 1925, Nr. 1. Ist auf weitere drei Jahre verlängert; vgl. auch A. für kath. KR. CVIII (1928) 127. Auch haben die Bischöfe nach den Quinquennalfakultäten von der Pönitentiarie die Vollmacht: „Absolvendi quoscumque poenitentes (exceptis haereticis haeresim inter fideles e proposito disseminantibus) a quibusvis censuris et poenis ecclesiasticis ob haereses tam nemine audiente quam coram aliis externatas incursis; postquam tamen poenitens magistros ex professo haereticalis doctrinae, si quos noverit, ac personas ecclesiasticas et religiosas, si quas hac in re complices habuerit, prout de jure, denuntiaverit; et, quatenus ob justas causas hujusmodi denuntiatio ante absolutionem peragi nequeat, facta ab eo seria promissione denuntiationem ipsam peragendi, cum primum et quo meliori modo fieri poterit, et postquam in singulis casibus haereses coram absolvente secreta abjuraverit, injuncta pro modo excessuum gravi poenitentia salutari cum frequentia sacramentorum et obligatione se retractandi apud personas, coram quibus haereses manifestavit, atque illata scandala reparandi.“ Hilling, Supplementum Cod. Jur. Can. (1924) 50 f.

tikern vorliegen, wenigstens ad cautelam dasselbe Verfahren wie bei den formellen eingehalten werden sollte, kann kein Zweifel sein<sup>1</sup>. Tatsächlich aber gestaltet sich auf Grund der erwähnten vom Apostolischen Stuhl gewährten Fakultäten der Verlauf der Aufnahme materieller Häretiker oder Schismatiker in die Kirche so, daß der Geistliche nach erfolgtem Religionsunterricht namentlich über die Unterscheidungslehren und nach angestellter Untersuchung über die Gültigkeit der Taufe den Bischof um Erlaubnis zur absolutio ab haeresi in foro externo und interno ad cautelam angeht. Der Akt der Aufnahme selbst kann sich in dreifacher Weise vollziehen: Ist die Taufe absolut zu spenden, so hat dies nach dem Ritus der Taufe für die Erwachsenen zu geschehen nach vorausgegangener professio fidei, aber ohne Abschwörung der Irrlehre und Lossprechung von der Exkommunikation, da die Taufe alles getilgt hat. Ist die Taufe bedingungsweise zu wiederholen, so hat der Konvertit zuerst die professio catholicae fidei nach dem Formular im CJC. abzulegen, wird sodann bedingt getauft, beichtet und kommuniziert, nachdem er vor der bedingungsweise zu erteilenden sakramentalen Absolution die absolutio ab haeresi vor der Beicht erhalten hat. Ist die Taufe gültig, so erfolgt zuerst die professio fidei, dann die absolutio ab haeresi, hernach die Beicht mit sakramentaler Absolution und die Kommunion<sup>2</sup>.

Wie den Austritt, so normieren die Staatsgesetze in erwähnter Weise auch den Rücktritt zur Kirche. Vor allem ist das Diskretionsalter gefordert. Die Aufnahme in die Kirche darf erst erfolgen, nachdem der Austritt aus Häresie oder Schisma bürgerliche Rechtskraft erlangt hat.

Wie der Rücktritt, so ist auch der Übertritt aus dem Unglauben zur Kirche an bestimmte Bedingungen gebunden. Derselbe hat mit freier Entschliebung, nach vorausgegangenem Unterricht im Glauben und Ablegung des Glaubensbekenntnisses, durch Empfang der Taufe zu geschehen.

Auch hier fordert der Staat die oben bemerkten Diskretionsjahre und seinerseitige Kognition der Aufnahme.

<sup>1</sup> Can. 2200, § 2.

<sup>2</sup> Modus excipiendi professionem fidei catholicae a neoconversis juxta formam a C. S. Off. 20 Julii 1859 praescriptam. CJC. Fontes IV, Nr. 953. D. Mannajoli, De obligationibus christianorum propriis, quibus in genere dubie baptizati obstringuntur, 1913. H. Freericks, Die Taufe im heutigen Protestantismus Deutschlands, 1925. Schüch-Polz, Pastoraltheol.<sup>20</sup> (1925) 1068 ff.

## § 54.

## Das Alter.

Can. 88 89.

Stutz, Der Geist des CJC. 193 ff. Falco, Introduzione allo studio del „Codex Jur. Can.“ 127 ff. Hilling, Die allgem. Normen des CJC. 105 ff. d'Angelo, Jus Digestorum etc. I 275 f. 328 340.

1. Von der Rechtsfähigkeit ist die Handlungsfähigkeit zu unterscheiden. Darunter versteht man die Fähigkeit, persönliche Rechtsakte vorzunehmen. Die Handlungsfähigkeit kann sich in Übereinstimmung mit dem Recht oder im Widerspruch mit ihm betätigen. Im ersteren Fall redet man von Geschäfts-, im letzteren von Deliktsfähigkeit. Beides ist abhängig vom Alter. Das kirchliche Recht unterscheidet gemäß der jederzeit im bürgerlichen Leben und Recht vorhanden gewesen<sup>1</sup> und auch heute vorhandenen<sup>2</sup> Unterscheidung ebenfalls Altersstufen.

Volljährig (persona major) wird der Mensch mit dem vollendeten einundzwanzigsten Lebensjahr. Vor diesem Alter ist er minderjährig<sup>3</sup>. Die minderjährigen männlichen Personen gelten als geschlechtsreif (puberes) nach vollendetem vierzehnten Lebensjahr, die minderjährigen weiblichen nach vollendetem zwölften Lebensjahr. Die jüngeren Minderjährigen gelten als geschlechtsunreif<sup>4</sup>. Der impubes heißt vor dem vollendeten siebten Lebensjahr Kind (infans seu puer vel parvulus) und gilt als noch nicht mit Vernunft begabt. Mit dem vollendeten siebten Lebensjahr wird der Vernunftgebrauch als vorhanden präsumiert. Den Kindern werden alle jene gleichgeachtet, die des Vernunftgebrauchs ständig beraubt sind<sup>5</sup>.

2. Die Kinder sind nicht geschäftsfähig, vielmehr werden ihre Rechtsgeschäfte durch deren Eltern oder Vormünder besorgt<sup>6</sup>. Ebenso-

<sup>1</sup> A. Hofmeister, Puer, Juvenis, Senex. Zum Verständnis der mittelalterl. Altersbezeichnungen (Papsttum u. Kaisertum. Festschrift für Kehr [1926] 287 ff.).

<sup>2</sup> Nach BGB. § 1 tritt die Volljährigkeit nach vollendetem 21. Lebensjahr ein. BGB. § 3 kennt eine Volljährigkeitserklärung durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts nach vollendetem 18. Lebensjahr.

<sup>3</sup> Can. 88, § 1.

<sup>4</sup> C. 3 6 10 11 14, X de desponsat. impub. IV, 2. C. 1, X de delict. puer. V, 23. Can. 88, § 2. Hilling, Die allgem. Normen usw. 106, meint, daß diese Altersstufe keine große Rolle mehr spiele, da das Alter der Geschlechtsreife zwar das gleiche sei wie früher, aber das der Ehefähigkeit jetzt anders bestimmt sei (16 bzw. 14 Jahre). Das ist aber nicht ganz zutreffend. Richtiger bemerkt d'Angelo, Jus Digestorum etc. I 276, n. 1: „Practice minores puberes haud multo differunt a majoribus“.

<sup>5</sup> C. 4 5, X de desponsat. impub. IV, 2. C. 32, X de elect. I, 6. Can. 88, § 3; 745, § 2, 1<sup>o</sup>.

<sup>6</sup> C. 3 in VI<sup>o</sup> de jud. II 1. Can. 88, § 3; 89. Nach BGB. § 104 sind geschäftsunfähig, die das siebte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

wenig sind sie deliktsfähig<sup>1</sup>. Den Gesetzen und Geboten der Kirche sind sie nicht unterworfen<sup>2</sup>. Außer der Taufe können sie kein Sakrament empfangen<sup>3</sup>. Doch können Kinder schon vorher in Todesgefahr oder aus gewichtigen Gründen die Firmung erhalten<sup>4</sup>. In der gleichen Gefahr können und müssen sie auch die Kommunion empfangen, wofür sie nur den Leib Christi von einer gewöhnlichen Speise unterscheiden und ihn andächtig anbeten können<sup>5</sup>. Von da ab, oder wenn sie schon vor vollendetem siebten Lebensjahr den genügenden Gebrauch der Vernunft erreicht haben, müssen sie in der österlichen Zeit kommunizieren und jährlich einmal beichten<sup>6</sup>. Auch können sie, wenn sie vorher schon zum Gebrauch der Vernunft gekommen sind, in Todesgefahr die letzte Ölung empfangen<sup>7</sup>. Die Kinder haben ein Recht auf ein eigenes Grab<sup>8</sup>. Sie können, zur Vernunft gelangt, ein Gelübde ablegen<sup>9</sup>, können gültig, wenn auch nicht erlaubt, Taufpate<sup>10</sup> und, wenn schon gefirmt, Firmpate sein<sup>11</sup>.

3. Die Minderjährigen sind berechtigt bzw. verpflichtet, all die genannten Sakramente zu empfangen, sind auch verpflichtet, die Gesetze und Gebote der Kirche zu beobachten. Sie haben beschränkte Geschäftsfähigkeit, indem sie der Gewalt der Eltern bzw. Vormünder unterstehen und von diesen vertreten werden, soweit sie nicht gesetzlich der väterlichen Gewalt entnommen sind<sup>12</sup>. So sollen sie ohne Wissen und Willen der Eltern keine Ehe schließen<sup>13</sup>, können ihr Begräbnis nicht selber wählen, wohl aber können das für sie ihre Eltern oder Vormünder<sup>14</sup>, werden vor Gericht von ihren Eltern oder Vormündern vertreten<sup>15</sup>, können daselbst nicht Zeuge sein<sup>16</sup>, dürfen nicht wählen<sup>17</sup>. Das Kirchenpatronatsrecht übt für den Minderjährigen der gesetzliche Vertreter aus<sup>18</sup>. Wie beschränkt geschäftsfähig, so sind die Minderjährigen

<sup>1</sup> C. un. in Clem. de homic. voluntario vel casuali V, 4. Can. 2201, § 1.

<sup>2</sup> Can. 12; 1254, § 1. Vgl. oben S. 185. <sup>3</sup> Can. 745, § 1.

<sup>4</sup> Can. 788. <sup>5</sup> Can. 854, § 2.

<sup>6</sup> C. 12, X de poenit. V, 38; Can. 859, § 1; 906. Vgl. oben S. 185, A. 1.

<sup>7</sup> Can. 940, § 1. <sup>8</sup> Can. 1209, § 3.

<sup>9</sup> C. 1 2 6, C. XXXIII, q. 5. Can. 1307, § 2. Doch können ihre Gelübde von denjenigen irritiert werden, die potestas dominativa über sie haben. Can. 1312 1320.

<sup>10</sup> Can. 765, 1<sup>o</sup>. <sup>11</sup> Can. 795, 1<sup>o</sup>.

<sup>12</sup> C. 3 in VI<sup>to</sup> de jud. II, 1. Can. 89. BGB. § 106 f. <sup>13</sup> Can. 1034.

<sup>14</sup> C. 7, X de sepult. III, 28. C. 4 in VI<sup>to</sup> h. t. III, 12. Can. 1224, 1<sup>o</sup>.

<sup>15</sup> C. 3 in VI<sup>to</sup> de jud. II, 1. Can. 1648, § 1. Doch gewährt ihnen das Recht (Can. 1648, § 2 3; 1655, § 2) einen gewissen Rechtsschutz. Aus Verträgen, welche Minderjährige abgeschlossen haben, sind sie soweit verpflichtet, als die Gesetze des betreffenden Landes das bestimmen. Can. 1529.

<sup>16</sup> C. 1 3. C. IV, q. 2 3. Can. 1757, § 1.

<sup>17</sup> C. 32 in VI<sup>to</sup> de elect. I, 6. Can. 167, § 1, 2<sup>o</sup>.

<sup>18</sup> C. 16, X de conc. praeb. III, 8. Can. 1456.

auch beschränkt deliktsfähig. Ihre Schuldfähigkeit ist um so mehr gemindert, je näher sie noch dem Kindesalter stehen<sup>1</sup>. Von Strafen, die ipso facto eintreten, werden sie nicht betroffen; sie sollen eher in Zucht genommen, als mit Besserungs- und Sühnstrafen belegt werden<sup>2</sup>. Sie haben das Privileg der restitutio in integrum bei laesio gravis<sup>3</sup> und intensiveren Schutz vor geschlechtlichen Vergehen gegen sie<sup>4</sup>.

4. Die Geschlechtsreifen haben bereits eine weitgehendere Handlungsfähigkeit. Sie können u. a. an kirchlichen Wahlen teilnehmen<sup>5</sup>, ihr Begräbnis selbst wählen<sup>6</sup>, Taufpate sein<sup>7</sup>, als Zeuge und Partei in sie berührenden geistlichen Dingen vor Gericht auftreten<sup>8</sup>, mit vollendetem sechzehnten bzw. vierzehnten Lebensjahr eine gültige Ehe schließen<sup>9</sup>, mit vollendetem fünfzehnten Lebensjahr in das Noviziat eintreten<sup>10</sup>, mit vollendetem sechzehnten Lebensjahr die zeitliche Profess ablegen<sup>11</sup>. Die puberes sind deliktsfähig<sup>12</sup>.

5. Die Großjährigen besitzen volle Handlungs- und Deliktsfähigkeit<sup>13</sup>. Mit der Großjährigkeit beginnt die Pflicht zum Abbruchsfasten und dauert bis zum angetretenen sechzigsten Lebensjahr<sup>14</sup>. Mit dem vollendeten einundzwanzigsten Lebensjahr kann die Subdiakonatsweihe empfangen<sup>15</sup> und die ewige Profess abgelegt werden<sup>16</sup>.

6. Ein noch höheres Alter als das der Großjährigkeit wird aus klaren Gründen für höhere und schwierigere kirchliche Ämter gefordert: das vollendete dreißigste Lebensjahr für den Bischof<sup>17</sup>, den Kapitularvikar<sup>18</sup>, den Generalvikar<sup>19</sup>, den Offizial und Vizeoffizial<sup>20</sup>, die höheren Oberen in religiösen Genossenschaften<sup>21</sup>, den Pönitentiar<sup>22</sup>; das vollendete fünfunddreißigste Lebensjahr für den

<sup>1</sup> C. 1 2, X de delict. puer. V, 23. Can. 2204.

<sup>2</sup> C. 60, X de sent. excomm. V, 39. Can. 2230. Vgl. oben S. 285, A. 1.

<sup>3</sup> C. 8, X de in integr. restit. I, 41. Can. 1687, § 1.

<sup>4</sup> Can. 2353; 2357, § 1; 2358; 2359, § 2.

<sup>5</sup> Vgl. oben S. 288, A. 17. <sup>6</sup> Vgl. oben S. 288, A. 14.

<sup>7</sup> Vgl. oben S. 288, A. 10. Doch sind nach Can. 766, 1<sup>o</sup> zu erlaubter Taufpatenschaft für beide Geschlechter vierzehn volle Lebensjahre gefordert.

<sup>8</sup> Vgl. oben S. 288, A. 15 16.

<sup>9</sup> Can. 1067. Vor dem CJC. fiel die Ehemündigkeit mit der Geschlechtsreife zusammen. Siehe oben S. 287, A. 4.

<sup>10</sup> C. 1, C. XVII, q. 2. C. 16, X de regul. III, 31. C. 2 in VI<sup>to</sup> h. t. III, 14. Trid. sess. XXV de regul. c. 15. Can. 542, 1<sup>o</sup>; 555, § 1, 1<sup>o</sup>.

<sup>11</sup> Can. 573. <sup>12</sup> Can. 2201, § 1. Vgl. oben S. 288, A. 1. <sup>13</sup> Can. 89.

<sup>14</sup> Can. 1254, § 2. <sup>15</sup> Trid. sess. XXIII de ref. c. 12. Can. 975.

<sup>16</sup> Can. 573. Vgl. oben A. 11.

<sup>17</sup> C. 7, X de elect. I 6. Trid. sess. VII de ref. c. 1; Can. 331, § 1, 2<sup>o</sup>.

<sup>18</sup> Can. 434, § 1. <sup>19</sup> Can. 367, § 1. <sup>20</sup> Can. 1573, § 4.

<sup>21</sup> Can. 504. <sup>22</sup> Trid. sess. XXIV de ref. c. 8. Can. 399, § 1.

Novizenmeister<sup>1</sup>; das vollendete vierzigste Lebensjahr für die Klosteroberinnen<sup>2</sup>, die Generaloberen religiöser Genossenschaften<sup>3</sup> und die ordentlichen und außerordentlichen Beichtväter von Klosterfrauen<sup>4</sup>.

## § 55.

## Der Geburtsort, Wohnsitz, Aufenthalt.

Can. 90—95.

F. Laurin, Wesen u. Bedeutung des Domizils in Rücksicht auf die Eheschließung (A. für kath. KR. XXVI [1871] 165 ff.). S. d'Angelo, Il domicilio ecclesiastico e i suoi effetti giuridici, 1917. Ders., Jus Digestorum etc. I 143 ff. 243 ff. 298 ff. Stutz, Der Geist des CJC. 179. A. van Hove, La territorialité et la personnalité des lois en droit canonique depuis Gratien (vers 1140) jusqu'à Jean Andreae († 1348) (Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis III [1922] 277 ff.). Ders., Leges, quae ordini publico consulunt (Ephem. theol. Lovan. I [1924] 153 ff.). R. Deschepper, De territorialitate et personalitate legum ecclesiasticarum (Collationes Brugenses XXIII [1923] 199 ff.). Falco, Introduzione allo studio del „Codex Jur. Can.“ 132 f. G. Oesterle, De domicilio religiosorum (Comm. pro Relig. V [1925] 167 ff.). Vindex, Domicilium et quasidomicilium eorumque effectus in CJC. (Jus Pontif. VI [1926] 34 ff.). M. Vauthier, Sens et application de la règle „Locus regit actum“, 1926. Weitere Liter. oben S. 185, A. 5.

Für die Rechtspersönlichkeit und rechtliche Handlungsfähigkeit ist wie überhaupt so auch in der Kirche von Bedeutung der Ort, näherhin der Geburtsort, Wohnsitz und Aufenthaltsort, so u. a. für die Wirksamkeit des Gesetzes<sup>5</sup>, für die Berechtigung des Pfarrers zur Spendung der Taufe<sup>6</sup> und Schließung der Ehe<sup>7</sup>, für die Kompetenz des Bischofs zur Erteilung der Weihen<sup>8</sup>, für den Gerichtsstand<sup>9</sup>.

Das kirchliche Recht nahm den Begriff des römischen Rechts vom Domizil an, bildete ihn aber weiter durch den Begriff des Quasidomizils, und zuletzt galt hierin im wesentlichen, daß beide erworben werden durch den tatsächlichen Aufenthalt, verbunden mit der Absicht, dauernd (Domizil) oder den größeren Teil des Jahres (Quasidomizil) zu bleiben<sup>10</sup>. Da aber die Absicht zu bleiben vielfach schwer festzustellen war, so durfte sie für das Quasidomizil schon nach einmonatlichem Aufenthalt vermutet werden<sup>11</sup>; ja es wurde durch neuere Erlasse das Quasidomizil für bestimmte Orte, ja ganze Länder schon durch den einmonatlichen Aufenthalt allein begründet<sup>12</sup> und durch das

<sup>1</sup> Can. 559.      <sup>2</sup> Can. 504.<sup>3</sup> Can. 504.      <sup>4</sup> Can. 524.      <sup>5</sup> Can. 8, § 2; 13, § 2. Vgl. oben S. 179 185.<sup>6</sup> Can. 738 778.<sup>7</sup> Can. 1097, § 1, 2°. Anders für Taufe, Eheschließung usw. in Personal-, Familiar-, Sprach- u. Nationalpfarreien.<sup>8</sup> Can. 956.      <sup>9</sup> Can. 1560—1568.<sup>10</sup> Laurin, Wesen u. Bedeutung des Domizils usw. (A. für kath. KR. XXVI [1871] 165 ff.).<sup>11</sup> C. S. Off. 7. Juni 1867 (A. für kath. KR. LXXVIII [1898] 547 ff.).<sup>12</sup> Für Nordamerika C. S. Off. 6. Mai 1886; für Paris u. Berlin S. C. Conc. 20. Mai 1905 (Acta S. Sedis XXXVIII [1905/06] 208 ff.; XXXIX [1906] 245 ff.).

Dekret „Ne temere“ vom 2. August 1907 für die Eheschließung an Stelle des Quasidomizils der einmonatliche Aufenthalt gesetzt<sup>1</sup>.

Jetzt gilt:

1. Geburtsort (locus originis, Heimat) eines ehelichen Kindes ist der Ort, an welchem der Vater zur Zeit der Geburt des Kindes den Wohnsitz (domicilium) oder in Ermangelung eines solchen den Quasiwohnsitz (quasidomicilium) hatte<sup>2</sup>. Uneheliche oder nachgeborene Kinder haben ihren Geburtsort da, wo die Mutter zur Zeit der Geburt den Wohnsitz oder Quasiwohnsitz hatte<sup>3</sup>. Uneheliche Kinder, die durch nachfolgende Ehe legitimiert werden, sind den ehelichen auch hierin gleichgestellt<sup>4</sup>. Neophyten (Neubekehrte) haben ihren Geburtsort nicht mehr wie früher am Ort der Taufe<sup>5</sup>, sondern nach Lage des Falls auch da, wo die bereits Genannten<sup>6</sup>. Kinder der Wohnsitzlosen (vagi) haben ihren rechtlichen Geburtsort am tatsächlichen Geburtsort<sup>7</sup> und Findelkinder am Fundort<sup>8</sup>.

2. Die Bezeichnungen für diese Beziehungen einer Person zu einem Orte sind: incola (Einwohner) heißt eine Person, die am Orte den Wohnsitz (Domizil) hat; advena (Ankömmling) eine Person, die am Orte den Quasiwohnsitz (Quasidomizil) hat; peregrinus (Fremder) eine Person, die außerhalb ihres Domizils oder Quasidomizils, das oder die sie beibehält, vorübergehend sich befindet; vagus (Wohnsitzloser) eine Person ohne Domizil oder Quasidomizil<sup>9</sup>.

3. Das Domizil wird erworben durch tatsächliches Wohnen in einer Pfarrei oder Quasipfarrei (domicilium paroeciale) oder wenigstens in einer Diözese oder in einem Apostolischen Vikariat oder in einer Apostolischen Präfektur (domicilium dioecesanum), welches Wohnen entweder verbunden sein muß mit dem Willen, daselbst, solange kein Entfernungsgrund vorliegt, ständig zu bleiben, oder wenigstens zehn volle Jahre, wenn auch nicht ununterbrochen, gedauert haben muß<sup>10</sup>. Es kann jemand auch mehrere Wohnsitze haben<sup>11</sup>.

Das Quasidomizil wird erworben durch tatsächliches Wohnen in einer Pfarrei oder Quasipfarrei oder in einer Diözese oder in einem Apostolischen Vikariat oder in einer Apostolischen Präfektur, ver-

<sup>1</sup> Nr. V, § 2 (Acta S. Sedis XL [1907] 528). S. C. Conc. 28. März 1908, Nr. 5 (Acta S. Sedis XLI [1908] 288 f.).<sup>2</sup> Can. 90, § 1.      <sup>3</sup> Can. 90, § 1.      <sup>4</sup> Can. 1117.<sup>5</sup> Paul III. „Cupientes“ v. 21. März 1542, § 3 (Bull. Taur. VI, 336).<sup>6</sup> Can. 90, § 1.<sup>7</sup> Can. 90, § 2. Früher am Geburtsort des Vaters. Innoz. XII. „Speculatores“ v. 4. Nov. 1694, § 4 5. CJC. Fontes I, Nr. 258.<sup>8</sup> Can. 90, § 2.      <sup>9</sup> Can. 91.      <sup>10</sup> Can. 92, § 1 3.<sup>11</sup> Gilt, weil aus dem Begriff des Domizils sich ergebend, wie früher auch heute.

bunden mit der Absicht, wenigstens den größeren Teil des Jahres, wenn auch nicht ununterbrochen, daselbst zu bleiben, oder durch tatsächliches, wenn auch nicht ununterbrochenes Wohnen über den größten Teil des Jahres<sup>1</sup>. Eine Person kann auch mehrere Quasiwohnsitze haben oder Wohnsitz und Quasiwohnsitz<sup>2</sup>.

4. Vom freiwilligen Wohnsitz ist zu unterscheiden der notwendige oder gesetzliche Wohnsitz, d. h. ein solcher, der vom Gesetz für denjenigen bestimmt ist, der rechtlich unter der Gewalt eines andern steht. So hat die von ihrem Mann nicht gesetzlich getrennte Ehefrau den Wohnsitz ihres Mannes gemäß der ehelichen Unterordnung unter diesen, der Geisteskranke den des Vormüunders, der Minderjährige den des Vaters bzw. der Mutter<sup>3</sup>, der Professe den der klösterlichen Genossenschaft<sup>4</sup>. Die Ehefrau, der Geisteskranke, der Minderjährige haben wie den Wohnsitz so auch den Quasiwohnsitz desjenigen, dessen Gewalt sie unterworfen sind, wenn dieser keinen Wohnsitz, sondern nur einen Quasiwohnsitz hat. Doch kann ein Minderjähriger nach Vollendung des siebten Lebensjahres sich ein Quasidomizil erwerben<sup>5</sup>, ebenso eine Gattin, welche nicht gesetzmäßig, sondern eigenmächtig vom Manne getrennt lebt<sup>6</sup>. Eine rechtmäßig getrennte Frau kann auch ein Domizil begründen<sup>7</sup>.

5. Durch das Domizil oder Quasidomizil erhält jeder seinen eigenen Pfarrer oder seinen eigenen Ordinarius, dem er untersteht<sup>8</sup>. Der eigene Pfarrer oder der eigene Ordinarius des Wohnsitzlosen ist der

<sup>1</sup> Can. 92, § 2.

<sup>2</sup> Daß jemand nicht mehrere Quasidomizilien zugleich haben könne, sucht Vermeersch-Creusen, *Epitome jur. can.* I<sup>2</sup> (1924) 118 f., gegen Maroto, *Instit. jur. can.* I<sup>2</sup> 478, zu erweisen. Ebenso Wernz-Vidal, *Jus can.* II (1923) 12 f. Beide aber geben für den Fall der Konkurrenz eines freiwilligen mit einem notwendigen Quasidomizil die Möglichkeit mehrerer gleichzeitiger Quasidomizilien zu.

<sup>3</sup> Can. 93, § 1.

<sup>4</sup> Der Professe ist nicht *sui juris*, aber auch nicht in der unumschränkten Gewalt seines Obern, da dieser über den Professen Gewalt nur im Namen der klösterlichen Genossenschaft hat. *Domicilium legale* bzw. *Quasidomicilium legale* hat der Benefiziat am Orte seines ihn zur Residenz verpflichtenden Benefiziums, der Sträfling am Gefängnis-, der Soldat am Garnisonsort.

<sup>5</sup> Can. 93, § 2. Viele Minderjährige erwerben ein Quasidomizil, z. B. Studierende, Lehrlinge, Dienstboten, Angestellte. Sie behalten aber regelmäßig ihr *domicilium legale*, näherhin das *domicilium voluntarium* ihrer Gewalthaber bei.

<sup>6</sup> Can. 93, § 2.

<sup>7</sup> Can. 93, § 2. So kann eine von ihrem Manne böswillig verlassene Frau dann ein eigenes und gesondertes Domizil erwerben, wenn sie vom kirchlichen Richter Scheidung für immer oder auf unbestimmte Zeit erhalten hat. *Comm. Pontif.* 14. Juli 1922, Nr. I (*Acta Ap. Sedis* XIV [1922] 526).

<sup>8</sup> Can. 94, § 1. So kann einer mehrere *parochi proprii* oder *ordinarii proprii* haben u. sich nach Belieben an den einen oder andern wenden. Doch kann es auch gesetzlich, z. B. Can. 1097, § 2, oder gewohnheitlich anders bestimmt sein.

Pfarrer oder Ordinarius des jeweiligen Aufenthaltsortes<sup>1</sup>. Besitzt jemand in einer Diözese Domizil oder Quasidomizil, nicht aber in einer Pfarrei, so ist sein *parochus proprius* der Pfarrer des jeweiligen Aufenthaltsortes<sup>2</sup>.

6. Verloren geht das freiwillige Domizil und das Quasidomizil durch Wegzug aus dem betreffenden Orte mit der Absicht, nicht mehr dorthin zurückzukehren, wodurch der Weggezogene *vagus* wird, bis er sich wieder ein Domizil oder Quasidomizil erworben hat<sup>3</sup>. Das notwendige oder gesetzliche Domizil oder Quasidomizil aber geht hierdurch nicht verloren, sondern erst durch den Verlust der gesetzlichen Gewalt seitens ihres Inhabers<sup>4</sup>.

Hinsichtlich der staatlichen Normen über die Begründung des freiwilligen, notwendigen und mehrfachen Wohnsitzes der selbständigen, geschäftsunfähigen oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Personen, der Militärpersonen, der Ehefrauen, der Kinder und dessen Aufhebung, sowie über den gewöhnlichen Aufenthaltsort vgl. BGB. § 7—11, 1320, Abs. 2; 1354. Doch gelten staatsrechtlich für die Zugehörigkeit zu einer Pfarrei oder Diözese die kirchenrechtlichen Normen. Der Staat kennt aber entgegen dem Kirchenrecht einen vollständigen Austritt aus der Kirche und damit aus jeglichem Pfarr- und Diözesanverband<sup>5</sup>.

## § 56.

### Die Verwandtschaft und Schwägerschaft.

*Decr. Grat. C. XXXV. Decr. Greg. IX. IV, 14 de consang. et affin. Const. Clem. IV, 1. Can. 96 97; 1042, § 2, 1<sup>o</sup> 2<sup>o</sup>; 1076 1077.*

*Th. Sanchez, De sancto matrimonii sacramento (Antw. 1607) l. VII, disp. 50 ff., 64 ff. Mehr ältere Liter. bei Scherer, KR. II, 291 f. K. G. M. Schlegel, Kritische und systemat. Darstellung der verbotenen Grade der Verwandtschaft u. Schwägerschaft, 1802. M. Spöndlin, Über das Eheverbot wegen Verwandtschaft u. das Verbrechen des Inzests, 1844. Ch. Moufang, Das Verbot der Ehen zwischen nahen Verwandten, 1863. H. W. J. Thiersch, Das Verbot der Ehe innerhalb der nahen Verwandtschaft, 1869. H. Eichborn, Das Ehehindernis der Blutsverwandtschaft nach kanon. Recht, 1872. G. Ph. E. Huschke, Die Lehre von den verbotenen Verwandtschaftsgraden, 1877. W. v. Hörmann, Quasiaffinität, 1897 ff. L. Caron, De l'alliance ou affinité, 1901. J. Wordsworth, The law of the Church as to the marriage of a man with his deceased wife's sister, 1908. A. Hirschberg, Das Ehehindernis der Blutsverwandtschaft, 1918. d'Angelo, Jus Digestorum etc. I 296 f. Weitere Liter. unten im Eherecht, besonders in den §§ Verwandtschaft, Schwägerschaft.*

Von Bedeutung für die kirchliche Rechtspersönlichkeit und rechtliche Handlungsfähigkeit ist auch die Verwandtschaft und Schwägerschaft, so u. a. für die Vergebung und den Empfang von Kirchenämtern<sup>6</sup>, für die Eheschließung<sup>7</sup> und das Prozeßrecht<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> Can. 94, § 2.

<sup>2</sup> Can. 94, § 3.

<sup>3</sup> Can. 95.

<sup>4</sup> Can. 93.

<sup>5</sup> Vgl. oben S. 282 ff.

<sup>6</sup> Can. 232, § 2, 3<sup>o</sup>; 367, § 3; 1520, § 2; 1540.

<sup>7</sup> Can. 1042, § 2, 1<sup>o</sup> 2<sup>o</sup>; 1076 1077. Daher ist unten im Eherecht eingehend von Verwandtschaft und Schwägerschaft zu handeln.

<sup>8</sup> Can. 1613; 1755, § 2, 2<sup>o</sup>; 1757, § 3, 3<sup>o</sup>; 1795, § 2; 1911; 1971, § 2; 1974; 2027, § 1.

I. Unter der Verwandtschaft (*cognatio*<sup>1</sup>) versteht man das engere Verhältnis, welches zwischen zwei Personen besteht, die von derselben Person entweder durch Zeugung (Vater) oder durch Geburt (Mutter) herkommen. Von der natürlichen oder leiblichen oder Blutsverwandtschaft (*cogn. naturalis, carnalis, corporalis; consanguinitas*) unterscheidet man die geistliche Verwandtschaft (*cogn. spiritualis*), die aus der Taufe und Firmung<sup>2</sup>, und die gesetzliche Verwandtschaft (*cogn. legalis*), die aus der gesetzlichen Adoption entsteht<sup>3</sup>. Die beiden letzteren Arten von Verwandtschaft nennt man auch nachgebildete Verwandtschaft. Die wirkliche oder die Blutsverwandtschaft kann eine eheliche, durch eheliche Zeugung bewirkte (*consang. legitima*) oder eine uneheliche, durch uneheliche Zeugung veranlaßte (*consang. illegitima*) sein. Die aus unehelicher Zeugung hervorgegangenen Kinder heißen natürliche Kinder (*liberi naturales*), die aus ehelicher Zeugung aber eheliche (*l. legitimi*).

Zur näheren Bestimmung der Blutsverwandtschaft kommen drei Momente in Betracht: der Stamm<sup>4</sup> (*stipes communis, stirps, truncus, radix*), die Linie (*linea*) und der Grad<sup>5</sup> (*gradus*)<sup>6</sup>.

a) Der Stamm kann *bilateralis* sein, wenn die Geschwister denselben Vater und dieselbe Mutter haben (*consang. plena, vollbürtige, einbändige Geschwister, fratres [sorores], germani, bilaterales*), oder *unilateralis*, wenn die Geschwister nur den Vater oder die Mutter gemeinsam haben (*consang. semiplena, Halb-, halbbürtige, zweibändige Geschwister*<sup>7</sup>, *fratres [sorores], unilaterales*). Haben sie denselben Vater, so heißen sie näherhin *consanguinei*; haben sie dieselbe Mutter, so heißen sie *uterini*. Beruht die Verwandtschaft auf einem gemeinsamen Stamm, so ist sie eine einfache (*cogn. simplex*), beruht sie auf doppeltem oder mehrfachem Stamm, so ist sie eine mehrfache (*cogn. multiplex*)<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> Außer *cognatio* und *consanguinitas* finden sich auch die Bezeichnungen: *parentela, progenies, affinitas, propinquitas, proximitas*. Weitere deutsche Bezeichnungen für die Blutsverwandtschaft sind: Magschaft, Sippschaft, Freundschaft.

<sup>2</sup> Decr. Grat. C. XXX, q. 1—4. Decr. Greg. IX, IV, 11 de *cognat. spirit.* Lib. sext. IV, 3. Can. 762—769 797 1079 1990. Mehr darüber im Eherecht.

<sup>3</sup> Decr. Grat. XXX, q. 3. Decr. Greg. IX, IV, 12 de *cognat. legal.* Can. 1059 1080. Mehr davon im Eherecht.

<sup>4</sup> Die Verwandtschaft wird hier unter dem Bilde eines Baumes dargestellt; so namentlich im german. u. kanon. Recht.

<sup>5</sup> Die Römer gebrauchten zur Darstellung der Verwandtschaft vor allem das Bild einer Stiege.

<sup>6</sup> Can. 96, § 1.

<sup>7</sup> Es ist unrichtig, solche „Stiefgeschwister“ zu heißen. Diese, zusammengebrachte Kinder, sind gar nicht miteinander verwandt. Siehe unten S. 299, A. 5.

<sup>8</sup> Can. 1076, § 2. Mehrfache Verwandtschaft tritt ein, wenn miteinander blutsverwandte Personen Kinder erzeugen, wenn z. B. zwei Brüder zwei Schwestern

b) Die Linie ist die geordnete Reihenfolge der Verwandten. Sie gliedert sich in eine gerade (*l. recta*) und in eine Seitenlinie (*l. obliqua, collateralis, transversa*). Die gerade Linie ist die Reihenfolge der durch Zeugung oder Geburt unmittelbar oder mittelbar voneinander Abstammenden. Sie wird eingeteilt in die Linie der Aszendenten (*l. ascendentium, ascendens, superior*) und die der Deszendenten (*l. descendantium, descendens, inferior*), je nachdem man vom Erzeugten zum Erzeuger hinauf- oder vom Erzeuger zum Erzeugten herabsteigt. Die Aszendenten sind die Vorfahren (*majores*), die Deszendenten die Nachkommen, Nachfahren (*posterii*). Die Seitenlinie ist die Reihenfolge derjenigen Personen, welche nicht voneinander, sondern von einer gemeinsamen dritten Person bzw. Personen, dem gemeinsamen Stamm herkommen. Sie gliedert sich in eine gleiche (*l. aequalis*) und in eine ungleiche (*l. inaequalis*), je nachdem die Seitenverwandten vom gemeinsamen Stamm gleich- oder verschiedenweit entfernt sind. Seitenverwandte, welche von einem gemeinsamen männlichen Stamm durch den Vater herkommen, heißen *Agnaten*, jene, welche einen gemeinsamen weiblichen Stamm durch die Mutter haben, *Kognaten*<sup>1</sup>.

c) Der Grad ist der Abstand der verwandten Personen voneinander, näherhin vom gemeinsamen Stamm durch die Zeugungen.

Was das Verfahren bei Berechnung der Grade betrifft, so stellte sich das römische Recht das Verwandtschaftsverhältnis unter dem Bilde einer Stiege vor. Zur Berechnung des Grades stieg man in der geraden Linie vom Erzeugten zum Erzeuger Stufe um Stufe (*gradus*) aufwärts oder vom Erzeuger zum Erzeugten herab; in der Seitenlinie von dem einen Verwandten zum gemeinsamen Stamm hinauf und von diesem zum andern Verwandten herab, zählte dann die stattgehabten Zeugungen zusammen und erhielt so die Zahl

heiraten, oder wenn jemand mit mehreren mit ihm blutsverwandten Personen Kinder zeugt.

<sup>1</sup> I. Namen von Blutsverwandten in der geraden Linie. a) Vorfahren (*ascendentes*): 1. Grad: Vater (*pater*); Mutter (*mater*); Eltern (*genitores, parentes*). 2. Grad: Großvater (*avus*); Großmutter (*avia*). 3. Grad: Urgroßvater (*proavus*); Urgroßmutter (*proavia*). b) Nachkommen (*descendentes*): 1. Grad: Sohn (*filius*); Tochter (*filia*); Kinder (*liberi*). 2. Grad: Enkel (*nepos*); Enkelin (*neptis*). 3. Grad: Urenkel (*pronepos*); Urenkelin (*proneptis*). — II. Namen von Blutsverwandten in der Seitenlinie. a) Absteigend: 1. Grad: Geschwister: Bruder (*frater*); Schwester (*soror*). 2. Grad: Geschwisterkinder (*patruales, Kinder des väterlichen Onkels; amitini, amitinae, Kinder der väterlichen Tante; consobrini, consobrinae, Kinder des mütterlichen Onkels oder der mütterlichen Tante*); Geschwisterenkel (*propatruales, proamitini [ae], sobrini [ae]*). b) Aufsteigend: Onkel, Oheim; Tante, Muhme (*patruus, des Vaters Bruder; avunculus, der Mutter Bruder; amita, des Vaters Schwester; matertera, der Mutter Schwester*). Großonkel, Großtante (*patruus magnus, väterlicher Großonkel; avunculus magnus, mütterlicher Großonkel; amita magna, väterliche Großtante; matertera magna, mütterliche Großtante*). c) Absteigend: Neffe (*nepos*); Nichte (*neptis*); Großneffe (*nepos magnus*); Großnichte (*neptis magna*).

Sägmüller, Kirchenrecht. 4. Aufl. I. 3.

der Grade nach dem Satz: tot sunt gradus, quot generationes, oder: tot sunt gradus, quot personae una dempta, nämlich die des gemeinsamen Stammes<sup>1</sup>.

Verschieden von der römischen Komputation war die germanische. Die Deutschen veranschaulichten sich die Verwandtschaft durch das Bild des Menschen, der vom Haupt bis zu den Fingerspitzen sieben Gelenke oder Knie (articulus, genu, geniculum) hat. Gezählt aber wurden die Grade nach Generationen oder Parentelen. Die von einem Mann erzeugten Kinder sind eine Generation, deren Nachkommen die zweite usf. So waren die Geschwister in der ersten Generation, ersten Parentel, im ersten Gelenk, ersten Knie oder ersten Grad verwandt; Geschwisterkinder im zweiten usf. Um aber den Grad der Verwandtschaft von zwei Seitenverwandten zu bestimmen, zählte man nur vom gemeinsamen Stamm auf einer Seite bis zu einem dieser Verwandten herunter. War der Abstand der Seitenverwandten vom Stammvater gleich, so wurde er nur einmal, war er verschieden, beidemal angegeben<sup>2</sup>.

Die Kirche hat sich in ihrer Verwandtschaftsberechnung (computatio canonica) ursprünglich an das römische Recht (comp. civilis) angeschlossen; doch drang die germanische Zählung (comp. germanica) mehr und mehr ein<sup>3</sup>. Zu endgültiger Annahme verhalf ihr Alexander II., indem er die hartnäckige Verteidigung der römischen Berechnung, wie sie sich mit dem neu auflebenden römischen Recht wieder auftat, mit dem Anathem bedrohte<sup>4</sup>. Ähnlich Innozenz III.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> L. 1 § 10, D. de grad. et affin. et nom. eor. XXXVIII, 10.

<sup>2</sup> Zunächst bestand die Unterscheidung von Verwandten des engeren und weiteren Kreises. Zu den ersteren gehörten, als in Kopf u. Hals sitzend, Eltern u. Kinder. Letztere wurden noch nicht als Grad gezählt. Die Zählung begann erst mit dem Schultergelenk. Es waren die hier sitzenden Geschwisterkinder im ersten Grade verwandt. So noch die Synode von Seligenstadt 1022, c. 11 (Hartzheim, Conc. Germ. III 56). Dict. Grat. ad c. 21, C. XXXV, q. 2 § 3. — Über die vielen Kontroversen u. die reiche Liter. über die deutsche Verwandtschaftsberechnung vgl.: Scherer, KR. II 296 ff.; Schröder-Künßberg, Lehrb. der deutschen R.sgesch. 6 359 ff. 820 ff.

<sup>3</sup> Mit Unrecht bestreitet J. Freisen, Gesch. des kanon. ER.s bis zum Verfall der Glossenliteratur (1888) 436 ff., daß die Kirche die kanon. Zählung aus dem deutschen Recht herübergenommen hat.

<sup>4</sup> C. 2, C. XXXV, q. 5. Einschlägige Schreiben von Gregor I. an Augustin in England u. an Felix von Messina (c. 20, C. XXXV, q. 2 § 3; c. 2, § 5, C. XXXV, q. 5; c. 2, C. XXXV, q. 8) sind in ihrer Echtheit stark bezweifelt: Scherer, KR. II 297, A. 27; W. v. Hörmann, Quasi-affinität II 1 (1906), 256 ff.; Wernz-Vidal, Jus can. V (1925) 405, A. 40; W. M. Peitz, Das Register Gregors I. (1917) 8 ff. Gegen Peitz tritt für die Echtheit des Schreibens Gregors I. an Augustin ein: E. Posner, Das Register Gregors I. (Neues A. der Gesellsch. für ält. deutsche Gesch.skunde XLIII [1922] 285 ff.). Über die in den Briefen Gregors II. u. Gregors III. an Bonifaz (Jaffé, Regesta<sup>2</sup> Nr. 2074; c. 16, C. XXXV, q. 2 § 3) statuierte Komputation besteht ebenfalls keine volle Sicherheit: Scherer a. a. O. 298, A. 28. Soviel aber ist sicher, daß Pseudo-Isidor viel zur Verbreitung der german. Komputation beigetragen hat: Scherer a. a. O. 297, A. 27. Für die german.-kanon. Komputation trat besonders Petrus Damiani ein in seiner Schrift: De parentelae gradibus. Migne, Patr. Lat. CXLV 191 ff.

<sup>5</sup> C. 7, X h. t. IV, 14. — Zur geschichtl. Entwicklung vgl. noch: A. Esmein, Études sur l'histoire du droit canon. privé. Le mariage en droit canon. I (1891), 335 ff. [Die 2., von R. Génestal besorgte Aufl. 1929 ff. war nicht zu Händen.] Sägmüller, Eine Decretale des Papstes Paschalis II. v. 12. Mai (1101—1103)

Entsprechend der geschichtlichen Entwicklung lauten die Regeln für die kanonische Berechnung der Grade:

In der geraden Linie sind es so viele Grade als Zeugungen oder als Personen mit Weglassung des Stammes. (In linea recta, tot sunt gradus quot generationes, seu quot personae, stipite dempto<sup>1</sup>.)

In der gleichen Seitenlinie sind es so viele Grade als Zeugungen auf einer Seite. In der ungleichen Seitenlinie sind es so viele Grade als Zeugungen auf der längeren Seite. (In linea obliqua, si tractus uterque sit aequalis, tot sunt gradus quot generationes in uno tractu lineae; si duo tractus sint inaequales, tot gradus quot generationes in tractu longiore<sup>2</sup>.) Doch fügt man zur genaueren Bezeichnung der Verwandtschaft dem entfernteren Grad den näheren bei oder läßt den entfernteren Grad durch den näheren berührt werden. So sind z. B. Onkel und Nichte im zweiten Grad berührend den ersten (2/1), Großonkel und Großnichte im dritten Grad berührend den zweiten (3/2) verwandt. Diese Beifügung soll namentlich bei Dispensgesuchen geschehen. Die römischen Dispensbehörden pflegen in solchem Falle von gradus mixtus zu sprechen. Zur übersichtlicheren Darstellung des Verwandtschaftsverhältnisses bedient man sich seit dem Mittelalter des Stammbaums<sup>3</sup>.

Das BGB. statuiert die römische Komputation: Tot sunt gradus, quot generationes; nach § 1589 bestimmt sich der Grad der Verwandtschaft nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten.

II. Die Schwägerschaft (affinitas) ist ein näheres Verhältnis zwischen dem einen Ehegatten und den Blutsverwandten des andern, ähnlich dem Verhältnis, in welchem dieser zu seinen Blutsverwandten steht.

über das Verbot der Ehe innerhalb des siebten Grades u. die Berechnung der Verwandtschaftsgrade (Th. Qschr. XCV [1913] 56 ff.). Ch. Lefebvre, Cours du doctorat sur l'histoire du droit matrimonial français II (1923) 172 ff.

<sup>1</sup> C. 3 9, X h. t. IV, 14. Can. 96, § 2.

<sup>2</sup> Can. 96, § 3. C. 9, X h. t. IV, 14: „... quoto gradu remotior differt a stipite et a quolibet per aliam lineam descendenti ex eodem, licite possunt matrimonialiter copulari“. A. Bride, De extensione regulae „Remotior consanguinitatis gradus trahit ad se proximiorum“ (Periodica de re mor. etc. XVI [1927] 136\* ff.).

<sup>3</sup> C. 2, § 7, C. XXXV, q. 5: „in pictura arboris“. Der Arbor der Glossa ad L. 10, D. de grad. et affin. et nom. eor. XXXVIII, 10 wurde in das Dekret Gratians herübergenommen, nach c. 6, C. XXXV, q. 5. Johannes de Deo (c. 1250) verfaßte einen Apparatus metricus super arbore Decretorum, welchen Johannes Andreae († 1348) in einer Lectura super arboribus consang. et affin. überarbeitete; siehe Scherer, KR. II 305, A. 63, wo noch weitere Liter. über den Stammbaum angegeben ist. Die Arbeit von Johannes Andreae findet sich auch bei Friedberg, Corp. jur. can. I 1425 ff. Über Verfasser von Arbores consang. et affin. vgl. auch Schulte, Gesch. der Quell. u. Liter. des kan. R.s II 215 508. Weitere Liter.: 20\*

Nach dem römischen Recht entstand die Schwägerschaft aus der Tatsache der gültigen Ehe, mochte sie durch copula carnalis vollzogen sein oder nicht<sup>1</sup>. Im kanonischen Recht aber entstand sie erst durch die copula, wodurch die beiden Personen nach den Worten der Schrift una caro werden<sup>2</sup>. Danach war nach vollzogener Ehe der Ehemann mit den Blutsverwandten seiner Ehefrau und diese mit den Blutsverwandten ihres Ehemannes verschwägert<sup>3</sup>. Nicht aber wurden nach gemeinem Recht die Blutsverwandten der Ehegatten gegenseitig unter sich verschwägert (affinitas non parit affinitatem)<sup>4</sup>. Man ließ sodann zwar eine affinitas secundi et tertii generis entstehen, d. h. man kannte ein engeres Verhältnis des einen Ehegatten zu den Verschwägerten des andern, aber ebenfalls ohne gemeinrechtliche Wirkung<sup>5</sup>. Aus dem kanonischen Begriff der Schwägerschaft ergab sich auch, daß, wie bei den Ehegatten durch copula carnalis eine eheliche, rechtmäßige, gesetzmäßige Schwägerschaft (aff. legitima, honesta) entstand, so bei außerehelicher Geschlechtsgemeinschaft eine uneheliche, unrechtmäßige, ungesetzliche Schwägerschaft (aff. illegitima, inhonesta). Die uneheliche Schwägerschaft konnte eine vorausgehende (aff. antecedens) sein, entstanden aus einer der Ehe vorausgegangenen Geschlechtsgemeinschaft, wenn etwa der Bräutigam sich mit der Schwester der Braut, die Braut mit dem Bruder des Bräutigams fleischlich vergangen hatte<sup>6</sup>, oder eine nachfolgende (aff. subsequens, superveniens), entstanden aus solcher Geschlechtsgemeinschaft nach eingegangener Ehe, wenn etwa der Mann mit der Schwester der Frau, die Frau mit dem Bruder des Mannes geschlechtlich verkehrte<sup>7</sup>. Wie es sodann eine nachgebildete Blutsverwandtschaft gab, gab es auch eine nachgebildete Schwägerschaft, Quasiaffinität, honestas publica. Diese ging hervor aus der gültigen aber unvollzogenen Ehe, dem matrimonium ratum sed non consummatum (sponsalia de praesenti) und aus dem kanonisch gültigen Verlöbniß (sponsalia de futuro)<sup>8</sup>. Es trat zwar,

O. Lorenz, Lehrb. der geschichtswiss. Genealogie (1898) 77 ff.; M. Conrat (Cohn), Arbor juris des früheren M.A.s mit eigenartiger Komputation (aus dem Anhang der Abhandl. der Königl. preuß. Akad. der Wiss. vom Jahre 1909), 1909; E. Seckel, Zur Geschichte beider Rechte im MA. (1898) 261 f.

<sup>1</sup> L. 4, § 3, D. de grad. et affin. et nom. eor. XXXVIII, 10.

<sup>2</sup> Gen. 2, 24. Matth. 19, 5 f. 1 Kor. 6, 16.

<sup>3</sup> C. 18 (Bened. ?), C. XXVII, q. 2. C. 7 (Pseudo-Jul.) 11 (Urban II. a. 1088 bis 1099) 14 (Syn. v. Châlons a. 813, c. 29) 15 (August.), C. XXXV, q. 2 3. C. 58, X h. t. IV, 14. Viel trug Pseudoisidor zu dieser Entwicklung bei.

<sup>4</sup> C. 8, X h. t. IV, 14.

<sup>5</sup> C. 12 (Pseudo-Jul.) 22 (Paschalis II. a. 1099—1118), C. XXXV, q. 2 3. C. 8, X h. t. IV, 14.

<sup>6</sup> C. 32 (Syn. v. Compiègne a. 757, c. 13), C. XXVII, q. 2. C. 6 (Syn. v. Tribur a. 897, c. 24), C. XXXV, q. 2 3. C. 2, X de eo qui cognov. consang. IV, 13. C. 2 8, X h. t. IV, 14. Auch hier trug Pseudoisidor viel zur Entwicklung bei.

<sup>7</sup> C. 19 (Syn. v. Compiègne a. 757, c. 11) 20 (Syn. v. Mainz a. 813, c. 56; a. 847, c. 29) 21 (Syn. v. Verberie a. 756, c. 11), C. XXXII, q. 7. C. 1 6 10, X de eo qui cognov. consang. IV, 13. Trid. sess. XXIV de ref. matr. c. 4.

<sup>8</sup> C. 11 (incerti auctoris) 14 (Pseudo-Greg.) 15 (Pseudo-Jul.), C. XXVII, q. 2. C. 3 8, X de sponsal. IV, 1. C. 4 6, X de despons. impub. IV, 2. C. 8, X h. t. IV, 14. C. un. in VI<sup>o</sup> de sponsal. IV, 1. Trid. sess. XXIV de ref. matr. c. 3. — Zur geschichtl. Entwicklung vgl. Freisen, Gesch. des kanon. ER.s 497 ff.; Esmein, Le mariage en droit canon. I 145 f.; vgl. oben S. 296, A. 5.

solange die Ehe noch nicht geschlossen war, sondern nur ein gültiges Verlöbniß bestand, oder wenn die Ehe gültig geschlossen, aber noch nicht konsummiert war, zunächst nach dem Recht eine wirkliche Schwägerschaft nicht ein. Aber es bestand doch bereits zwischen den Verlobten bzw. Gatten und den Blutsverwandten des andern Teils ein engeres Verhältnis. Es verletzte daher die öffentliche Wohl- anständigkeit (publica honestas), wenn nach Auflösung des gültigen Verlöbnisses oder der nicht vollzogenen gültigen Ehe der Verlobte oder Gatte sich ohne weiteres mit einem Blutsverwandten des ihnen gültig verlobten oder angetrauten Teiles verlobte oder verehelichte. Daher statuierte das Kirchengesetz auch in diesen Fällen eine Art Schwägerschaft, Quasiaffinität, publica honestas. Ja sogar aus der ungültigen unvollzogenen Ehe ließ das Recht eine solche entstehen, wenn die Ungültigkeit nur nicht auf dem Mangel des Konsenses beruhte<sup>1</sup>. Ob der Fall auch da eintrat, wo die Ehe wegen Nichtbeobachtung der gemeinrechtlich vorgeschriebenen Form ungültig war, war strittig; doch hatte die bejahende Meinung mehr für sich<sup>2</sup>. Nicht aber traf das für die Zivilehe an Orten zu, wo das tridentinische Ehedekret bzw. die gemeinrechtliche Eheschließungsform galt<sup>3</sup>. Wie beim Verlöbniß so dauerte dieses Verhältnis auch aus der unvollzogenen Ehe fort, obgleich sie bereits aus bestimmtem Grunde gelöst war. Aber eben- sowenig wie beim Verlöbniß wirkte das Hindernis aus dem ungültigen matrimonium ratum sed non consummatum rückwärts auf Sponsalien, die gültig abgeschlossen worden waren<sup>4</sup>.

Aus dem Begriff der Schwägerschaft folgte, daß auch sie Stamm, Linien und Grade hatte. Hier galt auf Grund davon, daß die Betreffenden durch die Geschlechtsgemeinschaft una caro werden, der Satz: der eine Ehegatte wird mit dem Blutsverwandten des andern in der Linie und dem Grade verschwägert, in welcher Linie und in welchem Grade der andere Ehegatte mit diesem blutsverwandt ist<sup>5</sup>.

Auch gab es, wie eine mehrfache Blutsverwandtschaft, so eine mehrfache Schwägerschaft, etwa wenn der eine Teil mit mehreren Blutsverwandten des

<sup>1</sup> C. 3, X de sponsal. IV, 1. C. un. in VI<sup>o</sup> de sponsal. IV, 1. Für das Verlöbniß hat solches das Trid. sess. XXIV de ref. c. 3 aufgehoben.

<sup>2</sup> S. C. Conc. 6. Dez. 1722. Scherer, KR. II 350, A. 22.

<sup>3</sup> S. C. Conc. 13. März 1879. Scherer a. a. O. 351, A. 25.

<sup>4</sup> C. un. in VI<sup>o</sup> de sponsal. IV, 1.

<sup>5</sup> Namen von Verschwägerten: a) in der geraden Linie: Heiraten die Vorfahren, so entsteht das Stiefverhältnis. Stiefvater (vitricus [provitricus, abvitricus]) heißt der neue Gatte der Mutter, Stiefmutter (noverca [pronoverca, abnoverca]) die neue Gattin des Vaters. Stiefkinder (privigni, privignae [proprivigni (ae), aprivigni (ae)]) heißen gegenüber dem neuen Gatten die vom andern Gatten in die neue Ehe mitgebrachten Kinder. Die Kinder aus früheren Ehen, welche ein Witwer u. eine Witwe zusammenbringen, heißen Stiefgeschwister (comprivigni). Unrichtig werden halbblütige Geschwister „Stiefgeschwister“ genannt. Siehe oben S. 294, A. 7. Heiraten die Nachkommen, so entsteht das Schwiegerverhältnis. Schwiegervater (socer [prosocer, absocer]) heißt der leibliche Vater des Ehemanns oder der Ehefrau, Schwiegermutter (socrus [prosocrus, absocrus]) die leibliche Mutter des Ehemanns oder der Ehefrau. Schwiegersohn (gener [progener, abgener]) ist der Ehemann der Tochter, Schwieger- tochter (nurus [pronurus, abnurus]) ist die Ehefrau des Sohnes. b) In der Seitenlinie heißt Schwager (affinis) nicht nur der Mann der Schwester (sororius), sondern auch der Bruder der Ehefrau oder des Ehemanns (levir), u. Schwägerin nicht nur die Ehefrau des Bruders (fratria), sondern auch die Schwester des Ehemanns oder der Ehefrau (glos).

andern Teils die copula vollzog, oder wenn derselbe die copula vollzog mit jemand, der mit dem andern Teil mehrfach blutsverwandt war<sup>1</sup>.

Nach heutigem Recht gilt in zum Teil wesentlichem Unterschied vom früheren über Begriff, Umfang und Berechnung der Schwägerschaft:

Die Schwägerschaft entsteht aus der gültigen Ehe, sie sei vollzogen oder nicht<sup>2</sup>.

Sie besteht nur zwischen dem Ehemann und den Blutsverwandten der Ehefrau sowie nur zwischen der Ehefrau und den Blutsverwandten des Ehemannes<sup>3</sup>.

Sie wird so berechnet, daß die Blutsverwandten des Mannes in der Linie und in dem Grade mit dessen Ehefrau verschwägert sind, in welcher Linie und in welchem Grade sie mit diesem blutsverwandt sind und umgekehrt<sup>4</sup>.

So ergeben sich als wesentliche Unterschiede gegenüber dem alten Recht: *a)* daß die Schwägerschaft nicht mehr erst aus der durch copula licita vollzogenen Ehe entsteht, sondern schon aus der geschlossenen Ehe, und zwar aus der gültig geschlossenen, nicht aber aus der in gutem Glauben ungültig geschlossenen (*matrimonium putativum*); *b)* daß es keine *affinitas illegitima antecedens* aut *subsequens ex copula illicita* mehr gibt; *c)* daß die Quasiaffinität aus dem gültigen Verlöbniß oder aus der gültig geschlossenen Ehe nicht mehr entsteht, vielmehr aus der gültig geschlossenen Ehe die wirkliche Affinität. Quasiaffinität aber entsteht jetzt aus jeder ungültigen Ehe, sie mag vollzogen sein oder nicht, sowie aus dem öffentlichen oder notorischen Konkubinat<sup>5</sup>.

Mehrfache Schwägerschaft entsteht, wenn die Blutsverwandtschaft, auf der sie beruht, eine mehrfache ist, und wenn der überlebende Ehegatte wiederholt eine Ehe schließt mit Blutsverwandten des verstorbenen Gatten<sup>6</sup>. Zur übersichtlichen Darstellung auch der Schwägerschaftsverhältnisse dient seit dem Mittelalter der Stammbaum<sup>7</sup>.

Nach § 1590 des BGB. sind die Verwandten eines Ehegatten mit dem andern Ehegatten verschwägert. Die Linie und der Grad der Schwägerschaft bestimmen sich nach der Linie und dem Grad der sie vermittelnden Verwandtschaft. Die Schwägerschaft dauert fort, auch wenn die Ehe, durch die sie begründet wurde, aufgelöst ist.

<sup>1</sup> Nicht aber, wenn die copula mit derselben Person wiederholt wurde.

<sup>2</sup> Can. 97, § 1.      <sup>3</sup> Can. 97, § 2.

<sup>4</sup> Can. 97, § 3.      <sup>5</sup> Can. 1078.

<sup>6</sup> Can. 1077, § 2.      <sup>7</sup> Vgl. oben S. 297, A. 3.

## § 57.

## Die Zugehörigkeit zu einem Ritus.

Can. 1 98; 106, 4°; 257; 542, 2°; 622, § 4; 756; 782, § 4 5; 804 819 851 866; 881, § 1; 955, § 2; 961; 966, § 1; 1004; 1097, § 2; 1099, 3°; 1249 2411.

J. Hergenröther, Die R.sverhältnisse der verschiedenen Riten innerhalb der kath. K. (A. für kath. KR. VII [1862] 169 ff.). J. Papp-Szilágyi, *Enchiridion juris Ecclesiae Orientalis catholicae*, 1862. *Jus ecclesiasticum circa correlationes utriusque ritus in Galicia*, 1865. A. Arndt, Die gegenseitigen R.sverhältnisse der Riten in der kath. Kirche (A. für kath. KR. LXXI [1894] 193 ff.). Ders., Die gegenseitigen R.sverhältnisse der Riten in der Lemberger Kirchenprovinz (Theol.-prakt. Qschr. XLVII [1894] 795 ff.). *De rituum relatione juridica ad invicem* (Analecta eccles. II [1894] 416 ff.; separat 1895). A. Frey, Die Riten der kath. K. in ihrem Verhältnis zueinander (Katholik 1903 I 506 ff.). J. Silbernagl, *Verfassung und gegenwärt. Bestand sämtl. Kirchen des Orients*<sup>2</sup>, hrsg. von J. Schnitzer, 1904. J. Roth, Zur Frage des gegenseit. R.sverhältnisses zwischen Lateinern u. Ruthenen (Theol.-prakt. Qschr. LXIII [1910] 720 ff.). K. Lübeck, *Die christl. Kirchen des Orients*, 1911. G. Gentilezza, *Miscellanea di documenti su la Chiesa Greco-russiana-dalmata nelle sue relazioni con la Latina* (Bessarione XVIII [1914] 232 ff.). Ders., *Miscellanea di documenti che si riferiscono alle relazioni della Chiesa Slava-ortodossa-mista con la Latina* (ebd. 357 ff.). H. Swoboda, *Zur Konkordanz des lat. u. griech. Ritus* (Festschrift für Joh. Georg Herzog zu Sachsen [1920] 329 ff.). A. Korzock, *Die griech.-kath. Kirche in Galizien*, 1921. R. Janin, *Les Églises orientales et les rites orientaux*<sup>2</sup>, 1926. Th. Grentrup, *Nationale Minderheiten u. kath. Kirche* (1927) 8 ff. Weitere Liter. unten u. a. in § Die Patriarchen usw. u. im Passus über den Gottesdienst.

Für die Rechtspersönlichkeit und rechtliche Handlungsfähigkeit in der Kirche sind auch von Bedeutung die in der Kirche bestehenden Riten.

1. Da Christus nur das Wesentlichste in der Feier des christlichen Gottesdienstes und der Spendung der Sakramente angeordnet hat, das übrige hierin aber den Aposteln und der Kirche überließ, so entwickelten sich in dieser Hinsicht bald nach Ort und Zeit verschiedene Arten und Weisen oder verschiedene Liturgien oder Riten. Die hervorragendsten Liturgien des Morgenlandes waren die klementinische, die in den Apostolischen Konstitutionen enthalten ist, die der Kirche von Jerusalem oder die des hl. Jakobus, die der Kirche von Alexandrien oder die des hl. Markus, die der Kirche von Konstantinopel, die nach dem hl. Basilius und dem hl. Chrysostomus benannt wurden. Sie alle wie noch andere bestehen mehr oder weniger bis zur Stunde. Im Abendlande gab es vor allem die römische, sodann die mailändische oder ambrosianische, die gotische oder mozarabische, die gallische, die irische und noch andere Liturgien. Allein mit der zunehmenden Entwicklung des Primates verdrängte hier die römische Liturgie nach und nach alle übrigen, so daß Reste von ihnen nur noch in der ambrosianischen, mozarabischen und in Ordensliturgien vorhanden sind. Doch nicht bloß

in der Feier des Gottesdienstes und in der Sakramentsspendung oder in der Liturgie als solchen haben sich Riten gebildet, sondern auch in der Disziplin, in Verfassung und Verwaltung. In diesem letzteren, weiteren Begriff vor allem redet man von einer *Ecclesia Latina* und einer *Ecclesia Orientalis*, einer abendländischen und morgenländischen Kirche, von abendländischem Ritus und von morgenländischen Riten. Der letzteren sind im wesentlichen vier: der griechische<sup>1</sup>, armenische, syrische<sup>2</sup>, koptische<sup>3</sup> Ritus. Von diesen Riten bzw. ihren Unterarten haben sich manche im Laufe der Zeit ganz oder teilweise wieder an die abendländische Kirche angeschlossen, und gerade diese unierten orientalischen katholischen Riten bilden zusammen die *Ecclesia Orientalis* im eigentlichen Sinn im Unterschied von der *Ecclesia Latina*. Ihnen werden durch das neue kirchliche Gesetzbuch all ihre bisherigen Rechte unberührt belassen, soweit nicht dessen Bestimmungen sie schon ihrer Natur nach oder ausdrücklich verpflichten<sup>4</sup>. So schafft der CJC. ein mit dem bisherigen<sup>5</sup> im wesentlichen übereinstimmendes interrituelles Recht.

2. Die Zugehörigkeit zu einem der verschiedenen Riten in der katholischen Kirche wird bestimmt durch die Taufe nach den Zeremonien des betreffenden Ritus, es sei denn, daß diese von dem Geistlichen eines fremden Ritus listigerweise oder in schwerer Notlage wegen Mangels eines solchen des eigenen Ritus erteilt wurde oder auf Grund einer besondern Apostolischen Dispens, dahingehend, daß jemand in einem bestimmten Ritus getauft werden, aber nicht diesem Ritus zugehören solle<sup>6</sup>. In diesen Fällen gehört das Kind nicht dem Ritus zu, in welchem es tatsächlich getauft worden ist, sondern dem, nach welchem es hätte getauft werden sollen. Ein Kind ist nämlich nach dem Ritus zu taufen, dem die Eltern angehören. Gehören die Eltern verschiedenen Riten an, so ist es nach dem des Vaters zu taufen,

<sup>1</sup> Mit den Unterarten: Rein griechischer, griechisch-rumänischer, griechisch-slawischer (griechisch-ruthenischer, griechisch-bulgarischer), griechisch-melchitischer, griechisch-italischer Ritus.

<sup>2</sup> Mit den Unterarten: Rein syrischer, syrisch-chaldäischer, syrisch-malabarischer oder syrisch-sorianischer, syrisch-maronitischer Ritus.

<sup>3</sup> Mit den Unterarten: Rein koptisch (ägyptisch), koptisch-äthiopisch oder koptisch-abessinisch.

<sup>4</sup> Can. 1. Vgl. oben S. 265, Nr. 1.

<sup>5</sup> Vgl. Gasparri, Annotationes ad CJC. Can. 98.

<sup>6</sup> Can. 98, § 1. Die Ruthenen in Südamerika erhielten bei dem Mangel ruthen. Geistlicher daselbst vom Apostol. Stuhl die Erlaubnis, daß ihre Kinder von latein. Geistlichen getauft werden könnten u. doch dem ruthen. Ritus angehören sollten. S. C. de Prop. Fide 17. Aug. 1914, Art. 33 (Acta Ap. Sedis IV [1914] 433).

außer es bestehe ein Sonderrecht. Ist nur ein Teil katholisch, so ist das Kind nach dem Ritus des katholischen Teils zu taufen<sup>1</sup>.

3. Der Übertritt von einem Ritus zu einem andern steht den Gläubigen nicht frei. Auch sollen die Geistlichen niemand zum Rituswechsel verleiten<sup>2</sup>. Vielmehr ist die Erlaubnis des Apostolischen Stuhles notwendig, wenn jemand zu einem andern Ritus übertreten oder nach rechtmäßigem Übertritt zum alten Ritus zurückkehren will<sup>3</sup>. Der Ehefrau aber ist es freigestellt, bei Eingehen der Ehe oder im Verlauf derselben dem Ritus des Mannes sich anzuschließen und nach Auflösung der Ehe, wenn nicht partikularrechtlich anders bestimmt ist, zum früheren Ritus zurückzukehren<sup>4</sup>.

4. Der Empfang der Kommunion nach anderem Ritus schließt, wenn auch noch so lange gepflogen, keinen Rituswechsel in sich<sup>5</sup>.

5. Zuständig in allen den Ritus der unierten orientalischen Kirchen betreffenden Fragen und Angelegenheiten ist die S. Congregatio pro Ecclesia Orientali<sup>6</sup>.

## § 58.

### Die juristischen Personen.

Decr. Greg. IX. Lib. sext. I, 6 de elect. Const. Clem. I, 3. Decr. Greg. IX. I, 23 de off. archidiacon.; I, 41 de in integr. restitut.; III, 10 de his, quae fiunt a prael. sine consensu capit.; 11 de his quae fiunt a majori parte capit. Can. 99—102.

O. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 1868 ff. Ders., Die Genossenschaftstheorie u. die deutsche R.sprechung, 1887. Ders., Deutsches Privatrecht, Bd. I: Allgem. Teil u. Personenrecht, 1895. Ders., Das Wesen der menschl. Verbände, 1902. E. Zitelmann, Begriff u. Wesen der sog. jurist. Personen, 1873. H. Rosin, Das Recht der öffentl. Genossenschaft, 1886. E. Hölder, Natürl. u. jurist. Personen, 1905. J. Binder, Das Problem der jurist. Persönlichkeit, 1907. O. Mayer, Die jurist. Person und ihre Verwendbarkeit im öffentl. Recht (Staatsrechtl. Abhandlungen. Festgabe für Laband I [1908] 1 ff.). Ders., Deutsches Verwaltungsrecht I<sup>2</sup> [1917] 571 ff. [Die 3. Aufl. (1924) ist nicht wesentl. verändert; im 2. Bd. z. T. gekürzt.]

<sup>1</sup> Can. 756. Ist ein Kind auf Verlangen der Eltern gegen diesen Kanon von einem Geistlichen eines andern Ritus getauft worden, so gehört es dem Ritus an, nach welchem es gemäß Kanon 756 hätte getauft werden sollen. Comm. Pontif. 29. Okt. 1919, Nr. 11 (Acta Ap. Sedis XI [1919] 478).

<sup>2</sup> Can. 98, § 2.

<sup>3</sup> Can. 98, § 3. Nach Dekret der S. C. pro Eccl. Orientali v. 6. Dez. 1928 können den Übertritt, abgesehen von dem der Priester, die päpstl. Legaten, Nuntien, Internuntien u. Apostol. Delegaten gestatten (Acta Ap. Sedis XX [1928] 416 f.).

<sup>4</sup> Can. 98, § 4.

<sup>5</sup> Can. 98, § 5. — Über alle diese Fragen handelt auch eingehend das Decretum de spirituali administratione Ordinariatuum Graeco-Ruthenorum in Foederatis Civitatibus Americae septentrionalis der S. C. pro Eccl. Orientali v. 1. März 1929 (Acta Ap. Sedis XXI [1929] 152 ff.).

<sup>6</sup> Can. 257.

Stutz, Der Geist des CJC. 198 ff. A. Wynen, Die Rechts- u. insbesondere die Vermögensfähigkeit des Apostol. Stuhles nach internat. Recht (1920) 4 ff. F. Ferrara, Teoria delle persone giuridiche<sup>2</sup>, 1923. H. Nottarp, Die Stiftungsreduktion (Festgabe für Zitelmann [1923] 373 ff.). C. Trezzini, La persona giuridica nel diritto canonico vigente (Festgabe für den Schweizer Juristenverein [1924] 190 ff.). Falco, Introduzione allo studio del „Codex Jur. Can.“ 133 ff. K. v. Hohenlohe, Die Lehre des KR.s über die moral. Person (Papstrecht u. weltl. R. [1925] 24 ff.). G. Kiselstein, Notio personae moralis (Rev. ecclési. de Liège XVII [1925/26] 39 ff.). Hilling, Die allgem. Normen des CJC. 100 ff. 109 ff. d'Angelo, Jus Digestorum etc. I 340 ff. A. Couly, La capacité juridique des associations diocésaines (Canoniste cont. XLVIII [1926] 524 ff.). A. Gorovtseff, La lutte autour de la notion du sujet de droit (Rev. trimestrielle de droit civil XXV [1926] 881 ff.). P. Gillet, La personnalité juridique en droit ecclésiastique, spécialement chez les Décretistes et les Décretalistes et dans le Code de droit canonique, 1927. [Mit vieler Liter.] G. Husserl, R.ssubjekt u. R.sperson (A. für die civilist. Praxis, N. F. VII [1927] 129 ff.). B. F. Brown, The canonical juristic personality with special reference to its status in the United States of America, 1927. J. Lammeyer, Die jurist. Personen der kath. Kirche, histor. u. dogmat. gewürdigt auf Grund des neuesten kirchl. u. staatl. R.s, 1929. [Mit reicher Liter.]

1. Wie im weltlichen Recht so treten auch im kirchlichen neben die physischen die juristischen Personen. Es bestehen wie auf dem Gebiet des weltlichen, öffentlichen und privaten Rechts, so auch auf dem des kirchlichen Berechtigungen und Verpflichtungen, welche man nicht ungezwungen und restlos als Rechte und Pflichten bestimmter Menschen auffassen und behandeln kann. Die Annahme einer dauernden Subjektslosigkeit dieser meist dauernden Rechte aber widerspricht der Lage der Dinge und dem Begriff des Rechts. So kommt man wie auf dem Gebiet des weltlichen Rechts so auch auf dem des kirchlichen zur Annahme wirklicher bleibender Träger von Rechten und Pflichten mit Rechts- und Handlungsfähigkeit, welche nicht mit bestimmten Menschen identisch sind. Man nennt sie juristische Personen im Unterschied zu den Menschen, welche außer der Rechtspersönlichkeit noch die physische Persönlichkeit besitzen<sup>1</sup>. Über das tiefere Wesen der juristischen Personen aber bestehen große Meinungsverschiedenheiten. Nach der seit dem Mittelalter von Kanonisten und Legisten gelehrten Fiktionstheorie sind sie fingierte Menschen<sup>2</sup>. Da dies aber ein Widerspruch in sich selbst ist, weil das bloß Angenommene, Fingierte nicht existiert, so vertreten seit dem 19. Jahrhundert andere die Realitätstheorie. Danach sind die juristischen Personen notwendige Erscheinungen, wirkliche Realitäten, die im Rechtsleben vorhanden sind (so besonders Bekker und Gierke). Wieder andere Juristen erklären, daß zur Konstituierung einer juristischen Persönlichkeit schon ein bestimmter Zweck genüge.

<sup>1</sup> O. Fischer, Einführung in die Wissenschaft von Recht u. Staat (1920) 34 f.

<sup>2</sup> So Innozenz IV. in c. 57, X de test. et attest. II, 20: „Cum collegium in causa universitatis fingatur una persona.“

Die Personifikation dieses Zweckes, nicht aber die der betreffenden Sache sei keine Fiktion, sondern eine ganz zutreffende Auffassung und Behandlung der Sachlage (so vor allem Brinz). In Wirklichkeit unterscheidet sich diese letztere Auffassung aber kaum von der Fiktionstheorie<sup>1</sup>.

2. Geschichtlich erhielten die juristischen Personen im römischen Recht eine sehr eingehende Ausgestaltung. Die eine Art derselben war die Vereinigung von Einzelpersonen zur Erreichung eines bestimmten Zieles, die andere eine Gütermasse zur Verwirklichung eines speziellen Zweckes. Die Vereinigungen von Personen nannte man: corpora, societates, communitates, rem publicam, mit einem Wort universitates personarum. Die Gütermassen hießen: fundationes, instituta, pia corpora, piae causae, mit einem Wort universitates bonorum. Die Vereinigungen von Personen wie die Gütermassen konnten politische (res publica, provinciae, civitates, vici, fora, fiscus) oder nicht politische, freiwillige, private sein. Eine Mittelstellung nahmen ein die corpora publica, Vereinigungen von Privatpersonen, an welchen aber der Staat ein gewisses Interesse hatte, so die societates oder collegia sacerdotum, decurionum, equitum. Die corpora pia waren solche zur Pflege der Religion oder der Wohltätigkeit. Auch sie durften wie die collegia personarum jedenfalls nicht verboten, illicita sein, wenn sie auch für gewöhnlich keiner ausdrücklichen staatlichen Erlaubnis bedurften. Die Kirche, die, im römischen Reich entstanden, das römische Recht vorfand, schloß sich theoretisch und praktisch wie in anderem so auch hierin dem römischen Recht an. Doch nahm sie, im weiteren Verlauf sich in die germanischen Länder ausbreitend, wie in andern kirchenrechtlichen Materien so auch hinsichtlich der juristischen Personen germanische Momente auf, die dann von der kanonistischen Wissenschaft ein- und ausgebaut wurden. So war es der hervorragende Kanonist Innozenz IV., der, wie schon bemerkt, für alle derartigen Verhältnisse den Sammelnamen „juristische Personen“ aufbrachte. Diese Fiktionstheorie behauptete unbestritten das Feld in der ganzen Rechtswissenschaft bis in das 19. Jahrhundert. Seitdem aber erschienen an deren Stelle, wie bereits angeführt wurde, die Realitätstheorie, die Theorie der subjektiven Rechte oder des Zweckvermögens und noch andere<sup>2</sup>.

Juristische Personen waren nach römischem, germanischem und kanonischem Recht u. a. die Ecclesia Romana, die bischöflichen Kirchen, die Dom- und Kollegiatkapitel, die Seminare, die kirchlichen Universitäten, die Pfarrkirchen, die Orden, die Klöster, die kirchlichen Vereine, die kirchlichen Stiftungen<sup>3</sup>.

3. Ohne sich, wie meist anderwärts so auch hier, irgendwie auf eine Definition der juristischen Person einzulassen<sup>4</sup>; erklärt der CJC.

<sup>1</sup> Binder, Das Problem der jurist. Persönlichkeit 8 ff.

<sup>2</sup> Grundlegend ist bis heute in allen hier in Betracht kommenden Fragen Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 1868 ff., speziell Bd. III: Die Staats- u. Korporationslehre des Altertums u. MA.s u. ihre Aufnahme in Deutschland, 1881.

<sup>3</sup> Die näheren eingehenden Belege hierfür siehe u. a. bei Gierke a. a. O. u. Lammeyer, Die jurist. Personen der kath. Kirche 29 ff.

<sup>4</sup> Der Kodex redet abwechselnd von „persona moralis“ (Can. 99—102; 1495, § 2), „corpus morale“ (Can. 2255, § 2), „persona juridica“ (Can. 687; 1489, § 1; 1495, § 2),

über Vorhandensein und Entstehung der juristischen Personen, daß in der Kirche neben den physischen Personen auch moralische, durch öffentliche Auktorität geschaffene vorhanden sind<sup>1</sup>, daß die katholische Kirche und der Apostolische Stuhl im engsten Sinn moralische Personen kraft göttlicher Anordnung sind, daß die übrigen, diesen untergeordneten juristischen Personen diese Qualifikation besitzen entweder auf Grund ausdrücklicher kirchenrechtlicher Anordnung oder infolge spezieller Konzession seitens des zuständigen kirchlichen Obern durch ein formelles Dekret zur Erreichung eines religiösen oder karitativen Zweckes (Konzessionssystem)<sup>2</sup>. So haben die Kathedralkapitel<sup>3</sup>, die kirchlichen Benefizien aller Art<sup>4</sup>, die religiösen Genossenschaften<sup>5</sup> die Rechte einer juristischen Persönlichkeit kraft gemeinen Rechts. Kirchliche Vereine aber besitzen sie durch ein etwaiges formelles Dekret des Obern<sup>6</sup>. Ebenso fromme Anstalten<sup>7</sup>. Bruderschaften können nur durch ein formelles Dekret des Obern begründet werden und haben daher, wenn errichtet, stets die Rechte einer juristischen Person<sup>8</sup>.

4. Eingeteilt werden die kirchlichen juristischen Personen in *personae morales collegiales* und *non-collegiales*<sup>9</sup>.

a) Die *personae morales collegiales* oder Personenverbände oder Korporationen müssen nach dem aus dem Gesichtspunkt der Beschlußfassungsmöglichkeit getroffenen Grundsatz: *Tres faciunt collegium*<sup>10</sup>, bei ihrer Errichtung aus mindestens drei Personen bestehen<sup>11</sup>, wenn auch ihr Weiterbestand von dem Verbleib der Dreizahl unabhängig ist<sup>12</sup>. Zu den

„ens juridicum“ (Can. 1409 1410), und zwar als vollkommen identisch; vgl. z. B. Can. 99 u. 1709, wo das *beneficium* an ersterer Stelle „*persona moralis*“ u. an der zweiten „ens juridicum“ genannt wird, oder vollends Can. 1495, § 2, wo der Wechsel der Bezeichnung im gleichen Paragraphen sich findet. Stutz, Der Geist des CJC. 215—221, zeigt die Identität der Ausdrücke auf, bemerkt aber sehr zutreffend, daß solcher Wechsel in einem Gesetzbuch nicht angebracht sei. Falco, Introduzione etc. 137, ist sich über diese Identität nicht ganz klar geworden. Stutz weist auch a. a. O. 198 darauf hin, daß in der deutschen u. italien. Jurisprudenz die Bezeichnung: Juristische Person, in der französischen: Moralische Person, bevorzugt werde. Vgl. auch Falco a. a. O. 133 f.

<sup>1</sup> Can. 99.

<sup>2</sup> Can. 100, § 1. Der Staat ist also hier nicht zuständig. Die Unterscheidung: *personae morales publicae* u. *personae morales privatae* kennt das kanon. Recht begründeterweise nicht; vgl. oben S. 13, IV, c.

<sup>3</sup> Can. 1423, § 2. <sup>4</sup> Can. 1409. <sup>5</sup> Can. 531. <sup>6</sup> Can. 687.

<sup>7</sup> Can. 1489, § 1.

<sup>8</sup> Can. 708. Stutz, Der Geist des CJC. 199 f. 214 ff. Gillet, La personnalité juridique etc. 244 ff.

<sup>9</sup> Can. 99. <sup>10</sup> L. 85, D. de V. S. L. 16.

<sup>11</sup> Can. 100, § 2. <sup>12</sup> Can. 102, § 2.

*personae morales collegiales* gehören: Kardinalskollegium<sup>1</sup>, Kardinalskongregationen und römische Behörden<sup>2</sup>, Dom- und Kollegiatkapitel<sup>3</sup>, Landkapitel<sup>4</sup>, religiöse Genossenschaften (Orden und Kongregationen), Ordensprovinzen, Klöster, Ordensvereinigungen, Dritte Orden<sup>5</sup> eventuell religiöse Vereine<sup>6</sup> und immer die Bruderschaften<sup>7</sup>.

b) Die *personae morales non collegiales* sind entweder Anstalten (*instituta*): die Gesamtkirche<sup>8</sup>, der Apostolische Stuhl<sup>9</sup>, die bischöfliche Kurie<sup>10</sup>, die Seminare<sup>11</sup>; oder Stiftungen mit Stiftungsvermögen (*fundationes*): *mensa episcopalis*<sup>12</sup>, Kanonikatspfünden<sup>13</sup>, Pfarrpfünden<sup>14</sup>, einfache Kirchenpfünden<sup>15</sup>, Kirchenfabriken<sup>16</sup>, Spitäler, Waisenhäuser<sup>17</sup>; oder Kirchensprengel (*territoria*): Kirchenprovinzen<sup>18</sup>, Diözesen<sup>19</sup>, Apostolische Vikariate und Präfekturen<sup>20</sup>, exemte Abteien<sup>21</sup>, Pfarreien, Quasipfarreien und Missionspfarreien<sup>22</sup>.

5. Die juristischen Personen sind wie die physischen Trägerinnen von Rechten und Pflichten. Vor allem werden sie den Minderjährigen gleichgehalten und genießen gewisse Rechtsvergünstigungen<sup>23</sup>. Sie können Jurisdiktion, Autonomie<sup>24</sup>, Präzedenz<sup>25</sup>, Wahl-<sup>26</sup>, Präsentations- und Nominationsrechte<sup>27</sup> haben. Sie sind fähig, Vermögen zu erwerben, zu erben, zu besitzen, zu veräußern<sup>28</sup>. Sie können Schulden kontrahieren oder andere Verpflichtungen eingehen<sup>29</sup>, zu Abgaben oder Schadenersatz gehalten sein<sup>30</sup>. Sie sind prozeß-, delikts- und straffähig<sup>31</sup>. Bei den kirchlich kollegial organisierten Personenverbänden sind alle Mitglieder insgesamt, nicht der einzelne, Träger von Rechten und

<sup>1</sup> Can. 230 ff. <sup>2</sup> Can. 242 ff. <sup>3</sup> Can. 391 ff. <sup>4</sup> Can. 450.

<sup>5</sup> Can. 492 ff. 531; 536, § 1 2; 582 1208; 1423, § 2; 1557, § 2, 2<sup>o</sup>; 1579, § 2 3.

<sup>6</sup> Can. 687. <sup>7</sup> Can. 708. <sup>8</sup> Can. 100. <sup>9</sup> Can. 100.

<sup>10</sup> Can. 1572, § 2. <sup>11</sup> Can. 99.

<sup>12</sup> Can. 1182, § 1; 1414, § 1; 1423, § 2; 1572, § 2; 1653, § 1.

<sup>13</sup> Can. 1182, § 1; 1414, § 1 2; 1653, § 1.

<sup>14</sup> Can. 99 533; 1186, 2<sup>o</sup>; 1208, § 1; 1209, § 1; 1356; 1414, § 2; 1415, § 2; 1418; 1423, § 2; 1653, § 2.

<sup>15</sup> Can. 99; 1414, § 2.

<sup>16</sup> Can. 99; 717, § 2; 1182, § 1; 1183 1184 1186; 1208, § 1; 1356 1475 1481.

<sup>17</sup> Can. 1489 ff. <sup>18</sup> Can. 215 ff. 1278.

<sup>19</sup> Can. 215 ff. 1278; 1557, § 2, 2<sup>o</sup>.

<sup>20</sup> Can. 215 ff. 628, 1<sup>o</sup>. <sup>21</sup> Can. 215 ff.

<sup>22</sup> Vgl. Can. 215 ff.

<sup>23</sup> C. 1 3, X de in integr. restitut. I, 41. Can. 100, § 3; 1655, § 2; 1682; 1687 bis 1689; 1737; 1759, § 3; 1905—1907.

<sup>24</sup> Vgl. oben § 28. <sup>25</sup> Can. 106, 5<sup>o</sup>.

<sup>26</sup> Can. 101, § 1, 1<sup>o</sup>; 321; 329, § 3; 433, § 1; 506 507. <sup>27</sup> Can. 1460, § 1.

<sup>28</sup> Can. 531 536 548 676 691; 1209, § 1; 1298 1299 1300 1495 1498 1517, 1530—1536; 1544 u. a.

<sup>29</sup> Can. 534—537 1253; 1529—1543. <sup>30</sup> Can. 1356, § 1; 1429 1504 1506.

<sup>31</sup> Can. 1552, § 2, 1<sup>o</sup>; 1649 1653; 2255, § 2; 2269, § 1; 2274 2285 2291.

Pflichten des Verbandes nach dem Satz: Si quid universitati debetur, singulis non debetur, nec quod debet universitas, singuli debent<sup>1</sup>. Das Vermögen ist Verbandsvermögen, die Verpflichtungen und Schulden Verbandsverpflichtungen und Verbandsschulden, die Prozesse, Delikte und Strafen Verbandsprozesse, -delikte und -strafen. Eine Selbstauflösung oder Aufteilung des Verbandsvermögens unter die einzelnen Mitglieder ist unzulässig. Ähnliches gilt von den personae morales non collegiales. Doch sind sie nicht deliktsfähig, wohl aber ihre Verwaltungsorgane<sup>2</sup>. Stiftungen zeitlicher Güter an eine juristische Person, übergeben mit der Auflage der Erfüllung bestimmter Verpflichtungen, haben den Charakter eines synallagmatischen Vertrags: Do ut facias<sup>3</sup>.

6. Die Beschlusfassung ist bei den kollegialen juristischen Verbänden eine kollegiale. Hierbei entscheidet, wenn nicht etwas anderes durch das gemeine Recht oder die Statuten vorgesehen ist, unter Absehen von den ungültigen Stimmen, die absolute Majorität. Nach zwei erfolglosen Abstimmungen entscheidet im dritten Wahlgang die relative Majorität. Bei Stimmgleichheit entscheidet nach der dritten Abstimmung der Vorsitzende. Will dieser bei Wahlen die Stimmgleichheit durch seine Stimme nicht beseitigen, dann gilt der nach dem Weihe- oder Profesi- oder Lebensalter Vorgehende als gewählt<sup>4</sup>.

Bei Angelegenheiten, welche die privaten Rechte einzelner Mitglieder berühren, gilt der Rechtssatz: Quod omnes uti singulos tangit, ab omnibus probari debet<sup>5</sup>.

Bei den Rechtshandlungen der nicht kollegialen juristischen Personen sind die etwa bei solchen bestehenden Statuten und die Normen des gemeinen Rechts, welche solche Personen betreffen, zu beachten<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> L. 7, § 1, D. Quod cujuscunque univers. nom. vel contra eam agatur III, 4.

<sup>2</sup> Can. 1489—1494. Stutz, Der Geist des CJC. 214 ff.

<sup>3</sup> Can. 1544—1551; 1544, § 2.

<sup>4</sup> C. 1 22 42 48 50 55 57, X de elect. I, 6. C. 2, X de renunt. I, 9. C. 6, X de his, quae fiunt a prael. sine consensu capit. III, 10. C. 1 4, X de his quae fiunt a majori parte capit. III, 11. C. 23 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Can. 101, § 1, 1<sup>o</sup>; 174 526. — Bei der Papstwahl ist Zweidrittelmajorität notwendig. Pius X., Const. „Vacante Sede Apostolica“ v. 25. Dez. 1904, Nr. 57. CJC. Documenta, Nr. I. — Zur gültigen Wahl eines Abtes, eines Praelatus nullius, eines Bischofs, eines Kapitularvikars ist absolute Majorität notwendig, wenn nicht partikularrechtlich eine größere Majorität erforderlich ist; vgl. Can. 321 329; 433, § 2. — Vgl. auch oben § 28 Autonomie u. unten § 60 Beispruchsrecht Dritter gegenüber dem kirchl. Oberrn.

<sup>5</sup> C. 7, X de off. archidiacon. I, 23. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 29. Can. 101, § 1, 2<sup>o</sup>; 172, § 1. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>2</sup> (1921) 549 f.; Wernz-Vidal, Jus can. II (1923) 34; Vermeersch-Creusen, Epitome jur. can. I<sup>2</sup> (1924) 125 f. Lammeyer, Die jurist. Personen der kath. Kirche 155. Vgl. auch oben S. 175, A. 9.

<sup>6</sup> Can. 101, § 1, 3<sup>o</sup>. Vgl. Can. 1182—1187 (Kirchenfabrik), 1355—1357 (Seminar), 1476—1483 (Benefizium), 1489—1494 (religiöse u. wohltätige Institute).

7. Die juristischen Personen müssen einen Vorsteher (praeses) oder Verwalter (administrator, rector) haben. Diese sind ähnlich wie die Vormünder Minderjähriger zur Rechenschaftsablegung verpflichtet und haften für böswillig oder nachlässig zugefügten Schaden mit dem eigenen Vermögen. Auch sind sie in ihrer Amtstätigkeit vielfach an die Zustimmung oder den Rat der Verbandsmitglieder oder der kirchlichen Obrigkeit gebunden<sup>1</sup>.

8. Die juristische Person hat ihrer Natur nach ständige Dauer. Sie erlischt aber, wenn sie von der rechtmäßigen kirchlichen Obrigkeit aufgehoben wird oder wenn sie seit hundert Jahren zu existieren aufgehört hat. Wenn bei einer persona moralis collegialis alle Mitglieder bis auf eines verschwunden sind, so gehen auf dieses alle Körperschaftsrechte über und nach dessen Aussterben dauert der Verband noch hundert Jahre weiter<sup>2</sup>.

9. Nach BGB. erhalten Vereine Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts (§ 21). Hiebei ist das Einspruchsrecht des Staates (BGB. § 43, Abs. 3; § 61, Abs. 2) nach VDR. v. 11. August 1919, Art. 124, Abs. 2, aus dem Grunde, daß der Verein einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt, ausgeschlossen. Ein Verein, dessen Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, erlangt in Ermangelung besonderer reichsgesetzlicher Vorschriften Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung (BGB. § 22). Rechtsfähige Stiftungen bedürfen zu ihrer Entstehung die Genehmigung des Bundesstaates, in dessen Gebiet die Stiftung ihren Sitz haben soll (BGB. § 80). Bei einfachen Vereinen ist Selbstauflösung durch Mitgliederbeschluss möglich (BGB. § 41). Einem Verein kann die Rechtsfähigkeit aus Gründen wieder entzogen werden (BGB. § 43). Nach VDR. vom 11. August 1919, Art. 137, Abs. 5, bleiben die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie solche bisher waren, d. h. sie besitzen samt den in ihnen befindlichen Instituten: Diözesen, Domkapiteln, Dekanaten, Pfarreien, Kirchen-, Pfründ- und andern Stiftungen je nach Sachlage öffentliche oder private oder gar keine Rechtsfähigkeit. Andern Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch die Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Schließen sich mehrere derartige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verband zusammen, so ist auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Art. 138, Abs. 2 gewährleistet das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Can. 101, § 1, 1<sup>o</sup>; 105, 2<sup>o</sup>; 1518—1528 1530 1532 1649 1653.

<sup>2</sup> Can. 102 1501. Vgl. Can. 392; 394, § 3 (Dom- u. Kollegiatkapitel); 493 497 498 674 (Religiöse Genossenschaften, Klöster), 1419—1430 (Benefizien), 1470, 2<sup>o</sup> (Patronate), 1494 (Fromme Institute), 2291, 3<sup>o</sup>; 2292 (Bistümer, Pfarreien). A. Bondini, De personae moralis extinctione secundum Codicem (Jus Pontif. IV [1923] 186 ff.).

<sup>3</sup> In Württemberg sind nach § 1 ff. des Gesetzes über die Kirchen v. 4. März 1924 Körperschaften des öffentl. R.s die evang. Kirche, die kath. Kirche u. die israelit. Reli-

## § 59.

## Willensmängel bei Rechtsgeschäften.

Decr. Greg. IX. I. 40 de his quae vi metusve causa fiunt. Lib. sext. I. 20. Can. 103 104 169, § 1; 185; 572, § 1, 4<sup>o</sup>; 1083 1084 1087; 1307, § 3; 1317, § 2; 1679—1689; 2199—2209.

S. Schloßmann, Zur Lehre vom Zwange, 1874. Ders., Der Irrtum über wesentl. Eigenschaften der Person u. der Sache nach dem BGB., 1903. E. Zitelmann, Irrtum u. R.sgeschäft, 1874. H. Holländer, Zur Lehre vom „Error“ nach röm. R., 1898. A. Graf v. Pestalozza, Der Begriff der Mentalreservation im Sinne des § 116 des BGB., 1904. R. Leonhard, Der Irrtum als Ursache nichtiger Verträge<sup>2</sup>, 1907. F. Hausmann, Der Irrtum im alten und neuen R., 1907. F. Gottschalk, Bedeutung des Irrtums im Zivilrecht, 1917. A. Manigk, Irrtum u. Auslegung. Zwei Grundpfeiler der Lehre von der Willenserklärung, 1918. P. Oertmann, Die Rechtsbedingung (condicio juris), 1924. O. Lenel, Irrtum über wesentl. Eigenschaften (A. für die civilist. Praxis CXXIII (N. F. III) [1925] 161 ff.). A. Črnica, De metu gravi ut causa eximente a poenis latae sententiae (Jus Pontif. V [1925] 9 ff. A. Breton, La notion de la violence en tant que vice du consentement, 1925. A. Graf z. Dohna, Recht u. Irrtum. Zwei Kernprobleme der Verbrechenslehre, 1925. R. Henle, Drohung im Anfechtbarkeits- u. im Erpressungsstatbestande, 1925. Hilling, Die Normae generales des CJC. 117 ff. Ders., Die fehlerhaften R.shandlungen u. ihre Heilung (A. für kath. KR. CVII [1927] 3 ff.; auch separat). F. Claeys-Bouuaert, De metus influxu quoad valorem actuum et quoad delicta et poenas secundum CJC. (Jus Pontif. VI [1926] 105 ff.). d'Angelo, Jus Digestorum etc. I 440 ff. 492 ff. 519 ff.

gionsgemeinschaft. Deren rechtsfähige Kirchengemeinden sind Körperschaften des öffentl. R.s. Neue Kirchengemeinden können auf Antrag der Oberkirchenbehörde durch staatl. Anerkennung die R.sfähigkeit erlangen. Das Domkapitel u. die Landkapitel der kath. K. sind Körperschaften des öffentl. R.s. Unter den genannten Bedingungen können neue Landkapitel die R.sfähigkeit erlangen. Zur Entstehung einer rechtsfähigen kirchl. Stiftung des öffentl. R.s ist die staatl. Genehmigung auf Grund eines Antrags der Oberkirchenbehörde erforderlich. Pfarr- oder Pfründstiftungen, sonstige Stiftungen zur Ausstattung von Kirchenstellen u. Kirchenpflegen werden von dem Kultusministerium, andere kirchl. Stiftungen des öffentl. R.s von dem Staatsministerium auf Antrag des Kultusministeriums genehmigt. . . . Die Genehmigung ist öffentl. bekannt zu machen. . . . Stiftungen im Sinne dieses Gesetzes sind auch die Anstalten. F. Haller, Das württ. Ges. usw. (1924) 23 ff. — Bayern: Verf.-Urk. v. 14. Aug. 1919, 4. Abschn., § 18: F. Giese, Kirche u. Staat im neuen Deutschland (Jb. des öffentl. R.s XIII [1925] 268). — Baden: Ges. die bad. Verf. betr. v. 21. März 1919, § 18: Giese a. a. O. 268 f. — Mecklenburg-Schwerin: Verf. v. 17. Mai 1920, § 17: Giese a. a. O. 269. — Oldenburg: Verf. v. 17. Juni 1919, § 19: Giese a. a. O. 270. — Bremen: Verf. v. 18. Mai 1920, § 87: Giese a. a. O. 272. — Mecklenburg-Strelitz: Landesgrundgesetz v. 24. Mai 1923, § 58: Giese a. a. O. 272 f. — Gewährung der Stellung einer öffentl.-rechtl. Körperschaft erhielten u. a.: in Sachsen die Evangel. Brüderunität, 5. Juli 1922, die Evangel.-luther. Freikirche, 23. Mai 1923, die Baptisten in Dresden, 23. Okt. 1924; in Thüringen die Bischöfl. Methodistenkirche, 27. Dez. 1923, das Röm.-kathol. Bistum Meißen für seine thüring. Teile, 14. März 1924; in Württemberg die Bischöfl. Methodistenkirche und der Landesverband der Evang. Gemeinschaft, 27. März 1924: Giese a. a. O. 303 f. — Vgl. zur Liter. noch oben S. 139, A. 3; S. 269 u. den Nachtrag S. 277; Lammeier, Die jurist. Personen der kath. Kirche 216 ff., wo weitere neuere Liter. verzeichnet ist.

588 ff. 598 ff. A. Vermeersch, De metu, qui saltem ex lege positiva excusatur ab obligationibus vitio consensu susceptis (Periodica de re mor. etc. XVII [1928] 238 ff.). Weitere Liter. unten, vor allem im Eherecht u. im Strafrecht.

1. Die physischen und moralischen Personen können Rechtsgeschäfte vornehmen, bestehend aus einer oder mehreren Willenserklärungen, durch welche die eintretenden Rechtsfolgen bestimmt werden. Die Rechtsgeschäfte sind u. a. entweder einseitige oder zweiseitige. Bei ersteren kommt der Rechtsakt durch die Willenserklärung einer Person allein zustande, bei letzteren durch die übereinstimmenden Willenserklärungen zweier oder mehrerer Personen: Vertrag<sup>1</sup>. Weiter unterscheidet man die Rechtsgeschäfte in formlose und formelle. Die letzteren sind an bestimmte Formvorschriften oder Sollemnitäten gebunden, wie einfache Schriftlichkeit oder amtliche Beurkundung. Ferner unterscheidet man Rechtsgeschäfte unter Lebenden (inter vivos) und solche von Todes wegen (mortis causa). Zu jedem Rechtsgeschäft gehören drei Erfordernisse: die Rechts- und Handlungsfähigkeit der Person, der Geschäftswille und die Willenserklärung. Die Willenserklärung kann eine ausdrückliche sein durch Worte, Zeichen, Handlungen, oder eine stillschweigende. Zu den Handlungen gehören auch die konkludenten oder schlüssigen Handlungen, die unter bestimmten Umständen eine bestimmte Willensabsicht offenbaren. Was die stillschweigende Erklärung betrifft, so darf nicht jedes Schweigen als Zustimmung aufgefaßt werden, sondern nur jenes, wo der Schweigende die Absicht des andern kannte und ihr widersprechen konnte und mußte, falls er sie mißbilligte. Qui tacet, consentire videtur, dum loqui potuit et debuit<sup>2</sup>. Am allerwenigsten genügt eine declaratio praesumta. Sie ist für manche Fälle ausdrücklich ausgeschlossen, so für die Erteilung der Beichtjurisdiktion<sup>3</sup> und für die Delegation zur Eheassistenz<sup>4</sup>. Weiterhin kann die Willenserklärung erfolgen persönlich oder durch einen Stellvertreter, ohne oder mit einer Bedingung (condicio), ohne oder mit einer Auflage (modus), unbefristet oder befristet. Bei jedem Rechtsgeschäft müssen sich Wille und Willenserklärung decken. Der Wille kann aber im einzelnen Fall mehr oder weniger beeinträchtigt oder ganz aufgehoben sein durch Zwang, Furcht, Täuschung und Irrtum<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Ulpian definiert den Vertrag (pactum, pactio) als „duorum pluriumve in idem placitum et consensus“. L. 1, § 2, D. de pactis II, 14.

<sup>2</sup> Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 43 44. <sup>3</sup> Can. 879, § 1.

<sup>4</sup> Can. 1096, § 1.

<sup>5</sup> Der CJC. will durchaus keine vollständige Normierung der R.sgeschäfte als solcher geben. Zu den allgemeinen Lehren darüber vgl. etwa Hilling, Die allgem. Normen usw. 117 ff.

Sägmüller, Kirchenrecht. 4. Aufl. I. 3.

2. Der absolute oder physische Zwang (*vis absoluta* oder „*majoris rei impetus, qui repelli non potest*“<sup>1</sup>) macht die Handlung einer physischen oder moralischen Person *ipso jure* ungültig<sup>2</sup>. Unter solchen Umständen ist z. B. ungültig der Eintritt in das Noviziat<sup>3</sup>, die *professio religiosa*<sup>4</sup>, ein Gelübde<sup>5</sup>, die Eheschließung<sup>6</sup>. Die Nichtigkeit wird geltend gemacht durch die Nichtigkeitsklage<sup>7</sup>. In bestimmten Fällen ist die physische Zwangsanwendung strafbar<sup>8</sup>, wie sie andererseits bei dem so Gezwungenen jedes Delikt ausschließt<sup>9</sup>.

3. Die Furcht (*metus*) oder der moralische Zwang (*vis compulsiva* oder „*instantis vel futuri periculi causa mentis trepidatio*“<sup>10</sup>) hebt die Willensfreiheit nach dem römischen Rechtssatz: *Coactus volui*<sup>11</sup>, nicht auf, beeinträchtigt sie aber. Daher sind, wenn nicht anders im Rechte bestimmt ist, unter Furcht abgegebene rechtliche Erklärungen oder vorgenommene rechtliche Handlungen gültig, aber anfechtbar<sup>12</sup>.

Aber nicht jede Furcht berechtigt zu Anfechtung, sondern nur die gesetzlich qualifizierte Furcht. Die Furcht muß sein *metus gravis*, „*qui posset in virum constantem cadere*“<sup>13</sup>. Maßstab für die Schwere ist die Größe des angedrohten Übels. Als große Übel gelten die Furcht vor dem Tode oder schwerer körperlicher Pein<sup>14</sup>, vor Freiheitsentziehung und Gefängnis<sup>15</sup>. Sind diese Übel an sich geeignet, große Furcht (*m. absolute gravis*) hervorzurufen, so kommt bei Beurteilung, ob ein großes Übel angedroht worden sei, auch in Betracht die Individualität des Bedrohten: Geschlecht, Alter, Konstitution (*m. relative gravis*)<sup>16</sup>. Sodann muß der Drohende wenigstens nach der verständigen Meinung des Bedrohten in der physischen und moralischen Lage sein, die Drohung auch auszuführen, der Bedrohte selbst aber darf nicht imstande sein, die Drohung abzuwenden. Ferner ist nötig, daß die Furcht durch Bedrohung von außen her entsteht (*m. extrinsecus*) und nicht

<sup>1</sup> L. 2, D. quod metus causa gestum erit IV, 2.

<sup>2</sup> C. 5, X de his quae vi I, 40. C. 5, X de reg. jur. V, 41. Reg. jur. in VI<sup>to</sup> 64. Can. 103, § 1.

<sup>3</sup> Can. 542, 1<sup>o</sup>. <sup>4</sup> Can. 572, § 1, 4<sup>o</sup>. <sup>5</sup> Can. 1307, § 3.

<sup>6</sup> Can. 1087. <sup>7</sup> Can. 1679—1682.

<sup>8</sup> Can. 2352 2411. <sup>9</sup> Can. 2205, § 1.

<sup>10</sup> L. 1, D. quod metus causa gestum erit IV, 2.

<sup>11</sup> L. 21, § 5 D. h. t. IV, 2.

<sup>12</sup> C. 2—4, X de his quae vi I, 40. C. 2, X de arbitr. I, 43. Can. 103, § 2; 1684—1686.

<sup>13</sup> L. 6, D. quod metus causa gestum erit IV, 2. C. 15 28, X de sponsal. IV, 1.

Can. 103, § 2.

<sup>14</sup> C. 6, X de his quae vi I, 40.

<sup>15</sup> C. 2, X de eo qui duxit in matr. IV, 7.

<sup>16</sup> „*Metus*“ c. 14, X de sponsal. IV, 1: „*Minor tamen metus excusat feminam quam virum*“.

ihren Grund hat in bloßer Einbildung oder Seelenstimmung (*m. intrinsecus*). Weiterhin muß die Furcht ungerecht eingejagt sein (*m. injuste incussus*), d. h. der Bedrohte darf die Drohung nicht durch eigenes Verschulden verursacht haben, so daß der Drohende zur Drohung berechtigt ist<sup>1</sup>. Zuletzt muß die Drohung unmittelbar auf den angefochtenen Akt gerichtet sein. Ob auch der *metus reverentialis*, d. h. die Furcht des Kindes oder des Mündels vor den Eltern oder dem Vormünder, eine schwere sei, hängt von den Umständen ab. Vielfach wird eine solche Furcht nicht eine schwere sein. Andererseits aber stehen die Betroffenen den von solchen Personen kommenden Drohungen oft wehrloser gegenüber als solchen von dritten Personen, so daß auch der *metus reverentialis gravis* sein kann<sup>2</sup>.

Weil aber auch unter solcher Furcht abgegebene Erklärungen oder vorgenommene Handlungen, wenn nicht anders im Rechte bestimmt ist, gültig sind, so dürfen sie nicht einseitig rückgängig gemacht werden. Vielmehr steht die Anfechtungsklage (*actio rescissoria*) bzw. die *exceptio metus* zur Verfügung<sup>3</sup>, so daß der Richter nach Ermessen die Nichtigkeit des Geschäftes erklären kann. Minderjährige und die ihnen gleichstehenden juristischen Personen haben Anspruch auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand<sup>4</sup>. Unter Umständen kann auch von Amts wegen (*ex officio*) Klage erhoben werden<sup>5</sup>. In bestimmten Fällen aber hat die schwere Furcht nicht bloß die Anfechtbarkeit, sondern die Nichtigkeit des Rechtsaktes *ipso jure* zur Folge, so bei der Wahl<sup>6</sup>, bei dem Verzicht auf ein Amt<sup>7</sup>, bei dem Empfang einer höheren Weihe<sup>8</sup>, bei dem Eintritt in das Noviziat<sup>9</sup>, bei der *professio religiosa*<sup>10</sup>, bei der Eheschließung<sup>11</sup>, bei der Vornahme der Trauung<sup>12</sup>, bei Gelübde<sup>13</sup> und bei Strafnachlaß<sup>14</sup>. Die Nichtigkeit wird geltend gemacht durch Nichtigkeitsklage<sup>15</sup>. Auf strafrechtlichem Gebiet wirkt die Furcht als Straf-milderungsgrund<sup>16</sup>.

4. Wie bei Zwang und Furcht, so erfolgt eine Beeinträchtigung der Willensfreiheit von außen her auch bei Täuschung (*dolus*). Darunter versteht man die absichtliche Erregung oder Benutzung eines Irrtums eines andern, um ihn dadurch zur Abgabe einer

<sup>1</sup> Can. 103, § 2.

<sup>2</sup> Mehr über all das unten im Ehe-recht.

<sup>3</sup> C. 103, § 2. Can. 1684—1686. <sup>4</sup> Can. 1687—1689.

<sup>5</sup> Can. 1618. <sup>6</sup> Can. 169, § 1, 1<sup>o</sup>. <sup>7</sup> Can. 185.

<sup>8</sup> Can. 214, § 1. Hier treten wenigstens zunächst keine Rechtsverpflichtungen ein.

<sup>9</sup> Can. 542, 1<sup>o</sup>. <sup>10</sup> Can. 572, § 1, 4<sup>o</sup>. <sup>11</sup> Can. 1087, § 1.

<sup>12</sup> Can. 1095, § 1, 3<sup>o</sup>. <sup>13</sup> Can. 1307, § 3. <sup>14</sup> Can. 2238. <sup>15</sup> Can. 1679—1682.

<sup>16</sup> Can. 2205, § 3; 2218, § 1; 2229, § 3, 3<sup>o</sup>. Mehr darüber unten im Strafrecht.

Willenserklärung oder Vornahme einer Rechtshandlung zu bewegen und so einen Vorteil zu erreichen<sup>1</sup>. Wie bei Furcht, so ist auch bei Täuschung die Willensfreiheit in der Regel zwar nicht vollständig aufgehoben, aber doch mehr oder weniger beeinträchtigt. Daher sind unter solchen Umständen abgegebene Willenserklärungen oder vorgenommene Rechtshandlungen ebenfalls nicht ungültig, aber anfechtbar<sup>2</sup>, und steht auch hier die Anfechtungsklage (*actio rescissoria*) bzw. die *exceptio doli* zur Verfügung<sup>3</sup>. In bestimmten Fällen tritt aber auch hier *ipso jure* die Nichtigkeit des so hervorgerufenen Rechtsaktes ein<sup>4</sup>, so bei Wahl<sup>5</sup>, bei Verzicht auf ein Amt<sup>6</sup>, bei Eintritt in das Noviziat<sup>7</sup> und bei der *professio religiosa*<sup>8</sup>. Die Nichtigkeit wird wiederum geltend gemacht durch die Nichtigkeitsklage<sup>9</sup>. Strafrechtlich wirkt *dolus* strafmildernd<sup>10</sup>.

5. Hinsichtlich der Willenserklärungen und Rechtsgeschäfte im allgemeinen unterscheidet man den Irrtum in einen wesentlichen, d. h. in einen solchen, der sich auf das Wesen der Sache oder des Rechtsgeschäftes bezieht, und in einen unwesentlichen, d. h. einen solchen, der für den Abschluß des Rechtsgeschäftes nur bestimmend ist (*dans causam contractui*). Ein Irrtum, der sich auf die Substanz des Rechtsgeschäftes bezieht, macht dasselbe ungültig. Ebendas trifft zu, wenn der Irrtum die *condicio sine qua non* des Handelns ist<sup>11</sup>. Wenn der Irrtum aber nicht wesentlich oder nicht *condicio sine qua non* des Handelns ist, sondern nur bestimmend wirkt, so ist das Rechtsgeschäft gültig, wofern das Gesetz nicht anderes besagt<sup>12</sup>. Die Nichtigkeit wird mittelst der Nichtigkeitsklage geltend gemacht<sup>13</sup>. Wo solche Klage nicht statthaft ist, kann das unter unwesentlichem Irrtum abgeschlossene Rechtsgeschäft durch Anfechtungsklage rückgängig gemacht werden<sup>14</sup>.

6. Nach BGB. § 119 kann, wer bei Abgabe einer Willenserklärung über deren Inhalt im Irrtum war oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte, die Erklärung anfechten, wenn anzunehmen ist, daß er sie bei Kenntnis der Sachlage und bei vollständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde. Wer zur Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung anfechten (§ 123).

<sup>1</sup> L. 1, § 2, D. de dolo malo IV, 3. <sup>2</sup> Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 27. Can. 103, § 2.

<sup>3</sup> Can. 1684—1686. <sup>4</sup> Can. 103, § 2. <sup>5</sup> Can. 169, § 1, 1<sup>o</sup>.

<sup>6</sup> Can. 185. <sup>7</sup> Can. 542, 1<sup>o</sup>. <sup>8</sup> Can. 572, § 1, 4<sup>o</sup>. <sup>9</sup> Can. 1679—1682.

<sup>10</sup> Can. 2199 2200. Mehr darüber unten im Strafrecht. <sup>11</sup> Can. 104.

<sup>12</sup> Can. 104 1083. <sup>13</sup> Can. 1679—1682.

<sup>14</sup> Can. 1684—1686. — Über Irrtum betreffend Gesetz u. Strafe vgl. oben § 30, 6, betreffend Reskripte vgl. oben § 32, 2, betreffend Ehekonsens u. Ehedispens vgl. unten Eherecht, betreffend Delikte u. Strafen vgl. unten Strafrecht.

## § 60.

## Das Beispruchsrecht Dritter gegenüber dem kirchlichen Obern.

Can. 105. Zu Quell. u. Liter. vgl. auch oben § 28 58. Hinzuzufügen ist: B. Ojetti, In canone 105 CJC. (Jus Pontif. VII [1927] 13 ff.). A. Boudinhon, An ad normam Can. 105, n. 1 nullus semper sit actus superioris non petito consilio? (ebd. VIII [1928] 29 ff.). J. Creusen, L'effet juridique des consultations (Nouv. Rev. théol. LV [1928] 100 ff.). Weitere Liter. unten in § Dom- u. Kollegiatkapitel u. im Recht der Religiosen.

Der kirchliche Obere ist an sich naturgemäß in seinen Verfügungen frei von der Mitwirkung Dritter, geschehe solche durch Zustimmung (*consensus*) oder durch Rat (*consilium*).

Die Kirche ging aber schon früh von der Anschauung aus, daß es besser sei, wenn der Obere, so vor allem der Bischof, in besonders wichtigen Angelegenheiten nicht allein vorgehe, sondern sich auch das Wissen und die Erfahrung Dritter, so namentlich der Priesterschaft als seines Senates, zunutze mache<sup>1</sup>. Diese Übung wurde noch verstärkt durch das Eindringen des germanischen Genossenschaftsrechts in das kanonische Recht<sup>2</sup>. So war der kirchliche Obere, der Bischof oder Abt, für eine Reihe von Fällen gesetzlich an die Zustimmung oder den Rat des Domkapitels oder Konvents oder wenigstens den Rat einiger Glieder dieser Korporationen gebunden<sup>3</sup>.

Auch heute bedarf der kirchliche Obere in gewissen Fällen gesetzlich der Zustimmung (*votum* [*suffragium*] *deliberativum*) oder des Rates (*v. [s.] consultivum*) anderer<sup>4</sup>. Wird die Zustimmung verlangt, so handelt der kirchliche Obere ungültig, wenn er gegen die Ansicht der zu Befragenden vorgeht<sup>5</sup>. Wird nur der Rat verlangt mit Worten wie: „de

<sup>1</sup> C. 7 (Hier., Comment. ad c. 3 Isaiæ, C. XVI, q. 1. <sup>2</sup> Vgl. oben § 58, 2.

<sup>3</sup> Decr. Greg. IX. III, 10 de his, quae fiunt a prael. sine consensu capit.; 11 de his quae fiunt a majori parte capit. Trid. sess. XXI de ref. c. 9; XXII de ref. c. 22; XXIII de ref. c. 18; XXIV de ref. c. 12; XXV de ref. c. 8 10.

<sup>4</sup> Can. 223 282 286 287 575, § 2; 1406, § 1, 1<sup>o</sup>. Der Ausdruck: *votum deliberativum* ist zutreffend für die Fälle, in welchen neben dem Konsens noch eine ausdrückliche Bestätigung des Obern nötig ist. Stutz, Der Geist des CJC. usw. 64, A. 2. Sonst ist der richtige Ausdruck: *v. decisivum* für die Fälle, wo der gegebene Konsens voll entscheidet.

<sup>5</sup> Can. 105, 1<sup>o</sup>. Can. 113 (Der Kapitularvikar bedarf der Zustimmung des Kapitels zur Exkardination oder Inkardination von Klerikern). Can. 394, § 2 (Der Bischof kann nur mit Zustimmung des Kapitels erloschene Dignitäten wiederherstellen u. den im Kapitel bereits bestehenden Präbenden neue, u. zwar sowohl Kanonikal- als Benefizialpfründen hinzufügen). Can. 1424 (Der Ordinarius handelt ungültig, wenn er eine Patronatspfründe mit einer Pfründe bischöflicher Kollatur ohne Zustimmung des Patrons vereinigt). Can. 1532, § 3; 1653, § 1 (Der Bischof braucht die Zustimmung des Domkapitels, des Diözesanverwaltungsrats u. der Interessenten bei Veräußerung von Kirchengut im Wert von 1000 bis 30 000 Lire u. nach Can. 1541, § 2, 1<sup>o</sup> 2<sup>o</sup> bei Verpachtung von Kirchengütern, wenn der Pachtzins 30 000 Lire, die Pachtzeit aber nicht neun Jahre überschreitet u. wenn der Pachtzins zwischen 1000 u. 30 000 Lire beträgt u. die Pachtzeit mehr als neun Jahre dauert).

consilio consultorum“ oder: „audito capitulo, parcho, etc.“, so genügt es zum gültigen Handeln, wenn der Obere die Betreffenden hört. Obwohl der Obere also nicht an den gegebenen Rat gebunden ist, auch wenn er einstimmig ist, so soll er doch dieser Einstimmigkeit viel Gewicht beilegen und ohne zwingenden Grund, den er selbst abzuwägen hat, nicht von ihr abgehen<sup>1</sup>.

Ist die Zustimmung oder der Rat nicht bloß der einen oder andern, sondern mehrerer Personen einzuholen, so sind diese gesetzmäßig zu berufen und haben ihre Ansicht zu äußern<sup>2</sup>. Der Akt ist aber gültig, wenn die zu Berufenden nicht berufen wurden, aber trotzdem entgegen waren<sup>3</sup>.

Der Obere kann nach seinem Ermessen die Berechtigten, welche ihre Meinung mit geziemender Ehrerbietigkeit und Aufrichtigkeit zu äußern haben, eidlich zum Stillschweigen verpflichten, wenn es die Wichtigkeit der Sache erfordert<sup>4</sup>.

## § 61.

### Die Präzedenz.

Decr. Grat. D. XCIII—XCV. Decr. Greg. IX. I, 33 de M. et O. Lib. sext. I, 17. Extrav. Ioann. XXII. II. Extrav. comm. I, 8. Can. 106.

Bened. XIV., De syn. dioec. I. III, c. 10. Mehr ältere Liter. bei Scherer, KR. I 430; II 734, A. 11. G. Grandelaude, Du droit de préséance dans l'Église (Rev. des scienc. ecclés. 1874, Nr. 171 172). P. Vito, Note canoniche sulla precedenza, ossia breve commento su i canoni della precedenza, 1924. F. Mannacio, Jus praecedentiae, 1926. A propos d'une question de préséance (Canoniste cont. XLVIII [1926] 615 ff.). Circa la precedenza tra i vescovi suffraganei (Monitore eccles. XXXVIII [1927] 82 ff.).

I. Die Kirche ist eine *societas inaequalis*, bestehend aus Obere und Untergebenen. Unter den Obere selbst wieder bestehen Grade der Über- und Unterordnung je nach der höheren oder niederen Weihe oder der

<sup>1</sup> Can. 105, 1°. Den Rat des Domkapitels hat der Bischof einzuholen u. a.: bei Bestellung und Absetzung von Prosynodalexaminatoren (Can. 386 388); bei Besetzung von Kanonikern u. Benefizien in Dom- u. Kollegiatkapiteln (Can. 403); bei Ernennung von Ehrenkanonikern (Can. 406, § 2); bei Umänderung von amoviblen Pfarreien in inamovible (Can. 453, § 3); bei Bestellung von Prosynodalrichtern (Can. 1574, § 1 2). Den Pfarrer hat der Ordinarius zu hören bei Ernennung eines vicarius cooperator (Can. 476, § 3), bei Dismembration einer Pfarrei (Can. 1428, § 1). In wichtigen Verwaltungsangelegenheiten hat der Ordinarius den Rat des Diözesanverwaltungsrats einzuholen (Can. 1521, § 1 2; vgl. auch Can. 1520, § 3; 1532, § 2 3; 1538; 1539, § 2; 1541, § 2; 1542, § 1. Vgl. weiter Can. 2145 2148 2152—2154 2160 2165 2166 2172 2178 2179 2183). — Die Auffassung, daß die betreffende Handlung doch gültig sei, wenn auch der Rat, wie vorgeschrieben, nicht eingeholt wurde — so z. B. Gillet, La personnalité juridique en droit ecclésiastique 262 f. (vgl. oben S. 304) —, ist sicher nicht stichhaltig.

<sup>2</sup> Can. 105, 2°.

<sup>3</sup> Can. 162, § 4.

<sup>4</sup> Can. 105, 2° 3°.

größeren oder geringeren Jurisdiktion. So gibt es eine kirchliche Über- und Unterordnung, einen kirchlichen Vorrang (*majoritas*), und zwar sowohl bei den physischen wie bei den moralischen Personen. Auch kann die *majoritas propria* sein, herkommend aus dem eigenen Ordo oder der eigenen Jurisdiktion, oder *mutuata*, daher stammend, daß man die Stelle eines Obere zu vertreten hat. Die *majoritas* äußert sich durch Vortritt bzw. Vorsitz (*praecedentia*) in der Kirche, in Versammlungen und bei Prozessionen, durch Abgabe der ersten Stimme bei kirchlichen Wahlen, durch ehrende Titulaturen, Ehrenbezeichnungen und Ehrenabzeichen.

II. Schon seit der alten Kirche besaßen die Kleriker unter sich und gegenüber den Gläubigen Präzedenz<sup>1</sup>, hatten sie einen ausgezeichneten Platz in der Kirche, nämlich im Presbyterium, welches die Gläubigen nur zum Empfang der Kommunion betreten durften<sup>2</sup>, und genossen sie ehrende Titulaturen<sup>3</sup>.

III. Außer den im einzelnen geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Präzedenz<sup>4</sup> normiert der CJC. hierüber im allgemeinen:

1. Der Stellvertreter einer kirchlichen Person tritt an deren Stelle auch in der Präzedenz. Auf den Konzilien jedoch und auf ähnlichen Versammlungen sitzen die Stellvertreter nach den Teilnehmern desselben Ranges, die im eigenen Namen zugegen sind<sup>5</sup>.

2. Wer über physische und moralische Personen Gewalt hat, hat vor ihnen die Präzedenz, auch wenn sie der Weihe oder Würde nach höher stehen<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> C. 8 (Syn. Laodic. a. 343—381, c. 56), D. XCV. C. 10, X de constit. I, 2. Trid. sess. XXV de ref. c. 17.

<sup>2</sup> Syn. v. Nicäa a. 325, c. 18. C. 30 (Syn. v. Rom a. 826, c. 33), D. II de cons. C. 1, X de vita et honest. cler. III, 1.

<sup>3</sup> F. Q. Kober, Die Deposition u. Degradation (1867) 9 ff. 38 f. Realenzykl. der christl. Altertümer s. v. honor. cathedrae. A. Engelbrecht, Das Titelwesen bei den spätlatein. Epistolographen, 1893. O. Hirschfeld, Der Rangtitel der röm. Kaiserzeit (Sitzungsber. der Königl. preuß. Akad. der Wiss. [1901] 579 ff.). A. Daniel, Die Kurialienformel „Von Gottes Gnaden“, 1902. P. Koch, Die byzantin. Beamtentitel von 400 bis 700, 1903. G. Bonolis, I titoli di nobiltà nella Italia bizantina, 1905. H. Delehaye, Sanctus (Anal. Bolland. XXVIII [1909] 145 ff.; auch separat). K. Schmitz, Ursprung u. Gesch. der Devotionsformeln, 1913. P. Krüger, Bedeutung u. Entwicklung der salutatio in den mittelalterl. Briefstellern, 1913. F. Kern, Gottesgnadentum u. Widerstandsrecht im früheren MA. (1914) 92 304 ff. Th. Klausner, Die cathedra im Totenkult der heidn. u. christl. Antike (1927) 180 ff.

<sup>4</sup> Sie werden jeweils am gegebenen Ort bei den einzelnen Ämtern angeführt.

<sup>5</sup> Can. 106, 1°.

<sup>6</sup> Can. 106, 2°. So hat der Generalvikar (Can. 370, § 1) u. der Kapitularvikar (Can. 439) die Präzedenz vor allen Klerikern der Diözese, die nicht die bischöf. Weihe besitzen, der General- u. Provinzialobere (Can. 502 503; 629, § 1) vor allen Angehörigen der betreffenden religiösen Genossenschaft, auch wenn darunter Bischöfe sind. In seiner Diözese hat der Bischof (Can. 347) den Vortritt vor allen Erzbischöfen u. Bischöfen, ausgenommen die Kardinäle, päpstl. Legaten u. den eigenen Metropolit.

3. Unter kirchlichen Personen, von welchen keine Gewalt über die andere hat, hat jene die Präzedenz, welche den höheren Grad der amtlichen Jurisdiktion besitzt. Bei Personen, welche den gleichen Grad der amtlichen Jurisdiktion, aber nicht der Weihe haben, hat jene die Präzedenz, welche den höheren Grad der Weihe besitzt. Unter Personen, welche den gleichen Grad der amtlichen Jurisdiktion und der Weihe haben, hat jene die Präzedenz, welche das höhere Alter in der amtlichen Jurisdiktion besitzt<sup>1</sup>. Bei Personen, welche bei gleichem Grad der amtlichen Jurisdiktion und der Weihe das gleiche Alter in der amtlichen Jurisdiktion haben, hat jene die Präzedenz, welche das höhere Alter in der Weihe besitzt; doch geht hier der Jüngere im Weihealter voran, wenn er vom Papste geweiht worden ist. Zuletzt müßte das höhere physische Alter entscheiden<sup>2</sup>.

4. Die Verschiedenheit im Ritus kommt bei Bestimmung der Präzedenz nicht in Betracht<sup>3</sup>.

5. Was bei den physischen Personen für die Präzedenz auf Grund von Stellvertretung und Gewalt gilt, gilt auch für die moralischen Personen. Moralische Personen höherer Art sodann gehen denen niederer Art vor<sup>4</sup>, ferner bei moralischen Personen gleicher Art die höheren Grades denen niederen Grades<sup>5</sup>. Unter moralischen Personen gleicher Art und gleichen Grades aber hat jene die Präzedenz, welche im ruhigen Quasibesitz der Präzedenz ist. Ist dieser Quasibesitz zweifelhaft, so hat jene moralische Person die Präzedenz, welche zuerst am betreffenden Ort bestand. Bei den Mitgliedern eines Kollegs ist die Präzedenz zunächst durch die eigenen rechtlichen Satzungen bestimmt, wo nicht durch rechtmäßige Gewohnheit, und in Ermangelung solcher durch die Vorschriften des gemeinen Rechts<sup>6</sup>.

6. Es ist Sache des Ortsordinarius, in seiner Diözese die Präzedenz unter seinen Untergebenen festzusetzen unter Berücksichtigung des gemeinen Rechts, der rechtmäßigen Gewohnheiten innerhalb der Diözese und der den Untergebenen übertragenen Ämter. In Streitigkeiten über die Präzedenz hat zunächst die Congregatio Concilii zu entscheiden<sup>7</sup>. An sie gibt es auch einen Rekurs von der Entscheidung des Bischofs, aber ohne Suspensivwirkung. Der Diözesanbischof hat nämlich in dringenden Fällen alle Streitigkeiten über die Präzedenz, und zwar auch gegenüber den Exemten, soweit diese als Kollegium mit andern auftreten, zu entscheiden, wobei Berufung mit aufschiebender Wirkung wegfällt. Es soll aber bei solch bischöflicher Entscheidung das Recht eines jeden gewahrt werden<sup>8</sup>.

7. Die Präzedenz der Mitglieder des päpstlichen Hofes bestimmt sich nach eigenen Privilegien, Regeln und Überlieferungen<sup>9</sup>.

<sup>1</sup> Entscheidend ist beim Bischof der Tag der Präkonisation. Comm. Pontif. 10. Nov. 1925, Nr. 2 (Acta Ap. Sedis XII [1925] 582).

<sup>2</sup> C. 7, X de M. A. et O. I, 33. Can. 106, 3<sup>o</sup>. <sup>3</sup> Can. 106, 4<sup>o</sup>.

<sup>4</sup> Klerikergenossenschaften gehen Religiosengenossenschaften, Religiosengenossenschaften Laiengenossenschaften voran.

<sup>5</sup> Kathedral- oder Domkapitel gehen Kollegiatkapiteln vor.

<sup>6</sup> Can. 106, 5<sup>o</sup>. <sup>7</sup> Can. 250, § 3.

<sup>8</sup> Can. 106, 6<sup>o</sup>. — Früher besaßen die Apostolischen Missionare vor den andern Priestern das Privileg der Präzedenz. Das ist jetzt aufgehoben. S. C. de Prop. Fide 16. Jan. 1924 (Acta Ap. Sedis XVI [1924] 243).

<sup>9</sup> Can. 106, 7<sup>o</sup>.

8. Die Präzedenz kann auch durch Vindikativstrafe entzogen werden<sup>1</sup>.

IV. Wo Kirche und Staat nicht vollständig getrennt sind, erfreuen sich, abgesehen von etwaiger staatlich fixierter Rangordnung der kirchlichen Amtsinhaber<sup>2</sup>, etwa auch die einfachen Kleriker staatlich einer Präzedenz und bestimmter ehrenden Titulaturen, wie: Ehrwürden, Hochwürden bei mündlicher und schriftlicher Anrede<sup>3</sup>.

## Zweites Kapitel.

### Die Aufnahme in den Klerikerstand. Die Rechte und Pflichten der Kleriker.

(Can. 107—144.)

#### § 62.

### Der Kleriker- und Laienstand. Die Kirchengewalt. Die Hierarchie.

C. 1, D. XXI. C. 38, C. XI, q. 1. C. 5, C. XII, q. 1. C. 7, C. XII, q. 1. C. 11, X de aet. et qual. I, 14. C. 16, X de praeb. III, 5. Can. 87 107—110 118 682 683 948—950. Vgl. auch die zu §§ 2 u. 10—12 angeführten Kanonen.

Zur Liter. vgl. § 2 u. 10—12. Ferner aus der überreichen Liter. über Rechte u. Pflichten der Laien in der Kirche: W. Schenz, Das Laien- u. das hierarch. Priester-tum nach dem ersten Briefe des Apostels Petrus, 1873. A. M. Weiß, Das Laienregiment in kirchl. Dingen (Theol.-prakt. Qschr. LIII [1900] 269 ff.). Ders., Lebens- u. Gewissensfragen der Gegenwart I (1911) 379 ff. Ders., Liberalismus u. Christentum (1914) 167 ff. L. K. Götz, Klerikalismus u. Laizismus, 1906. Das Aufsteigen des Laientums in der kath. K. (Hist.-pol. Blätter CXXXIX [1907] 432 ff. 674 ff.). E. Kumlik, Die Laienautonomie der Preßburger röm.-kath. Gemeinde, 1909. A. Pezzini, La questione religiosa. Doveri e diritti del laicato<sup>2</sup>, 1910. A. R. Ryder, The priesthood of the laity, 1911. J. Haring, Das Laienelement in der Verfassung u. Verwaltung der kath. K. (Theol. u. Glaube III [1911] 190 ff.). F. Ostermann, Ursprung, Begriff, Wesen u. notwendige Eigenschaften des Laienapostolats (ebd. III [1911] 573 ff.). Ders., Notwendigkeit u. Ausbau des Laienapostolats (ebd. III [1911] 647 ff.). J. Silvanus, Kirchliches von einem Laien, 1912. A. C. Jemolo, La tutela dei diritti dei fedeli nell'ordinamento giuridico vigente (Estratto dalla Rivista di diritto pubblico), 1915. Ders., Esiste un diritto dei fedeli al sacramento? (ebd.), 1915. Stutz, Der Geist des CJC. 83 ff. J. Ch. Schulte, Die K. und die Gebildeten<sup>4</sup>, 1919. L. Demeuran, Le droit canon. des laïques d'après le nouveau Code, 1919. R. Senti, Begründung, Rechte und Pflichten des Laienstandes nach der Schrift u. dem neuen kirchl. Gesetzbuch, 1919. A. M. Koeniger, Der Laienstand nach dem CJC. (Ermeländ. Pastoralblatt 1920, 186 ff.). Schmitz-Proepgen, Hilfsdienst in der Pfarrseelsorge, 1920. A. Bertram, Laienapostolat ein königl. Priestertum, 1921. Ders. (Kard.), Im Geist u. Dienst der kath. Aktion, 1929. M. Meschler, Apostolat<sup>4</sup>, 1923. M. Faßbender, Kath. Salutismus, 1924. W. Klinckenberg, Organisationsfragen des Laienapostolats (Theol. u. Glaube XVI [1924] 88 ff.). K. Metzger, Erziehung zum Laienapostolat, 1925. Falco, Introduzione allo studio del „Cod. Jur.

<sup>1</sup> Can. 2291, 1<sup>o</sup>.

<sup>2</sup> Wird jeweils am gegebenen Ort bemerkt.

<sup>3</sup> Bayr. Konk. a. 1817, Art. 14. Österr. Konk. Art. 16. Vgl. aber für Österr. A. für kath. KR. LXXIX (1899) 552. J. Ch. Gspann, Vor- u. Ehrenrechte der Geistlichen nach österr. R. (Theol.-prakt. Qschr. LIX [1906] 908 ff.).

Can. 142 ff. 169 ff. W. Wiesen, Seelsorge u. Seelsorgehilfe<sup>2</sup>, 1926. St. Berghoff, Anklagen gegen die Geistlichkeit, 1926. Prießnig, Sittliche Volkserziehung auf zeitgemäßer kath. Grundlage, 1926. P. Schmitz, Das kirchl. Laienrecht nach dem CJC., 1927. R. Haas, Laienhilfe in der Seelsorge (Stimmen der Zeit 1926/27 II 68 ff.). [Mit reicher Liter.] K. Neundörfer, Zwischen Kirche u. Welt (1927) 39 ff. 105 ff. E. Magnin, L'Église enseignée. La discipline du clergé et des fideles, 1928. E. Schlund, Die kath. Aktion, 1928. C. Noppel, Vom Wachsen u. Werden der kath. Aktion (Stimmen der Zeit 1927/28 II 241 ff.). Weitere Literatur unten im Passus über die Laien.

I. Die Kirche ist eine *societas inaequalis*. Die Gewalt, welche Christus dem Petrus und den übrigen Aposteln gab, kommt für immer nur einzelnen Gliedern der Kirche zu. Es gibt nach göttlicher Anordnung in der Kirche Vorsteher und Untergebene, Kleriker und Laien. Doch sind nicht alle Kleriker göttlicher Anordnung. Die Kleriker und Laien können wieder Religiösen sein<sup>1</sup>.

Die Träger der Kirchengewalt zusammen heißen seit dem ersten Jahrhundert κληρος, *clerus*, Klerus; und der einzelne aus ihnen κληρικος, *clericus*, Kleriker<sup>2</sup>.

Als Anteil und Los Gottes konnte man im Anschluß an das Alte Testament das ganze christliche Volk bezeichnen<sup>3</sup>. Besonders aber wurde das neutestamentliche Priestertum passend so genannt<sup>4</sup>. Nach Hieronymus heißen die Kirchendiener Kleriker, „quia de sorte sunt Domini, vel quia ipse Dominus sors, id est pars clericorum est“<sup>5</sup>; entweder weil sie vom Los des Herrn sind, ganz besonders das Eigentum desselben sind, oder weil der Herr selbst ihr Los ist, wie der Stamm Levi kein Land, sondern den Herrn selbst zum Los erhalten hatte (Nm. 18, 20; Dt. 18, 25). Diese Erklärung hat sich die Kirche zu eigen gemacht<sup>6</sup>. Mit ihr stimmt überein die Benennung „Geistlicher“. Dagegen meint Augustinus, der geistliche Stand sei wegen des über Matthias bei Aufnahme in das Apostelkolleg geworfenen Loses (Apg. 1, 21 ff.) Klerus genannt worden<sup>7</sup>.

In den Klerikalstand tritt man ein durch die Tonsur, wodurch man sich dem Dienste Gottes weihet<sup>8</sup>.

Zunächst war die Haartracht der Kleriker von der der Laien nicht verschieden. Als aber um die Wende des 4. und 5. Jahrhunderts die Mönche nach dem Vorgang der Büsser zum Zeichen der Weltentsagung anfangen, das Haar kurz geschoren zu tragen, ging das auch auf die Kleriker über, und es wurde bald verboten, „comam nutrire“<sup>1</sup>. Die ersten Spuren eines vollständigen Abscherens des Haupthaars (tonsura S. Pauli: Apg. 18, 18; 21, 24) finden sich aus gleichen Gründen und zur gleichen Zeit ebenfalls zuerst bei den Mönchen, und ging die Sitte von diesen wiederum rasch auf die Kleriker über, wobei man im Abendland einen Kranz von Haaren rings um das Haupt stehen ließ (tonsura [corona] S. Petri)<sup>2</sup>. Ursprünglich wurde die Tonsur mit der ersten Weihe, dem Empfang des ersten ordo, als eine sie begleitende Zeremonie erteilt. Seit dem 6. Jahrhundert fing man aber an, sie von den niederen Weihen in einem besonderen Akt zu trennen. Der Grund hiervon lag in der Sitte, daß Eltern in allzu weiter Ausdehnung der väterlichen Gewalt ihre noch unmündigen Kinder dem Klosterleben oder dem Kirchendienste widmeten und sie zu diesem Zweck dem Abte oder Bischof übergaben. Diese Oblaten erhielten die ordines noch nicht, wohl aber die Tonsur<sup>3</sup>. Weil dann aber viele die Tonsur sich nur um der damit verbundenen Vorteile, namentlich der klerikalischen Privilegien willen geben ließen, hernach aber keine entsprechende Lebensweise führten, so bestimmte die Kirche, daß diese die Tonsur nicht fernerhin tragen, aber auch der genannten Privilegien verlustig gehen sollten<sup>4</sup>. Das Tridentinum verlangte, daß der zu Tonsurierende zu begründeter Hoffnung berechtigt, „ut Deo fidelem cultum praestet“<sup>5</sup>.

Durch die Tonsur erhält man aber nicht schon irgend welche Kirchengewalt und daher auch keinen eigentlichen Ordo<sup>6</sup>. Erhalten soll die erste Tonsur nur, wer den Vorsatz hat, in das Priestertum durch Empfang der ordines einzutreten, und begründete Hoffnung dazu gewährt<sup>7</sup>.

<sup>1</sup> 1 Kor. 11, 14. C. 21 (Pseudo-Anic.) 22 (Syn. v. Agde a. 506, c. 20) 23 (Syn. v. Rom a. 731, c. 17), D. XXIII. C. 4 5 7, X de vita et honest. cler. III, 1.

<sup>2</sup> Eine dritte Art von Tonsur war das Abscheren des Haars nur auf dem Vorderkopf: tonsura S. Ioannis (auch Simonis Magi). Daß die Tonsur, wie u. a. B. W. Otto, Priester u. Tempel im hellenist. Ägypten (1908) 256 f., u. Friedberg, KR. 6 43, A. 40, behaupten, von den heidn. Priestern stamme, ist unbewiesen. Sehr gut handelt über die Haartracht u. die Tonsur bei Mönchen u. Klerikern in der alten Kirche Th. G. obillot, Sur la tonsure chrétienne et ses prétendues origines païennes (Rev. d'hist. ecclés. XXI [1925] 399 ff.).

<sup>3</sup> C. 5 (Syn. Tolet. II a. 527, c. 1) D. XXVIII. J. N. Seidl, Die Gottverlobung von Kindern in Mönchs- u. Nonnenklöstern oder de pueris oblati, 1872. L. Oligier, De pueris oblati in Ordine Minorum (Arch. Francisc. hist. VIII [1915] 389 ff.; X [1917] 271 ff.; auch separat). H. v. Schubert, Gesch. der christl. K. im Frühmittelalter (1921) 71 451 617 622 f. 625 711 732. M. P. Deroux, Les origines de l'oblature bénédictine (Rev. Mabillon XVII [1927] 1 ff.; auch separat).

<sup>4</sup> C. 7 9 10, X de cler. conjug. III, 3. C. 27, X privil. V, 33.

<sup>5</sup> Sess. XXIII de ref. c. 4.

<sup>6</sup> C. 7 (Hier.?) C. XII, q. 1. C. 11, X de aet. et qual. I, 14. Thom. A. q., Summa theol. Suppl. q. 40, a. 2. Trid. sess. XXIII de sacr. ord. c. 2; de ref. c. 4 6 10. Can. 153 948—950; 973, § 1. Anders Fagnani, Jus can. ad c. 11, X de aet. et qual. I, 14, Nr. 45 ff.

<sup>7</sup> Can. 973, § 1.

<sup>1</sup> Trid. sess. XXIII de sacr. ord. c. 4; can. 4. Can. 107 118 948.

<sup>2</sup> Clem. Alex., Quis dives salvetur? c. 42, 2. Origen., Hom. XI in Jerem. n. 3. Tertull., De monogam. c. 12. Vgl. auch oben S. 36.

<sup>3</sup> Dt. 4, 20; 9, 29. 1 Petri 2, 59. Ignat., Ad Eph. 11, 2; Ad Trall. 12, 3; Ad Philad. 5, 1.

<sup>4</sup> Apg. 1, 17.

<sup>5</sup> Ep. ad Nepotian. 5 (c. 5, C. XII, q. 1).

<sup>6</sup> C. 16, X de praeb. III, 5. Dasselbst ist auf den Ordinationsritus bei Erteilung der Tonsur hingewiesen. Pontif. Rom. tit. De ord. conf.; tit. De cler. fac. Vgl. auch Catech. Rom. P. II, c. 7, q. 13.

<sup>7</sup> Enarr. in Ps. LXVII, n. 19. Vgl. auch c. 1, D. XXI.

<sup>8</sup> C. 38 (Greg. I. a. 603), C. XI, q. 1. C. 11, X de aet. et qual. I, 14. Pontif. Rom. tit. De ord. conf.; tit. De cler. fac. Can. 108, § 1; 948. S. d'Angelo, De prima tonsura. De titulo ad sacram ordinationem (Apollinaris I [1928] 181 ff.).

Dem Stand der Kleriker steht gegenüber der Stand der Laien, d. i. die Menge der Getauften, die Gläubigen, das christliche Volk<sup>1</sup>; λαός, λαϊκοί, laici, Laien, wie die Bezeichnungen im Anschluß an die Heilige Schrift von frühester Zeit an lauten<sup>2</sup>. Entbehren die Laien im wesentlichen Unterschied von den Klerikern zwar jede Gewalt in der Kirche, so haben sie doch bestimmte Rechte und Pflichten<sup>3</sup>.

Nach dem Ausgeführten gilt also: „Duo sunt genera christianorum“<sup>4</sup>, Kleriker und Laien. Die Religiösen, d. h. die, welche sich durch Ablegung der einfachen oder feierlichen Gelübde in einer religiösen Genossenschaft dem Dienste Gottes in besonderer Weise geweiht haben, bilden nicht ebenso wie diese einen kirchlichen Stand im strengen Sinne. Der nichtsdestoweniger sogenannte status religiosus ist also dem status clericalis und dem status laicalis nicht koordiniert. Der Religiöse hat als solcher keine Kirchengewalt, gehört daher wesentlich auch dem Laienstand an.

II. Die Zugehörigkeit zum Klerikerstand ist die Voraussetzung zum Erhalt von Kirchengewalt<sup>5</sup>.

III. Die Kleriker stehen nicht alle auf der gleichen Stufe. Es besteht vielmehr unter ihnen ein verschiedenes Ausmaß, eine Abstufung in der Anteilnahme an der Kirchengewalt. Ihre verschiedenen Inhaber bilden die Hierarchie, den sacer principatus, die heilige, wohlgeordnete Regierung der aufeinander folgenden Obern über die im Bezirk ihrer Amtsgewalt befindlichen physischen und juristischen Personen<sup>6</sup>.

## § 63.

### Die Exemption.

Decr. Grat. C. IX, q. 3. C. XXV, q. 2. Decr. Greg. IX. V, 31 de excess. prael.; 33 de privil. et excess. privil. Lib. sext. V, 6 7. Const. Clem. V, 6 7. Extrav. Ioann. XXII. XI. Extrav. comm. V, 7. Can. 239, § 1 18<sup>o</sup>; 285 319—328; 451, § 3; 464 § 2; 500 615—618; 1261, § 2; 1368 1491 1492 1557 1914—1916; 2269, § 2 u. a.

E. Chokier, Tractatus de iurisdictione ordinariorum in exemptis etc. (Col. 1620 ff.). J. de Prosperis, De territorio separato (Romae 1712). J. Schäfler, Der Bischof u. die Regularen seiner Diözese, 1871. A. Blumenstok, Der päpstl. Schutz

<sup>1</sup> Can. 107. Die Katechumenen gehören noch nicht zur Kirche. Vgl. oben S. 117, A. 5.

<sup>2</sup> 1 Petri 2, 10. Clem. Rom., Ad Corinth. I, c. 40. Tertull., De praescript. c. 41.

<sup>3</sup> Can. 118. Näheres über die Rechte u. Pflichten der Laien unten im Passus über die Laien.

<sup>4</sup> C. 7 (Hier.?), C. XII, q. 1. Es ist aber unbegründet, wenn hier die Religiösen (conversi) wegen ihrer Gebetspflicht dem Klerus beigegeben werden.

<sup>5</sup> Can. 118. Vgl. oben § 10: Die Kirchengewalt.

<sup>6</sup> Can. 108—110. Vgl. oben § 12: Die Hierarchie.

im MA., 1890. Ders., Schutz u. Zins (A. für kath. KR. LXXIV [1895] 216 ff.). P. Fabre, Étude sur le Liber censuum de l'Église romaine, 1892. K. F. Weiß, Die kirchl. Exemptionen der Klöster von ihrer Entstehung bis zur gregorian.-cluniacens. Zeit, 1893. R. Breitschopf, De regularium exemptione (Stud. u. Mittl. aus dem Bened.- u. Zisterz.-Orden XXI [1900] 85 ff.). A. van Hove, Étude sur l'histoire des exemptions (Rev. d'hist. ecclési. I [1900] 85 ff.; a. separat). A. Hessel, Cluny u. Mâcon. Ein Beitr. zur Gesch. der päpstl. Exemptionsprivilegien (Z. für K.gesch. XXII [1902] 516 ff.). C. Daux, La protection Apostolique au moyen-âge (Rev. des quest. hist. LXXII [1902] 5 ff.; auch separat). Ders., Le cens Pontifical dans l'Église de France (ebd. LXXV [1904] 5 ff.). A. Kraaz, Die päpstl. Politik in Verfass.- u. Vermögensfragen deutscher Klöster im 12. Jhd., 1902. A. Pedrinelli, Libertas papalis. Contributo alla storia del guelfismo democratico-papale nell'alta e media Italia, 1904. H. Prutz, Die exemte Stellung des Hospitaliterordens. Ihre Entwicklung, ihr Wesen u. ihre Wirkung (Sitzungsber. der philos.-philol. u. der hist. Kl. der Königl. bayr. Akad. der Wiss. [1904] 95 ff.; auch separat). A. Hüfner, Das Rechtsinstitut der klösterl. Exemption in der abendländ. Kirche bis zum Ausgang des MA.s (A. für kath. KR. LXXXVI [1906] 302 ff.). [Als Buch erschienen 1907.] P. Vendevre, L'exemption de visite monastique. Origines. Concile de Trente. Législation royale, 1906. Ders., La „libertas“ royale des communautés religieuses au XI<sup>e</sup> siècle (Nouv. Rev. hist. de droit franç. et étrang. XXXIII [1909] 594 ff.). P. Kehr, Regesta Romanorum Pontificum. Italia Pontificia, 1906 ff. H. Hirsch, Studien über die Privilegien süddeutscher Klöster im 11. u. 12. Jhd. (Ergänzb. VII [1907] der Mittl. des Inst. für österr. Geschf. 471 ff.). Ders., Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit, 1913. Ders., Die echten u. die unechten Stiftungsurkunden der Abtei Banz. Ein Beitrag zur Gesch. des fränk. Eigenklostertums (Sitzungsber. der Akad. der Wiss., philos.-hist. Kl., Wien, Bd. 189 [1919], Nr. 1; a. separat). H. Graßhoff, Langobard.-fränk. Klosterwesen in Italien, 1907. B. Messing, Papst Gregors VII. Verhältnis zu den Klöstern, 1907. P. Opladen, Die Stellung der deutschen Könige zu den Orden im 13. Jhd., 1908. A. Pöschl, Bischofsgut u. mensa episcopalis, 1908. Ders., Kirchengutveräußerungen u. das kirchl. Veräußerungsverbot im früheren MA. (A. für kath. KR. CV [1925] 3 ff.). Ders., Die Entstehung des geistl. Benefiziums (ebd. CVI [1926] 3 ff.). Ders., Die Inkorporation u. ihre geschichtl. Grundlagen (ebd. CVII [1927] 3 ff.). A. Schulte, Der Adel u. die deutsche K. im MA. (1909) 139 ff. [Die 2. Aufl. (1922) ist hier unverändert.] K. Voigt, Die königl. Eigenklöster im Longobardenreiche, 1909. Ders., Die karoling. Klosterpolitik u. der Niedergang des westfränk. Königtums. Laienäbte u. Klosterinhaber, 1917. G. Schreiber, Kurie u. Klöster im 12. Jhd., 1910. [Mit reicher Liter.] Vgl. dazu K. Brandt in Z. für R.gesch., kan. Abtl. II (1912) 399 ff. Schreiber, Studien zur Exemptionsgesch. der Zisterzienser (ebd. IV [1914] 74 ff.). E. E. Stengel, Die Immunität in Deutschland bis zum Ende des 11. Jhdts I (1910) 565 ff. M. Moresco, I censi di protezione, 1910. K. Korbe, Die Stellung Papst Urbans II. u. Papst Paschalis' II. zu den Klöstern, 1910. E. Tomek, Studien zur Reform der deutschen Klöster im 11. Jhd., 1910. Ders., Die Reform der deutschen Klöster vom 10. bis 12. Jhd. (Stud. u. Mittl. aus dem Bened.- u. Zisterz.-Orden XXXII [1911] 65 ff.). O. Lerche, Die Privilegierung der deutschen K. durch Papsturkunden bis auf Gregor VII. (A. für Urkundenforsch. III [1911] 125 ff.). S. Rieger, Die Dekretale „Recepimus litteras“ bei Blumenstok u. Schreiber (Stud. u. Mittl. des Bened.-Ordens u. seiner Zweige N. F. I [1911] 693 ff.). E. Lesne, Nicolas I<sup>er</sup> et les libertés des monastères des Gaules (Moyen-âge XXIV [1911] 277 ff.). P. Adamczyk, Die Stellung des Papstes Honorius II. zu den Klöstern, 1912. W. Reichert, Das Verhältnis Papst Eugens III. zu den Klöstern, 1912. A. Brackmann, Studien u. Vorarbeiten zur Germania Pontificia I (1912) 14 ff. Vgl. dazu G. Schreiber in Z. für R.gesch., kan. Abtl. IV (1914) 520 ff. E. Ender, Die Stellung des Papstes Kalixt II. zu den Klöstern, 1913. G. Wieczorek, Das Verhältnis des Papstes Innozenz II. zu den Klöstern, 1914.

O. Thielepape, Das Verhältnis des Papstes Cölestin III. zu den Klöstern, 1914. K. Blume, Abbazia, 1914. F. Schönsteiner, Die kirchl. Freiheitsbriefe des Stifts Klosterneuburg, 1916. F. A. Fuchs, Das Benediktinerstift Göttweig. Seine Gründung u. R.sverhältnisse im MA. (Stud. u. Mittl. des Bened.-Ordens u. seiner Zweige N. F. VI [1916] 302 ff.). A. Nebel, Die Anfänge u. die kirchl. R.sstellung des Augustinerchorherrnstifts St. Peter auf dem Lauterberg (bei Halle), 1916. F. Kersting, Das Verhältnis Papst Klemens' III. zu den Klöstern, 1916. E. Bernheim, Mittelalterl. Anschauungen in ihrem Einfluß auf Politik u. Gesch.schreibung (1918) 200 ff. G. Zünders, Das Verhältnis Urbans III. zu den Klöstern, 1919. U. Berlière, Innocent III et la réorganisation des monastères bénédictins (Rev. bénéd. XXXII [1920] 22 ff.). Ders., Honorius III et la réorganisation etc. (Rev. belge de philol. et d'hist. II [1923] 237 ff.). Ders., Les archidiaconés ou exemptions privilégiées de monastères (Rev. bénéd. XL [1928] 116 ff.). W. Erben, Die Gründungs-urkunde des Chorherrnstifts Habach (Z. für R.sgesch., kan. Abtl. XI [1921] 1 ff.). G. Letonnelier, L'abbaye exempte de Clugny et le Saint-Siège. Étude sur le développement de l'exemption clunisienne dès origines jusqu'à la fin du XIII<sup>e</sup> siècle, 1923. J. Hollsteiner, Die R.sstellung des Stifts St. Florian in Österreich bis in die Zeiten Rudolfs von Habsburg (Mittl. des Inst. für österr. Geschf. XL [1924] 37 ff.). K. Höger, Die reichsrechtl. Stellung der Fürstäbtissinnen (A. für Urkundenforsch. IX [1925] 195 ff.; auch separat). E. Göller, Die Reichenau als röm. Kloster (K. Beyerle, Die Kultur der Abtei Reichenau 724—1924 I [1925] 438 ff.). M. Buchner, Zur Entstehung u. zur Tendenz der „Gesta Dagoberti“. Zugleich ein Beitrag zum Eigenkirchenwesen im Frankenreiche (Hist. Jb. XLVII [1927] 252 ff.). Ders., Das Vizepapsttum des Abtes von St.-Denis, 1928. Th. Paas, Der Kampf der Prämonstratenser um ihre Exemtion in der Kölner Erzdiözese (Z. für R.sgesch., kan. Abtl. XVII [1928] 359 ff.). G. Tellenbach, Die bischöfl. passauischen Eigenklöster u. ihre Vogteien, 1928. P. Schmid, Die Entstehung des Marseiller Kirchenstaats (A. für Urkundenforsch. X [1928] 176 ff.). R. Molitor, Aus der R.sgesch. benediktin. Verbände, 1928 ff. [Mit vieler Liter.] Werminghoff, Verfassungsgesch.<sup>2</sup> 25 ff. 70 ff. 184 ff. Schließlich liefert die Gesch. fast jeden mittelalterl. Klosters einen Beitrag zu der von ihnen so sehr gesuchten Exemtion.

1. Entsprechend der Organisation der kirchlichen Hierarchie und der kirchlichen Gesetzgebung soll sich die Jurisdiktion eines jeden Kirchenobern über alle im Kreise seiner Amtsgewalt befindlichen physischen und juristischen Personen erstrecken. Ist aber eine solche Person der Gewalt des nächsten ordentlichen Obern teilweise oder ganz entnommen und dem nächst höheren oder dem höchsten unmittelbar unterstellt, so besteht begrifflich die Exemtion, die betreffenden Personen sind exemt<sup>1</sup>.

2. Geschichtlich betrachtet standen die Klöster anfänglich unter dem Bischof<sup>2</sup>. Bei dem Drucke aber, den diese vielfach auf die Klöster ausübten, wurden sie von Synoden<sup>3</sup>, Bischöfen<sup>4</sup>, Fürsten<sup>5</sup> und Päpsten<sup>6</sup> durch

<sup>1</sup> C. 7 in VI<sup>to</sup> de privil. V, 7.

<sup>2</sup> C. 12 (Syn. Chalced. a. 451, c. 4), C. XVI, q. 1. C. 4 (Syn. Chalced. a. 951, c. 24), C. XIX, q. 3. C. 16 (Syn. Aurel. I a. 511, c. 19) 17 (Syn. Arelat. V a. 554, c. 2), C. XVIII, q. 2. <sup>3</sup> C. 34 (Syn. Herd. a. 546, c. 3), C. XVI, q. 1.

<sup>4</sup> Marculfi, Form. I. I, c. 1. Ed. Zeumer, Mon. Germ. LL. 39 ff. Th. Sickel, Beiträge zur Diplomatik (Sitzungsber. der Kais. Akad. der Wiss., philos.-hist. Kl. XLVII [Wien 1864] 565 ff.). <sup>5</sup> Sickel a. a. O. 175 ff. 565 ff.

<sup>6</sup> Jaffé, Regesta<sup>2</sup> Nr. 864 928 1079 1317 1475 1504.

Privilegien vielfach in Schutz genommen. Diese Schutzbriefe waren aber noch keine Befreiung von der bischöflichen Jurisdiktion. Die erste Exemtion von solcher erhielt das Kloster Bobbio in Oberitalien im Jahre 628 durch Papst Honorius I.<sup>1</sup> Doch waren die Exemtionen auch in den folgenden Jahrhunderten noch selten<sup>2</sup>. Zahlreich aber traten sie ein seit den aufkommenden Benediktinerkongregationen und den über die ganze Kirche hin sich verbreitenden, je unter einem höchsten Obern (General) stehenden Orden und den kirchlichen Reformbestrebungen seit dem Ende des 11. Jahrhunderts, indem die Päpste die Mönche, ihren besten Rückhalt gegenüber den vielfach königsfreundlichen, aber papstfeindlichen Bischöfen, um so fester mit sich verbanden. Von jetzt ab wurden nicht nur einzelne Klöster, sondern ganze Kongregationen und Orden von der bischöflichen Gewalt teilweise oder ganz eximiert<sup>3</sup>. Zu dieser Entwicklung trug auch bei das Schutzverhältnis, in welchem viele Klöster zum Apostolischen Stuhle sich befanden. Seit Mitte des 9. Jahrhunderts gaben sich nämlich viele Klöster dem hl. Petrus zu eigen, um bei dem Verfall oder Angriff der weltlichen Gewalt den Schutz des Papstes zu genießen, welchen dieser in einer Urkunde übernahm. Ja die Laien, welche Klöster stifteten, taten solches vielfach selbst<sup>4</sup>. Diese „libertas Romana“ wurde aber seit Urban II. mehr und mehr auch als libertas oder Exemtion von der bischöflichen Jurisdiktion angesehen<sup>5</sup>. So war die Exemtion der Orden und Klöster seit dem 12. Jahrhundert die Regel. Dazu kamen Exemtionen der Domkapitel, Kollegiatstifte, Archidiaconate, Pfarreien, Gemeinden, kirchlichen Anstalten und einzelner Personen. Das erschwerte die Diözesanregierung. Es hat daher an Klagen darüber seitens der Bischöfe nicht gefehlt<sup>6</sup>. Manche Päpste ließen denn auch Beschränkungen eintreten<sup>7</sup>. Aber erst das Tridentinum hat eingreifendere Maßregeln getroffen, indem es die Exemten in mancherlei Hinsicht den Bischöfen als solchen<sup>8</sup> oder als päpstlichen Delegaten<sup>9</sup> unterstellte. Noch andere

<sup>1</sup> Jaffé a. a. O.<sup>2</sup> Nr. 2017. Diese Exemtion u. direkte Unterstellung unter den Papst war wohl gegen separatist. Tendenzen der irischen Mönchskirche gegenüber von Bischof u. Papst gerichtet; vgl. v. Schubert, Gesch. der christl. Kirche usw. 212 214 251 608 f. Als erstes deutsches Kloster wurde Fulda 751 durch Papst Zacharias auf Bitten des hl. Bonifatius eximiert. Jaffé a. a. O.<sup>2</sup> Nr. 2293. Vgl. v. Schubert a. a. O. 312.

<sup>2</sup> Abgesehen von andern Gründen wohl auch deswegen, weil bei den zunächst allein vorhandenen Benediktinerklöstern jedes für sich bestand.

<sup>3</sup> Zuerst Clugny u. seine Klöster. Jaffé a. a. O.<sup>2</sup> 5372 5676 5682 5845. Schreiber, Kurie und Klöster I 75 ff.

<sup>4</sup> Liter. zur Klosterpolitik der deutschen Könige siehe oben S. 77, A. 4.

<sup>5</sup> Fabre, Étude sur le Liber censuum 76 ff. C. 8 18, X de privil. V, 33. C. 6 10 in VI<sup>to</sup> de privil. V, 7.

<sup>6</sup> C. 12, X de excess. prael. V, 31. C. 3, X de privil. V, 33. C. 1 in VI<sup>to</sup> de privil. V, 7. Trid. sess. XXIV de ref. c. 11. Doch stehen dem auch Klagen der Exemten über die Bischöfe gegenüber: C. 16 17, X de excess. prael. V, 31. C. un. in Clem. h. t. V, 6.

<sup>7</sup> C. 1 9 in VI<sup>to</sup> de privil. V, 7. Martin V., Conc. Const. sess. XLI, c. 1. Leo X., Conc. Later. V, sess. X: „Regimini“ v. 4. Mai 1515. CJC. Fontes I, Nr. 66.

<sup>8</sup> Z. B. Sess. XXIII de ref. c. 15; Sess. XXIV de ref. c. 4; Sess. XXV de regul. c. 3 11—14.

<sup>9</sup> Z. B. Sess. V de ref. c. 2; Sess. VI de ref. c. 3; Sess. VII de ref. c. 8 14; Sess. XIV de ref. c. 4; Sess. XXIV de ref. c. 11.

Exemtionen hob es ganz auf<sup>1</sup>. Die Durchführung blieb jedoch weit hinter der Absicht des Konzils zurück, namentlich infolge des Widerstands der Orden und Klöster selbst<sup>2</sup>. Durch die Säkularisation sind aber viele exemte Institute zu Grunde gegangen, was nachträglich zum Teil durch den Apostolischen Stuhl anerkannt wurde<sup>3</sup>. Soweit aber die Klöster und Orden weiterbestanden, erhielten sich deren Exemtionen<sup>4</sup>, und auch der CJC. enthält solche, aber auch andere in reichem Maße<sup>5</sup>.

3. Die Exemtion ist der Art nach eine verschiedene. Auf den Ursprung angesehen, ist sie entweder eine *exemptio nativa* oder *dativa* oder *praescriptiva*. Erstere besteht dann, wenn ein kirchliches Institut (Kloster, Bistum) bei späterer Einrichtung der übergeordneten kirchlichen Organisation seine Selbständigkeit behält. Die *ex. dativa* beruht auf einem Privileg, erteilt entweder durch den zuständigen kirchlichen Obern (*ex. ab homine*) oder durch Gesetz (*ex. a lege*). Die *ex. praescriptiva* wird er-

<sup>1</sup> Z. B. Sess. VI de ref. c. 4; Sess. XXIV de ref. c. 11; Sess. XXV de regul. c. 8 9; Sess. XXV de ref. c. 6.

<sup>2</sup> Vgl. u. a.: Hohenbaum van der Meer-Mayer, Skizze einer Gesch. der schwäb.-schweiz. Benediktinerkongregation (Stud. u. Mittl. aus dem Bened.- u. Zisterz.-Orden, Jahrg. IX [1888] 382 ff.). K. Holl, Fürstbischof Jakob Fugger von Konstanz (1604 bis 1626) u. die kath. Reform der Diözese (1898) 50 ff. L. Stouff, L'exemption de la visite monastique (Rev. hist. de droit franç. et étrang. XXXI [1907] 237 ff.). J. Schmidlin, Die kirchl. Zustände in Deutschland vor dem Dreißigjähr. Krieg nach den bischöfl. Diözesanberichten an den Heiligen Stuhl, 1908 ff. H. Baier, Zur Konstanzer Diözesansynode von 1567 (Z. für Gesch. des Oberrheins N. F. XXIV [1909] 553 ff.). Ders., Ein Beitrag zur Gesch. der Exemtion (ebd. XXIV [1910] 158 ff.). J. Zeller, Die Umwandlung des Benediktinerklosters Ellwangen in ein weltl. Chloster (1460) u. die kirchl. Verfassung des Stiftes (1910) 423 ff. K. Hahn, Visitationen u. Visitationsberichte aus dem Bistum Straßburg in der zweiten Hälfte des 16. Jhdts (Z. für Gesch. des Oberrheins N. F. XXVI [1911] 204 ff.). A. Pasture, Les conflits d'exemption des chapitres séculiers dans le diocèse de Tournai après le Concile de Trente, 1923. K. Schellhass, Die Gegenreformation im Bistum Konstanz im Pontifikat Gregors XIII. (1572—1585), 1925. K. Steiger, Das Kloster St. Gallen im Lichte seiner kirchl. Rsgesch., 1925. Th. Paas, Der Kampf der Prämonstratenser um ihre Exemtion in der Kölner Erzdiözese (Z. für Rsgesch., kan. Abtl. XVII [1928] 359 ff.). Molitor, Aus der Rsgesch. benediktin. Verbände 319 ff. Weitere Liter. bei: Stutz, KR.<sup>2</sup> 353; Knöpfler, Lehrb. der K.gesch.<sup>6</sup> 603 ff. 650 ff.; Funk-Bihlmeyer, Lehrb. der K.gesch.<sup>7</sup> 731 f. 788 ff.; Pastor, Gesch. der Päpste VIII<sup>4</sup> 176 ff.; IX<sup>4</sup> 79 ff.; X<sup>4</sup> 98 ff.; XI<sup>4</sup> 425 ff.; XII<sup>4</sup> 192 ff.; XIII<sup>4</sup> 600 ff.

<sup>3</sup> Schon vor der Säkularisation suchten josephin. u. aufklärer. Staatsgesetze die Exemtion zu beseitigen. Und auch nachher noch verboten sie solche Exemtionen. Vgl.: Joseph II. Ges. v. 24. März 1781; 2., 30. Mai 1782; Allgem. preuß. Landrecht Teil II, Tit. 11, § 116; Organ. Art. 1802, Nr. 10; Edikt v. 30. Jan. 1830, § 2. Schneider, Die part. KR.squellen 303 493.

<sup>4</sup> Über Wünsche auf dem Vatic. zur Beseitigung der Exemtion der Klöster u. Orden: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 117 155; Granderaath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I (1903) 440 451.

<sup>5</sup> Z. B.: Can. 285 319; 464, § 2; 615 618; 1261, § 2; 1368 1491 1492; 1594, § 2 3; 2269, § 2.

lassen im Rahmen des für die Ersitzung geltenden kirchlichen Rechts<sup>1</sup>. Sodann ist die Exemtion entweder eine persönliche (*ex. personalis*) oder eine örtliche (*ex. localis*) oder beides zugleich (*ex. mixta*). Ferner gibt es sachlich eine totale und eine partielle Exemtion<sup>2</sup>. Zuletzt unterscheidet man mit Rücksicht auf den örtlichen Umfang der Jurisdiktion der Eximierten eine *ex. passiva* und *activa*. Bei der ersteren reicht die *jurisdictio ordinaria* des eximierten Obern nicht über die zum Institut gehörigen Kleriker, Religiösen, Laien hinaus<sup>3</sup>. Bei der *ex. activa* aber kommt dem Obern ordentliche Jurisdiktion auch über ein bestimmtes Gebiet zu, und zwar entweder so, daß es sonst zur Diözese gehört (*praelatus nullius, sc. dioeceseos, cum territorio conjuncto*)<sup>4</sup>, oder so, daß es von der Diözese getrennt ist (*praelatus nullius, sc. dioeceseos, cum territorio separato*)<sup>5</sup>.

4. An hauptsächlichsten Exemtionen bestehen:

a) die exemten Bistümer, die von der Jurisdiktion des Metropoliten befreit sind und unmittelbar unter dem Apostolischen Stuhle stehen (*episcopi Apostolicae Sedi immediate subjecti*)<sup>6</sup>;

b) die Prälaturen und Abteien *nullius cum territorio conjuncto* oder *separato*<sup>7</sup>;

c) die exemte Militärseelsorge<sup>8</sup>;

<sup>1</sup> C. 15 18, X de praescr. II 26. Can. 63, § 1; 1509, 7<sup>o</sup>.

<sup>2</sup> Zu der partialen Exemtion können im gewissen Sinn gerechnet werden die sog. Reservationen; vgl. Can. 893 ff. 1431 ff. 2245 ff.

<sup>3</sup> Trid. sess. XXV de regul. c. 8 20.

<sup>4</sup> C. 13 18, X de praescr. II 26. Trid. sess. XXIII de ref. c. 10.

<sup>5</sup> C. 19, X de praescr. II 26. Trid. sess. XXIV de ref. c. 9. Can. 215, § 2; 319. Solcher exemten Abteien u. Prälaturen *nullius dioeceseos cum territorio separato* älteren u. neueren Datums gibt es eine größere Anzahl, z. B. Montecassino, St. Moriz, Einsiedeln, Martinsberg (in Ungarn) usw. A. für kath. KR. LXXXVIII (1908) 566 f. Acta Ap. Sedis XII (1920) 557 ff.; XIII (1921) 290 ff.; XIV (1922) 582 ff. Mehr darüber unten im § Die niederen Präläten.

<sup>6</sup> Trid. sess. XIV de ref. c. 2. Can. 285. Solche waren bis in die neueste Zeit z. B. in Deutschland: Ermland u. Breslau („De salute animarum“ [1821] § 7), Hildesheim u. Osnabrück („Impensa Romanorum Pontificum“ [1824] § 2). Schneider, Die partik. KR.squellen 48 89. L. Schulte, Die Exemtion des Breslauer Bistums (Z. des hist. Vereins für Gesch. Schlesiens LI [1917] 1 ff.). — Durch das Konkordat zwischen dem Apostol. Stuhl u. Preußen 1929 aber wurden diese Exemtionen aufgehoben. Ermland wurde dem zum Erzbistum erhobenen Breslau, Hildesheim dem ebenfalls neuen Erzbistum Paderborn u. Osnabrück dem Erzbistum Köln untergeordnet. Das durch die Konstit. Bened. XV. „Sollicitudo omnium ecclesiarum“ v. 24. Juni 1921 für Sachsen errichtete Bistum Meißen (Acta Ap. Sedis XIII [1921] 909 ff.) ist exempt.

<sup>7</sup> Can. 215, § 2; 319.

<sup>8</sup> Can. 451, § 3. — Über Entwicklung u. Beurteilung der exemten Militärseelsorge im allgemeinen: W. E. v. Ketteler, Die Gefahren der exemten Militärseelsorge, 1869; auch im A. für kath. KR. LVIII (1887) 434 ff.; vgl.: O. Pfälf, Bischof v. Ketteler (1811—1877) II (1899) 412 ff.; F. Vignier, Ketteler (1924) 566. E. Prinz Sägmüller, Kirchenrecht. 4. Aufl. I. 3.

d) die Religiösen mit feierlichen Gelübden, die von der Jurisdiktion des Ortsordinarius mit Ausnahme gewisser im Rechte bestimmter Fälle befreit sind<sup>1</sup>;

v. Radziwill, Die kirchl. Auktorität u. das moderne Bewußtsein (1872) 442 616 ff. K. Künstle, Zwei Dokumente zur altchristl. Militärseelsorge (Katholik 1900 II 97 ff.; auch separat). B. Duhr, Gesch. der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge I (1907) 517 ff.; II 2 (1913) 300 ff.; III (1921) 716 ff.; IV 2 (1928) 283 ff. J. Niedner, Die Bedeutung des Militärkirchenwesens für das Verhältnis von St. u. K. (Z. für Politik I [1908] 471 ff.). L. Ruland, Die Persönlichkeit des Militärgeistlichen u. die in seiner Sonderstellung begründeten Schwierigkeiten u. Gefahren (Theol. u. Glaube IV [1912] 9 ff.). Sägmüller, Ein Aktenstück zur Militärseelsorge in der Mitte des 6. Jhdts (Theol. Qschr. XCVI [1914] 592 ff.). L. Arntz, Der Feldaltar in Vergangenheit u. Gegenwart (Z. für christl. Kunst XXVIII [1915] 89 ff.; vgl. dazu für die byzant. Kirche Katholik 1916 II 407). C. Schmitz, Franziskaner als Feldgeistliche um die Wende des 15. Jhdts (Franziskan. Studien III [1915] 95 ff.). Ders., Franziskaner als Feldgeistliche im 14. Jhd. (ebd. XV [1928] 182 f.). A. Peter, Feldgottesdienstgeräte im 17. Jhd. (Beiträge zur bayr. K.gesch. XXIII [1916] 27 f.). A. M. Koeniger, Das Recht der Militärseelsorge in der Karolingerzeit (Festgabe für Knöpfler [1917] 218 ff.). Ders., Die Militärseelsorge der Karolingerzeit. Ihr Recht und ihre Praxis, 1918. F. Haase, Byzantin. Kriegergottesdienste (Wissenschaftl. Beilage zur Germania 1917, Nr. 11). E. Müller, Die Fuldaer Franziskaner in der Militärseelsorge seit dem 17. Jhd. (Franziskan. Studien XIII [1926] 400 ff.). J. Lefèvre, L'aumônerie militaire à l'époque de l'archiduc Albert (1598—1621) (Rev. belge de philol. et d'hist. VII [1928] 113 ff.). Hinschius, KR. II 335 ff. Scherer, KR. I 635 ff. Stutz, KR.<sup>2</sup> 378, A. 1. Vgl. auch oben für die erste Hälfte des MA. S. 77, A. 1. — Über die Militärseelsorge in einzelnen Ländern sei bemerkt: In Österreich bestand seit 1778 ein Apostol. Feldvikariat. Der Feldbischof wurde vom Kaiser ernannt. Seit Ende des Weltkrieges besteht teilweise Neuregelung der Militärseelsorge. J. M. Leonhard, Verfassung der Militärseelsorge in den K. K. Staaten, 1842. E. Bijelik, Gesch. der K. K. Militärseelsorge u. des Apostol. Feldvikariats, 1901. Ders., Handbuch für die K. K. Militärgeistlichkeit, 1905. C. Wolfsgruber, Sigismund Anton Graf Hohenwart, Fürsterzbischof von Wien (1912) 51 ff. A. Dold, Der ehemalige Freiburger Feldkaplan u. der Stadtpfarrer (Freiburger Diözesanarchiv N. F. XVII [1916] 269 ff.). E. Dorn, Das Gebetbüchlein des Erzherzogs Maximilian (1600). Ein Beitrag zur Gesch. der Militärseelsorge (Hist.-pol. Blätter CLXI [1918] 855 ff.). Neue Militärseelsorge für Österreich (Theol.-prakt. Qschr. LXXVI [1923] 690 ff.). — In Preußen wurde die vollständig exemte Militärseelsorge 1868 eingeführt. Der als episcopus titularis in Berlin residierende Feldpropst wurde vom Papst auf Vorschlag des Königs ernannt u. erhielt von diesem seine Bestallung. Nach VDR. v. 11. August 1919 ist laut Art. 140 u. 141 auch hierin die Trennung von Kirche u. Staat nicht vollständig. Die Feldpropstei u. zwar des Reichsheeres besteht weiter. Der in Berlin residierende Feldpropst wird vom Papst auf Vorschlag des Reichspräsidenten ernannt. Vgl. jedoch Staatslexikon<sup>5</sup> III (1929) 432. Darnach ist die Jurisdiktion über die Reichswehr bei den Bischöfen der Standorte. Lünemann, Handbuch der kath. Militärseelsorge Preußens, 1870. Richter-Vollmar, Kath. militärkirchl. Dienstordnung, 1904. J. Freisen, Das Militärkirchenrecht in Heer u. Marine des Deutschen Reiches nebst Darstellung des außerdeutschen Militärkirchenwesens, 1913. Ders., Die Jurisdiktion des preuß. kath. u. evang. Feldpropsts (Z. für KR. XXV [1915/16] 271 ff.). Ders., Verfassungsgesch. der kath. Kirche

e) die Religiösen des päpstlichen Rechts mit einfachen Gelübden, die zwar kein eigentliches Exemtionsprivileg besitzen, aber doch hinsichtlich der innern Verwaltung und Disziplin von der Jurisdiktion des Ortsordinarius mit Ausnahme gewisser, im Rechte bestimmter Fälle befreit sind<sup>1</sup>;

f) die Priesterseminare, die von der Jurisdiktion des Ortspfarrers befreit sind<sup>2</sup>;

g) die vom Bischof aus gerechter und wichtiger Ursache vom Pfarrverband befreiten religiösen Genossenschaften und frommen Anstalten<sup>3</sup>;

h) die von der Jurisdiktion und Visitation befreiten frommen Institute<sup>4</sup>.

Deutschlands (1916) 39 f. J. Langhäuser, Das Militärkirchenwesen im kurbrandenburg. u. Königl. preuß. Heer. Seine Entwicklung u. derzeitige Gestalt, 1913. M. Heinrichs, P. Raimundi Bruns O. Pr. Annales conventus Halberstadiensis. Eine Chronik der Militärseelsorge u. Missionstätigkeit der deutschen Dominikaner in Brandenburg-Preußen im 18. Jhd., 1913. F. Triebbs, Die Jurisdiktion über die kath. Kriegsgefangenen in Preußen (A. für kath. KR. XCV [1915] 329 ff.; XCVI [1916] 138 ff.). J. Linneborn, Rechtliches zur preuß. Militärseelsorge (Theol. u. Glaube VII [1915] 529 ff.; VIII [1916] 276 ff.). J. B. Aufhäuser, Feldseelsorge, 1916. J. Niedner, Das Militärkirchenwesen (Z. für Politik X [1917] 300 ff.). J. Albert, Handbuch für die kath. Militärgeistlichen des preuß. Heeres, 1918. W. Hermann, Das Tagebuch des Dominikaners Bruns aus Halberstadt, des Seelsorgers der Potsdamer Riesengarde (1735—1741), 1925. H. Pohl, Die Schaffung des Amtes kath. Militär-Oberpfarrer für die preuß. Armee (A. für kath. KR. CIV [1924] 224 ff.). Ders., Die kath. Militärseelsorge Preußens (1797—1888), 1926. — Für Bayern erwirkte König Ludwig I. (1841) ein päpstl. Breve, nach welchem der jeweilige Erzbischof von München-Freising für Kriegs- u. Friedenszeit an der Spitze des bayr. Heeres als capellanus major stehen sollte. Aber das Breve ist nicht zur Ausführung gekommen. A. Nägele, Abt Benedikt von Wiblingen, Feldpropst der bayr.-kaiserl. Armee im Dreißigjähr. Krieg (1911) 85 ff. M. Buchberger, Die bayr. Feldseelsorge im Weltkrieg, 1916. Freisen, Verfassungsgesch. der kath. K. usw. 39 ff. B. Duhr, Feldseelsorge bei den bayr. Truppen im 18. Jhd. (Stimmen der Zeit 1922/23 I 112 ff.). — Über die Militärseelsorge in andern deutschen Staaten: Freisen, Das Militärkirchenrecht 17 ff.; Ders., Verfassungsgesch. der kath. K. usw. 40. — Frankreich: Grandmaison-Veuillot, L'aumônerie militaire pendant la guerre (1914—1918), 1923. — Italien: Konkordat 1929, Art. 13 14 15 (Acta Ap. Sedis XXI [1929] 280 f.). — Polen: Konkordat 1925, Art. 7 (Acta Ap. Sedis XVII [1925] 275). — Spanien: G. Sanchez de Rojas y Aguado, La eclesiástica jurisdicción castrense y los prelados españoles, 1921. — Die Tschecho-Slowakei hat seit 1919 einen eigenen Armeebischof (A. für kath. KR. C [1920] 127).

<sup>1</sup> Can. 618, § 2. Mehr darüber unten im Teil: Die Religiösen.

<sup>2</sup> Can. 1368. Vgl. unten § Die Semiarier.

<sup>3</sup> Can. 464, § 2. Vgl. unten § Der Pfarrer.

<sup>4</sup> Can. 1492. Über andere, weniger bedeutende Exemtionen vgl. N. Hilling, Das Personenrecht des CJC. (1924) 103, Nr. 8.

<sup>1</sup> Can. 615. Mehr darüber unten im Teil: Die Religiösen.

## Die Aufnahme der Kleriker in die Diözese.

Decr. Grat. D. LXX—LXXIII. C. XIX, C. XXI, q. 1. Decr. Greg. IX. I, 22 de cleric. peregr.; II, 29 de cleric. peregrinant.; III, 4 de cleric. non resid. in eccles. vel praeb. Can. 111—117.

Hallier P. II, sect. 5, c. 3. Thomassin P. II, l. 1, c. 5. Oberkamp, Wann bewirken litterae dimissoriae ad quemcunque episcopum die Exkorporation aus einem Sprengel? (A. für kath. KR. XXXVI [1876] 389 ff.) M. Hofmann, Die Inkardination einst u. jetzt (Z. für kath. Th. XXIV [1900] 92 ff.). J. Biederlack, Inkardination u. Ordination nach dem jetzigen KR. (Z. für kath. Th. XLVII [1923] 50 ff.).

Durch den Empfang der ersten Tonsur wird deren Empfänger nicht nur in den Klerikalstand aufgenommen, sondern auch in die Diözese, für deren Dienst er die Tonsur empfangen hat<sup>1</sup>.

In der ältesten Kirche gab es keine absoluten Weihen. Es wurde immer für den Dienst an einer bestimmten Kirche geweiht. An dieser war der Geweihte ebendamit bleibend angestellt, ihr war er inkardiniert. Daher gab es auch kein Verlassen dieser Kirche bzw. Diözese. Die Desertion war mit der Strafe der Exkommunikation belegt<sup>2</sup>. Doch konnte allmählich mit Erlaubnis des Diözesanbischofs ein Tausch der Diözesen stattfinden<sup>3</sup>. Dies geschah vermittelt der litterae dimissoriae (commendaticiae, canonicae, formatae)<sup>4</sup>. Seit dem 8. Jahrhundert aber gab es, wie die Klagen der Synoden beweisen, viele Kleriker, die mit keiner Diözese verbunden waren, sogenannte clerici akephali, vagi, absoluti<sup>5</sup>. Seit dem 12. Jahrhundert kamen aus mehr oder weniger berechtigten und unberechtigten Gründen die absoluten Ordinationen immer mehr in Gebrauch<sup>6</sup>. Daher bestimmte die dritte Lateransynode 1179, c. 5, daß

<sup>1</sup> Can. 111, § 2.

<sup>2</sup> Syn. v. Arles a. 314, c. 2 21. C. 1 (Syn. Chalced. a. 451, c. 6), D. LXX. C. 1 (Syn. Sard. a. 343, c. 18), 3 (Syn. v. Nicäa a. 325, c. 16), 4 (Syn. Chalced. a. 451, c. 20), 6 (Syn. Carthag. a. 348, c. 5), D. LXXI. C. 19 (Syn. v. Nicäa a. 325, c. 15), 23 (Syn. Chalced. a. 451, c. 5), C. VII, q. 1. Laien konnten nach der mehr als wahrscheinlichen Meinung sich von jedem Bischof die Weihen erteilen lassen, wofür nur ihre Würdigkeit konstatiert war. Hofmann, Die Exkardination usw. 92 ff.

<sup>3</sup> Can. 37 (Stat. eccl. ant. c. 27), C. VII, q. 1. C. 1 (Syn. Rom. a. 826, c. 18), 2 (Syn. Carthag. a. 357, c. 21), D. LXXII.

<sup>4</sup> D. LXX—LXXIII. L. Fiesel, Die kirchl. Empfehlungsbriefe u. das kirchl.-klösterl. Geleitwesen (A. für Rsgesch., kan. Abtl. X [1920] 157 ff.). C. Fabricius, Die litterae formatae im Frühmittelalter (A. für Urkundenforsch. IX [1924] 39 ff.). Es geht aber aus diesen Untersuchungen in etwa hervor, daß die Bezeichnungen: litterae dimissoriae etc. doch nicht ganz synonym waren. Am meisten decken sich die Bezeichnungen: litterae dimissoriae u. litt. commendaticiae.

<sup>5</sup> Syn. v. Mainz a. 813, c. 22. Syn. v. Paris a. 829, c. 30. C. 2 (Syn. Placent. a. 1095, c. 15), D. LXX. Syn. Melphit. a. 1089, c. 9.

<sup>6</sup> So schreibt Rufinus in seiner Summa zum Dekret Gratians: „In tota paene Romana provincia hodie clerici, maxime subdiacono infra, ex longaeva consuetudine absque titulo ordinantur.“ Ed. H. Singer (1902) 161. Die Gründe hierfür waren: geringe Zahl der Benefizien, großer Zudrang zu den Weihen, wachsende Massen von Theologiestudierenden auf den neu entstandenen Universitäten, vor allem in Paris.

kein Diakon oder Presbyter ohne Titel, d. h. ohne Benefizium, geweiht werden solle. Geschehe es doch, so habe der weihende Bischof aus seinen Mitteln den Unterhalt des Klerikers zu bestreiten, bis er ihm ein Benefizium verleihe, es sei denn, daß der Ordinierte selbst ein für seinen Unterhalt hinreichendes Vermögen besitze<sup>1</sup>. Innozenz III. dehnte die Sustentationspflicht des Bischofs auch auf den Subdiakon aus<sup>2</sup>. Der Versuch einer weiteren Ausdehnung aber scheiterte an dem Widerstand der Bischöfe<sup>3</sup>. Aus der Bestimmung des Lateranense wurde aber bald die Folgerung gezogen, daß das eigene Vermögen (patrimonium) ebensogut pro titulo ordinationis gelten könne wie das Benefiz<sup>4</sup>. Ja es setzte sich die Auffassung fest, daß der Weihetitel überall da vorhanden sei, wo für den genügenden Lebensunterhalt irgendwie gesorgt sei. So war der Untergrund gegeben für den mit dem titulus patrimonii verwandten titulus pensionis und für noch andere nach dem Tridentinum bestimmter auftretende Ordinationstitel, aber auch die Möglichkeit zum Wiederaufkommen eines zahlreichen unsteten Klerus, ohne Benefiz und Residenz<sup>5</sup>. Daher verordnete das Konzil von Trient, nach Möglichkeit zur alten Praxis zurückkehrend, daß jeder Kleriker für eine bestimmte Kirche geweiht und keiner zu den höheren Weihen promoviert werden solle, der nicht ein Benefizium habe. Nur dann, wenn es das Bedürfnis oder der Nutzen seiner Kirchen fordere, könne der Bischof subsidiär auch solche promovieren, deren Unterhalt durch eigenes Vermögen oder durch eine Pension gesichert sei<sup>6</sup>. Und noch schärfer verbot die Synode, daß einer geweiht werde, der nicht an einer bestimmten Kirche oder frommen Anstalt zur Erfüllung seiner Verpflichtungen angestellt sei, oder daß einer ohne Anstellung umherschweife. Wenn er den Ort seiner Anstellung ohne Befragen des Bischofs verlasse, solle er von der Vornahme geistlicher Handlungen suspendiert werden<sup>7</sup>. Da aber im weiteren diese Dekrete wieder nicht genau beobachtet wurden, so wurden die kirchlichen Normen über die Verbindung des Klerikers mit einer bestimmten Diözese durch römische Erlasse immer wieder neu eingeschärft<sup>8</sup>.

Nach geltendem Recht muß jeder Kleriker einer Diözese oder religiösen Genossenschaft angehören und dürfen clerici vagi durchaus nicht geduldet werden<sup>9</sup>. Die Aufnahme oder Inkardination eines Laien

<sup>1</sup> C. 4, X de praeb. III, 5.

<sup>2</sup> C. 16, X de praeb. III, 5.

<sup>3</sup> Stephan v. Tournay († 1203), Ep. 194, Migne, Patr. Lat. CXXI 476 f. „Clericos“ c. 2, X de praeb. III, 5.

<sup>4</sup> C. 23, X de praeb. III, 5. Syn. v. Béziers a. 1233, c. 6.

<sup>5</sup> Selbst die Benefiziaten verließen vielfach nicht mehr auf ihrer Stelle innerhalb der Diözese vermittelt des cumulus beneficiorum, der Prästimonien u. Kommenden.

<sup>6</sup> Sess. XXI de ref. c. 2.

<sup>7</sup> Sess. XXIII de ref. c. 16.

<sup>8</sup> Innoz. XIII. „Apostolici ministerii“ v. 23. Mai 1723. Bened. XIII. „In supremo“ v. 23. Sept. 1724 u. „Pastoralis officii“ v. 23. Mai 1726. CJC. Fontes I, Nr. 280 283 292. Vor Inkrafttreten des CJC. galt für die Exkardination u. Inkardination eines Klerikers das Dekret der Konzilskongregation „A primis“ v. 20. Juli 1898 (Acta S. Sedis XXXI [1898] 49 ff.; A. für kath. KR. LXXIX [1899] 93 ff.), u. für die Inkardination eines Laien das Dekret derselben Kongregation „Decreto“ v. 24. Nov. 1906 (Acta S. Sedis XXXIX [1906] 486 ff.; A. für kath. KR. LXXXVII [1907] 319 ff.).

<sup>9</sup> Can. 111, § 1.

erfolgt dadurch, daß er die erste Tonsur für den Dienst in einer Diözese erhält<sup>1</sup>.

Ein Kleriker, welcher durch den Empfang der Tonsur einer Diözese inkardiniert ist, kann aber einer andern inkardiniert werden. Damit das gültig geschieht, ist notwendig, daß er in einer von seinem Bischof oder seinem Praelatus nullius unterschriebenen Urkunde („litterae excardinatoriae“, „Exeat“) dauernd und bedingungslos aus dem bisherigen Diözesanverband entlassen (Exkardination) und vom neuen Ordinarius ebenfalls durch eine von ihm unterschriebene Urkunde (litterae incardinationis) dauernd und bedingungslos in die neue Diözese aufgenommen wird (Inkardination)<sup>2</sup>.

Der Generalvikar kann eine Exkardination und Inkardination nur auf Grund eines Spezialmandats des Bischofs und der Kapitularvikar erst nach Ablauf eines Jahres seit der Erledigung des bischöflichen Stuhles und mit Zustimmung des Domkapitels vornehmen<sup>3</sup>.

Von Rechts wegen tritt eine Ex- und Inkardination ein, wenn ein inkardinierter Kleriker ein mit Residenzpflicht verbundenes Benefizium in einer andern Diözese erhält, und zwar entweder mit schriftlicher Zustimmung seines Bischofs oder doch mit schriftlicher Erlaubnis seines Bischofs, die Diözese für immer zu verlassen<sup>4</sup>. Von Rechts wegen tritt die Exkardination eines Klerikers auch ein durch Ab-

legung der professio religiosa in einer religiösen Genossenschaft<sup>1</sup>. Als stillschweigende Inkardination gilt es, wenn ein Religiöser, der seine ursprüngliche Diözesanzugehörigkeit durch Ablegung der professio religiosa (simplex aut sollemnis) verloren hat, nach Ablauf der zeitlichen Gelübde oder nach erlangtem Säkularisationsindult von einem Bischof ohne Vorbehalt aufgenommen wird<sup>2</sup>.

Die Exkardination kann nicht ohne gute Gründe erteilt werden und wird erst dann rechtswirksam, wenn die Inkardination in die andere Diözese erfolgt ist, wovon der exkardinierende Ordinarius von dem inkardinierenden möglichst bald verständigt werden soll<sup>3</sup>.

Die Inkardination eines fremden Klerikers soll der Ordinarius nur vornehmen aus Notwendigkeit oder Nutzen der Diözese und unter Wahrung der Vorschriften über den Weihetitel<sup>4</sup>. Vor der Inkardination hat der aufnehmende Bischof sich zu vergewissern über die stattgefundene rechtmäßige Exkardination und sich, nötigenfalls geheim, zu erkundigen über Geburt, Lebenslauf, Moralität und Studiengang des zu Inkardinierenden, namentlich wenn es sich um Kleriker „diversae linguae ac nationis“ handelt. Der entlassende Bischof aber ist im Gewissen schwer verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Zeugnisse der Wahrheit entsprechen. Zuletzt hat der zu Inkardinierende vor dem Ordinarius oder dessen Vertreter das eidliche Versprechen abzulegen, sich dauernd in der neuen Diözese gesetzmäßig verwenden zu lassen<sup>5</sup>.

## § 65.

### Die Rechte und Privilegien der Kleriker im allgemeinen<sup>6</sup>.

Decr. Grat. D. XXI ff. C. II, q. 7. C. XI, q. 1. C. XVII, q. 4. C. XXI, q. 5. Decr. Greg. IX. V, 37 de poenis; I 33 de M. et O.; II, 2 de foro compet.; III, 49 de immun.; V, 39 de sent. excomm. Lib. sext. II, 2; III, 23; V, 9 11. Const. Clem. II, 2; III, 17; V, 8 10. Extrav. comm. III, 13; V 8 10. Can. 118—123.

<sup>1</sup> Can. 115 585.

<sup>2</sup> Can. 112; 641, c. 2. Mehr über Exkardination u. Inkardination der Religiösen unten im Teil: Die Religiösen.

<sup>3</sup> Can. 116.

<sup>4</sup> Can. 117, 1<sup>o</sup>. Über die Weihetitel, Can. 979—982, unten bei der Ordination.

<sup>5</sup> Can. 117, 2<sup>o</sup> 3<sup>o</sup>. Wegen Mangels des einen oder andern Erfordernisses wird die Inkardination nicht ungültig, da eine irritierende Klausel nicht beigefügt ist; vgl. Can. 11. Früher war die Erfüllung der Bedingungen zur Gültigkeit wesentlich. Acta Ap. Sedis IV (1912) 244 ff.; V (1913) 34 ff.

<sup>6</sup> Da die Tonsur nur der erhalten soll, der den Vorsatz hat, in das Priestertum durch Empfang der ordines einzutreten (vgl. oben S. 321), so würde man mit Recht erwarten, daß auch das neue kirchliche Gesetzbuch an die Tonsur die Ordination anschließen würde. Auch ist vieles von den nun folgenden Privilegien und noch mehr von den Pflichten der Kleriker ohne die Ordination schwer oder gar nicht verständlich. Nichtsdestoweniger wird im CJC. erst im 3. Buch de ordine behandelt.

<sup>1</sup> Can. 112, § 2. Durch diesen und weitere Kanonen sind die früheren Normen über die Inkardination u. Exkardination eines Laien in Wegfall gekommen. Nach Can. 956 u. 969 kann der Ordinarius loci keinen Laien durch Erteilung der Tonsur seiner Diözese inkardinieren, der daselbst nicht sein Domizil una cum origine hat. Er kann das aber auch, wenn der Laie in seiner Diözese sich niederläßt u. schwört, in ihr bleiben zu wollen. Der in einer Diözese domizilierte Laie wird dadurch einem fremden Diözesanverband einverleibt, daß er von dem Bischof der fremden Diözese auf Grund des Weiheentlassungsschreibens des ursprünglich zur Weihe zuständigen Bischofs die Tonsur erhält. Der Ordinarius loci kann aber auch einen Untergebenen tonsurieren, der nachher nach erfolgter Ex- u. Inkardination in einer andern Diözese Dienste leisten soll. S. C. Conc. 10. März 1923 (Acta Ap. Sedis XVI [1924] 51 ff.). Spezielle Vorschriften bestehen bezüglich der überseeischen Auswanderung von Klerikern u. deren Inkardination in dortige Diözesen (Acta Ap. Sedis I [1909] 692 ff.; VI [1914] 182 ff.; XI [1919] 39 ff.).

<sup>2</sup> Can. 112.

<sup>3</sup> Can. 113. Wo kein Domkapitel ist, ist die Zustimmung der Diözesankonsultoren nötig (Can. 427).

<sup>4</sup> Can. 112 114 1438. Daher genügt nicht ein beneficium manuale oder temporarium oder amovibile. Mit diesem Kanon ist die frühere Streitfrage gelöst, ob der betreffende Kleriker einer förmlichen Entlassung oder wenigstens der Zustimmung seines Ordinarius bedürfe bzw. ob u. aus welchen Gründen diese verweigert werden könne. Th. Kohn, Bedarf ein Kleriker, der in einer fremden Diözese ein Benefizium erhält, der Entlassung aus seiner Mutterdiözese? [Nein.] (A. für kath. KR. XLV [1881] 137 ff.) Anders: Acta S. Sedis XXXIX (1906) 207 ff. u. Acta Ap. Sedis XVIII (1926) 48 ff. Vgl. A. Scharnagl, Das neue kirchl. Gesetzbuch (1918) 34 f.

Thomassin P. II, l. 1, c. 11 ff.; P. III, l. 1, c. 33 ff. Mehr ältere Liter. über die Privilegia cler. bei Scherer, KR. I 394. R. Poncet, Les privilèges des clercs au moyen-âge, 1901. J. Fahrner, Die allgem. Rechte, Privilegien u. Pflichten der Kleriker nach dem neuen kirchl. Gesetzbuch (Straßburg, Diözesanbl. 1918, 233 ff.). J. B. Haring, Aus dem CJC. I. Der Klerikalstand (Theol.-prakt. Qschr. LXXI [1918] 600 ff.). E. Magnin, L'Église enseignée. La discipline du clergé et des fideles, 1928.

Entsprechend dem Vorrang der Kleriker haben die Laien die Kleriker von früh an geehrt durch Erweisung von Reverenz, Einräumung von Präzedenz, Überlassung eines hervorragenden Platzes in der Kirche, nämlich im Presbyterium, und Erteilung von ehrenden Titulaturen<sup>1</sup>. Später erhielt diese Gewohnheit Rechtskraft und entwickelten sich durch Gesetz eigene klerikale Standesrechte: privilegia clericorum<sup>2</sup>.

In erster Linie gehört zu den Rechten der Kleriker, daß nur sie Kirchengewalt, sei es Weihegewalt, sei es Regierungsgewalt, erhalten und besitzen können<sup>3</sup>. Sie auch nur können kirchliche Benefizien und Pensionen erhalten<sup>4</sup>.

An Ehrenrechten kommt den Geistlichen seitens der Laien zu: Reverenz<sup>5</sup>, Präzedenz bei allen Versammlungen und Prozessionen kirchlichen Charakters<sup>6</sup>, ein ausgezeichneter Platz in der Kirche, nämlich im Presbyterium, welches die Laien nur zum Empfang der Kommunion betreten dürfen, und auch ein besonderer Begräbnisplatz auf dem Friedhof<sup>7</sup>, ehrende Titulaturen, wie Ehrwürden, Hochwürden (Reverendus, Reverentia), bei mündlicher und schriftlicher Anrede<sup>8</sup>. Endlich haben nur die Kleriker das Recht, die Tonsur und die geistliche Kleidung zu tragen<sup>9</sup>.

Nach § 393, Abs. 3 des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches (1927) soll Strafe den treffen, der unbefugt kirchliche Amtsbezeichnungen, Titel und Würden oder kirchliche Amtskleidungen und Amtsabzeichen führt<sup>10</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 317.

<sup>2</sup> Dabei ist zu beachten, daß hier der Ausdruck Privileg im weiteren Sinn genommen ist. Vgl. oben S. 195.

<sup>3</sup> Can. 118. Doch kann ein Laie Papst werden. Hier wird nach göttlicher Anordnung die höchste kirchliche Regierungsgewalt durch Annahme der Wahl in unwiderruflicher Weise übertragen. Can. 109 219 221. Vgl. oben S. 33. Ganz ausgeschlossen von der kirchl. Weihe- u. Regierungsgewalt sind die Frauen. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 665 ff.

<sup>4</sup> Can. 118. Für gewisse Ämter u. Benefizien ist ein höherer Ordo verlangt.

<sup>5</sup> Can. 119. <sup>6</sup> Can. 106. Vgl. oben S. 317.

<sup>7</sup> Can. 1209, § 2; 1455, 30. H. Kihn, Gebührt dem Kirchenpatron ein Sitz im Chor? (A. für kath. KR. LXI [1894] 34 ff.) Vgl. oben S. 317.

<sup>8</sup> Vgl. oben S. 317.

<sup>9</sup> Can. 123 136; 188, 7<sup>o</sup>; 213, § 1; 683; 2298, 9<sup>o</sup> 11<sup>o</sup>; 2300 2304 2305 2379. Mehr über die geistl. Kleidung unten in dem Passus über die klerikalischen Standespflichten u. im kirchl. Strafrecht.

<sup>10</sup> Lenz, Ist der Geistliche kirchl. Beamter u. untersteht er wie das gesamte Beamtentum dem Art. 129 der VDR.? (Pastor bonus XXXVIII [1927] 293 ff.)

Ganz besonders aber hat die kirchliche und zum Teil auch die staatliche Gesetzgebung die Kleriker durch weitgehende Standesrechte, die sogenannten Privilegia clericorum<sup>1</sup>, ausgezeichnet. Diese sind rechtliche Folgen des Standes und können als Standesrechte vom einzelnen rechtswirksam weder aufgegeben noch ihm entzogen werden, solange er überhaupt Standesrechte besitzen kann. Das Recht muß vielmehr für den einzelnen Fall den Verlust positiv ausgesprochen haben<sup>2</sup>. An ihnen nehmen auch teil die Religiösen beiderlei Geschlechts, also auch die Laienbrüder und die Laienschwestern, sowie die Novizen<sup>3</sup>, wie auch die Mitglieder von Sozietäten, die, wenn auch ohne Gelübde, nach Art der Religiösen ein gemeinsames Leben führen<sup>4</sup>. Der klerikalischen Privilegien sind vier: privilegium canonis, pr. fori, pr. immunitatis, pr. compententiae.

## § 66.

### Das Privilegium canonis.

C. XVII, q. 4. Decr. Greg. IX. V, 37 de poenis; V, 39 de sent. excomm. Lib. sext. V, 9 11; Const. Clem. V 8, 10. Can. 119.

A. Berr, Die Kirche gegenüber Gewalttaten von Laien (Merowinger-, Karolinger- u. Ottonenzeit), 1913. E. Eichmann, Das Strafrecht des CJC. (1920) 166 ff. Weitere Liter. oben § 65.

I. Das Privilegium canonis ist der strafrechtliche Schutz des Klerikers gegen Gewalttat.

II. Im älteren Kirchenrecht wurde die Beleidigung oder Verletzung eines Klerikers mit schwerer Kirchenbuße und bei Unbußfertigkeit mit Exkommunikation bestraft<sup>5</sup>. Die Verletzung oder gar Tötung eines Bischofs aber zog seit dem 9. Jahrhundert die ipso facto eintretende Exkommunikation nach sich<sup>6</sup>. Auch die weltlichen Gesetze statuierten für Angriff, Verletzung, Verstümmelung, Totschlag oder gar Ermordung eines Klerikers schwerere Geld- oder Freiheits- oder Leibesstrafen als bei solchem Verhalten gegen einen Laien<sup>7</sup>. Strengere Gesetze aber mußte die Kirche erlassen, als um die

<sup>1</sup> Der Ausdruck findet sich Trid. sess. VII de ref. c. 10 u. CJC. L. II, P. 1, Sect. 1, Tit. 2.

<sup>2</sup> C. 12 18, X de foro compet. II, 2. C. 36, X de sent. excomm. V 39. Can. 72, § 4; 123.

<sup>3</sup> Can. 614. <sup>4</sup> Can. 680.

<sup>5</sup> C. 21, § 3 (Synode v. Ravenna a. 877, c. 5) 22 (Alex. II. a. 1061—1073) 23 (Nikol. I. a. 858—867) 24 (Syn. v. Mainz a. 847, c. 24), C. XVII, q. 4.

<sup>6</sup> Syn. Roman. a. 862 oder 863, c. 14.

<sup>7</sup> L. 10, C. de episc. et cler. I, 3. Nach Cap. leg. add. a. 803, c. 1 (MG. I 113) wurde der Mord eines Subdiakons mit 300, eines Diakons u. eines Mönches mit 400, eines Presbyters mit 600, eines Bischofs mit 900 solidi gebüßt. Vgl. c. 27, C. XVII, q. 4. Das letztere hatte schon die Lex Salica emendata t. 58, § 4, a. 768 (ed. Geffcken 55), ebenso die Lex Ribuarica t. 36, § 8 festgesetzt. H. v. Schubert, Gesch. der

Mitte des 12. Jahrhunderts das von religiös-politischen Agitatoren, so von Arnold von Brescia aufgehetzte Volk namentlich in Oberitalien sich vielfache Ausschreitungen gegen die nicht zum Waffentragen berechtigten und daher wehrlosen Geistlichen und Ordenspersonen erlaubte. Da bestimmte das zweite Laterankonzil a. 1139, c. 15 nach dem Vorgang der Synoden von Clermont a. 1130, von Reims a. 1131 und von Pisa a. 1135, daß, wer künftig böswillig Hand an einen Kleriker oder Mönch lege, ipso facto dem Anathem ver falle, dessen Aufhebung außer in Todesgefahr dem Papst reserviert sei und persönlich in Rom nachgesucht werden müsse<sup>1</sup>.

Dieses Privileg wurde nach den Anfangsworten des Kanons als Privilegium canonicum „Si quis suadente diabolo“ oder kurz als Privilegium canonicum oder noch kürzer als das Privilegium bezeichnet.

Desselben erfreuten sich auch die Nonnen<sup>2</sup>, die Laienbrüder<sup>3</sup>, die Novizen<sup>4</sup>, und selbst die Tertiärinnen, wenn sie gemeinsam lebten und den Habit trugen<sup>5</sup>.

Damit aber die Strafe eintrat, mußte die dem Kleriker oder Mönch zugefügte Beleidigung nach dem Wortlaut des Kanons eine Realinjurie sein, wozu auch die unbefugte Freiheitsentziehung gehörte<sup>6</sup>, und zwar eine dolose. Daher trat die Exkommunikation nicht ein bei berechtigter Züchtigung eines Klerikers durch den Obern<sup>7</sup>, bei Notwehr gegen einen Kleriker<sup>8</sup>, bei Angriff auf einen solchen „turpiter inventum cum uxore, matre, sorore vel filia“<sup>9</sup>, bei Verletzung im Scherz<sup>10</sup> und bei eventuell eidlich zu erhärtender persönlicher Unkenntnis<sup>11</sup>. Die gleiche Strafe wie den Täter traf alle Mitschuldigen<sup>12</sup>.

christl. Kirche im Frühmittelalter (1921) 566. Dasselbst werden noch weitere einschlägige Bestimmungen aus den deutschen Volksrechten angeführt. Schröder-Künßberg, Lehrb. der deutschen R.sgesch.<sup>6</sup> (1922) 151, A. 2; 154 375.

<sup>1</sup> „Si quis suadente diabolo hujus sacrilegii reatum incurrerit, quod in clericum vel monachum violentas manus injecerit, anathematis vinculo subjaceat et nullus episcoporum illum praesumat absolvere, nisi mortis urgente periculo, donec Apostolico conspectui praesentetur et ejus mandatum accipiat.“ Ist c. 29, C. XVII, q. 4. H. Hüffer, Das Privilegium canonicum (A. für kath. KR. III [1858] 155 ff.), meinte, die Exkommunikation sei zunächst ferendae sententiae gewesen, aber unrichtig. Schon Rufinus, einer der frühesten Glossatoren zum Dekret, bemerkt zu C. XVII, q. 4 (ed. Singer 373), daß sie latae sententiae sei, und als solche setzen sie voraus c. 7 14, X de sent. excomm. V 39. Martin V., „Ad evitanda scandala“ a. 1418 (CJC. Fontes I, Nr. 45), erklärte die notorii clericorum percussores als vitandos. Zuletzt vor dem neuen kirchl. Gesetzbuch normierte die Strafen Pius IX. in der Konst. „Apostolicae Sedis moderationi“ v. 12. Okt. 1869, II, 2.

<sup>2</sup> C. 33 X de sent. excomm. V, 39. <sup>3</sup> C. 33 cit.

<sup>4</sup> C. 21 in VI<sup>o</sup> h. t. V, 11.

<sup>5</sup> Leo X., „Dum intra“ v. 19. März 1516; „Nuper in sacro“ v. 1. März 1518.

<sup>6</sup> C. 29 X h. t. V, 39.

<sup>7</sup> C. 1 10 24 54, X h. t. V, 39. Nach c. 24 cit. durfte der Berechtigte die Züchtigung aber nicht durch einen Laien vornehmen lassen.

<sup>8</sup> C. 3 10, X h. t. V, 39. <sup>9</sup> C. 3 cit.

<sup>10</sup> C. 1, X h. t. V, 39.

<sup>11</sup> C. 4, X h. t. V, 39.

<sup>12</sup> C. 6 47, X h. t. V, 39. C. 23 in VI<sup>o</sup> h. t. V, 11. Da die Const. „Apostolicae Sedis moderationi“ solches II, 2 nicht mehr ausdrücklich sagte, so war es weggefallen. Vgl. ebd. I, 5.

In gewissen Fällen absolvierten aber auch die Bischöfe, so bei leichter Verletzung<sup>1</sup>, bei Unmöglichkeit der Romreise für Unmündige<sup>2</sup>, Frauen<sup>3</sup>, namentlich Nonnen<sup>4</sup>, Sieche und Kranke<sup>5</sup>. Aber nur vorübergehend an der Romreise Gehinderte hatten dem Bischof bei der Absolution eidlich zu versprechen, bei Wegfall des Hindernisses sich dem Papst zu stellen<sup>6</sup>. Andernfalls lebte die Strafe nachher wieder auf<sup>7</sup>. Auf Grund des Tridentinums absolvierte der Bischof auch bei geheimem Vergehen<sup>8</sup> und kraft der Quinquennalfakultäten pro foro interno im Falle nicht schwerer Verletzung. So dürfte bei den weitgehenden Befugnissen, welche auch die Beichtväter hatten, die persönliche Gestellung in Rom nur noch bei den schwersten öffentlichen Realinjuriën gegen den Bischof oder Pfarrer nötig gewesen sein. Die Äbte absolvierten ihre Untergebenen in leichteren Fällen bei Verfehlungen unter sich<sup>9</sup>.

Eine Verstärkung erhielt das Privileg aus dem Amte. Wer gegen Kardinäle, päpstliche Legaten und Bischöfe eine Realinjurie verübte oder verursachte, dessen Absolution vom Banne war dem Papste speciali modo reserviert<sup>10</sup>.

III. Nach heutigem Recht macht sich, wer gegen einen Kleriker eine Realinjurie begeht, eines Sakrilegs schuldig und soll vom Bischof nach Schwere der Schuld bestraft werden<sup>11</sup>. Überdies verfällt der Täter ipso facto der dem Ordinarius vorbehaltenen Exkommunikation, der ihn außerdem, wenn es der Fall erheischt, nach seinem Gutachten mit andern Strafen belegen kann<sup>12</sup>.

Sollen diese Strafen gegen den Täter eintreten, so muß eine Realinjurie vorliegen, nicht aber eine bloße Verbalinjurie, also Gewalttat gegen Leib und Leben, Freiheit und Würde des Klerikers. Auch muß es sich um ein peccatum grave handeln<sup>13</sup>. Die Strafen treten also nicht ein bei Unkenntnis des Klerikalstandes, bei Impubertät des Täters<sup>14</sup>, bei Scherz oder bei plötzlichem heftigem Affekt<sup>15</sup>, bei Verteidigung der

<sup>1</sup> C. 3 17 37, X h. t. V, 39. <sup>2</sup> C. 1 58 60, X h. t. V, 39.

<sup>3</sup> C. 6 13 58, X h. t. V, 39. <sup>4</sup> C. 2 32 33, X h. t. V, 39.

<sup>5</sup> C. 11 13 37 58, X h. t. V, 39. <sup>6</sup> C. 11 13 26 58, X h. t. V, 39.

<sup>7</sup> C. 22 in VI<sup>o</sup> h. t. V, 11. <sup>8</sup> Sess. XXIV de ref. c. 6.

<sup>9</sup> C. 2 32 50, X h. t. V, 39. C. 21 in VI<sup>o</sup> h. t. V, 11.

<sup>10</sup> „Apostolicae Sedis moderationi“ v. 12. Okt. 1869, I 5. Vgl. über die früheren Absolutionsvollmachten Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 596 f.

<sup>11</sup> Can. 119 2325.

<sup>12</sup> Can. 2343, § 4. Daß auch die Religiosen das Privileg genießen, wurde oben § 65 bemerkt. Daß auch die Novizen sich dessen erfreuen, leugnet zu Unrecht F. M. Cappello, Praescriptum Can. 2343, § 4, seu excommunicatio lata in percussore clericorum et religiosorum (Jus Pontif. VI [1927] 29 ff.). Vgl. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 593.

<sup>13</sup> Can. 2242, § 1. Ein leichteres Vergehen kann auf Grund von Can. 2325 gestraft werden. Daß dolus = „suadente diabolo“ in besonderem Maß vorhanden sei, ist nicht nötig. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 594, A. 2; 595 f.

<sup>14</sup> Can. 2230. Solche sollen aber sonstwie bestraft werden. Auch die Kardinäle werden von der Strafe nicht betroffen; vgl. Can. 2227, § 2.

<sup>15</sup> Can. 2206.

eigenen Person oder von nahen Angehörigen<sup>1</sup>, bei Vergehen gegen einen Kleriker, der die Standesprivilegien verloren hat.

Eine Verstärkung erhält das Privilegium canonis durch die Höhe des Amtsinhabers<sup>2</sup>:

1. Wer den Papst durch Realinjurie verletzt, inkurriert die dem Apostolischen Stuhl specialissimo modo reservierte excommunicatio latae sententiae, ist ipso facto vitandus, ipso jure infam und, wenn Kleriker, zu degradieren<sup>3</sup>.

2. Wer einem Kardinal oder päpstlichen Legaten eine Realinjurie zufügt, verfällt der dem Apostolischen Stuhl speciali modo reservierten excommunicatio latae sententiae, ist ipso jure infam und soll mit Entziehung der Benefizien, Ämter, Würden, Pensionen und Dienste, falls er solche innerhalb der Kirche innehat, bestraft werden<sup>4</sup>.

3. Wer einen Patriarchen, Erzbischof, Diözesan- oder Titularbischof durch Realinjurie verletzt, inkurriert die dem Apostolischen Stuhl speciali modo reservierte excommunicatio latae sententiae<sup>5</sup>.

4. Wer den Papst, einen Kardinal, einen päpstlichen Legaten, die römischen Kongregationen sowie Gerichtshöfe und deren höhere Beamten, den eigenen Bischof in Zeitungen, öffentlichen Reden und Schriften direkt oder indirekt beschimpft oder Unwillen und Haß gegen deren Handlungen, Dekrete, Entscheidungen und Urteile anstiftet, soll vom Ordinarius nicht bloß auf Antrag der angegriffenen Partei, sondern auch von Amts wegen, eventuell auch durch Zensuren zur Genugtuung gezwungen und durch entsprechende Strafen und Bußen nach Schwere der Schuld und des Ärgernisses gestraft werden<sup>6</sup>.

Wie den Täter, so treffen diese Strafen auch alle Auftraggeber, physisch und moralisch Mitwirkenden und Mithelfenden, ausgenommen die Kardinäle<sup>7</sup>.

Im heutigen weltlichen Recht ist das Privilegium canonis für den Kleriker als solchen so gut wie vollständig verschwunden. Doch bestimmt das StGB. des Deutschen Reiches § 196: Wenn die Beleidigung gegen eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf begangen ist, so haben außer den unmittelbar Beteiligten auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht, den Strafantrag zu stellen<sup>8</sup>. In

<sup>1</sup> Can. 2205, § 4.      <sup>2</sup> Can. 2207, 1<sup>o</sup>.

<sup>3</sup> Can. 2343, § 1.      <sup>4</sup> Can. 2343, § 2.

<sup>5</sup> Can. 2343, § 3.

<sup>6</sup> Can. 2344. Eingehenderes darüber unten im Strafrecht.

<sup>7</sup> Can. 2227, § 2; 2209 2251.

<sup>8</sup> E. Pfeifer, Die strafrechtl. Stellung der Geistlichen u. Religionsdiener, 1911.

diesem Sinne sind auch gehalten § 209, Abs. 2 und § 322, Abs. 2 des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches (1927)<sup>1</sup>. Die württ. Verf. v. 25. Sept. 1919, § 64 besagt: Angestellte der Religionsgesellschaften werden in der Erfüllung ihrer Berufspflichten geschützt.

## § 67.

### Das Privilegium fori.

C. 5 11 12, D. XCVI. C. II, q. 7. C. XI, q. 1. C. XXI, q. 5. Decr. Greg. IX. II, 2 de foro compet. Lib. sext. II, 2. Can. 120 2341.

G. Lardé, Le tribunal du clerc dans l'Empire romain et la Gaule franque, 1920. R. Génestal, Le privilège de fori en France du Décret de Gratien à la fin du XIV<sup>e</sup> siècle, 1921 ff. Ders., La livraison du clerc criminel au bras séculier dans le droit ecclésiastique français du XIII<sup>e</sup> siècle (Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis V [1923] 45 ff.). Ders., Thomas Becket et la décrétale „At si clerici“ (c. 4, X II, 1) (Actes du Congrès internat. d'histoire des religions à Paris [1923] II 330 ff.). G. Le Bras, Le privilège de clergie en France dans les derniers siècles du moyen-âge (Journal des savants XX [1922] 163 ff.). B. Damen, De privilegio fori, 1928. Weitere Liter. oben § 65 66 u. unten bei Darstellung der kirchl. Gerichtsbarkeit.

I. Das Privilegium fori gewährt dem Kleriker in Zivil- und Kriminalen sachen einen eigenen Gerichtsstand vor dem kirchlichen Richter. Daß die rein geistlichen Sachen wie der Laien so auch der Kleriker vor das kirchliche Forum gehören, ist naturgemäß. Andererseits gehören die rein bürgerlichen Rechtssachen der Kleriker so gut vor das weltliche Gericht wie die der übrigen Untertanen. Allein die Erwägung, daß es unpassend sei, daß die Väter und Lehrer der Gläubigen, die Spender der Gnadenmittel den Laien als Richtern unterstellt würden, sowie die Erfahrung, daß die Laien geneigt sind, die Kleriker zu bedrücken<sup>2</sup>, legt es der Kirche nahe, diese dem Laiengericht zu entziehen auch in allen direkt gegen einen Kleriker gerichteten strittigen und Strafsachen und sie hierin vor ihr Forum zu rufen.

II. Von Anfang an wurden strittige Rechtsfälle, welche sich auf rein kirchliche Dinge bezogen, res mere ecclesiasticae, vom Bischof als dem kirchlichen Richter entschieden. Diese Gerichtsbarkeit der Kirche wurde auch von der christlich gewordenen Staatsgewalt anerkannt<sup>3</sup>. Aber der fromme Sinn der ersten christlichen Zeiten hat der kirchlichen Kognition auch Dinge unterstellt, die an sich vor das bürgerliche Forum gehörten. Der Apostel Paulus tadelt es, daß die Christen vor dem bürgerlichen Gericht haderten. Sie sollten sich entweder friedlich vergleichen oder einen Schiedsrichter aus ihrer Mitte nehmen<sup>4</sup>. Entsprechend Matth. 18, 15 ff. wandten sich daher die Christen an den Bischof<sup>5</sup>. Solange aber das Christentum vom Staate noch

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 334.      <sup>2</sup> C. 3 in VI<sup>o</sup> de immun. III, 23.

<sup>3</sup> L. 1, Cod. Theod. de relig. XVI, 11.      <sup>4</sup> 1 Kor. 6, 1 ff.

<sup>5</sup> Didache c. 14 15. Const. Apost. I, II, c. 11 44 46 ff. 52. E. v. Dobschütz, Zwei urchristl. Vorschläge für ein Schlichtungsverfahren. Eine Studie zu 1 Kor. 6 u. Matth. 18 (Theol. Stud. u. Krit. XCI [1918] 410 ff.).

nicht anerkannt war, blieb es dem Gewissen des einzelnen überlassen, ob er sich dem Spruch des Bischofs unterwerfen wollte oder nicht. Nachdem es aber staatliche Anerkennung erhalten hatte, erhob Konstantin d. Gr. die bisherige private Übung in das Gebiet des öffentlichen Rechts. Nach einer Konstitution vom Jahre 321 konnten die streitenden Parteien in beiderseitigem Einverständnis die Sache vor den Bischof bringen, auch wenn sie bereits vor dem weltlichen Richter anhängig war, und dieser hatte den Spruch des Bischofs zu vollstrecken. Im Jahre 331 übertrug der Kaiser den Bischöfen eine wirkliche Gerichtsbarkeit, indem er bestimmte, daß jede Partei in jedem Stadium auch gegen den Willen der andern an den Bischof provozieren könne<sup>1</sup>. Doch beschränkte Arkadius a. 398 für das oströmische und Honorius a. 408 für das weströmische Reich die Kompetenz des Bischofs wieder auf den Fall, daß beide Parteien sich an ihn als Schiedsrichter wandten<sup>2</sup>. Mit der kaiserlichen Gesetzgebung stimmte aber die kirchliche nicht überein. Vielmehr forderten die Synoden, daß die Laien ihre Klagen gegen Geistliche und vollends die Geistlichen unter sich nur beim kirchlichen Gericht anbringen sollten<sup>3</sup>. Zuletzt bestimmte Justinian im Jahre 546, daß die Bischöfe ohne kaiserlichen Befehl nicht vor ein weltliches Zivilgericht gezogen werden dürften<sup>4</sup>. Zivilklagen gegen Geistliche und Mönche aber sollten zuerst beim bischöflichen Gericht anhängig gemacht werden. Wenn sich beide Parteien beim bischöflichen Urteil beruhigten, sollte es vom weltlichen Richter exekutiert werden. Erhob aber eine Partei innerhalb von zehn Tagen Widerspruch, so ging die Prozeßsache an den weltlichen Richter über<sup>5</sup>. Auch im fränkischen Reiche

<sup>1</sup> Die viel bestrittene Echtheit der Konstitutionen von 321 u. 331 erwies G. Hänel, *De Constitutionibus*, quas J. Sirmondus Paris. a. MDCXXXI edidit, 1840. Ders., XVIII *Constitutiones*, quas J. Sirmondus ex codd. Lugdun. atque Anitiens. Paris. a. 1631 divulgavit (1844) 433 ff. Der beste Text der Konstitution von 331 (333) fand sich früher bei Schulte, *Constitutio ad Ablavium*, 1888, jetzt in *Theodosiani libri XVI etc.*, ed. Mommsen-Meyer, vol. I, pars posterior (1905) 907 ff. Vgl. c. 35 36, C. XI, q. 1.

<sup>2</sup> L. 7 8, C. de episc. audientia I, 4.

<sup>3</sup> C. 43 (Syn. Carth. III a. 397, c. 9), 46 (Syn. Chalced. a. 451, c. 9), 47 (Syn. Agat. a. 506, c. 32), C. XI, q. 1.

<sup>4</sup> Nov. 123, c. 8.

<sup>5</sup> Nov. 123, c. 21. — O. Gräshof, *Die Anerkennung des privileg. Gerichtsstandes des Klerus durch die röm. Kaiser* (A. für kath. KR. XXXVIII [1876] 3 ff.). Loening, *Gesch. des deutschen KR.s I* 289 ff. B. Matthias, *Die Entwicklung des röm. Schiedsgerichts* (Festschrift für Windscheid [1888] 130 ff.). L. Galtier, *Du rôle des évêques dans le droit public et privé du Bas Empire*, 1893. R. Génestal, *Les origines du privilège clérical* (Nouv. Rev. hist. de droit franç. et étrang. XXXII [1908] 161 ff.). F. Martroye, *St Augustin et la compétence de la jurisdiction ecclésiastique au V<sup>e</sup> siècle* (aus *Mém. de la Soc. des antiquaires de France* XXX), 1911. O. Gradenwitz, *Die Unstimmigkeiten von Valentinians Novelle XXXV (XXXIV) de episcopali judicio* (Festschrift für Gierke [1911] 1069 ff.). P. de Francisci, *Per la storia dell'episcopalis audientia fino alla Novella XXXV (XXXIV) di Valentiniano* (aus *Annali della facoltà di giurisprudenza della Univ. di Perugia* XXX), 1915. Lardé, *Le tribunal du clerc dans l'Empire romain et la Gaule franque*, 1920. H. J. Bell, *The episcopalis audientia in byzantin Egypte* (Byzantion I [1924] 139 ff.). V. Bušek, *Čirkevní soudnictví ve včech civilních v říši římské v I—V století po Kr.* (La jurisdiction ecclésiastique en matière civile dans l'Empire romain du

sollten nach kirchlichem Recht die Kleriker untereinander sich in bürgerlichen Streitsachen nur vor dem Bischof belangen<sup>1</sup> und Laien gegen Kleriker in solchen nur mit Erlaubnis des Bischofs vor das weltliche Gericht gehen<sup>2</sup>. Doch mußten nach staatlichem Gesetz Rechtssachen de possessione, d. h. um Nutzung, und solche de libertate, d. h. in Fragen des Personen- und Familienrechts, vor das weltliche Gericht gebracht werden, während Schuldklagen gegen Kleriker seit dem Edikte Chlotars II. a. 614 auch vor das bischöfliche Gericht gebracht werden konnten<sup>3</sup>. Hieran hat die karolingische Gesetzgebung im wesentlichen nichts geändert. Nur wurde den Klerikern verboten, sich persönlich vor dem weltlichen Gericht in Handel einzulassen, vielmehr mußten sie sich durch einen Vogt vertreten lassen<sup>4</sup>, und bei Possessionsstreitigkeiten zwischen Klerikern und Laien erschien neben dem Grafen auch der Bischof im Gericht<sup>5</sup>.

In weltlichen Kriminalsachen waren die Kleriker im römischen Reiche auch nach der staatlichen Anerkennung des Christentums dem weltlichen Gericht unterworfen. Doch bestimmten die Kaiser Konstantius und Konstans im Jahre 355, daß die Bischöfe von den Synoden abgeurteilt werden sollten<sup>6</sup>. Es scheint dies aber trotz gleichlautender kirchlicher Kanonen wieder außer Übung gekommen zu sein. Daher verordnete Justinian a. 546, daß die Bischöfe in Kriminalsachen nicht vor ein staatliches Gericht gezogen werden dürften<sup>7</sup>.

Ier—V<sup>e</sup> siècle). Kňihovna právnické faculty university Komenského v Bratislavě (Bibliothek der Jurid. Fak. der Komenius-Univ. in Preßburg), 1925. W. Ensslin, *Ein Prozeßvergleich unter Klerikern vom Jahre 481* (Rhein. Museum LXXV [1926] 422 ff.). Friedberg, KR.<sup>6</sup> 304 f. Stutz, KR.<sup>2</sup> 296 ff. Werminghoff, *Gesch. der K.verfassung I* 18. Ders., *Verfassungsgesch.*<sup>2</sup> 3 f. Koeniger, *Gesch. des kath. KR.s* 23. v. Schubert, *Gesch. der christl. K. im Frühmittelalter* 103. Weitere Liter. oben S. 67, A. 1 4 u. unten bei Darstellung der kirchl. Gerichtsbarkeit.

<sup>1</sup> Syn. I v. Mâcon a. 583, c. 8. Ed. Maassen 157.

<sup>2</sup> Syn. III v. Orléans a. 835, c. 35. Ed. Maassen 83.

<sup>3</sup> C. 4. Ed. Boretius I 21.

<sup>4</sup> Admonitio generalis a. 789, c. 23. Ed. Boretius I 55.

<sup>5</sup> Synode von Frankfurt a. 794, c. 30. Harduin, *Acta Conc. IV* 907. — R. W. Dove, *De jurisdictionis ecclesiasticae apud Germanos Gallosque processu*, 1855. R. Sohm, *Die geistl. Gerichtsbarkeit im fränk. Reich* (Z. für KR. IX [1870] 193 ff.). Loening, *Gesch. des deutschen KR.s II* 507 ff. A. Nisßl, *Der Gerichtsstand des Klerus im fränk. Reich*, 1886. Ders., *Zur Gesch. des Chlotarischen Edikts* (Ergänzungsbd. III [1890—1894] der Mittl. des Inst. für österr. Geschfg. 365 ff.). Hinschius, KR. IV 794 ff. 849 ff.; V 402 ff. R. Weyl, *Das fränk. Staatskirchenrecht zur Zeit der Merowinger* (1888) 36 ff. J. A. Ketterer, *Karl d. Gr. u. die Kirche* (1898) 140 154 ff. E. Ott, *Die kirchl. Gerichtsbarkeit* (aus der 2. Aufl. des österr. Staatswörterbuchs) (1906) 3 ff. W. Seelmann, *Der Rechtszug im älteren deutschen Recht*, 1911. A. Berr, *Die Kirche gegenüber Gewalttaten von Laien* (Merowinger-, Karolinger- u. Ottonenzeit), 1913. G. Lardé, *Le tribunal du clerc dans l'Empire romain et la Gaule franque*, 1920. Friedberg, KR.<sup>6</sup> 305 ff. Stutz, KR.<sup>2</sup> 298 f. Werminghoff, *Gesch. der K.verfassung I* 56 ff. Ders., *Verfassungsgesch.*<sup>2</sup> 13 f. Koeniger, *Gesch. des kath. KR.s* 26. v. Schubert, *Gesch. der christl. K. usw.* 103 160 f. 367 567. Schröder-Künßberg, *Lehrb. der deutschen R.sgesch.*<sup>6</sup> 192 ff. Brunner-Schwerin, *Deutsche R.sgesch. II*<sup>2</sup> (1928) 382 ff. 404 ff. 415 ff. Weitere Liter. oben S. 71, A. 3 u. unten bei Darstellung der kirchl. Gerichtsbarkeit.

<sup>6</sup> C. 12, Cod. Theod. de episc. XVI, 2.

<sup>7</sup> Nov. 123, c. 8.

In Strafsachen gegen einfache Geistliche aber solle es dem Kläger freistehen, sich zuerst entweder an den geistlichen oder weltlichen Richter zu wenden. Im ersteren Fall soll der Bischof den Schuldigen degradieren und hernach der weltliche Richter nach seinem Recht den Prozeß zu Ende führen. Im letzteren Fall habe der weltliche Richter bei erwiesener Schuld die Akten dem Bischof zu übergeben, der dann bei gleicher Überzeugung von der Schuld die Degradation vornehmen solle, worauf der weltliche Richter die Strafe zu vollstrecken habe. Weigere sich aber der Bischof, das weltliche Urteil anzuerkennen, so sei die Degradation aufzuschieben und an den Kaiser zu berichten, der dann definitiv entscheide<sup>1</sup>. Im fränkischen Reich wurden die Bischöfe auf der Synode verurteilt und degradiert, worauf das weltliche Gericht die etwaige Todesstrafe vollzog. Hinsichtlich der niedrigen Geistlichkeit bestand bis zum Jahre 614 weltliche Strafgewalt. Von da an aber fing man an, die Priester und Diakonen den Bischöfen gleich zu behandeln. Und dabei verblieb im wesentlichen die karolingische Gesetzgebung<sup>2</sup>.

Die auch weiterhin steigende Befreiung des Klerus vom Forum der Laien wurde unterstützt durch den erweiterten Kreis der kirchlichen Sachen, durch die Geltung des Prinzips des persönlichen Rechts für den Klerus und des römischen für die Kirche, sowie durch die wachsende politische Bedeutung der Bischöfe als Grafen und Landesherren seit dem Zerfall des Karolingerreichs. So konnten Pseudo-Isidor und seine Gesinnungsgenossen gegenüber den Gewalttaten der Laien seiner Zeit den Satz fast endlos wiederholen, daß kein Geistlicher beim weltlichen Richter angeklagt werden dürfe<sup>3</sup>. Durch die großen mittelalterlichen Päpste aber wurde er dann faktisch in das Leben eingeführt, und durch das Dekretalenrecht die ausschließliche Kompetenz des kirchlichen Richters über die Kleriker in Zivil- und Kriminalsachen gesetzlich festgelegt<sup>4</sup>. So war das geistliche Gericht zuständig für die bürgerlichen Rechtssachen der Kleriker untereinander, für solche von Laien gegen Kleriker, meist auch von Klerikern gegen Laien, und für alle Kriminalsachen der Kleriker. Das wurde auch durch staatliche Gesetze anerkannt<sup>5</sup>. Andererseits aber fand das nach und nach auf allzu viele Personen und Sachen ausgedehnte Privilegium fori vom Anfang bis zum Ende des Mittelalters, zunächst in England und dann fast überall, aus zum Teil berechtigten, aber zum Teil auch aus egoistischen Gründen starken staatlichen Widerstand<sup>6</sup>. Und seit dem entschiedenen Übergewicht des neu-

<sup>1</sup> Nov. 123, c. 21, § 1. Zur Liter. vgl. oben S. 340, A. 5.

<sup>2</sup> Syn. v. Frankf. 794, c. 39. Zur Liter. vgl. oben S. 341, A. 5.

<sup>3</sup> C. 1 (Pseudo-Fel.) 3 (Pseudo-Marc.) 9 (Pseudo-Silv.) 10 (Ders.) 37 (Bened. Lev. II 366), C. XI, q. 1. Cap. Angilr. n. 13 14 18 32. Gratian faßt das zu seiner Zeit hierin geltende kirchl. Recht in seinem *Dictum* zu c. 47, C. XI, q. 1 dahin zusammen: „Ex his omnibus datur intelligi, quod clericus ad publica iudicia nec in civili nec in criminali causa est producendus, nisi forte civilem causam episcopus decidere noluerit, vel in criminali sui honoris cingulo eum nudaverit.“

<sup>4</sup> C. 4 8 10 17, X de jud. II, 1. C. 1 2 9 12 13, X de foro compet. II, 2. Nur in Lehenssachen verstanden die Kleriker dem weltl. Gericht: C. 5, X de jud. II, 1; c. 6 7, X de foro compet. II, 2.

<sup>5</sup> Authent. Frider. II.: „Statuimus“ hinter l. 33, C. de episc. I, 3.

<sup>6</sup> E. Friedberg, *De finium inter Ecclesiam et Civitatem regundorum iudicio* etc. (1861) 132 ff. Ders., *Die Grenzen zwischen Staat u. Kirche* (1872) 51 ff. Ders., *KR.*<sup>6</sup> 307 f. Hinschius, *KR.* V 1 ff. E. L. Siciliano-Villanueva, *Studi sulle*

zeitlichen Staates über die Kirche wurde es immer mehr eingeschränkt und zuletzt allenthalben aufgehoben, so daß heute die bürgerlichen und kriminellen Rechtsachen der Kleriker ohne Unterschied vor das bürgerliche Forum gehören und die Kleriker nur noch hinsichtlich der rein geistlichen Standes- und Amtsverhältnisse dem Forum des Bischofs, und selbst da nicht ohne staatliche Einschränkungen, unterstehen<sup>1</sup>.

Indessen hielt die Kirche prinzipiell am Privilegium fori fest, selbst für die Minoristen, wenn sie die Tonsur und das klerikale Gewand trugen und an einer Kirche dienten oder doch in einem Seminar oder an einer Universität sich auf die höheren Weihen vorbereiteten<sup>2</sup>. Andererseits haben die Päpste in Konkordaten mehrfach darauf verzichtet, forderten aber, daß die Bischöfe von einer eingetretenen Kriminaluntersuchung gegen einen Kleriker in Kenntnis gesetzt werden sollten, um etwaige notwendige kirchliche Maßnahmen zu treffen<sup>3</sup>.

vicende del foro ecclesiastico nelle cause dei chierici dalla fine dell' impero carolingio al secolo XIV (Estratto di Riv. di stor. e filos. del diritto), 1901 ff. E. Eichmann, *Der recursus ab abusu* (1903) 13 ff. Ott, *Die kirchl. Gerichtsbarkeit* 10 ff. R. Géneval, *Le procès sur l'état de clerc aux 13<sup>e</sup> et 14<sup>e</sup> siècles*, 1909. Ders., *La dégradation des clercs et le droit normand* (Bulletin des sciences écon. et social. du comité des travaux histor. et scientif.), 1911. Ders., *Le privilegium fori en France du Décret de Gratien à la fin du XIV<sup>e</sup> siècle*, 1921 f. Ders., *La livraison du clerc criminel au bras séculier dans le droit ecclésiastique français du XIII<sup>e</sup> siècle* (Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis V [1923] 45 ff.). K. Güterbock, *Studien u. Skizzen zum engl. Strafprozeß des 13. Jhdts* (1914) 83 ff. K. Stenzel, *Die geistl. Gerichte zu Straßburg im 15. Jhd* (Z. f. Gesch. des Oberrheins. N. F. XXIX [1914] 365 ff.). O. Riedner, *Die geistl. Gerichtshöfe zu Speier im MA.*, 1915 ff. A. Störmann, *Die städt. Gravamina gegen den Klerus am Ausgang des MA.s u. in der Reformationszeit* (1916) 178 ff. J. Hashagen, *Zur Charakteristik der geistl. Gerichtsbarkeit im späteren MA.* (Z. für R.sgesch., kan. Abtl. VI [1916] 205 ff.). C. B. Firth, *Benefit of clergy in the time of Edward IV* (Engl. hist. Rev. XXXII [1917] 175 ff.). G. Le Bras, *Le privilège de clergie en France dans les derniers siècles du moyen-âge* (Journal des savants XX [1922] 163 ff.). W. Sharp, *De privilegio fori: Clerical exemption in law courts* (Eccles. Review LXXIII [1925] 159 ff.). P. Kirn, *Der mittelalterl. Staat u. das geistl. Gericht* (Z. für R.sgesch., kan. Abtl. XV [1926] 162 ff.). [Mit reicher Liter.] F. Liebermann, *Das Kirchenstaatsrecht der Normandie* (ebd. 532 ff.). Stutz, *KR.*<sup>2</sup> 331 337. Werminghoff, *Gesch. der K.verfassung I* 256 ff. 286 ff.). Ders., *Verfassungsgesch.*<sup>2</sup> 87 f. 95 ff. 97 104 ff. Koeniger, *Gesch. des kath. KR.s* 43 f. Schröder-Künßberg, *Lehrb. der deutschen R.sgesch.*<sup>6</sup> 633 ff. Weitere Lit. oben S. 92, A. 1 u. unten bei Darstellung der kirchl. Gerichtsbarkeit.

<sup>1</sup> Friedberg, *Die Grenzen zwischen Staat u. Kirche* 69 ff. 475 ff. Hinschius, *KR.* VI 1, 1 ff. Eichmann, *Der recursus ab abusu* 113 ff. A. Rösch, *Das KR. im Zeitalter der Aufklärung* (A. für kath. KR. LXXXIV [1904] 498 ff.). F. Geier, *Die Durchführung der kirchl. Reformen Josephs II. im vorderöstr.* Breisgau (1905) 46 ff. 57 ff. Ott, *Die kirchl. Gerichtsbarkeit* 19 ff. H. Franz, *Studien zur kirchl. Reform Josephs II. mit besonderer Berücksichtigung des vorderöstr.* Breisgau (1908) 112. L. Kaas, *Die geistl. Gerichtsbarkeit der kath. Kirche in Preußen in Vergangenheit u. Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung des Westens der Monarchie* (1916) I 106 113 125 155 157 166 169 182 185 189 195 199 218 230 243.

<sup>2</sup> Trid. sess. XXIII de ref. c. 6; Sess. XXV de ref. c. 20. Syll. Nr. 31. Heiner, *Der Syllabus* 161 ff. Angesichts der gleichzeitigen besonderen Militärgerichtsbarkeit war der Anspruch der Kirche auf das Privilegium fori kein exorbitanter.

<sup>3</sup> Bayr. Konk. Art. 12, litt. c. [Die Konzession bezog sich aber nur auf die Zivilstreitigkeiten.] Österr. Konk. Art. 13 14. Württ. u. bad. Konk. Art. 5. Schneider, *Sägmüller, Kirchenrecht.* 4. Aufl. I. 3.

Solches ordneten auch die Gesetze verschiedener Staaten an, sowie eine entsprechende Rücksichtnahme bei kriminellen Einschreiten gegen einen Geistlichen<sup>1</sup>. Wo aber kein Verzicht des Papstes auf das Privilegium fori stattgefunden hatte, da verfielen die Gesetzgeber und die Obrigkeiten, welche die Richter direkt oder indirekt zwangen, geistliche Personen vor das weltliche Forum zu ziehen, der dem Papst speziell vorbehaltenen Exkommunikation<sup>2</sup>. An eben solchen Orten auch, wo man trotz einer nicht erfolgten päpstlichen Derogation oder nicht eingetretenen rechtsgültigen Gewohnheit sein Recht nur beim weltlichen Richter verfolgen konnte, sollte der Privatkläger, welcher einen Geistlichen vor das weltliche Gericht ziehen wollte, beim Bischof um Erlaubnis dazu bitten, eventuell bei Klagen gegen den Bischof beim Papst. Andernfalls verfiel er ipso facto der dem Papst speciali modo reservierten Exkommunikation<sup>3</sup>.

Die partik. KR.squellen 8 147 156 172 f. Mercati, Raccolta di Concordati 595 824 855 ff. 883 f. — R. A. Geiger, Das bayr. Konkordat v. 5. Juni 1817 (1918) 33 34 36 179. — M. Hussarek, Die Verhandlung des Konkordats v. 18. Aug. 1855 (1922) 60 169 194 f. H. Singer, Kritische Bemerkungen zu einer Gesch. des österr. Konkordats (Mittl. des Ver. für Gesch. der Deutschen in Böhmen LXII [1924] 247 ff.). — L. Golther, Der Staat u. die kath. Kirche in Württemberg (1874) 173 ff. H. Maas, Gesch. der kath. Kirche im Großherzogtum Baden (1891) 323 f. A. Hagen, St. u. kath. K. in Württ. in den Jahren 1848—1862 (1928) I 266.

<sup>1</sup> Preußen: Verfügung des Justizministeriums v. 12. Juni 1873; 25. Aug. 1879; 29. April 1907. Bayern: Rel.-Edikt 1818, § 70. Österr.: Ges. v. 7. Mai 1874, § 29. Schneider a. a. O. 213 532. Für Württ. vgl. Michel, Die rechtl. Stellung der Geistlichen (1899) 18 35.

<sup>2</sup> „Apostolicae Sedis moderationi“ v. 12. Okt. 1869, I 7. Vgl. dazu die vorangeh. Nr. 6. S. C. Inq. 1. Febr. 1871; 26. März 1874; 23. Jan. 1886.

<sup>3</sup> S. C. Inq. 23. Jan. 1886. Motuproprio Pius' X. „Quantavis diligentia“ v. 9. Okt. 1911 (Acta Ap. Sedis III [1911] 555 f.). CJC. Fontes III, Nr. 694. Nach einer Erklärung des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val fand das Motuproprio wegen des in Deutschland bestehenden entgegengesetzten Gewohnheitsrechts keine Anwendung. Aber noch ein Urteil der Rota v. 15. März 1910 hatte eine Gewohnheit gegen das Privilegium fori als corruptela bezeichnet (Acta Ap. Sedis II [1910] 492 ff.). A. Boudinhon, Le privilège du for et l'excommunication (Canoniste cont. XXXIV [1911] 697 ff.; XXXV [1912] 297 ff.). A. Schultze, Das Motuproprio (Deutsche Juristenzeitung XVII [1912] 122 ff.). [Daß vor der Erklärung des Kardinalstaatssekretärs kein Gewohnheitsrecht da war.] M. Leitner, Das Privilegium fori oder der eigene Gerichtsstand der Geistlichen (Theol.-prakt. Monatsschrift XXII [1912] 207 ff.). Ch. Willems, Das Motuproprio v. 9. Okt. 1911 über das Privilegium fori (Pastor bonus [1911/12] 280 ff.). J. Linneborn, Die Zwecke des päpstl. Motuproprio „Quantavis diligentia“ v. 9. Okt. 1911 über die Zitierung des Geistlichen vor einen Laienrichter (Theol. u. Glaube IV [1912] 106 ff.). Ders., Das Motuproprio „Quantavis diligentia“. Geschichtl. Entwicklung des Privilegium fori u. seine Geltung in Deutschland (ebd. 223 ff.). A. Perathoner, Das Motuproprio „Quantavis diligentia“ Pius' X. v. 9. Okt. 1911 betreffend die Gerichtsbarkeit der Geistlichen (Theol.-prakt. Qschr. LXV [1912] 247 ff.). [Gegen ein früheres Gewohnheitsrecht.] N. Hilling, Die Reformen des Papstes Pius X. II (1912) 27 ff.; III (1915) 11 ff. F. Heiner, Das Motuproprio „Quantavis diligentia“ Pius' X. v. 9. Okt. 1911 u. der deutsche „Rechtsstaat“ (A. für kath. KR. XCII [1912] 270 ff.). G. Schmid, Gedanken zum Artikel über das päpstl. Motuproprio „Quantavis diligentia“ (Theol.-prakt. Qschr. LXVI [1913] 351 ff.). K. Harburger, Das Privilegium fori im deutschen Recht (1915) 1 ff.; besonders 61 ff. Weitere Liter. verzeichnen Hilling im A. für kath. KR. XCV (1915) 296 u. Kaas, Die geistl. Gerichtsbarkeit usw. II 168 f.

III. Auf Grund des neuen kirchlichen Gesetzbuches gilt, daß die Kleriker in allen Zivil- und Strafsachen nur vor dem kirchlichen Richter angeklagt werden dürfen, wenn für einzelne Orte nicht anderes rechtmäßig vorgesehen ist<sup>1</sup>.

Um einen Kleriker vor das weltliche Gericht ziehen zu dürfen, bedarf es besonderer Erlaubnis. Die Kardinäle, die Legaten des Apostolischen Stuhles, die Bischöfe, und zwar auch die Titularbischöfe, die Äbte und Praelati nullius, die höchsten Obern der päpstlich approbierten religiösen Genossenschaften und die höheren Beamten der römischen Kurie in Betreff ihrer Amtssachen können vor dem Laienrichter nur mit päpstlicher Erlaubnis belangt werden, alle übrigen aber, die sich des Privilegium fori erfreuen, nur mit Erlaubnis des Ordinarius, in dessen Diözese die Sache vorliegt. Diese Erlaubnis soll aber der Ordinarius, namentlich wenn der Kläger ein Laie ist, nur aus rechtem und gewichtigem Grunde verweigern, besonders wenn er sich zuvor um gütliche Beilegung des Streites zwischen den Parteien umsonst bemüht hat<sup>2</sup>.

Wird aber ein Geistlicher von einem Ankläger, der eine solche Erlaubnis nicht hat, vor das weltliche Gericht gezogen, so kann er zur Vermeidung größerer Nachteile dort erscheinen, soll aber dem zuständigen Obern von der gegen ihn erhobenen Klage Mitteilung machen<sup>3</sup>.

An Strafen für Verfehlungen gegen das Privilegium fori ist festgesetzt:

Wer es entgegen den Vorschriften von Kanon 120 wagt, ohne Erlaubnis des Apostolischen Stuhles einen Kardinal oder Apostolischen Legaten oder einen höheren Beamten der römischen Kurie in Sachen, die zu ihrem Amte gehören, oder den eigenen Ordinarius vor den Laienrichter zu ziehen, verfällt ipso facto der dem Papste speciali modo vorbehaltenen Exkommunikation. Wer das gleiche Vergehen gegen einen andern Bischof, auch Titularbischof, oder einen Abt oder Praelatus nullius oder einen höheren Obern einer päpstlich approbierten religiösen Genossenschaft sich zu Schulden kommen läßt, verfällt ipso facto der dem Apostolischen Stuhl einfach reservierten Exkommunikation. Ein Kleriker, der ohne Erlaubnis des Ordinarius eine Person, die das Privilegium fori genießt, vor das Laiengericht zieht, verfällt

<sup>1</sup> Can. 120, § 1. Die Berücksichtigung eines etwa bestehenden anderweitigen Gewohnheitsrechts entspricht Can. 5. Daß auch die Religiösen das Privilegium haben, wurde oben § 65 bemerkt. Nicht ist es dem Laien verboten, gegen einen Geistlichen, der ihn vor das weltliche Gericht gezogen hat, eine Gegenklage bei diesem Gericht zu erheben.

<sup>2</sup> Can. 120, § 2.

<sup>3</sup> Can. 120, § 3.

ipso facto der dem Ordinarius reservierten Suspension vom Amt, während ein Laie, der das gleiche tut, vom Ordinarius nach Schwere der Schuld mit entsprechenden Strafen zu belegen ist<sup>1</sup>.

Nach Gerichtsverfassungsgesetz des Deutschen Reiches vom 22. März 1924 gibt es nach § 10 für alle Einwohner in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen nur die weltlichen ordentlichen oder außerordentlichen Gerichte, sind nach § 15 die Gerichte Staatsgerichte und ist die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ohne Wirkung<sup>2</sup>.

Um aber das Privilegium fori auch sonst noch in etwas zu wahren, haben deutsche Bischöfe wiederholt gemahnt, daß Klagsachen von Geistlichen gegen Kleriker und Laien, aber auch Forderungen von Laien gegen Geistliche statt vor das bürgerliche Forum zunächst vor das bischöfliche Gericht gebracht werden möchten. Diesem stehen auch Zwangsmittel wenigstens gegen die Kleriker zu Gebot und kann der Bischof die Parteien immer noch an das bürgerliche Gericht verweisen. Ebenso müssen auch die kirchlichen Behörden von jedem Geistlichen, gegen den eine Strafanzeige vorliegt, benachrichtigt werden<sup>3</sup>.

## § 68.

### Das Privilegium immunitatis.

C. 69, C. XII, q. 2. Decr. Greg. IX. III, 49 de immun.; 50 ne cler. vel mon. saecul. negot. se immisc. Lib. sext. III, 23 24. Const. Clem. III, 17. Extrav. comm. III, 13. Can. 121 139 141 188, 6°.

E. Mack, Die kirchl. Steuerfreiheit in Deutschland seit der Dekretalengesetzgebung, 1916. G. Le Bras, L'immunité réelle. Étude sur la formation de la théorie

<sup>1</sup> Can. 2341. Gemeint sind hier die Privatk Kläger, nicht die weltl. Gesetzgeber. Über diese handelt Can. 2334, 1°. Die weltl. Richter u. Staatsanwälte sind durch Can. 2205 ausgenommen. Über die Bedingungen für wirklichen Eintritt der Strafe vgl. oben § 66, III. Vgl. auch unten im Strafrecht.

<sup>2</sup> Über staatl. Anweisung zu gerichtlicher Benachrichtigung der kirchl. Obern u. entsprechender Rücksichtnahme bei Verfahren gegen Geistliche vgl. oben S. 343, A. 3; 344, A. 1. — Über die heutige Geltung des Privilegium fori im Deutschen Reich vgl. auch Staatslexikon<sup>5</sup> s. v. Klerus II, 4. — Ähnliche Bestimmungen über das Privilegium fori finden sich auch in neuesten Konkordaten, so mit Lettland, Art. 18 19, Polen, Art. 22, Litauen, Art. 20, Italien, Art. 8 (Acta Ap. Sedis XIV [1922] 580; XVII [1925] 281; XIX [1927] 431; XXI [1929] 278).

<sup>3</sup> J. J. Hirschel, Die heutige Anwendbarkeit des Privilegium fori (A. für kath. KR. VII [1862] 200 ff.). Rottenb. Ord.-Erl. v. 18. Mai 1894. Pfaff-Sproll, Gesetzkunde I 176 f. Für Fulda u. Limburg vgl. A. f. kath. KR. LXXXIII 505 f.; Trier ebd. LXXXV 571; Passau ebd. LXXXVI 356; Freiburg ebd. XCIV 652; Paderborn ebd. C 60; Eichstätt ebd. CVI 215. — Nachdem die Militärgerichtsbarkeit u. die exemte der regierenden Fürsten gefallen ist, ist die Rechtfertigung des Privilegium fori der Kleriker noch schwerer geworden; aber daß man zur Verminderung der zu vielen Prozesse an die Schiedsgerichte gehe, ist bürgerlich u. kirchlich gleich gut begründet. F. Heiner, Soll Prozessen vorgebeugt werden? (A. f. kath. KR. XCII [1902] 473 ff.). Harburger, Das Privilegium fori 57 ff. 88. Kaas, Die geistl. Gerichtsbarkeit usw. II 281 ff.

canonique de la participation de l'Église aux charges de l'État et sur son application dans la monarchie française au XIII<sup>e</sup> siècle, 1920. Ders., L'évolution générale de la théorie canonique de l'immunité réelle depuis la publication des Clémentines jusqu'au Concile de Trente (Rev. des scienc. relig. II [1922] 411 ff.). Weitere Liter. oben § 65 66 67 u. unten bei Darstellung des kirchl. Vermögensrechts.

I. In gewissem Sinn fällt auch der befreite Gerichtsstand unter den Begriff der Immunität<sup>1</sup>. Doch besteht die kirchliche Immunität im eigentlichen Sinne in der Befreiung kirchlicher Personen, Orte und Sachen von bestimmten allgemeinen Pflichten und Leistungen. Sie zerfällt also in eine immunitas personalis, realis und localis. Hier ist von der immunitas personalis die Rede, von der Befreiung der Kleriker von gewissen allgemeinen öffentlichen Auflagen, weil sie nach allgemeinem religiösem Gefühl für sie nicht passen oder ihnen die Erfüllung ihres Berufes und die Übung der Caritas erschweren bzw. unmöglich machen<sup>2</sup>.

Wie bezüglich der klerikalen Privilegien überhaupt, so besteht vor allem für das Privilegium immunitatis die Frage, ob es direkt auf göttlichem Rechte beruhe. Die Meinungen gehen hierin stark auseinander. Jedenfalls hat sich die Kirche darüber dogmatisch nicht ausgesprochen. Vielmehr hat sie sich in der neueren Zeit nur dagegen erklärt, daß man die Immunität durchaus nur vom weltlichen Rechte ableite und daß die Befreiung der Kleriker vom Militärdienst ohne Verletzung des natürlichen Rechts und der Billigkeit abgeschafft werden könne<sup>3</sup>.

II. Entsprechend den Freiheiten der heidnischen Priester gewährten die christlich gewordenen römischen Kaiser seit Konstantin d. Gr. dem Klerus Befreiung von Übernahme von Staats- und Munizipalämtern, Kuratel, Vormundschaft und allen öffentlichen Funktionen, von Kriegsdienst, Einquartierung und den übrigen persönlichen munera sordida — später Fronen genannt —, von Gewerbesteuer und zum Teil auch von persönlicher Besteuerung<sup>4</sup>. Das

<sup>1</sup> G. Le Bras, Le privilège de clergie en France dans les derniers siècles du moyen-âge (Journal des savants XX [1922] 163 ff.).

<sup>2</sup> Über die immunitas realis u. localis unten bei Darstellung des kirchl. Sachen- u. Vermögensrechts.

<sup>3</sup> 2 Tim. 2, 4. C. 4 in VI<sup>o</sup> de cens. III, 20. Trid. sess. XXV de ref. c. 20. Syll. Nr. 30 32 43. — Gutachten der theol. Fakultät Würzburg betreffend das Vatikan. Konzil (1869) 36 ff. J. Hergenröther, Kath. K. u. christl. St.<sup>2</sup> (1872) 760 ff. F. Heiner, Der Syllabus (1905) 155 ff. 213 ff. M. Hofmann, Ist die Militärfreiheit der kath. Geistlichen auch heute noch rechtl. begründet u. zeitgemäß? (Z. für kath. Th. XL [1916] 441 ff.). Ders., Die Militärfreiheit der kath. Geistlichkeit (Theol.-prakt. Qschr. LXIX [1916] 244 ff.). Gegen obige, namentlich auch von Scherer, KR. I 398, verfochtene Auffassung Wernz-Vidal, Jus can. II 92. Auch mehr im hier vertretenen Sinn Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 599: „Immunitates generice sumptas fundamentum habere in jure divino, formaliter tamen ab Ecclesia procedere“.

<sup>4</sup> Cod. Theod. De episc. l. XVI, t. 2. Cod. Just. De episc. l. I, t. 3. Nov. 123, c. 5. O. Grashof, Die Gesetze der röm. Kaiser über die Immunität des Klerus (A. für

Privileg bestand zum größten Teil auch in den nachfolgenden germanischen Reichen, wenn auch vor allem der höhere Klerus aus den Lehen heraus, die er vom Staate trug, vielfach persönlich in die staatlichen Leistungen hineingezogen wurde<sup>1</sup>. Als aber die emporblühenden italienischen Städte und Republiken den Klerus zu Steuern und Abgaben heranzogen, stellte Papst Alexander III. auf dem Lateranense III a. 1179 den Satz auf: „Laii collectas imponentes clericis vel ecclesiis seu jurisdictionem eorum usurpantes, si moniti non desistunt, sunt excommunicati cum suis fautoribus, potest tamen episcopus cum clero eis in necessitate praebere subsidia“<sup>2</sup>. Innozenz III. verschärfte die kirchliche Gesetzgebung dahin, daß eine freiwillige Leistung von Abgaben an den Staat durch den Klerus nur mit päpstlicher Erlaubnis erfolgen dürfe<sup>3</sup>. Tatsächlich gewährte auch Friedrich II., dem Beispiel anderer Herrscher folgend, 1220 dem Klerus Freiheit von jeder Auflage und von allen Fron- und Spanndiensten<sup>4</sup>. Um so heftiger entbrannte aber der Kampf um das Privilegium immunitatis zwischen Bonifaz VIII. und Philipp dem Schönen von Frankreich. Da der dortige Klerus für Kriegsbedürfnisse vielfach in Anspruch genommen wurde, so verbot der Papst in der Bulle „Clericis laicos“ vom Jahre 1296 den Geistlichen unter Strafe der ipso facto eintretenden Exkommunikation, ohne päpstliche Erlaubnis irgend welche Abgabe an die Laien zu entrichten, dem Fürsten und seinen Beamten aber, irgend welche Steuer u. ä. von den Klerikern zu fordern und in Empfang zu nehmen<sup>5</sup>. Philipp aber ergriff Repressalien, indem er die Ausfuhr von Silber und andern Wertgegenständen und den Aufenthalt von Fremden, d. h. vor allem von italienischen Anwärtern auf Kirchenstellen und päpstlichen Steuereinnehmern in seinem Lande verbot. Die genannte Bulle blieb zwar zunächst noch bestehen, wurde aber bald durch andere Dekrete in der Hauptsache außer Kraft gesetzt. Bonifaz erklärte nicht bloß, daß die Lehenspflichten durch sein Verbot nicht berührt würden, er gestattete dem Klerus auch ausdrücklich, dem König freiwillige Geschenke zu

kath. KR. XXXVII [1877] 256 ff.). Loening, Gesch. des deutschen KR.s I 167 ff. Friedberg, KR.<sup>6</sup> 174. Stutz, KR.<sup>2</sup> 298. Werminghoff, Gesch. der K.verfassung I 19. Ders., Verfassungsgesch.<sup>2</sup> 3. Koeniger, Gesch. des kath. KR.s 23. v. Schubert, Gesch. der christl. K. usw. 103. Weitere Liter. oben S. 67, A. 4 u. unten bei Darstellung des kirchl. Vermögensrechts.

<sup>1</sup> Loening, Gesch. des deutschen KR.s II 311 ff. G. Waitz, Deutsche Verfassungsgesch. II 2<sup>3</sup> (1882) 336 ff.; IV<sup>3</sup> (1885) 287 ff. Friedberg, KR.<sup>6</sup> 48 f. Werminghoff, Gesch. der K.verfassung I 62 f. Ders., Verfassungsgesch.<sup>2</sup> 15 f. v. Schubert, Gesch. der christl. K. usw. 259. Weitere Liter. oben S. 71, A. 3 u. unten bei Darstellung des kirchl. Vermögensrechts.

<sup>2</sup> Summarium zu c. 4, X de immun. III, 49.

<sup>3</sup> C. 7, X de immun. III 49. Hierher gehören auch c. 4 in VI<sup>o</sup> de cens. III, 20 u. c. 3 in Clem. de cens. III 28. Als Gegenzug gegen die Immunitätsprivilegien der Geistlichen erschienen seit Beginn des 13. Jhdts die staatl. Amortisationsgesetze, d. h. staatl. Verbote des Übergangs von Immobilien an die Kirche. Gegen sie wendet sich die nach Frankreich gerichtete Decretale Alexanders IV. „Quia nonnulli“ v. 28. März 1256. Ist c. 4 in VI<sup>o</sup> de immun. III 23. Mack, Die kirchl. Steuergesetzgebung usw. 17 ff.

<sup>4</sup> Authent. „Item nulla“ hinter c. 2, C. de episc. I 3. Über dieses u. andere Reichsgesetze: Werminghoff, Gesch. der K.verfassung I 186; Ders., Verfassungsgesch.<sup>2</sup> 59; Mack a. a. O. 47 ff.

<sup>5</sup> C. 3 in VI<sup>o</sup> de immun. III, 23.

machen, und dies selbst dann, wenn eine freundliche Einladung dazu ergehe. Für Notfälle, worüber das Urteil dem König zukommen sollte, bestand der Papst auch nicht auf vorhergehender Anfrage bei dem Apostolischen Stuhl<sup>1</sup>. Sein Nachfolger Benedikt XI. milderte die Bulle „Clericis laicos“<sup>2</sup>, und Klemens V. hob sie 1306 förmlich auf<sup>3</sup>. So war die Immunität der Kleriker niemals eine vollständige. Gegen Ende des Mittelalters haben die Staaten und Städte den Klerus, der viel zu zahlreich war und viel zu viele Privilegien besaß oder besitzen wollte, vielfach notgedrungen aufs stärkste zu den öffentlichen Leistungen herangezogen<sup>4</sup>. Daher ermahnte das Tridentinum die christlichen Fürsten aufs neue zur Rücksichtnahme auf das Privilegium immunitatis<sup>5</sup>. In der neueren Zeit, namentlich seit der französischen Revolution, wuchsen die Ansprüche der Staaten auf persönliche Leistungen der Kleriker noch viel mehr, ohne daß dabei immer die Zustimmung des Papstes eingeholt worden wäre<sup>6</sup>. Daher hat Pius IX. auf die Verneinung der kirchlichen Immunität überhaupt und so auch der immunitas personalis hinauslaufende Behauptungen und Forderungen verworfen<sup>7</sup>.

III. Das neue kirchliche Gesetzbuch stellt den Satz auf, daß alle Kleriker frei sind vom Militärdienst, von Dienstleistungen und von der Bekleidung öffentlicher bürgerlicher Ämter, die mit dem geist-

<sup>1</sup> Funk-Bihlmeyer, Lehrbuch der K.gesch.<sup>7</sup> 562 f.

<sup>2</sup> C. un. Extrav. comm. de immun. III, 13.

<sup>3</sup> C. un. in Clem. de immun. III, 17. Die andern über die kirchliche Immunität von den Päpsten auf allgemeinen Konzilien, speziell dem Lateranense III u. IV erlassenen Gesetze hielt der Papst aber aufrecht. Mack a. a. O. 23 ff. G. Le Bras, L'immunité réelle. Étude sur la formation de la théorie canonique de la participation de l'Église aux charges de l'État et sur son application dans la monarchie française au XIII<sup>e</sup> siècle, 1920. J. Rivière, Le problème de l'Église et de l'État au temps de Philippe le Bel, 1926. [Trefflich.]

<sup>4</sup> Friedberg, De finium etc. 183 ff.; vgl. oben S. 342, A. 6. K. Zeumer, Die deutschen Städtesteuern (1878) 72 ff. S. Riezler, Nachtselden u. Jägersgeld in Bayern, 1905. Werminghoff, Gesch. der K.verfassung I 263 ff. 278 ff. Ders., Verfassungsgesch.<sup>2</sup> 58 f. 102 f. Störmann, Die städt. Gravamina gegen den Klerus usw. 161 ff.; siehe oben S. 342, A. 6. Mack a. a. O. 57 ff. [Ist in Beurteilung des Privilegium immunitatis gegen die Kirche zu streng.] Le Bras, L'évolution générale de la théorie canonique de l'immunité réelle depuis la publication des Clémentines jusqu'au Concile de Trente (Rev. des scienc. relig. II [1922] 411 ff.). Schröder-Künßberg, Lehrb. der deutschen R.gesch.<sup>9</sup> 696 923. U. Berlière, A propos du droit de meute (Mélanges Pirenne [1926] 13 ff.). Weitere Liter. oben S. 92, A. 1.

<sup>5</sup> Sess. XXV de ref. c. 20.

<sup>6</sup> Friedberg, Die Grenzen zwischen Staat u. Kirche 69 ff. 475 ff. L. Bourgain, Contribution du clergé à l'impôt sous la monarchie française (von Philipp d. Sch. bis zur Constituante) (Rev. des quest. hist. XLVIII [1890] 62 ff.). Geier, Die Durchführung der kirchl. Reformen Josephs II. usw. 116 f.; siehe oben S. 343, A. 1. A. Rösch, Die Beziehungen der Staatsgewalt zur kath. Kirche in den beiden hohenzoll. Fürstentümern von 1800 bis 1850 (1906) 93 ff. Franz, Studien zur kirchl. Reform Josephs II. 112; siehe oben S. 343, A. 1. J. Laenen, Le clergé rural et l'impôt princier dans le droit local de Brabant (Mélanges Moeller II [1914] 1 ff.). Weitere Liter. oben S. 97—104.

<sup>7</sup> Syll. Nr. 30 32. — Über Anträge auf Befreiung der Geistlichen vom Militärdienst auf dem Vaticanum siehe H. Lämmer, Zur Kodifik. des kan. R.s (1899) 132.

lichen Stand nicht vereinbar sind<sup>1</sup>. Derartige Dienstleistungen und Ämter sind außer militärischen solche, die eine laikale Jurisdiktion oder Verwaltung mit sich bringen, z. B. das Amt eines Richters, Notars, Schöffen, Geschworenen, Rechtsbeistandes, Gemeindevorstandes, Gemeindevertreters, oder solche, die zu öffentlicher Rechnungsablage verpflichtet: Vormundschaft, Kuratel, Kassenverwaltung, oder solche, die den Klerikern als für ihren Stand unpassend überhaupt verboten sind<sup>2</sup>. Der Freiheit von der staatlichen und kommunalen Steuerleistung seitens der Kleriker tut der CJC. keine Erwähnung mehr. Sie ist also auch nicht mehr verboten<sup>3</sup>. Eine Strafbestimmung über Verfehlungen gegen das Privilegium immunitatis kennt das neue kirchliche Gesetzbuch nicht mehr.

IV. In Deutschland ist staatsrechtlich heute die Befreiung des Klerus von den Staatssteuern fast durchweg aufgehoben. Bisweilen besteht noch eine solche gegenüber den Kommunalsteuern<sup>4</sup>. Von der Übernahme von Gemeindeämtern sind die Religionsdiener durchweg durch die Landesgesetze befreit. Landesgesetze sind sie auch größtenteils, außer in Notfällen, frei von der Leistung von Gemeindediensten<sup>5</sup>. Ebenso sind sie frei vom Schöffen- und Geschworenen dienst<sup>6</sup> wie vom Dienste des Standesbeamten<sup>7</sup>. Zur Übernahme von gesetzlicher

<sup>1</sup> Can. 121. Daß auch die Religiösen sich dieses Privilegs erfreuen, wurde oben § 65 bemerkt.

<sup>2</sup> Can. 139, § 2 3; 141, § 1 2; 188, 6°; 2379.

<sup>3</sup> In diesem Sinne auch Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 607 f.

<sup>4</sup> Deutsches Reich: Nach Art. 134 der VDR. vom 11. Aug. 1919 tragen alle Bürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu den öffentlichen Lasten nach Maßgabe der Gesetze bei. Staatslexikon<sup>5</sup> s. v. Klerus II, 4. Über Landesgesetze: Preußen: Hirschius, Das preuß. KR. 102 f. (Abdruck von Teil II, Tit. 11 aus der 8. Aufl. von C. F. Koch, Kommentar zum Allgem. Landrecht, 1884 ff.); A. Drießen, Sind die Dienstgrundstücke u. Dienstwohnungen der Geistlichen u. Lehrer in der Rheinprovinz der Kommunalgrundsteuer bzw. Gebäudesteuer gemäß dem Gesetz v. 14. Juli 1893 unterworfen? 1900; A. Hirtz, Besteuerung der Dienstwohnung u. Mietsentschädigung der Lehrer, Geistlichen u. Beamten in Preußen, 1912. — Bayern: Silbernagl, Verfassung u. Verwaltung sämtl. Religionsgenossenschaften in Bayern<sup>4</sup> (1901) 123 ff. — Württemberg: Pfaff, Gesetzeskunde 121 ff.; Pfaff-Sproll a. a. O. II 472 ff.; Michel, Die rechtl. Stellung der Geistlichen in Württemberg 16 ff.; Kirchl. Amtsbl. der Diözese Rottenburg X (1920/22) 95; XI (1923/25) 23 91; XII (1926/28) 39. — Baden: Heiner, Gesetze, die kath. K. betreffend (Rosin, Handbibliothek bad. Gesetze V [1889] 300 ff.); Ders., Die kirchl. Erlasse, Verordnungen u. Bekanntmachungen der Erzdiözese Freiburg (1898) 720. — Österreich: Haring, KR.<sup>3</sup> 192.

<sup>5</sup> Bayern: Silbernagl a. a. O. 123. — Württemberg: Pfaff a. a. O. 82; Pfaff-Sproll a. a. O. 170; Michel a. a. O. 75 f. — Österreich: Scherer, KR. I 401; Haring a. a. O. 193.

<sup>6</sup> Gerichtsverfassungsgesetz v. 22. März 1924, § 34 84. Österreich: Haring a. a. O. 193.

<sup>7</sup> RG. über Beurkundung des Personenstandes u. die Eheschließung v. 6. Febr. 1875, § 2, Abs. 4.

Vormundschaft bedürfen sie der Genehmigung des Bischofs<sup>1</sup>. Endlich sind die Kleriker frei von Militär- und Kriegsdienst<sup>2</sup>.

## § 69.

### Das Privilegium competentiae.

C. 16, X de restitut. spoliat. II, 13. C. 3, X de solut. III, 23. Can. 122.

P. A. Altman, Das beneficium competentiae, 1888. O. Wünsch, Zur Lehre vom beneficium competentiae, 1897. O. Clerici, Sul „beneficium competentiae“ in diritto romano. Cenni, 1901. W. Bauder, Das beneficium competentiae. Seine Gesch. u. seine heutige Geltung, 1905. O. Zipperling, Das Wesen des beneficium competentiae in geschichtl. Entwicklung, 1907. C. Arnò, Il costituente la dote e il beneficium competentiae (Archivio giuridico „Filippo Serafini“ XCV [1926] 147 ff.). A. Levet, Le bénéfice de compétence, 1928.

Unter dem Privilegium competentiae versteht man die den Klerikern zukommende Rechtswohlthat, daß ihnen bei Exekutionen gegen ihr Vermögen und Einkommen das zum Leben Nötige, die sogenannte Kompetenz, belassen werden muß.

Ein beneficium competentiae stand den römischen Soldaten zu<sup>3</sup>. Die römische Glosse wollte, weil der Kleriker vor allem „miles coelestis militiae“ sei<sup>4</sup>,

<sup>1</sup> BGB. § 1784 1888. — Österreich: Haring a. a. O. 193.

<sup>2</sup> Wehrgesetz v. 23. März 1921, § 48, Z. 9. — Österreich: Haring a. a. O. 192. — Gemäß dem Gesetz v. 8. Febr. 1890 wurden Militärpflichtige röm.-kath. Konfession, welche sich dem Studium der Theologie widmeten, in Friedenszeiten während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des siebten Militärjahres zurückgestellt, u. wenn sie bis dorthin die Subdiakonatsweihe empfangen hatten, eventuell der Ersatzreserve ohne Übungen überwiesen. Personen des Beurlaubtenstandes (Reserve, Landwehr, Ersatzreserve), welche ein geistliches Amt in einer mit Korporationsrechten innerhalb des Reichsgebiets bestehende Religionsgesellschaft bekleideten, wurden zum Dienst mit der Waffe nicht herangezogen, vielmehr im Fall des Bedarfs im Dienst der Krankenpflege u. Seelsorge verwendet. Auch durften Geistliche, deren Stellen selbst vorübergehend nicht offen gelassen werden konnten u. für die eine geeignete Vertretung nicht zu ermöglichen war, für den Fall einer Mobilmachung oder notwendigen Verstärkung des Heeres hinter die letzte Jahresklasse der Landwehr zweiten Aufgebots u. selbst des Landsturms zurückgestellt werden. Deutsche Wehrordnung v. 22. Nov. 1898, § 118, Z. 4 u. 5. Dagegen sind die Geistlichen auch heute noch verpflichtet zu den allgem. Quartier- u. Naturalleistungen in Krieg u. Frieden. Über die heutige Wehrpflicht der Geistlichen und Verpflichtung zu Vorspannleistungen im Krieg und Frieden vgl. Staatslexikon<sup>5</sup> s. v. Klerus II, 4. — Über Militärpflicht der Geistlichen: in Belgien A. De Meester, Juris can. et juris can.-civilis compendium. Ed. nova I (1923) 239 ff.; in Frankreich K. Rothenbücher, Die Trennung von St. u. K. (1908) 276; in Spanien F. Fuster, Sobre el servicio militar de clérigos y religiosos en España (Razón y Fe 1924, 95 ff.). — Dem Privilegium immunitatis entsprechende Bestimmungen finden sich auch in neuesten Konkordaten: Lettland, Art. 9 (Acta Ap. Sedis XIV [1922] 578); Polen, Art. 5 (ebd. XVII [1925] 274 f.); Litauen, Art. 5 (ebd. XIX [1927] 426 f.); Italien, Art. 3 4 5 (ebd. XXI [1929] 277).

<sup>3</sup> L. 6, 18 D. de re jud. XLII, 1.

<sup>4</sup> Vgl. auch c. 19, C. XXIII, q. 8. Es ist verständlich, daß, wo die Christen insgesamt sich von früh an als milites Christi bezeichneten, die Kleriker ganz be-

es auch diesem zuerkannt wissen<sup>1</sup>. Allein es läßt sich hierauf so wenig stützen als auf das c. „Odoardus“, wonach über einen insolventen Kleriker, der aber für den Eintritt besserer Vermögensverhältnisse zu zahlen sich verpflichtet, keine Exkommunikation verhängt werden durfte<sup>2</sup>. Vielmehr entstand das Privileg auf dem Weg der Gewohnheit und auf Grund des in vielen Kanonen ausgesprochenen Gedankens, daß der Kleriker nicht in die Lage gebracht werden dürfe, seinen Unterhalt auf unwürdige Weise suchen zu müssen. Nach der kanonistischen Doktrin und nach der Praxis schützte es auch vor Personalarrest, Pfandleistung und vor der Pflicht der sofortigen Abtretung des Vermögens an den Gläubiger. Sodann erstreckte es sich auch auf das als Ordinationstitel dienende Patrimonium<sup>3</sup>. Dagegen ging es verloren, wenn der Geistliche die Schuld gerichtlich ableugnete, sich eines Dolus schuldig gemacht hatte, Kautionsstellung verweigerte, und wenn der Gläubiger ärmer war als der Schuldner<sup>4</sup>.

Nach dem CJC. ist verschuldeten Klerikern bei Vermögensexekution so viel zu belassen, als nach dem verständigen Urteil des kirchlichen Richters zum standesgemäßen Lebensunterhalt nötig ist. Dabei bleibt aber die Pflicht bestehen, die Gläubiger sobald als möglich zu befriedigen<sup>5</sup>. Eine Strafe wegen Verfehlung gegen das Privilegium competentiae kennt das neue kirchliche Gesetzbuch nicht.

Nach ZPO. für das Deutsche Reich vom 13. Mai 1924, § 850, Ziff. 8, unterliegt der Pfändung nicht das Dienst Einkommen der Geistlichen, deren Pension sowie der nach ihrem Tod den Hinterbliebenen zu gewährende Sterbe- oder Gnadengehalt. Übersteigen diese Bezüge jedoch die Summe von dreißig Goldmark pro Woche, so ist ein Drittel des Mehrbetrags der Pfändung unterworfen. Dabei bleiben aber die Beihilfen und Zulagen sowie Einkünfte für Dienstaufwand ohne Ansatz. Nach § 811, Ziff. 7 8 10 sind bei Geistlichen der Pfändung nicht unterworfen die zur Verwaltung des Dienstes oder Ausübung des Berufs erforderlichen Gegenstände sowie anständige Kleidung, ein Geldbetrag, welcher dem der Pfändung nicht unterworfenen Teil des Dienst Einkommens oder der Pension für die Zeit von der Pfändung bis zum nächsten Termin der Gehalts- oder Pensionszahlung gleichkommt, sowie Bücher, welche zum Gebrauch des Schuldners und seiner Familie in der Kirche oder bei häuslicher Andacht bestimmt sind<sup>6</sup>.

sonders so hießen. A. Harnack, Die Mission u. Ausbreitung des Christentums in den ersten drei Jhdten I<sup>4</sup> (1924) 428 ff.

<sup>1</sup> L. 6, D. de re jud. XLII, 1. <sup>2</sup> C. 3, X de solut. III, 23.

<sup>3</sup> S. C. Conc. 5. Febr. 1604; 15. März 1652. Richter-Schulte, Conc. Trid. p. 115, n. 26.

<sup>4</sup> Fagnani, Jus can. ad c. Odoardus n. 24 ff.

<sup>5</sup> C. 122. Gut bemerkt Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup>, 609, daß auf Grund der bisherigen Doktrin die Schulden nicht aus unerlaubten Geschäften oder aus Delikten, sondern nur aus Verträgen entstanden sein dürfen, daß die Zahlungsunfähigkeit eine wirkliche u. nicht eine bloß vorgeschützte sein dürfe, u. daß Sicherheit geleistet werden müsse, daß die Schulden sobald als möglich bezahlt würden.

<sup>6</sup> F. Giese, St. u. K. im neuen Deutschland (Jahrb. des öff. R.s XIII [1925] 262). Staatslexikon<sup>5</sup> s. v. Klerus II, 4. — Österreich: Haring a. a. O. 194.

## § 70.

## Der Verzicht, Verlust und Wiedererwerb der Privilegien der Kleriker.

C. 12 18, X de foro compet. II, 2. C. 15, 36 X de sent. excomm. V, 39. Can. 123.

Verzichten kann der Kleriker auf die klerikalen Privilegien nicht; denn sie sind nicht seiner Person, sondern dem ganzen Stande verliehen<sup>1</sup>.

Verlorengehen die geistlichen Standesrechte durch Zurückversetzung des Klerikers in den Laienstand<sup>2</sup>, durch dauernde Entziehung des Rechts, das geistliche Gewand zu tragen<sup>3</sup>, sowie durch Degradation<sup>4</sup>.

Wiedererworben werden die klerikalen Privilegien, wenn der in den Laienstand Zurückversetzte wieder in den Klerikerstand aufgenommen, oder wenn die Degradation aufgehoben, oder das Tragen der geistlichen Tracht wieder erlaubt wird<sup>5</sup>.

## § 71.

## Die allgemeinen Standespflichten der Kleriker.

Decr. Grat. D. XXIII ff. XXVI ff. XXXII ff. XXXVI ff. XXXIX ff. XLI ff. XLIV ff. XLVIII ff. LI ff. LXXXI ff. LXXXV ff. LXXXVIII ff. XCI ff. C. VI, q. 1; C. VII, q. 1; C. VIII, q. 1; C. XI, q. 13; C. XII, q. 1; C. XVI, q. 17; C. XVII, q. 4; C. XVIII, q. 2; C. XXI, q. 3 4 5; C. XXIII, q. 8; C. XXVII, q. 1; Decr. Greg. IX. I, 33 de M. et O.: III, 1 de vita et honest. cler.; 2 de cohab. cler. et mulier.; 3 de cler. conjug.; III, 50 ne cler. vel mon. saecul. negot. se immisc.; V, 24 de cler. venat.; 25 de cler. percuss. Lib. sext. I, 17; III, 1 2. Const. Clem. III, 1. Extrav. comm. I, 8; III, 1. Can. 124—144.

Thomassin P. I, l. 2, c. 37—52; P. III, l. 3, c. 8—25 42—49. Mehr ältere Liter. über die klerik. Standespflichten bei Scherer, KR. I 370 ff. Loening, Gesch. des deutschen KR.s I 171 ff.; II 316 ff. Linsenmann, Lehrb. der Moraltheol. (1878) 393 ff. [Vortrefflich.] N. Nilles, De vita et honestate clericorum, 1890. C. Krieg, Wissenschaft der Seelenleitung. I. Buch: Die Wissenschaft der speziellen Seelenführung (1904) 56 ff. [Die 2. Aufl. (1919), besorgt von Fr. X. Mutz, stand nicht zur Verfügung.] A. Lehmkuhl, Theologia moralis II<sup>11</sup> (1910) 441 ff. [Die 12. Aufl. (1914) ist nicht verändert.] J. Fahrner, Die allgemeinen Rechte, Privilegien u. Pflichten der Kleriker nach dem neuen kirchl. Gesetzbuch (Straßburg. Diözesanbl. 1918, 233 ff.). J. B. Haring, Aus dem CJC. I. Der Klerikalstand (Theol.-prakt. Qschr. LXXI [1918] 600 ff.). Prunner-Seitz, Lehrb. der Pastoraltheol. I<sup>4</sup> (1923) 31 ff.

<sup>1</sup> C. 12 18, X de foro compet. II, 2. C. 15 36, X de sent. excomm. V, 39. Can. 72, § 2—4; 123. Vgl. oben S. 198.

<sup>2</sup> Can. 123; 213, § 1. <sup>3</sup> Can. 123 2304.

<sup>4</sup> Can. 2305. Die Minoristen gehen der klerikalen Privilegien verlustig durch Eingehen einer Ehe (Can. 132, § 2), durch Aufgeben der klerikalen Tracht u. Tonsur, wenn sie, vom Ordinarius gemahnt, nicht innerhalb Monatsfrist sich fügen (Can. 136, § 3), durch freiwilligen Eintritt in den Militärdienst (Can. 141, § 2), wenn zugleich Religiösen, durch Entlassung aus dem Kloster (Can. 669, § 2). Bezüglich der nicht-klerikalen Religiösen vgl. Can. 639.

<sup>5</sup> Can. 123.

Schüch-Polz, Handb. der Pastoraltheol.<sup>20</sup> (1925) 14 ff. M. Chartier, Les obligations des clercs (Canoniste contemp. XLVIII [1926] 275 ff.). E. Magnin, L'Église enseignée. La discipline du clergé et des fidèles, 1928.

### I. Begründung und Einteilung der klerikalischen Standespflichten.

Nach den Forderungen der Heiligen Schrift<sup>1</sup>, der Synoden, namentlich des Tridentinischen und des Vatikanischen Konzils<sup>2</sup>, und der Päpste, vor allem der neueren, die sich durch die Wünsche des letzten, vorzeitig vertagten allgemeinen Konzils ganz besonders hierin verpflichtet fühlten<sup>3</sup>, haben sich die Kleriker innerlich und äußerlich sittlich weiterzubilden und so den Gläubigen in Gesinnung und Leben ein leuchtendes Tugendbeispiel zu geben<sup>4</sup>.

Die klerikalischen Standespflichten sind solche gegen die Obern, sich selbst und die Gläubigen, innere und äußere, positive und negative, allgemeine, für alle Kleriker, und besondere, nur für die Majoristen. Der CJC. zählt als allgemeine klerikalische Standespflichten auf: Pflege der Frömmigkeit, Reverenz und Obedienz gegen den Ordinarius, wissenschaftlich-theologische Fortbildung, keuscher Wandel, Tragen der klerikalischen Tracht, Vermeidung des Eingehens von Bürgschaften, Enthaltung von des Klerikers unwürdigen Gewerben, Künsten und Vergnügungen, Vermeidung von zwar an sich nicht unehrenhaften, aber mit dem Klerikalstand unvereinbaren Beschäftigungen sowie von Übernahme solcher Stellungen und Ämter, Beobachtung der Residenz in der Diözese.

<sup>1</sup> 1 Tim. 3, 2 ff. 2 Tim. 2, 1 ff. Tit. 1, 7 ff.; 2, 7. 1 Petr. 5, 3. J. E. Belser, Die Briefe des Apostels Paulus an Timotheus u. Titus (1907) 71 ff. 170 ff. 242 ff.

<sup>2</sup> Trid. sess. XIV de ref. Prooem. u. c. 6; sess. XXII de ref. c. 1; sess. XXIII de ref. c. 4 12 13 14; sess. XXV de ref. c. 1. Coll. Lac. VII 506 659 ff. 789 ff. 833 ff. 873 ff. Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s (1899) 52 f. 81 ff. 108 ff. Grandérath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils (1903) I 20 ff. 46 ff. 435 ff.; II 187 ff. Die näheren Zitate im folgenden bei den einzelnen Punkten.

<sup>3</sup> Unter den neueren Päpsten ist besonders hervorzuheben Leo XIII.: Enzykl. „Quod multum“ v. 22. Aug. 1886; Enzykl. „Pergrata Nobis“ v. 14. Sept. 1886; Ep. „Officio sanctissimo“ v. 22. Dez. 1887; Ep. „Exeunte jam anno“ v. 25. Dez. 1888; Enzykl. „Constanti Hungarorum“ v. 2. Sept. 1893; Enzykl. „Depuis le jour“ v. 8. Sept. 1899; Enzykl. „Fin dal principio“ v. 8. Dez. 1902. CJC. Fontes III, Nr. 594 595 596 602 620 642 650. Vgl.: Hilling, Die Gesetzgebung Leos XIII. (A. für kath. KR. XCIII [1913] 23 ff.); W. v. Hörmann zu Hörbach, Zur Würdigung des vatik. KR.s (1917) 46 f. 53 f. Nicht weniger tritt hierin hervor Pius X.: Enzykl. „E supremi“ v. 4. Okt. 1903; Enzykl. „Pieni l'animo“ v. 28. Juli 1906; Exhort. „Haerent animo“ v. 4. Aug. 1908. CJC. Fontes III, Nr. 653 676 683. Siehe: Hilling, Die Reformen Papst Pius' X. auf dem Gebiet der kirchenrechtl. Gesetzgebung I (1909) 46 ff.; II (1912) 16 ff.; III (1915) 26 ff.; v. Hörmann zu Hörbach a. a. O. 46 f. 53 f.

<sup>4</sup> Can. 124. Entsprechendes gilt auch für die Religiösen u. die Glieder von Sozietäten, die nach Art der Religiösen zusammenleben. Vgl. Can. 592 ff.; 679, § 1.

Spezifische Standespflichten der Majoristen sind die Ehelosigkeit und das Breviergebet.

### II. Pflege der Frömmigkeit.

Die Ordinarien haben dafür zu sorgen, daß alle Geistlichen häufig das Sakrament der Buße empfangen, täglich eine Zeit lang der Betrachtung obliegen, die Besuchung des Allerheiligsten machen, den Rosenkranz beten und die Gewissensforschung anstellen<sup>1</sup>. Alle Weltgeistlichen sind streng verpflichtet, wenigstens jedes dritte Jahr geistliche Exerzitien zu machen in einem frommen und irgendwie klösterlichen Hause, deren Zeit und Ort der Diözesanbischof zu bestimmen hat. Kein Geistlicher soll von dieser Pflicht ausgenommen werden, außer der Bischof habe das im einzelnen Fall aus gutem Grunde ausdrücklich gewährt<sup>2</sup>.

### III. Reverenz und Obedienz gegen den Ordinarius.

Ihrem Ordinarius sind alle Kleriker, besonders aber die Priester im allgemeinen<sup>3</sup> und besondern Ehrfurcht und Gehorsam schuldig<sup>4</sup>. Diese Pflicht ergibt sich aus der Natur der Sache, ist aber größer, wenn ihre Erfüllung ausdrücklich versprochen oder gar eidlich be-

<sup>1</sup> Can. 125. Der Ausdruck: „Curent locorum Ordinarii“ besagt, daß die Ortsordinarien durch Belehrung u. Ermahnung darauf hinwirken sollen, daß die Geistlichen die genannten frommen Übungen gewissenhaft vornehmen, daß aber eine Rechtspflicht dazu nicht besteht. — Zur histor. Begründung sei bemerkt, daß neuere Partikularvorschriften monatliche, ja wöchentliche Beicht verlangten. Vgl. Coll. Lac. III 1047 1214; IV 1007; V 23 170 421 898; VI 52 199 227 317 442 815. Ein Antrag auf dem Vaticanum ging auf Beicht wenigstens alle zwei Monate. Siehe Coll. Lac. VII 885 ff. Vgl. Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 113. Zu häufiger Beicht fordert allgemein auf Pius X., Exhort. „Haerent animo“ v. 4. Aug. 1908. CJC. Fontes III, Nr. 683.

<sup>2</sup> Can. 126. Bloße Privatexerzitien genügen also nicht. — Jüngere Partikularsynoden forderten den Besuch von Exerzitien jedes Jahr oder wenigstens jedes zweite oder dritte Jahr. Siehe Coll. Lac. III 753; IV 49 200 268 875. Auf dem Vaticanum wurde ähnliches verlangt. Vgl. Coll. Lac. VII 659 f. 873. Siehe: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 83 112; Grandérath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 443; II 188. Ebenso Pius X.: Ep. „Experiendo“ v. 27. Dez. 1904; Exhort. „Haerent animo“ v. 4. Aug. 1908. CJC. Fontes III, Nr. 664 683.

<sup>3</sup> Vgl. oben § 61 65.

<sup>4</sup> Can. 127. — Neuere Partikularsynoden geboten Leistung der Gehorsamspflicht seitens der Geistlichen gegenüber den Obern. Vgl. Coll. Lac. III 373 414 651 656; IV 412 589 904 1042; V 82 415 908; VI 48 200. Diese Pflicht der Unterwürfigkeit u. des Gehorsams betonte namentlich Leo XIII.: Enzykl. „Cum multa“ v. 8. Dez. 1882; Enzykl. „Nobilissima“ v. 8. Febr. 1884; Enzykl. „Constanti Hungarorum“ v. 2. Sept. 1893; Enzykl. „Depuis le jour“ v. 8. Sept. 1899; Enzykl. „Fin dal principio“ v. 8. Dez. 1902. Und fast noch mehr tat das Pius X.: Enzykl. „Pieni l'animo“ v. 28. Juli 1906; Enzykl. „Pascendi“ v. 8. Sept. 1907; Exhort. „Haerent animo“ v. 4. Aug. 1908; Motupr. „Sacrorum antistitum“ v. 1. Sept. 1910. CJC. Fontes III, Nr. 587 590 620 642 650 676 680 683 689.

schworen wurde<sup>1</sup>. Doch ist sie keine unbeschränkte. Sie darf nicht gegen das Sittengesetz geleistet werden und ist durch die Kanonen begrenzt, d. h. sie ist nur so weit zu leisten, als die Jurisdiktion des betreffenden Obern nach den Bestimmungen des kirchlichen Rechts reicht<sup>2</sup>. Innerhalb dieser Grenzen kann Reverenz und Obedienz durch Zensuren erzwungen<sup>3</sup> und die Gehorsamsverweigerung als Delikt bestraft werden<sup>4</sup>. Ausdrücklich ist bestimmt, daß, sooft und solange es nach dem Urteil des Bischofs das kirchliche Bedürfnis erfordert und kein gesetzlicher Grund entschuldigt, der Kleriker verpflichtet ist, das ihm von seinem Bischof zugewiesene Amt (munus) zu übernehmen und getreu zu erfüllen<sup>5</sup>.

#### IV. Wissenschaftlich-theologische Fortbildung.

Die Kleriker sollen ihre Studien, besonders die theologischen, auch nach der Priesterweihe nicht aufgeben und unter Vermeidung neuerungssüchtiger und falscher Wissenschaft in der Theologie der über-

<sup>1</sup> Eine ausdrückliche, da oder dort auch eidliche Verpflichtung der Kleriker zum Gehorsam gegen den Bischof findet sich schon seit dem 5. Jhd. C. 3 (Leo I. a. 446), X de M. et O. I 33. C. 6 (Syn. XI v. Toledo a. 675, c. 10), D. XXIII. E. Baumgärtner, *Gesch. u. Recht des Archidiaconats der oberrhein. Bistümer* (1907) 201 ff. J. Löhr, *Die Verwaltung des köln. Großarchidiaconats Xanten am Ausgang des MA.s* (1909) 56 f. Heute verspricht der neugeweihte Priester dem Bischof unmittelbar nach der Ordination Gehorsam. Pontif. Rom. tit. De ord. presb.: „Promittis mihi et successoribus meis reverentiam et obedientiam? R. Promitto.“ In manchen Diözesen hat der Neopresbyter vor der erstmaligen Verwendung in der Seelsorge über das einfache Versprechen bei der Ordination hinaus dem Bischof eidlich Gehorsam zu geloben.

<sup>2</sup> C. 1, C. X, q. 3. C. 2 4 9, X de M. et O. I, 33. Das kann im einzelnen Fall strittig sein. Gegen unberechtigte Ausdehnung der Gehorsamspflicht durch den Ordinarius gibt es ein Rekursrecht. C. 13, X de M. et O. I, 33. Can. 1601.

<sup>3</sup> Can. 24 2241. <sup>4</sup> Can. 2222.

<sup>5</sup> Can. 128. Über den Begriff von munus vgl. unten § 73. — F. X. Heiner, *Die kanon. Obedienz*, 1882. F. Saedt, *Über den Umfang des dem Bischof von seinem Diözesanklerus zu leistenden Gehorsams nebst einer Zusammenstellung der in deutschen, österr.-ungar. u. schweizer. Diözesen üblichen juramenta obedientiae* (A. für kath. KR. LXXXVI [1896] 41 ff.). A. Lehmkühl, *Die Tragweite der obedientia canonica* (Theol.-prakt. Qschr. LXIII [1896] 41 ff.). Der Bischof u. sein Klerus<sup>2</sup>, 1902. [Konfus.] Ph. Schneider, *Der kanon. Gehorsam* (A. für kath. KR. LXXXII [1902] 290 ff.). F. Claves-Bouuaert, *De canonica cleri saecularis obedientia I*, 1904. *L'obbedienza al Papa e alla Chiesa nella dottrina di S. Tommaso* (Civiltà catt. 1906, II 641 ff.). A. Dossat, *L'obéissance canonique des clercs* (Rev. August. 1906, II 39 ff.). A. Perathoner, *Der kanon. Gehorsam* (Theol.-prakt. Qschr. LXVII [1914] 33 ff.). János Scheffler, *A világi papok kánoni engedelmessége* [Der kanon. Gehorsam des Weltklerus]. 1916. K. Karłowski, *Begriff, Grundlagen u. Schranken des vom Weltklerus dem Diözesanbischof geschuldeten Gehorsams*. Bresl. Diss., Maschinenschr., 1923. H. Schmuck, *Die Subordination des Klerus unter die Hierarchie des Episkopats*. Ein rechtshistor. Beitrag zum kanon. Gehorsam bis zum Jahre 1918. Erl. Diss., Maschinenschr., 1924.

lieferten und von der Kirche allgemein angenommenen soliden Lehre folgen<sup>1</sup>.

Zu ihrer wissenschaftlichen Fortbildung müssen alle Priester, auch wenn schon Pfarrer und Kanoniker, wofern sie nicht vom Ordinarius aus gutem Grund davon befreit sind, wenigstens in den ersten drei Jahren nach Abschluß des theologischen Studiums alljährlich sich einer Prüfung in verschiedenen, vorher vom Ordinarius entsprechend zu bezeichnenden theologischen Fächern in einer von ihm näher zu bestimmenden Weise unterziehen. Bei Verleihung von kirchlichen Ämtern und Benefizien sind unter sonst gleichen Umständen diejenigen zu bevorzugen, die in den genannten Prüfungen sich mehr hervorgetan haben<sup>2</sup>.

Zur Förderung der wissenschaftlichen Fortbildung und der priesterlichen Frömmigkeit sollen nach altem Gebrauch<sup>3</sup> in der Bischofsstadt

<sup>1</sup> Mal. 2, 7. 1 Tim. 6, 20. C. 15, X de vita et honest. cler. III, 1. Can. 129. — Über neuere Synodalbestimmungen vgl. die Indices der einzelnen Bände der Coll. Lac. s. vv. clerici, sacerdotes. Gleichmaßen: Leo XIII., Enzykl. „Aeterni Patris“ v. 4. Aug. 1879; Pius X.: Enzykl. „Fin dal principio“ v. 8. Dez. 1902; Enzykl. „Pascendi“ v. 8. Sept. 1907. CJC. Fontes III, Nr. 578 650 680.

<sup>2</sup> Can. 130; 404, § 2; 459, § 3, 2<sup>o</sup>. — Über neuere Synodalbestimmungen siehe Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. Auf dem Vaticanum forderten französ. Bischöfe, daß in den ersten sechs oder sieben Priesterjahren sich die Geistlichen jedes Jahr einer solchen Prüfung unterziehen sollten. Siehe Coll. Lac. VII 834. Vgl.: Lämmer, *Zur Kodif. des kanon. R.s* 110 f.; Granderath-Kirch, *Gesch. des Vatik. Konzils I* 438. — Die Vorschrift bezieht sich nur auf die Weltgeistlichen. Sie können zu deren Erfüllung durch Strafen angehalten werden. Can. 2376. Für die Klostergeistlichen ist Analoges in Can. 590 vorgeschrieben. Comm. Pontif. 14. Juli 1922, Nr. 2 (Acta Ap. Sedis XIV [1922] 526). Geistliche, welche mit Erlaubnis des Bischofs an weltl. Universitäten studieren, sind von Can. 130 u. 590 nicht befreit. S. C. Consist. 30. April 1918 (Acta Ap. Sedis X [1918] 237 f.). — Schon vorher bestand in einzelnen Diözesen für die Hilfsgeistlichen eine sich wiederholende Prüfung pro admissione ad curam, d. h. zum Beicht hören. Für die Diözese Rottenburg vgl.: Vogt, *Sammlung I* f.; Pfaff-Sproll, *Gesetzeskunde I* 162 f.; Ord.-Erl. v. 1. Dez. 1911 (Kirchl. Amtsbl. 1911, Nr. 21). Für Bayern siehe A. Scharnagl, *Das neue kirchl. Gesetzbuch* (1918) 37, A. 4.

<sup>3</sup> Schon im 9. Jhd. versammelten die Archidiaconen u. Archipresbyter des fränkischen Reiches die ihnen unterstellten Geistlichen am ersten Tage des Monats, an den sog. Kalenden, zum Zwecke der gegenseitigen persönl. u. aml. Weiterbildung. Den besten Aufschluß darüber geben: Hincmari archiepiscopi Remensis: *Capitula presbyteris data* (a. 852) (Migne, Patr. Lat. CXXV 773 ff.); *Capitula, quibus de rebus magistri et decani singulas ecclesias inquirere et episcopo renuntiare debeant* (ebd. 777 ff.); *Capitula anno XII episcopatus superaddita* (ebd. 793 ff.); *Capitula in synodo Remis data* (a. 874) (ebd. 795 ff.); *Capitula a archidiaconibus presbyteris data* (ebd. 799 f.); *Collectio de ecclesiis et capellis* (ed. A. Gaudenzi, Bibliotheca juridica medii aevi VI [1892] 18 ff.; vgl.: W. Gundlach in *Z. für K.gesch.* X [1888] 92 ff.; A. M. Gietl im *Hist. Jb.* XV [1894] 556 ff.); Hincmari Epist. n. 52 (Migne CXXVI 271 ff.); Hincmari *Opuscula et epistolae in causa Hincmari Laudunensis* (ebd. 553 ff.). Nicht von der wohl apokryphen Synode von Nantes, a. 658 (?) 895 (?), stammt c. 9, D. XLIV. Siehe E. Seckel, *Studien zu Benedictus Levita* (Neues A.

und in den einzelnen Dekanaten öfters im Jahre an vom Bischof näher zu bestimmenden Tagen Zusammenkünfte, sogenannte Kollationen oder Konferenzen, über Moral und Liturgik gehalten werden, denen nach Gutachten des Bischofs auch andere wissenschaftliche und fromme Übungen beigelegt werden können. Ist deren Abhaltung schwierig, so ist nach Weisung des Bischofs die schriftliche Ausarbeitung der gestellten Fragen einzusenden. Zur Teilnahme an den Konferenzen bzw. zur Einsendung der schriftlichen Arbeiten sind, sofern nicht der Bischof sie davon ausdrücklich befreit hat, verpflichtet alle Weltgeistlichen und aus den Klostergeistlichen, und zwar auch aus den exemten, diejenigen, welche Seelsorge ausüben, und auch andere Klostergeistliche, wenn in ihren Klöstern keine solchen Konferenzen stattfinden und sie vom Bischof zum Beihören ermächtigt sind<sup>1</sup>.

#### V. Keuscher Wandel.

Wegen der Verpflichtung des Geistlichen zu vorbildlichem Wandel und seiner engen Beziehungen zum reinen Opfer des Neuen Testaments

der Gesellsch. für ältere deutsche Gesch.skunde XXVI [1901] 39 ff.). Besondere Verdienste erwarb sich um die Wiederbelebung der Pastorkonferenzen der hl. Karl Borromäus, Erzbischof von Mailand, † 1584. Scherer, KR. I 686.

<sup>1</sup> Can. 131. — Vgl. zu neueren Synoden Coll. Lac. Indices s. vv. collationes, conferentiae. Auf dem Vatikan. Konzil beantragten französ. Bischöfe die jährl. Abhaltung von sechs bis sieben solcher Konferenzen, deutsche Bischöfe solche Abhaltung alle oder alle zwei Monate. Siehe Coll. Lac. VII 834. Vgl.: Lämmer, Zur Kodif. des kanon. R.s III f.; Granderath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 438 443. So auch: Pius IX., Enzykl. „Singulari quidem“ v. 17. März 1856; Leo XIII., Const. „Romanos Pontifices“ v. 8. Mai 1881. CJC. Fontes III, Nr. 521 582. — Für die Klostergeistlichen als solche gelten eigene Bestimmungen; Can. 591. Über Strafen bei Zuwiderhandlung gegen Can. 131, § 1 vgl. Can. 2377. — Schon längst wurden wie anderwärts in der Diözese Rottenburg Pastorkonferenzen abgehalten: Vogt, Sammlung 422 ff.; Pfaff-Sproll, Gesetzeskunde II 393 ff. 959 ff. Für Bayern vgl. A. Scharnagl, Das neue kirchl. Gesetzbuch 37, A. 5. — Über sonstige Klerikertagungen bemerkt der CJC. nichts. Es besteht aber kein Zweifel, daß auch sie der Aufsicht des Bischofs unterstehen. Pius X., Enzykl. „Pascendi Dominici gregis“, 8. Sept. 1907 (Acta S. Sedis XL [1907] 593 ff.). Wiederholt in Motuproprio „Sacrorum antistitum“ v. 1. Sept. 1910 (Acta Ap. Sedis II [1910] 655 ff.). Auch in CJC. Fontes III, Nr. 680 689. F. X. Heiner, Verbot bzw. Beschränkung der Priesterkongresse (Kath. Seelsorger XXI [1909] 195 ff.). C. Schmöller, Organisation des Klerus (Theol.-prakt. Monatsschr. XIX [1909] 717 ff.). — Ältere Liter. über die Pastorkonferenzen bei Scherer, KR. I 685 f. Dazu an neuerer: W. Corsten, Wissenschaftliche Konferenzen des Kölner Klerus im 18. Jhd (Kölner Pastoralbl. XLVIII [1914] 78 ff.); Ders., Zur Gründung der monatl. Priesterkonferenzen in der Erzdiözese Köln u. den Diözesen Hildesheim u. Paderborn (ebd. L [1916] 46 ff.); H. J. Bremer, Priesterkonferenzen in der Erzdiözese Köln zur wissenschaftl. Fortbildung u. monatl. Geisteserneuerung im 17. u. 18. Jhd (ebd. XLIX [1915] 249 ff.); A. Dinkloh, Die Zusammenkünfte der Geistlichen als Mittel der Weiterbildung (Theol. u. Glaube X [1918] 54 ff.); L. Kopler, Die theolog. Fortbildung des Priesters (Theol.-prakt. Qschr. LXXX [1927] 215 ff.). Siehe auch Kirchenlexikon<sup>2</sup> s. v. Konferenzen.

soll sich der Kleriker ganz besonders der Keuschheit befeißigen. Daher soll er hierin jede Gefahr und jeden Anlaß zu Verdacht sorgfältig meiden. Am meisten gefährlich ist hier ein allzu vertrauter Verkehr mit Frauenspersonen<sup>1</sup>.

Daher verbot die erste allgemeine Synode von Nicäa a. 325, c. 3, den Klerikern insgesamt, eine Frauensperson im Hause zu haben (συνείσακτος [παρθενος] [γυνή], mulier subintroducta, extranea), außer der Mutter, Schwester, Tante oder überhaupt einer Person, die keinen Verdacht erregt<sup>2</sup>. Die Synode von Karthago a. 397 fügte (c. 17) den Genannten noch die Nichte bei<sup>3</sup>. Andere Synoden aber verboten bei der den Klerikern vorgeschriebenen vita canonica überhaupt alles Zusammenwohnen mit Frauen, auch mit den nächst verwandten<sup>4</sup>. Doch stellten sich das Dekretalenrecht und das Tridentinum auf den Standpunkt des Nicäums und verboten nur das Zusammenwohnen mit Frauenspersonen, „de quibus possit haberi suspicio“<sup>5</sup>. Auf Grund hiervon hat sich die Praxis herausgebildet, daß erlaubt ist das Zusammenwohnen mit ehrbaren weiblichen Verwandten oder Verschwägerten im ersten und zweiten Grad, oder auch mit ehr-

<sup>1</sup> Hatten die Apostel zu häuslichem Dienste Frauen im Gefolge (1 Kor. 9, 5), so warnt doch Paulus den Timotheus vor jüngeren Witwen (1 Tim. 5 11 ff.). Belser, Die Briefe des Apostels Paulus an Tim. u. Titus 117 f.

<sup>2</sup> C. 16, D. XXXII. — Zum altchristl. Syneisaktentum bzw. zu 1 Kor. 7, 36—38 als Beleg dafür bzw. dagegen: I. Rohr, Paulus u. die Gemeinde von Korinth auf Grund der beiden Korintherbriefe (1899) 64 ff. [Nach dem Vorgang von K. Weizsäcker u. E. Grafe für das Institut der Syneisakten.] H. Achelis, Virgines subintroductae, 1902. Ders., Das Christentum in den ersten drei Jhdten I<sup>1</sup> (1912) 152; II 337 f. [Dafür.] [Die 3. Aufl. (1924) ist für weiteren Leserkreis.] Belser, Einleitung in das N. T.<sup>2</sup> (1905) 463 ff. [Dagegen.] J. Sickenberger, Syneisaktentum im 1. Korintherbrief (Bibl. Z. III [1905] 44 ff. [Dagegen.] H. Koch, Vater u. Tochter im 1. Korintherbrief (ebd. 401 ff.). [Dagegen.] F. Quadt, Subintroducta mulier (Z. f. kath. Th. XXXIV [1910] 227 ff.). [Dagegen.] F. Fahnenbruch, Zu 1 Kor. 7, 36—38 (Bibl. Z. XII [1914] 391 ff.). [Dafür.] Vgl. dazu ebd. XIV [1917] 34 f. R. Steck, Geistliche Ehen bei Paulus, 1 Kor. 7, 36—38 (Schweizer. Theol. Z. XXXIV [1917] 177 ff.). [Dafür.] A. Jülicher, Die Jungfrauen im 1. Korintherbrief (Protest. Monatshefte XXII [1918] 97 ff.). [Unentschieden.] P. de Labriolle, Le „mariage spirituel“ dans l'antiquité chrétienne (Rev. hist. CXXXVII [1921] 204 ff.). [Dagegen.] P. Tischleder, Wesen und Stellung der Frau nach der Lehre des hl. Paulus (1922) 98 ff. [Unentschieden.] K. Müller, Die Forderung der Ehelosigkeit für alle Getauften in der alten Kirche (1927) 8. [Dafür.] St. Schiewitz, Eine neue Auslegung von 1 Kor. 7, 36—38 (Theol. u. Glaube XIX [1927] 1 ff.). [Dagegen.] K. Holzhey, Zur Exegese von 1 Kor. 36—37 (!) (ebd. 307 f.). [Dafür.] Der Blick auf das damals geltende bürgerliche Eherecht, näherhin die potestas paterna, hätte von der Auffassung der Stelle im Sinn des Syneisaktentums abhalten sollen. Weitere Liter. bei Funk-Bihlmeyer, Lehrb. der K.gesch.<sup>8</sup> (1926) 100 219.

<sup>3</sup> C. 27, D. LXXXI.

<sup>4</sup> Syn. v. Nantes a. 658 (?) 895 (?), c. 3; v. Friaul a. 796, c. 4; v. Metz a. 888, c. 5; v. Mainz a. 888, c. 10. Zu der Synode von Nantes vgl. oben S. 357, A. 3. — F. Zehetbauer, Das KR. bei Bonifatius, dem Apostel der Deutschen (1910) 84.

<sup>5</sup> C. 19. X de cohab. cler. et mulier. III, 2. Sess. XXV de ref. c. 14. Schon Innozenz IV. ad c. 9 cit. suchte Harmonie in die beiden nicht recht zusammenstimmenden Dekretalen zu bringen.

Sägmüller, Kirchenrech. 4. Aufl. I. 3.

baren Frauenspersonen überhaupt, wofern sie das kanonische Alter (ca 40 Jahre<sup>1</sup>) haben, nach dem Dienstvertrag jederzeit entlassen werden können, und der Bischof alsbald solches Zusammenwohnen verbieten kann, wenn ein Verdacht entsteht<sup>2</sup>. Auf Grund der früheren Gesetze<sup>3</sup> hat das Tridentinum, welches besonders Anlaß hatte, gegen notorisch große, durch die Reformation noch gesteigerte Mißstände<sup>4</sup> hierin einzuschreiten, gegen die im Konkubinat lebenden Kleriker scharfe Strafen festgesetzt. Nach der ersten fruchtlosen Mahnung erfolgte von selbst eintretender Verlust des dritten Teiles der Einkünfte; nach der zweiten sofortiger Verlust aller Einkünfte und Suspension; nach der dritten alsbaldiger Verlust des Benefiziums und Inhabilität zum Empfang eines anderen; bei Rückfall Exkommunikation. Diejenigen, welche kein Benefizium besaßen, bedrohte das Konzil mit Suspension von der Weihe und Unfähigkeit zum Empfang eines Benefiziums<sup>5</sup>. Einfache Fornikation war am Kleriker arbiträr zu bestrafen<sup>6</sup>. Das war im wesentlichen auch das Recht der Folgezeit<sup>7</sup>.

Nach dem jetzigen kirchlichen Recht sollen Kleriker nicht mit Frauenspersonen zusammenwohnen, hinsichtlich deren ein Verdacht bestehen kann, noch auch mit solchen weiblichen Personen irgendwie verkehren<sup>8</sup>. Sie dürfen nur mit solchen Frauenspersonen zusammenwohnen, bei denen nahe Verwandtschaft jeden Verdacht ausschließt, wie Mutter, Schwester, Tante und ähnlicher Art, aber auch mit solchen, die wegen ihrer offenkundigen Unbescholtenheit und zugleich wegen ihres vorgerückteren Alters gar keinen Verdacht aufkommen lassen<sup>9</sup>. Im einzelnen Fall hat der Bischof zu entscheiden, ob das Zusammenwohnen mit weiblichen

<sup>1</sup> Partikularrechtlich schwankt die Grenze zwischen 30—40 Jahren.

<sup>2</sup> Bened. XIV., Institutiones ecclesiasticae Nr. 82 83. Ders., De syn. dioec. I. XI, c. 4.

<sup>3</sup> D. XXXII XXIV LXXXI. Decr. Greg. IX. III, 2 de cohab. cler. et mulier.

<sup>4</sup> Vgl. etwa: J. Löhr, Method.-krit. Beiträge zur Gesch. der Sittlichkeit des Klerus, besonders der Erzdiözese Köln, am Ausgang des M.A.s (1910) 39 ff.; Janssen-Pastor, Gesch. des deutschen Volkes seit dem Ausgang des M.A.s I<sup>20</sup> (1913) 745 ff. [Mit reicher Liter.] A. Störmann, Die städtischen Gravamina gegen den Klerus am Ausgang des M.A.s u. in der Reformationszeit (1916) 268 ff. [Mit vieler Liter.]

<sup>5</sup> Sess. XXV de ref. c. 14.

<sup>6</sup> C. 13, X de vita et honest. cler. III, 1.

<sup>7</sup> J. Biederlack, Das kirchl. Verfahren gegen unenthaltensame Kleriker (Z. für kath. Th. XVIII [1894] 567 ff.). F. X. Heiner, Clerici suspecti; Profexverfahren gegen dieselben (A. für kath. KR. XC [1910] 697 ff.). Ders., Der kirchl. Strafprozeß (1911) 170 ff. Vgl. auch Scherer, KR. I 371 ff.

<sup>8</sup> Can. 133, § 1. — Über neuere Synodalvorschriften siehe Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. Über Anträge auf dem Vaticanum ebd. VII 660 813 f. 835 873. Siehe: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 82 110 112; Granderath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 50 438 f. 443; II 187 ff. — Natürlich gelten die Vorschriften über verdächtigen Frauenbesuch durch die Kleriker auch gegenüber von weiblichen Religiösen. Darüber unten im Recht der Religiösen.

<sup>9</sup> Can. 133, § 2. In manchen Diözesen bestehen hierüber genauere Vorschriften, z. B. in der Diözese Freiburg (A. für kath. KR. XCVII [1917] 92 ff.).

Personen bzw. der häufigere Verkehr mit solchen, und zwar auch solchen, bezüglich deren unter gewöhnlichen Verhältnissen ein Verdacht nicht zutrifft, Ärgernis erregen oder für den Kleriker gefährlich werden kann, und ist er berechtigt, dem Kleriker das Zusammenwohnen oder den Verkehr zu verbieten<sup>1</sup>. Widersetzlichkeit gegen die Mahnung des Bischofs, eine verdächtige Person zu entlassen, begründet die Rechtsvermutung des Konkubinats<sup>2</sup>. Das nach vorausgegangener erfolgloser Mahnung in gerichtlichem Verfahren erwiesene Konkubinat ist aufzugeben und das gegebene Ärgernis mit suspensio a divinis, Entziehung des Amtseinkommens oder des Benefiziums oder der Dignität zu bestrafen<sup>3</sup>. Ein gutes Mittel zur Beförderung keuschen Wandels bei den Klerikern ist die vita communis. Sie soll da, wo sie besteht, womöglich beibehalten werden<sup>4</sup>.

#### VI. Tragen der klerikalen Tracht.

Der Sicherung des klerikalen Wandels dient auch die klerikale Tracht. Leitender Grundsatz für die keineswegs zu allen Zeiten gleiche klerikale Tracht ist, daß sie von der der Laien verschieden<sup>5</sup> und anständig, näherhin dem geistlichen Stand gemäß sein soll.

In den ersten christlichen Jahrhunderten unterschied sich die Kleidung der Kleriker nicht von jener der Laien. Als aber beim Eindringen der kurze Gewandung tragenden Germanen in das römische Reich die einheimische Bevölkerung deren Kleidung (habitus barbarus) annahm, da behielt der Klerus doch auch für das tägliche Leben die lange Gewandung der Römer (tunica, toga) bei<sup>6</sup>. Bei dieser via facti entstandenen langen und in

<sup>1</sup> Can. 133, § 3.

<sup>2</sup> Can. 133, § 4. Der Kleriker hat also den Beweis zu führen, daß Konkubinat nicht vorliegt.

<sup>3</sup> Can. 2359. Über das Verfahren gegen solche Geistliche handeln Can. 2176—2181.

<sup>4</sup> C. 6 (Alex. II. a. 1063), D. XXXII. C. 2 (Pseudo-Clem.) 3 (Eug. II. a. 826) 9 (Pseudo-Urb.) 10 (August.?), C. XII, q. 1. C. 34 (Syn. v. Mainz a. 813, c. 9), D. V de cons. C. 9, X de vita et honest. cler. III, 1. Can. 134. — Gut über die geschichtl. Entwicklung der vita communis der Geistlichen Kirchenlexikon<sup>2</sup> s. h. v. — Auf dem Vaticanum wurde mehrfach der Antrag auf Wiedereinführung des gemeinschaftl. Zusammenlebens der Weltgeistlichen gestellt. Siehe Coll. Lac. VII 796 834 873. Vgl.: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 112 f.; Granderath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 437 439 444; II 190 f. — Über solche Vereinigungen ohne Gelübde handeln Can. 673—681. — Vita communis besteht auch zwischen dem Pfarrer und seinen Hilfsgeistlichen (Vikaren) (Can. 476, § 5). — Mazel et Chalve, La vie commune dans le clergé diocésain, 1924.

<sup>5</sup> Can. 683 verbietet den Laien mit ganz verschwindenden Ausnahmen das Tragen der klerikalen Tracht.

<sup>6</sup> J. Wilpert, Die Gewandung der Christen in den ersten Jahrhunderten, 1898. J. M. B. Clauß, Rabat u. Chorrock, 1904. J. Braun, Die liturg. Gewandung im Okzident u. Orient (1907) 765 ff. [Mit reicher Liter.] Achelis, Das Christentum

Nachahmung der Mönche, d. i. der Benediktiner schwarzen Kleidung zu verbleiben, ohne sich der wechselnden Mode anzuschließen, schärften die Synoden den Klerikern immer wieder ein<sup>1</sup>. Dementsprechend schrieb das Tridentinum den Majoristen und Benefiziaten unter Androhung der Suspension und schließlich der *privatio beneficii* ganz allgemein vor „*honestum habitum clericalem, illorum ordini et dignitati congruentem, juxta episcopi ordinationem et mandatum*“.<sup>2</sup> Darüber hinausgehend geboten Sixtus V. und andere Päpste unter Strafe der von selbst eintretenden *privatio beneficii* das Tragen des bis an die Knöchel reichenden Talar<sup>3</sup>. Allein sie drangen damit nicht allenthalben durch. Vielmehr war es vielfach, namentlich in den konfessionell gemischten nördlicheren Ländern im Unterschied von den südlicheren, romanischen, katholischen partikulares Recht, daß der Talar nur bei den gottesdienstlichen Funktionen zu tragen war, daß aber sonst ein kürzerer, vorne geschlossener Gehrock, die *Soutanelle*, genügte<sup>4</sup>. Doch war der Bischof nach den angeführten Bestimmungen des Tridentinums berechtigt, hierüber genauere Weisungen zu erlassen und Verfehlungen dagegen in der von diesem festgesetzten Art zu bestrafen. Übrigens konnte aus triftigen Gründen gewohnheitsrechtlich das geistliche Gewand vorübergehend straflos abgelegt werden, und der Bischof auf Grund der *Quinquennalfakultäten* vom Tragen desselben ganz dispensieren<sup>5</sup>.

Ähnlich wie das Tragen des geistlichen Gewandes, so hat auch Haartracht, Tonsur und Bart, eine geschichtliche Entwicklung durchgemacht<sup>6</sup>. Über den Bart bestanden in der alten Kirche keine allgemeinen Vorschriften. Dagegen begannen die Kleriker der abendländischen Kirche im Gegensatz zu denen der morgenländischen, wie aus den Vorwürfen des Photius gegen die Abendländer im 9. Jahrhundert hervorgeht, seit Anfang des Mittelalters, den Bart zu scheren, und war solches daselbst durch das ganze Mittelalter vorgeschrieben<sup>7</sup>. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts aber trugen die Geistlichen allgemein den Bart, und war ihnen nur anbefohlen, „*barbam ne studioe nutiant*“<sup>8</sup>. Nach der Mitte des 17. Jahrhunderts jedoch hörte nach

in den ersten drei Jahrhunderten II 72 422 f.; siehe oben S. 359, A. 2. G. Girke, Die Tracht der Germanen in der vor- u. frühgeschichtl. Zeit, 1922. H. Netzer, La condition des curés ruraux du V<sup>e</sup> au VIII<sup>e</sup> siècle (*Mélanges Lot* [1925] 575 ff.).

<sup>1</sup> C. 22 (Syn. v. Agde a. 506, c. 20), D. XXIII. D. XLI passim. C. 25 (Syn. v. Tribur?) (vgl. E. Eichmann, Die Stellung Eikes v. Reggow zu Kirche u. Kurie [Hist. Jb. XXXVIII (1917) 755]), C. XVII, q. 4. C. 1 (Syn. v. Nicäa a. 787, c. 16) 5 (Conc. Later. II. a. 1139, c. 4), C. XXI, q. 4. C. 15, X de vita et honest. cler. III, 1. C. 2 in Clem. h. t. III, 1.

<sup>2</sup> Sess. XIV de ref. c. 6. Vgl. sess. XXII de ref. c. 1.

<sup>3</sup> Sixtus V.: „*Cum sacrosanctum*“ v. 9. Jan. 1589; „*Pastoralis*“ v. 31. Jan. 1589. Bened. XIII., „*Apostolicae Ecclesiae*“ v. 2. Mai 1725. Bened. XIV., „*Pastor bonus*“ v. 13. April 1744. § 24. CJC. Fontes I, Nr. 286.

<sup>4</sup> Richter-Schulte, Conc. Trid. p. 92, n. 12.

<sup>5</sup> C. 2 in Clem. h. t. III, 1. Walter, Fontes 513. Schneider, Fontes jur. noviss. 90. — Bened. XIV., De syn. dioec. I, XI, c. 8. Der Priester auf der Reise (Kölner Pastoralbl. XXII [1898] 196 ff.). J. Rettenbacher, Zur Pflicht des Tragens der geistl. Kleidung (Theol.-prakt. Qschr. LXXV [1922] 670 ff.).

<sup>6</sup> Über Haartracht u. Tonsur siehe oben § 62, I.

<sup>7</sup> C. 5 7, X de vita et honest. cler. III, 1.

<sup>8</sup> Syn. v. Mailand I a. 1565, tit. 23. Harduin, Acta conc. XI 665.

dem Vorgang des französischen Hofes unter Ludwig XIV. das Bartragen allgemein wieder auf. Daher bezeichnete der Münchener Nuntius im Auftrage Pius' IX. in einem Schreiben vom 4. Mai 1868 die Bartlosigkeit gegenüber anderweitigen Bestrebungen als „*moderna et vicens Ecclesiae Latinae disciplina*“<sup>1</sup>.

In wesentlicher Übereinstimmung mit dem Tridentinum verlangt der CJC., daß alle Kleriker eine anständige geistliche Kleidung, entsprechend der gesetzmäßig begründeten Gewohnheit des Ortes und der Vorschrift des *Ordinarius loci* tragen<sup>2</sup>, und ebenso die Tonsur<sup>3</sup>, wenn nicht etwa nationale Sitte dem widerspricht. Die Haarpflege soll einfach sein<sup>4</sup>. Einen Ring sollen sie nicht tragen, außer es sei ihnen kraft

<sup>1</sup> V. Thalhofer, Über den Bart der Geistlichen (A. für kath. KR. X [1863] 93 ff.).

<sup>2</sup> Can. 136, § 1. — Vgl. zu neueren Synodalbestimmungen Coll. Lac. Indices s. vv. Clerici, Sacerdotes. Über Anträge auf dem Vaticanum ebd. VII 660 f. 812 f. Siehe: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 82; Grandérath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils II 187 f. — Zum Messelesen ist der Talar vorgeschrieben (Can. 811, § 1). Das gilt analog auch für die andern kirchlichen Funktionen. S. C. Consist. 31. März 1916 (Acta Ap. Sedis VIII [1916] 148 ff.). Nach derselben Erklärung kann der vorübergehend in einer andern Diözese sich aufhaltende Kleriker die Kleidung seiner Diözese beibehalten oder sich der der fremden bedienen. — Erlaß des Bischofs von Eichstätt v. 1. Nov. 1925 u. des Bischofs von Mainz v. 4. Jan. 1928 (A. für kath. KR. CVI [1926] 212; CVIII [1928] 130 ff.). — Siehe auch S. C. Conc. 1. Juli 1926 (Acta Ap. Sedis XVIII [1926] 312 f.).

<sup>3</sup> Can. 136, § 1. — Siehe zu neueren Synodalvorschriften Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, tonsura. Über Forderungen auf dem Vaticanum ebd. VII 659. Vgl. Grandérath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils II 187 f. — Daß die Tonsur aus guten Gründen leichter aufgegeben werden kann, ist dem Wortlaut des Kanons wohl zu entnehmen. Sie wird z. B. nicht getragen in England, Nordamerika, China. Auch hierüber steht die Entscheidung beim Bischof.

<sup>4</sup> Can. 136, § 1. — Vgl. zu neueren Synoden Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, barba. Über Antrag für den Bart auf dem Vaticanum Grandérath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils II 195 f. — Der Kanon warnt bezüglich der Haartracht vor dem Zuviel u. dem Zuwenig. Über den Bart bemerkt er nichts. Es steht aber nichts im Wege, daß das bisher bestehende Verbot des Bartragens aufrecht erhalten wird, wie das die deutschen Bischöfe auf der Fuldaer Bischofskonferenz durch Erlaß v. 23. Aug. 1919 getan haben (A. für kath. KR. XCIX [1919] 67), was die S. C. Conc. 10. Jan. 1920 gut geheßen hat mit dem Bemerkn (Animadversiones), daß, weil diese Gewohnheit eine beinahe allgemeine sei, der Bischof sie nicht aufheben könne (Acta Ap. Sedis XII [1920] 43 ff.). Vgl. oben S. 266, A. 4. Damit ist der nach Erscheinen des CJC. neu entbrannte Streit über den Bart der Geistlichen entschieden. Aus der darüber entstandenen Liter. vgl.: H. J. Bremer, Ist den Priestern das Bartragen nach dem neuen kirchl. Gesetzbuch gestattet? (Theol.-prakt. Qschr. LXXII [1919] 224 ff. 571 ff.); Ders., Die Bartfrage u. das Reskript des Hl. Stuhles nach Breslau (Pastor bonus XXXIV [1921/22] 81 ff.). [Mit reicher Liter.] [B. hält trotz allem, aber sicher irrig, an der Meinung fest, daß das Bartragen der Geistlichen erlaubt sei.] — Eine Perücke zu tragen ist bei der heutigen Haartracht nicht verboten. Um sie aber bei der Messe tragen zu dürfen, ist päpstl. Erlaubnis notwendig. C. S. Rit. 1690; 21. Jan., 24. April 1826; S. C. Conc. 8. Aug. 1722. Richter-Schulte, Conc. Trid. p. 184, n. 12. Bened. XIV., De syn. dioec. I, XI, c. 9. Die Bischöfe

besondern Rechts oder Apostolischen Privilegs gestattet<sup>1</sup>. Minoristen, welche eigenmächtig und ohne gesetzlichen Grund die klerikale Kleidung und Tonsur nicht tragen und sich nach erfolgter Mahnung durch den Ordinarius innerhalb eines Monats nicht bessern, scheiden ipso jure aus dem Klerikalstand aus<sup>2</sup>.

#### VII. Vermeidung des Eingehens von Bürgschaften.

Aus wohl begreiflichen Gründen dürfen die Geistlichen Bürgschaften, und zwar auch auf ihr Privatvermögen, ohne Erlaubnis ihres Ordinarius nicht übernehmen<sup>3</sup>.

#### VIII. Enthaltung von des Klerikers unwürdigen Gewerben, Künsten und Vergnügungen.

Um das klerikale Decorum, die spezifisch klerikalen Tugenden und das berufliche Wirken nicht zu gefährden, sollen sich die Kleriker aller für sie nicht passenden Gewerbe, Künste und Vergnügungen enthalten<sup>4</sup>.

können nach Nr. 35 ihrer Fakultäten aus gutem Grunde das erlauben (A. für kath. KR. CII [1922] 57 ff.; Hilling, Cod. Jur. Can. supplementum [1924] 26 ff.).

<sup>1</sup> C. 15, X de vita et honest. cler. III, 1. Can. 136. § 2. Einen Ring tragen der Papst, die Kardinäle (Can. 811, § 2; 1298, § 1), die Bischöfe (Can. 349, § 12; 811, § 2; 1299, § 1), die infulierten Prälaten u. Äbte (Can. 325; 811, § 2), die einfachen Äbte (Can. 625), die Domkapitulare (Can. 409, § 2). Während der liturg. Handlungen, vor allem während der Messe, dürfen einen Ring nur tragen der Papst, die Kardinäle, die Bischöfe, die Praelati nullius, die infulierten Prälaten u. die Protonotarii participantes. Decreta authentica C. S. Rit. 11. Febr. 1840, Nr. 2805; 9. März 1894, Nr. 3821; Pius X., Motupr. „Inter multiplices“ v. 21. Febr. 1905 (Acta S. Sedis XXXVII [1905] 491 ff.). Can. 811, § 2. — A. Boudinhon, Droits et insignes des docteurs en théologie (Rev. du clergé franç. XLIX [1906/07] 634 ff.). L. Trombetta, De iuribus et privilegiis doctorum ecclesiasticorum<sup>2</sup>, 1911.

<sup>2</sup> Can. 136, § 3. Vgl. oben S. 353, A. 4. Majoristen, welche die geistliche Kleidung und Tonsur nicht tragen, sollen nach erfolgloser erster Mahnung von den Ordines suspendiert und, wenn sie zugleich notorisch zu einer mit dem geistlichen Stand nicht zu vereinbarenden Lebensweise übergehen und nicht binnen dreier Monate nach der zweiten bischöflichen Mahnung sich bessern, deponiert werden (Can. 2379). Ebenso verlieren Majoristen, welche ein kirchliches Amt bekleiden, wenn sie das geistliche Kleid eigenmächtig ohne legitimen Grund ab- und es auf Mahnung des Ordinarius nicht innerhalb von dreißig Tagen wieder anlegen, ipso facto ohne deklaratorische Sentenz ihr Amt (Can. 188, 7<sup>o</sup>).

<sup>3</sup> C. 1, X de fidejuss. III, 2. Can. 137. — Siehe zu neueren Synodalvorschriften Coll. Lac. s. vv. clerici, sacerdotes. — In der neueren Zeit haben eine Reihe deutscher Bischöfe Verbote dagegen erlassen: z. B. Limburg, Breslau, Paderborn, Rottenburg, Köln (A. für kath. KR. LXXXV [1905] 768; LXXXVI [1906] 354; XCV [1915] 136; CXV [1915] 673; XCVI [1916] 78 f.). Pfaff-Sproll, Gesetzeskunde I 172; II 935. Was von der Bürgschaft gilt, gilt auch vom Wechsel. Vgl. auch unten S. 372, A. 4. Für unbeschränkte Erlaubtheit der Bürgschaften durch Geistliche plädierte E. Seitz in Z. für KR. u. Pastoralwiss. I 1 (1842) 66 ff.

<sup>4</sup> Can. 138 140. — Vgl. neuere Synodalbeschlüsse Coll. Lac. s. vv. clerici, sacerdotes. Über Anträge auf dem Vaticanum ebd. VII 659 ff. 721 ff. 811 ff. 873. Siehe:

Als solche Gewerbe und Künste sind anzusehen das Wirts- und Schenk-, das Fleischer- und Abdeckergewerbe, die Schauspieler- und Theaterkunst. Der Ackerbau kann nicht als verboten angesehen werden, am allerwenigsten da, wo der Lebensunterhalt nicht anders erworben werden kann oder wo die Benefizialgüter zu bewirtschaften sind. In diesem Falle ist es natürlich auch erlaubt, die gewonnenen Produkte zu verkaufen. Nur darf dabei der Standesehre und den Standespflichten kein Eintrag geschehen<sup>1</sup>. Um des nötigen Unterhalts willen war es nach dem Vorbilde der Apostel<sup>2</sup> und der alten Kirche erlaubt und ist es auch heute noch erlaubt, neben der entsprechenden Erfüllung der Berufspflichten ein ehrbares Gewerbe zu betreiben<sup>3</sup>. Daß aber der Geistliche das Wirts- und Schenk-, das Fleischer- und Abdeckergewerbe, die Theater- und Schauspielerkunst nicht betreiben darf, ist selbstverständlich<sup>4</sup>.

Weiter sind den Klerikern verboten: Würfel- und Glücksspiele um Geld<sup>5</sup>, Waffentragen, außer bei begründeter Furcht vor einem

Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 81 f. 110 f. 112; Granderath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 435 443; II 187 ff. Ebenso Pius X., Exhort. „Haerent animo“ v. 4. Aug. 1908. CJC. Fontes III, Nr. 683. Vgl.: Hilling, Die Reformen Papst Pius' X. usw. I 46 ff.; v. Hörmann zu Hörbach, Zur Würdigung des vatik. KR.s 46 f. 53 f.

<sup>1</sup> C. 3 4 (Stat. Eccl. ant. c. 51—53), D. XCI. Can. 138. S. C. Ep. et Reg. 5. Mai 1593; 15. Nov. 1616. Coll. Lac. V 51. Über Anträge auf dem Vaticanum ebd. VII 812. Vgl.: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 81 f. Granderath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 437. F. Veigl, Wirtschaftspfarrerien (Theol.-prakt. Qschr. LXIX [1916] 42 ff.).

<sup>2</sup> Ap. 18, 3; 20, 34.

<sup>3</sup> C. 3 4 (Stat. Eccl. ant. c. 51—53), D. XCI. C. 1, X ne cler. vel mon. III, 50. Can. 138. — Solche Notwendigkeit ergab sich für die französ. Geistlichen infolge der Trennung von K. u. St. u. des dadurch veranlaßten weitgehenden Verlustes des Kirchenvermögens. Vgl. etwa L. Ballu, Les metiers possibles du prêtre de demain, 1906. Solches kann leicht auch anderwärts eintreten. B. Langer, Apostol. Lebensweise der Geistlichen (Theol. u. Glaube XI [1919] 218 ff.). Über etwaige damit verbundene Mißstände E. Schlund, Die gewerbl. Ausnützung des Pfarrtitels (Theol. u. Glaube XVII [1925] 871 ff.).

<sup>4</sup> C. 3 (Syn. Trull. a. 692, c. 9), D. XLIV. C. 35 (Syn. v. Nantes 658 [?] 895 [?] c. 10 (siehe oben S. 357, A. 3), D. V de cons. C. 1 2 15 16, X de vita et honest. cler. III, 1. C. un. in VI<sup>o</sup> h. t. III, 1. C. 1 in Clem. h. t. III, 1. Can. 138; 984, 7<sup>o</sup> (Scharfrichter). In zweifelhaftem Falle liegt das Urteil beim Bischof, z. B. ob Pfarrer in abgelegenen Gebirgsgegenden wirtschaften dürfen. — Ch. Meyer, Die Ehre im Lichte der vergangenen Zeiten, 1904. F. Kattenbusch, Ehren u. Ehre, 1909. H. J. Moser, Die Musikgenossenschaften im deutschen MA., 1910. P. Browe, Die kirchl. Stellung der Schauspieler im MA. (A. für Kulturgesch. XVIII [1928] 246 ff.).

<sup>5</sup> C. 1 (Can. Apost. n. 42 43), D. XXXV. C. 15, X vita et honest. cler. III, 1. C. 11, X de excess. prael. V, 31. Trid. sess. XXII de ref. c. 1; sess. XXIV de ref. c. 12. Can. 138. — Zu neueren Synodalbeschlüssen vgl. Coll. Lac. s. vv. clerici, sacerdotes. Über Anträge auf dem Vaticanum ebd. VII 814. Siehe Lämmer, Zur Kodif.

Angriff<sup>1</sup>, passionierte Jagd, vor allem Treibjagd<sup>2</sup>, Besuch von Wirtschaftshäusern und ähnlichen Orten, außer im Falle der Not oder aus anderen, vom Ortsordinarius gebilligten Gründen<sup>3</sup>. Ebenso ist verboten der Besuch von Schauspielen, Tänzen und Aufzügen, welche gegen den klerikalen Anstand verstoßen oder deren Besuch durch Kleriker Ärgernis gibt, so namentlich in öffentlichen Theatern<sup>4</sup>.

des kan. R.s 81 f. — Da das Tridentinum, sess. XXIV de ref. c. 12, von „illicitis lusuibus“ spricht, scheint es „lusus licitos“ zu kennen. Verhältnismäßig milde urteilt Bened. XIV., De syn. dioec. I. X, c. 2, n. 2; I. XI, c. 10, n. 1 ff. Daher wird man, abgesehen von ihrer Natur nach sicher verbotenen Spielen, im Zweifelsfalle, temporum locorumque ratione habita, milder urteilen dürfen. Jedenfalls liegt der Nachdruck auf „pecunia exposita“ und „ne vacent“ des Can. 138.

<sup>1</sup> C. 1—7, C. XXIII, q. 8. C. 2, X de vita et honest. cler. III, 1. C. 1 in Clem. h. t. III, 1. C. 25, X de sent. excomm. V, 39. Ausnahme besteht bei Notwehr: C. 6 in VI<sup>to</sup> de sent. excomm. V, 11. C. 138. — Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. — A. M. Koeniger, Die Militärseelsorge der Karolingerzeit. Ihr Recht u. ihre Praxis (1918) 9 ff.

<sup>2</sup> C. 1 (Nikol. I. a. 858—867) 2 (Syn. Epaon. a. 517, c. 4) 3 (Conc. Germ. I a. 743, c. 2), D. XXXIV. C. 8—13 (A mbr., August., Hier.), D. LXXXVI. C. 1 2, X de cler. venat. V, 24. C. 1, § 4 in Clem. de statu monach. III, 10. Trid. sess. XXIV de ref. c. 12. Can. 138. Milde lauten u. a. die Glosse zu „voluptate“ in c. 1, X de cler. venat. V, 24 u. der Wortlaut „illicitae venationes“ in c. 12 cit. des Trid. — Über neuere Synodalvorschriften Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. — Einzelne Bischöfe haben den Klerikern auch die einfache Jagd untersagt. In der Diözese Rottenburg z. B. ist es den Geistlichen verboten, eine Jagd zu pachten oder eine Jagdkarte zu lösen. Vogt, Sammlung 209. Pfaff-Sproll, Gesetzeskunde I 137. Der Kanon 138 steht u. E. doch wohl auch auf dem milderen Standpunkt des Corpus juris canonici, Tridentinums u. Bened. XIV., De syn. dioec. C. XI, c. 10, n. 6 ff. Jedenfalls wurde eine Anfrage, ob der Bischof seinen Klerikern die Privatjagd unter Strafe der von selbst eintretenden Suspension verbieten könne, verneinend entschieden, „nisi graves et speciales adsint rationes“. Der Bischof könne wohl Strafen wegen Ausübung der Jagd verhängen (Can. 2221), da es sich um eine Angelegenheit non contra jus sed juxta jus commune handle. Nach Can. 2218, § 1 müsse aber die Strafe der Straftat entsprechen. Es könne wohl die venatio clamorosa unter Suspension verboten werden, nicht aber die venatio quieta et moderata, quae nempe raro fit, necessitatis, utilitatis vel relaxandi animi causa. Hier genügen einfache Strafen. S. C. Conc. 11. Juni, 1921 (Acta Ap. Sedis XIII [1921] 498 ff.).

<sup>3</sup> D. XLIV. C. 14 15, X de vita et honest. cler. III, 1. Trid. sess. XXII de ref. c. 1; sess. XXIV de ref. c. 12. Can. 138. S. C. Conc. 1. Juli 1926 (Acta Ap. Sedis XVIII [1926] 312 f.). — Siehe zu neueren Synodalverordnungen Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. Über Anfragen auf dem Vaticanum ebd. VII 814. Vgl.: Lämmer, Zur Kodif. des kanon. R.s 110; Grandérath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 437. J. Schmitt, Wirtshausbesuch der Geistlichen, 1906. A. Lexis, Wirtshausbesuch der Geistl. (A. für kath. KR. LXXXVIII [1908] 567 ff.).

<sup>4</sup> C. 19 (Syn. v. Agde a. 506, c. 39), D. XXXIV. C. 3 (Isid. Hispal.), D. XXXIII. C. 12 15, X de vita et honest. cler. III, 1. C. 1 in VI<sup>to</sup> h. t. III, 1. C. 1 in Clem. h. t. III, 1. Trid. sess. XXII de ref. c. 1; sess. XXIV de ref. c. 12. Can. 140. — Siehe zu neueren Synodalbeschlüssen Coll. Lac. s. ov. clerici, sacerdotes. Über Anträge auf dem Vaticanum ebd. VII 814. Vgl.: Lämmer, Zur Kodif. des kanon. R.s 110; Grandérath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 437. — Verboten ist den röm. Klerikern der Besuch der Kinos, selbst bei religiösen Sujets, u. der öffentl. Theater (Acta Ap. Sedis I [1909] 600 f.; X [1918] 300). Ganz allgemein ist der

Vom Rad- und Autofahren der Geistlichen schweigt der CJC. vollständig<sup>1</sup>.

IX. Vermeidung von zwar an sich nicht unehrenhaften, aber mit dem Klerikalstand unvereinbaren Beschäftigungen sowie von Übernahme solcher Stellungen und Ämter.

Um nicht von ihrem Beruf abgezogen oder in materielle Schwierigkeiten oder sittliche Gefahren eventuell auch Irregularitäten verwickelt zu werden, sollen die Kleriker nach der Mahnung des Apostels: „Nemo militans Deo implicet se negotiis saecularibus“, sich gewisser Beschäftigungen, Stellungen und Ämter entschlagen<sup>2</sup>.

Kleriker dürfen ohne päpstliches Indult nicht die Medizin oder Chirurgie ausüben<sup>3</sup>. Ebenso dürfen sie ohne solche Erlaubnis nicht

Besuch der Theater in der Diözese Köln verboten (A. für kath. KR. XLIV [1914] 284). Ähnlich in andern Diözesen; vgl. z. B. F. Schönsteiner, Kanon. Quellenlehre u. geistl. Standesrecht (1928) 199. Verboten wurde für Nordamerika von Rom die Veranstaltung von Bällen zu guten Zwecken durch Geistliche (Acta Ap. Sedis VIII [1916] 147 ff.; X [1918] 17). Vgl. auch S. C. Conc. 1. Juli 1926 (ebd. XVIII [1926] 312 f.) u. Nr. 47 in dem Frageschema der Konsistorialkongregation über die bischöfl. Statusberichte v. 4. Nov. 1918 (ebd. X [1918] 495). Nichtsdestoweniger ist Can. 140 nach der Art Bened. XIV., De synod. dioec. I. XI, c. 10, n. 6 ff., vorsichtig bzw. milde gefaßt. — E. Stara, Zur Würdigung der kirchl. Anschauungen über das Theaterwesen (Theol. Qschr. LXXIX [1887] 632 ff.). D. S. Mpalkanos, Ἐκκλησία καὶ θέατρον, 1909. E. Hövel, Der Kampf der Geistlichen gegen das Theater in Deutschland im 17. u. 18. Jhd., 1902. Th. Hüsgens, Religion u. Bühne (Frankf. Broschüren Bd. XXXV), 1919. A. Reyval, L'Église et le théâtre, 1924. Vgl. auch den treffl. Artikel des Literaturhistorikers A. Baumgartner über das „Theater“ im Staatslexikon<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Das Radfahren kann der Bischof den Geistlichen verbieten, wenn es den Gläubigen Anstoß gibt u. zur Verspottung führt. Vgl. S. C. Ep. et Reg. 28. Sept. 1894 (A. für kath. KR. LXXIII [1895] 342). Verboten wurde es von dem Bischof Sarto von Mantua, dem späteren Papst Pius X., sodann in den Diözesen der Lombardei, in Mailand u. Passau (doch hier nicht im Dienste) (A. für kath. KR. LXXXII [1902] 126; LXXXIII [1903] 532; LXXXIV [1904] 370). In Trier ist für den Besitz eines Automobils bischöfl. u. für das Radfahren dekanatamtl. Erlaubnis einzuholen (ebd. CIV [1924] 332). Solche Bestimmungen sind aber doch bereits in etwas antiquiert. Vor der Türe steht die Luftschiffahrt. Ähnlich J. Laurentius (ebd. XCVI [1916] 334 f.).

<sup>2</sup> Siehe oben S. 354, A. 1.

<sup>3</sup> C. 9, X ne cler. vel. mon. III, 50. C. 19, X de homic. V, 12. C. 7, X de act. et qual. praef. I, 14. C. 139, § 2. — Siehe zu neueren Synodalverordnungen Coll. Lac. s. vv. clerici, sacerdotes. — War früher nur die Ausübung der Chirurgie u. nur den Majoristen u. den Mönchen verboten, so ist heute die Heilkunde überhaupt u. allen Klerikern verboten. Für die Missionen u. außerordentliche Fälle kann päpstl. Indult erwirkt werden. So lautet Nr. 44 des Index der Quinquennalfakultäten, welche den Ordinarien in den Missionsländern von der S. C. de Propaganda Fide erteilt werden (anno 1920): „Permittendi suis missionariis, ut artes medicinae et chirurgiae exercere valeant, dummodo in illis periti sint, operentur absque incisione, praeterquam ad sanguinem emitendum, et nihil exigant pro hujusmodi exercitio, et in curandis mulieribus ea vitent, quae

das Notariat außer an kirchlichen Kurie verwalten. Auch dürfen sie ohne solchen Indult nicht öffentliche Ämter mit laikaler Jurisdiktion oder Verwaltung übernehmen<sup>1</sup>.

Kleriker dürfen ohne Genehmigung ihres Ordinarius keine Verwaltung von Laienvermögen, also auch nicht Vormundschaft und Testamentsvollstreckung, sowie keine Führung von weltlichen Ämtern,

sancritatem characteris, quo insigniti sunt, dedecent". Hilling, Cod. Jur. Can. supplementum (1925) 64. Wieweit in der Seelsorge der Geistliche hierin in etwa noch praktisch tätig sein darf, hat die Pastoraltheologie bzw. die Pastoralmedizin zu zeigen. — Bened. XIV., De syn. dioec. l. XIII, c. 10, n. 1 ff. O. Mejer, Die Propaganda II (1853) 554. F. Q. Kober, Medizin u. KR. (Theol. Qschr. LV [1873] 598 ff.). A. Harnack, Medizinisches aus der ältesten K.gesch. (Texte u. Unters. VIII 4), 1892. Ders., Die Mission u. Ausbreitung des Christentums in den ersten drei Jhdten I<sup>4</sup> (1924) 147 ff. 186 ff. Marignan, La médecine dans l'Eglise, 1887. W. Erbstein, Die Medizin im A. T. 1901. Ders., Die Medizin im N. T., 1903. H. Feldmann, Die ärztliche Mission unter Heiden u. Muhammedanern, 1904. C. Krieg, Wissenschaft der Seelenleitung. Eine Pastoraltheologie usw. I. Buch. Die Wissenschaft der speziellen Seelenführung (1904) 200 ff. [Mit Liter.] [Die 2. Aufl. 1919 stand nicht zur Verfügung.] P. Diepgen, Arnold von Villanova als Politiker u. Laientheologe, 1909. Ders., Die Theologie u. der ärztliche Stand, 1922. Ders., Zur Gesch. der Historiographie der Medizin (Festschrift für Finke [1925] 442 ff.). Schüch-Polz, Handb. der Pastoraltheol.<sup>15</sup> (1910) 830 f. [Mit reicher Liter.] [Die 20. Aufl. 1925 war nicht zu Handen.] A. Mayer, Ärztl. Mission bei den Katholiken, spez. unter den Naturvölkern (Z. für Missionswiss. I [1911] 293 ff.). H. Linkens, Ärztl. Fürsorge der kath. Missionen unter den Naturvölkern (ebd. II [1912] 282 ff.). J. Löhr, Beiträge zum Missionsrecht (1916) 101 ff. Ch. Becker, Ärztl. Fürsorge in Missionsländern, 1921. Ders., Kathol. missionsärztl. Fürsorge. Jahrbuch 1926 ff. K. Wenck, Johann von Göttingen, Arzt, Bischof u. Politiker zur Zeit Kaiser Ludwigs des Bayern (A. für Gesch. der Medizin XVII [1925] 141 ff.). S. Kasbauer, Die Teilnahme der Frauenwelt am Missionswerk (1928) 131 ff. 169 ff.

<sup>1</sup> C. 26 (Syn. Chalced. a. 451, c. 3), D. LXXXVI. C. 4 5 8, X ne cler. vel mon. III, 50. C. 11 in VI<sup>o</sup> de haeret. V, 2. Can. 139, § 2. — Über neuere Synodalbeschlüsse vgl. Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. Zu Anträgen auf dem Vaticanum siehe ebd. VII 811 f. Siehe: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 110; Granderath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 437; v. Hörmann zu Hörbach, Zur Würdigung des vatik. KR.s 53. — Schulämter gehören nicht zu den in Can. 139, § 2 genannten Ämtern. Doch verlangen die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz, daß die Geistlichen vor Bewerbung um Stellen an Schulen, Gefängnissen usw. bischöfl. Zustimmung einholen (A. für kath. KR. CV [1925] 211). — Nach dem früheren Recht war notarielle Tätigkeit nur den Majoristen u. Regularen verboten, u. zwar in utroque foro. Heute sind beim kirchl. Forum alle Kleriker zum Notariat zugelassen. Nach c. 11, § 1, X de haeret. V, 2 konnten Majoristen, denen das Notariat auch bei kirchlichen Gerichten verboten war, in causis fidei als Notare verwendet werden, wenn sie vor Empfang der majores beim weltl. Gericht solche Stelle bekleidet hatten. Wie häufig niedere Kleriker im MA. Notare, Aktiare usw. waren, geht daraus hervor, daß im Französischen heute noch „clerc“ „Schreiber“ bedeutet (Katholik 1897 II 477). — P. M. Baumgarten, Von der Apostol. Kanzlei (1908) 9 ff. H. Breßlau, Handb. der Urkundenlehre für Deutschland u. Italien I<sup>2</sup> (1912) 269 ff. 538 ff. 618 ff. Ch. Dejob, Le notaire en Italie et en France, 1912. F. Fonseca Andrade, Los notarios eclesiásticos clérigos según la disciplina general de la Iglesia y la legislación española, 1915. R. Heuberger, Allgem. Urkundenlehre für Deutschland u. Italien (Meister, Grundriß der Gesch. swiss.) (1921) 20 ff.

mit denen Kassenführung, Rechnungsablage und Haftpflicht verbunden ist, übernehmen<sup>1</sup>. Ebensowenig dürfen sie ohne solche Erlaubnis Prokuratur oder Advokatur ausüben, außer vor dem kirchlichen Gericht, vor dem weltlichen Gericht aber nur in eigener Sache oder der ihrer Kirche. An der weltlichen Kriminalgerichtsbarkeit, wo schwere persönliche Strafen verhängt werden, dürfen sie nicht teilnehmen, nicht einmal als Zeugen, außer gezwungen<sup>2</sup>.

Kleriker dürfen als Kandidaten für Stellen von Senatoren oder Abgeordneten in gesetzgebenden Körperschaften an Orten, wo ein päpstliches Verbot hierüber besteht, ohne Apostolische Erlaubnis nicht

<sup>1</sup> C. 26 (Syn. Chalced. a. 451, c. 3), D. LXXXVI. C. 1 (Pseudo-Melch.) 4 (Greg. I a. 599) 8 (Greg. I a. 602), D. LXXXVIII: L. 51, C. de episc. I, 3. Nov. 123, c. 5. C. 1—4 6; C. XXI, q. 3. C. 24, X ne cler. vel mon. III, 50. Can. 139, § 3. — Zu neueren Synodalbeschlüssen vgl. Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. Über Anträge auf dem Vatic. ebd. VII, 8 11. Siehe: Lämmer, Zur Kodif. 83 111; Granderath-Kirch, Gesch. des Vatik. I 437; v. Hörmann zu Hörbach, Zur Würdigung des vatican. KR.s 54. — Hatte früher das gemeine Recht die Vormundschaft für Verwandte u. Arme ausdrücklich erlaubt, so fordert Can. 139, § 3 auch hierfür bischöfl. Erlaubnis. Ähnlich BGB. § 1784. Vgl. oben S. 351, A. I. S. C. Consist. 18. Nov. 1910 (Acta Ap. Sedis II [1910] 910) verbot allen Geistlichen die Übernahme von verantwortl., mit Haftpflicht verbundenen Stellen bei finanz. Unternehmungen. Da hierdurch aber gerade die volkswirtschaftl. Kassen getroffen wurden, so durfte durch den Bischof Dispens gewährt werden, so für Östereich zunächst für zwei Jahre (A. für kath. KR. XCI [1911] 494). Ähnlich für Württemberg (Kirchl. Amtsbl. 1911, Nr. 8), für Bayern (A. für kath. KR. XCV [1915] 136 f.). Jetzt genügt bischöfl. Erlaubnis. So auch Comm. Pontif. v. 2./3. Juni 1918, Nr. 1 (Acta Ap. Sedis X [1918] 344). Für Italien aber wird diese Erlaubnis nicht vom Ordinarius, sondern von der C. Conc. erteilt (A. für kath. KR. CIII [1923] 168). — J. J. Hirschel, Beteiligung der Geistlichen an Spar-, Leih- u. sonstigen Vereinskassen (A. für kath. KR. XLIX [1883] 218 ff.). Dagegen F. Droste, Beteiligung usw. (ebd. L [1883] 65 ff.). Darauf Hirschel, Beteiligung usw. (ebd. L [1883] 369 ff.). v. Thielemann, Die kath. Geistlichen u. die Genossenschaftskassen nach dem Dekret: De vetita clericis temporalis administratione (Theol. u. Glaube III [1911] 199 ff.). A. Schmöger, Was soll der Klerus über Wertpapiere, Sparkassen, Banken u. Börsen wissen? 3. Aufl. von O. Meister, 1925.

<sup>2</sup> C. 1—3, X de postul. I, 37. C. 1 5 9, X ne cler. vel mon. III, 50, C. 3 in VI<sup>o</sup> h. t. III, 24. Can. 139, § 3. — Das alte Recht verbot solche Tätigkeit, außer in eigener Sache u. in Sachen von Verwandten, von personae miserabiles u. in Sachen der eigenen Kirche nur den Majoristen allen u. den Minoristen, welche ein Benefizium hatten. Das heutige Recht aber verbietet solches allen Klerikern, außer in eigener Sache oder solchen der eigenen Kirche. Sie alle brauchen also, um in Sachen von Verwandten, personae miserabiles u. causae piae überhaupt solche Tätigkeit zu entfalten, die bischöfliche Erlaubnis. — Außer dem gesetzlichen Zwang zur Zeugnisablegung kann auch ein moralischer zur Rettung eines Unschuldigen bestehen. Der Richter, welcher ein auch gerechtes Todesurteil fällt, wird irregulär ex defectu (Can. 984, 6<sup>o</sup>), u. der Zeuge, der freiwillig in einer Sache, in der ein ungerechtes Todesurteil gefällt wird, Zeugnis ablegt, wird irregulär ex delicto (Can. 985, 4<sup>o</sup>). Nach StrPO. v. 22. März 1924, § 53 56 72 u. ZPO. v. 13. Mai 1924, § 383 385 386 sind zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt Geistliche über das, was ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut ist. Staatslexikon<sup>5</sup> s. v. Klerus II, 4.

auftreten, noch solche Stellen annehmen<sup>1</sup>. An andern Orten aber haben sie, um solche für die Geistlichen sachlich wie historisch wohl begründete<sup>2</sup>, aber für sie auch mit vielen Gefahren verbundene<sup>3</sup> politische Tätigkeit zu entfalten, neben der Erlaubnis des eigenen Bischofs noch die des Ordinarius des betreffenden Wahlkreises einzuholen<sup>4</sup>. Diese sollen aber das Erhalten der Erlaubnis dazu eher erschweren als erleichtern. Kardinäle und Bischöfe, welche nach staatlichem Recht Mitglieder gesetzgebender Körperschaften sind, bedürfen entsprechend alter Übung und Norm hierzu keiner Erlaubnis des Apostolischen Stuhles, wenn dieser nur irgendwie, ausdrücklich oder stillschweigend, seine Zustimmung dazu gegeben hat und für die Erfüllung der Amtspflichten gesorgt ist<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Can. 139, § 4. Ein allgemeines aktives u. passives Wahlverbot bestand in Italien seit dem Raub des größten Teiles des Kirchenstaates, erlassen durch Pius IX. 1868, ist jedoch seit dem Jahre 1919 aufgehoben (A. für kath. KR. XCIX [1919] 157). — A. C. Jemolo, Elementi di diritto ecclesiastico (1927) 234 244 f. 247 ff.

<sup>2</sup> Auch die Geistlichen sind Staatsbürger mit deren vollen Rechten u. Pflichten. Sodann werden in den Kammern, entsprechend der von Gott gewollten, natürlicherweise notwendigen u. bis heute auch trotz teilweiser Trennung von Kirche u. Staat existierenden Verbindung derselben, die Interessen auch des Klerus u. der Kirche sowie die wichtigsten kirchenpolitischen Fragen debattiert u. gesetzlich normiert. Historisch haben die Kirche u. deren Vertreter sich in dem christlich gewordenen Römerreich u. in den germanischen Staaten durch das ganze Mittelalter bis auf die Gegenwart am politischen Leben beteiligt, u. ist die Kirche noch heute infolge hiervon in manchen Ländern, wenn auch in sehr beschränktem Maße, gesetzlich in den Kammern durch ihre Repräsentanten oder Würdenträger vertreten.

<sup>3</sup> Leicht entstehen Nachteile aus der politischen Tätigkeit des Klerus, wenn über dieser Tätigkeit die Berufspflichten vernachlässigt, die Grenzen der Klugheit u. Mäßigung überschritten u. bloße Parteimeinungen mit der Religion als solcher identifiziert werden.

<sup>4</sup> Can. 139, § 4. — Über neuere Synodalbeschlüsse vgl. Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. Zu Anträgen auf dem Vaticanum ebd. VII, 811. Siehe: Grandera th-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 437; v. Hörmann zu Hörbach, Zur Würdigung des vatik. KR.s 53. So auch: Syll. Nr. 27; Leo XIII.: Enzykl. „Cum multa“ v. 8. Dez. 1882; Enzykl. „Immortale Dei“ v. 1. Nov. 1885; Enzykl. „Paternae providaeque“ v. 18. Sept. 1899. CJC. Fontes III, Nr. 587 592 643; S. C. super neg. eccl. extraord. 9. April 1906 (Acta S. Sedis XXXIX [1906] 192) (die Geistlichen brauchen in Frankreich die Erlaubnis des Bischofs zum Eintritt in die Kammer der Deputierten); S. C. Consist. 9. Mai 1913 (ebd. V [1913] 238) (das vorerwähnte Dekret wird bestätigt); S. C. Consist. 8. Juni 1914 (ebd. VI [1914] 313) (es wird auf Wahlen zum Staats- u. Provinzialrat in Italien ausgedehnt); Bened. XV.: Ep. „Cum semper“ v. 10. Febr. 1921 (ebd. XIII [1921] 127 ff.); Ep. „Ex iis litteris“ v. 16. Juli 1921 (ebd. 424 ff.). Über weitere röm. Äußerungen siehe: A. für kath. KR. CII (1922) 137; CIII (1923) 29 ff.; CIV (1924) 369 ff.; CVII (1927) 675. — Der Bischof von Trier verlangt Einholung der bischöfl. Genehmigung zur Kandidatur von Geistlichen für den Kreis- u. Provinzialtag (A. für kath. KR. CVI [1926] 214 ff.).

<sup>5</sup> Trid. sess. XXIII de ref. c. 1. Comm. Pontif. 25. April 1922 (Acta Ap. Sedis XIV [1922] 313). — Aus der reichen Liter. über die Frage: Klerus u. Politik, seien angeführt: Aktenstücke zur Frage, ob die Geistlichkeit sich an der Politik beteiligen

Kleriker dürfen in den Militärdienst nicht freiwillig eintreten, außer etwa bei Bestehen der allgemeinen Wehrpflicht mit Erlaubnis des Bischofs, um der vorgeschriebenen Pflicht möglichst bald genügt zu haben<sup>1</sup>. Ebenso dürfen Kleriker sich nicht an innern Unruhen

dürfe (A. für Kgesch. u. KR., hsg. von J. A. Ginzler, I [1851] 117 ff.). F. J. Buß, Reformen im Dienste der kath. Geistlichkeit Deutschlands (1852) 325 ff. Th. Pachmann, Über polit. Klerikalvertretung (Österr. Vierteljahrsschr. für Rechts- u. Staatswiss. X [1862] 106 ff.). G. Clepicius, Die Teilnahme des Klerus an der Gemeinde- u. Volksvertretung (A. für kath. KR. X [1863] 75 ff.). J. Hergenröther, Über die Beteiligung des Klerus an polit. Fragen (ebd. XV [1866] 67 ff.). Die Stellung des Klerus zu den polit. Bewegungen der Gegenwart (Katholik 1874 I 216 ff.). A. Lehmkühl, Wahlrecht u. Wahlpflicht (Stimmen aus M.-Laach XXIX [1885] 105 ff.). Die Beteiligung des Klerus am polit. Leben u. die Stellung der Presse zur kirchl. Autorität (A. für kath. KR. LXXIX [1899] 161 ff.). A. M. Weiß, Klerus u. Politik, ein Wort zur Verständigung (Theol.-prakt. Qschr. XLVI [1893] 521 ff.). H. Triepel, Wahlrecht u. Wahlpflicht, 1901. H. Hilgenreiner, Religiöser u. polit. Katholizismus (Kultur IV [1903] 561 ff.). C. Krieg, Wissenschaft der Seelenleitung I (1904) 450 ff.; vgl. oben S. 367, A. 3. H. Berchois, Du rôle du clergé dans la société moderne, 1904. In das Deutsche übers. von G. Pabst, 1904. J. Lefauve, Le clergé et la politique ou politique permise et politique prohibée, 1904. Turinaz (Bischof von Nancy), Le clergé et les élections, 1904. F. X. Heiner, Der Syllabus (1900) 145 ff. Ders., Ausschluß der Geistlichen von den polit. Wahlen (A. für kath. KR. LXXXIV [1904] 107 ff.). M. Haushofer, Das Jenseits im Lichte der Politik u. der modernen Weltanschauung, 1904. E. Tröltzsch, Politische Ethik u. Christentum, 1904. J. Aertnys, Position du clergé vis-à-vis de la politique (Nouv. Rev. théol. XXXIX [1905] 311 ff.). E. Graf v. Moy, Das Wahlrecht des Klerus, 1905. [Man soll es ihm nehmen.] P. Villada, De elecciones (Razón y Fe XIII [1905] 450 ff.; vgl. A. für kath. KR. LXXXVI [1906] 375 f.). A. Vutkovich, Wahlpflicht, 1906. J. Friedrich, Das polit. Wahlrecht der Geistlichen, 1906. [Das passive wenigstens soll ihnen genommen werden.] J. Gerhardy, Der Seelsorger u. die polit. Gemeinde (Kath. Seelsorger XIX [1907] 58 ff.). J. Reiter, Was geht den Klerus die Politik an? 1907. [Kard.] Gennari, Sui doveri dei cattolici nelle rappresentanze politiche ed amministrative<sup>2</sup>, 1907. Douais (Bischof von Beauvais), Rôle social et politique du clergé, 1908. C. Lachner, Grundzüge zur Beurteilung der Unvereinbarkeit von Priesteramt u. Abgeordnetenmandat mit besonderer Berücksichtigung des Deutschen Reiches, 1908. H. Bodewig, Geistliche Wahlbeeinflussung in ihrer Theorie u. Praxis, 1909. [Tendenzschrift.] A. Wahl, Pfarrer u. Politik, 1909. Kirche u. Politik (A. für kath. KR. XC [1910] 767 ff.). A. López Peláez, El clero en la política, 1910. G. v. Hertling, Politik u. Weltanschauung (Hist.-pol. Blätter CXLV [1910] 12 ff.). Unerlaubte Wahlbeeinflussungen (A. für kath. KR. XC [1912] 555 ff.). Zur polit. Betätigung unseres kath. Klerus (Hist.-pol. Blätter CLXV [1920] 410 ff.). Divinator, Priesterstand u. Politik (ebd. CLXVII [1921] 35 ff.). Ders., Klerus u. Parteipolitik (ebd. CLXVIII [1921] 527 ff.). R. v. Scherer, Kirchl. Verordnungsrecht (Z. für öffentl. R. III [1922] 465 ff.). K. Hangartner, Die Wählbarkeit der Geistlichen in die gesetzgeber. Behörden nach dem schweizer. Staatsrecht, 1924. F. v. Fürstenberg, Zur parteipolit. Betätigung der Geistlichen (ebd. 130 ff.). E. Hoefs, Geistliche als Parlamentarier (Preuß. Pfarrarchiv XVI [1927] 307 ff.). [Dafür.] Staatslexikon<sup>5</sup> s. v. Klerus II, 4.

<sup>1</sup> C. XXIII, q. 8. C. 9, X ne cler. vel mon. III, 50. C. 5, X de poen. V, 37. C. 25, X de sent. excomm. V, 25. C. 141, § 1. — Im Mittelalter waren trotz dieses Verbots u. des Privilegs der Immunität Päpste, Bischöfe u. Äbte als Lehens-, Landesherren u. Reichsstände zum Teil nicht ohne großen kirchlichen Schaden tief in kriegerische

und Bürgerkriegen beteiligen<sup>1</sup>. Minoristen, die sich dagegen vergehen, scheiden ipso jure aus dem Klerikalstand aus<sup>2</sup>.

Kleriker dürfen wegen der damit sich nur zu leicht verbindenden moralischen Schäden seit den Zeiten der Urkirche weder selbst noch durch andere Handels- und Kaufmannsgeschäfte weder zu eigenem noch zu fremdem Gewinn treiben<sup>3</sup>. Verboten ist ihnen also sicher das Bank-, Börsen- und Wechselgeschäft, sowie der gewerbsmäßige Ankauf und Verkauf von Waren. Verboten ist ohne Zweifel auch die Beteiligung am Betrieb von Aktien-, Handels- und Industriegesellschaften. Nicht aber ist dem Kleriker verboten, sein Vermögen in Staats- oder Privatobligationen oder in Aktien anzulegen, noch für ausgeliehenes Geld mäßigen Zins zu nehmen<sup>4</sup>. Aus wohlbegreif-

Unternehmungen verflochten. Vgl. oben § 68, II. Siehe auch A. Pöschl, Bischofsgut u. mensa episcopalis I (1908) 154 ff. — Zu Waffentragen u. Waffendienst der Kleriker vgl. auch Can. 121 138; 188, 6<sup>o</sup>. Vgl. oben § 66, II u. oben Nr. VIII. — Natürlich kann der Bischof erlauben, daß die Kleriker Sanitätsdienste leisten. — Zu neueren Synodalbeschlüssen vgl. Coll. Lac. s. vv. clerici, sacerdotes. Über Wünsche auf dem Vaticanum ebd. VII 853. Siehe: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 132; Grandrath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils I 448.

<sup>1</sup> Can. 141, § 1. Maroto, Inst. jur. can. I<sup>o</sup> 652, A. 3, bemerkt, daß damit der berechtigten u. manchmal notwendigen Beteiligung des Klerus an der Lösung politischer u. sozialer Fragen nicht präjudiziert sein will. „Ideo ne verba: intestinis bellis et politicis contentionibus, quae in primo schemate Codicis legebantur, causam praebent erroribus et insectationibus perversorum, mutata sunt in ea, quae hodie in Can. 141 leguntur.“ Ein weiterer Beleg für die zuvor vertretene Berechtigung des Klerus zur Teilnahme an der Politik.

<sup>2</sup> Can. 141, § 2. Über die Majoristen vgl. Can. 2379. Vgl. auch oben Nr. VI.

<sup>3</sup> C. 26 (Syn. v. Chalced. a. 451, c. 3), D. LXXXVI. C. 1 (Pseudo-Melch.) 2 (Gelas. I. a. 494) 9 (Hier. Ad Nepotian.) 10 (Aug.), D. LXXXVIII. L. 2, C. de episc. I 3. C. XIV, q. 4. C. 1 (Conc. Carthag. III. a. 397, c. 15), C. XXI, q. 3. C. 15, X de elect. I, 6. C. 15 16, X de vita et honest. cler. III, 1. C. 1 6, X ne cler. vel mon. III 50. C. 1 in Clem. h. t. II, 1. Trid. sess. XXII de ref. c. 1. Bened. XIV., Enzykl. „Apostolicae servitutis“ v. 25. Febr. 1741. Klem. XIII., Const. „Cum primum“ v. 17. Sept. 1759, § 4—10. CJC. Fontes I, Nr. 306; II, Nr. 452. Can. 142. — Zu neueren Synodalbeschlüssen vgl. Cod. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. Zu Anträgen hierüber auf dem Vatic. ebd. VIII 659. Siehe: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 83; Grandrath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils II 188. — Funk, Handel u. Gewerbe im christl. Altertum (Abh. u. Unters. II [1899] 60 ff.). Ders., Über Reichtum u. Handel im christl. Altertum (ebd. III [1907] 150 ff.). M. Winkler, Die Einkommensverhältnisse des Klerus im christl. Altertum (Theol.-prakt. Monatsschrift X [1900] 1 ff.). Grisar, Gesch. Roms u. der Päpste im MA. I (1901) 758 f. L. Brentano, Die volkswirtschaftl. Lehren des christl. Altertums (Sitzungsber. der philos.-philol. u. der hist. Kl. der Königl. bayr. Akad. der Wiss. zu München [1902] 14 ff.). Th. Sommerlad, Das Wirtschaftsprogramm der Kirche des MA.s (1903) 10 49 f. 60 92 f. 136 160 177 189 200. J. Seipel, Die wirtschaftl. Lehren der Kirchenväter (1907) 133 ff. O. Schilling, Reichtum u. Eigentum in der altkirchl. Liter. (1908) 66. Achelis, Das Christentum in den drei ersten Jhdten II 17; vgl. oben S. 359, A. 1.

<sup>4</sup> Erlaubt ist es dem Kleriker, landwirtschaftliche Produkte aus eigenen oder Benefizialgütern zu verkaufen, sowie zum nötigen Unterhalt ein ehrbares Gewerbe

lichen, durch die ganze Missionsgeschichte erhärteten Gründen sind Handels- und Kaufmannsgeschäfte den Missionären aufs strengste unter Strafe der ipso facto eintretenden Exkommunikation verboten<sup>1</sup>.

Um die Kleriker möglichst von solchen mit dem Klerikalstand unvereinbaren Beschäftigungen und von der Übernahme solcher Stellungen und Ämter zurückzuhalten, verbot die Kirche im Mittelalter den Religiösen und jenen Klerikern, welche Priester waren oder ein Seelsorgeamt oder ein Personat oder eine Dignität innehatten, das Studium der Jurisprudenz oder der Medizin an einer Universität<sup>2</sup>. Bei den heutigen, total veränderten Berufsverhältnissen und so

zu betreiben u. die selbstgefertigte Ware zu verkaufen. Vgl. oben S. 365. — Erlaubt ist auch, für ausgeliehenes Geld mäßigen Zins zu nehmen; vgl. Can. 1543. Am 15. April 1885 entschied die C. S. Officii: „Juxta exposita et attentis peculiaribus temporum circumstantiis personas ecclesiasticas non esse inquietandas, si emerint vel emant actiones seu titulos mensae nummulariae, dummodo paratae sint stare mandatis S. Sedis et se absteineant a qualibet negotiatione dictarum actionum seu titularum et praesertim ab omni contractu, qui speciem habet, ut vulgo dicitur, dei giuochi di borsa“. CJC. Fontes IV, Nr. 1091. Dementsprechend berichtet Maroto, Instit. jur. can. I<sup>o</sup> 657 ff.: „In secunda (sic) paragrapho, quam hic canon habebat, dicebatur: „Licet tamen clericis obligationes vel actiones societatum industrialium vel commercialium aut arcarum publicae utilitati inservientium emere, dummodo eae societates nullum habeant propositum finem illicitum vel quomodolibet suspectum neque clerici iisdem actionibus aut obligationibus negotiationem exercent“. Man habe aber davon abgesehen, weil das implicite schon im jetzigen Kanon stecke, und es bei den nach Ort u. Zeit so verschiedenen gelagerten Verhältnissen als richtiger erschienen sei, hierin der partikularen Gesetzgebung Raum zu lassen. Die gleichen milden Anschauungen vertritt M. mit vollem Recht in seiner Darlegung über mannigfache hierin entschuldigende Notfälle, z. B. bei Erbschaft, wohltätigen Unternehmungen. Unter diesen Umständen dürfte für die Ordinarii wenig Veranlassung bestehen, auf Grund von Can. 2380 gegen etwaige Verfehlungen einzuschreiten. Bestehen bleibt jedoch, daß Falliments aus derartigen Geschäften der Kirche schweren materiellen u. noch mehr ideellen Schaden bringen. — F. A. Göpfert, Börsenspiel der Geistlichen (Theol.-prakt. Monatschrift VIII [1898] 797 ff.). J. Bonnefon, Les commerces des clercs, moines et religieux condamnés par l'Église comme par l'État, 1903. A. Boudinon, Si les ecclésiastiques peuvent posséder des actions et lesquelles? (Rev. du clergé franç. L [1907] 80 ff.) G. Vromant, De negotiatione clericis et religiosis interdicta (Jus Pontif. VIII [1928] 292 ff.).

<sup>1</sup> Urban VIII., Litt. Ap. „Ex debito“, § 8 v. 22. Febr. 1633. Klem. IX., Const. „Sollicitudo“ v. 17. Juni 1669. Bened. XIV., Const. „Apostolicae servitutis“, § 12, v. 25. Febr. 1741. Klem. XIII., Enzykl. „Cum primum“, § 4—10, v. 17. Sept. 1759. C. S. Off. 4. Dez. 1872; 17. Jan. 1883. CJC. Fontes I, Nr. 211 243 306; II, Nr. 452; IV, Nr. 1023 1077. — A. Huonder, Kathol. u. protestant. Missionsalmsen (1910) 15 f. J. Löhr, Beiträge zum Missionsrecht (1916) 109 ff. Th. Grentup, Das kirchl. Handelsverbot für die Missionen (Z. für Missionswiss. XV [1925] 257 ff.).

<sup>2</sup> C. 3 10, X ne cler. vel mon. III, 50. C. 5, X de magistr. V, 5. C. 28, X de priv. V, 33. C. 1 2 in VI<sup>o</sup> h. t. III, 24. — K. F. Savigny, Über die Dekretale „Super specula“ des Papstes Honorius III. (Z. für geschichtl. R.swiss. VIII [1835] 225 ff.). Schulte, Gesch. der Quell. u. Liter. des kan. R.s I 105. A. Tardif, Note sur une bulle d'Honorius III relative à l'enseignement du droit romain dans l'Université de Paris (Nouv. Rev. hist. de droit franç. et étrang. IV [1880] 291 ff.). H. Denifle, Die Universitäten des MA.s bis 1400. I. Bd.: Die Entstehung der Universitäten des MA.s

auch in der Ausübung der Heilkunst und Rechtspflege ist für die Kleriker die Möglichkeit und Gefahr, derartige Beschäftigungen, Stellungen und Ämter übernehmen zu wollen, stark zurückgedrängt, und kann wenigstens das Verbot des Studiums des Rechts als antiquiert angesehen werden. Übrigens ist ihnen das Studium des letzteren zwecks Eindringens in die Theorie und Praxis des kanonischen Rechts bei sonstiger Beobachtung der Standespflichten überhaupt nie verboten gewesen<sup>1</sup>.

#### X. Beobachtung der Residenz in der Diözese.

Kleriker sollen, auch wenn sie kein Benefizium oder Offizium, mit dem Residenzpflicht verbunden ist, innehaben, ihre Diözese, d. h. die Diözese, der sie inkardiniert sind, nicht auf längere Zeit ohne ausdrückliche oder wenigstens präsumtive Erlaubnis ihres Ordinarius verlassen<sup>2</sup>.

bis 1400 (1885) xxiv f. G. Digard, La Papauté et l'étude du droit romain au XIII<sup>e</sup> siècle à propos de la fausse bulle d'Innocent IV „Dolentes“ (Bibl. de l'École des chartes LI [1890] 407 ff.; auch separat). M. Fournier, L'Église et le droit romain au XIII<sup>e</sup> siècle etc. (Nouv. Rev. hist. de droit etc. XIV [1890] 80 ff.; XV [1891] 133 ff.). E. Michael, Gesch. des deutschen Volkes vom 13. Jhd. bis zum Ausgang des MA.s<sup>3</sup> I (1897) 324–329 f.; III (1903) 432 f. H. Felder, Gesch. der wiss. Studien im Franziskanerorden bis um die Mitte des 13. Jhdts (1904) 386 ff. F. Litten, Röm. Recht u. Pandekten-Recht (1907) 48 ff. B. C. Kuhlmann, Der Gesetzesbegriff beim hl. Thomas (1912) 23 f. K. v. Hohenlohe, Die wahren Gründe der sog. Rezeption des röm. R.s in Deutschland (Hist.-pol. Blätter CLVIII [1916] 153 ff.). Ders., Beiträge zum Einfluß des kan. R.s auf Strafrecht u. Prozeßrecht (1918) 3. [Die Auffassung H.s., daß dieses Verbot nicht den Zweck hatte, die Kleriker bei ihrem eigentlichen Studium, dem der Theologie, zu erhalten, sondern die Verdrängung des Corpus juris canonici durch das Corpus juris civilis oder des kanon. R.s durch das röm. R. zu verhindern, ist sicher irrig.] U. Stutz, Die Cistercienser wider Gratians Dekret (Z. für R.sgesch., kan. Abtlg IX [1919] 63 ff.). A. van Hove, Prolegomena ad CJC. (Comment. Lovan. in CJC. Vol. I, tom. 1) [1928] 240 f.). Zur Liter. über das Verbot des Studiums der Medizin vgl. oben S. 367, A. 3. Natürlich handelt es sich nicht um die Pastoralmedizin.

<sup>1</sup> Die Päpste selbst haben selbst viele Ausnahmen gemacht u. vielen Klerikern u. Ordensleuten, ja ganzen Universitäten Privilegien bezüglich des Studiums des röm. Rechts erteilt. C. 2 in VI<sup>to</sup> de privil. V, 7. Studienordnung Pius' IX. für das Seminarium Romanum S. Apollinaris v. 3. Okt. 1853 (A. für kath. KR. I [1857] 659 ff.). S. C. Consist. 30. April 1918: Circa frequentiam clericorum in laicis universitatibus (Acta Ap. Sedis X [1918] 237 f.). Pius XI., Ep. „Officiorum“ v. 1. Aug. 1922 (ebd. XIV [1922] 449 ff.). S. C. Conc. 22. Febr. 1927: De sacerdotibus magisterii munus gerentibus in publicis scholis (ebd. XIX [1927] 99 ff.). Vgl. das Schreiben des Kardinalstaatssekretärs an die italien. Bischöfe über Priester u. Kleriker, die die Normal-schulen besuchen (A. für kath. KR. CVII [1927] 672 ff.). — Zu neueren Synodalfor-derungen vgl. Coll. Lac. Indices s. vv. clerici, sacerdotes. Bened. XIV., De syn. dioec. l. IX, c. 10; l. XIII, c. 10, n. 12. — Denifle, Die Universitäten des MA.s I 301 ff. N. Hilling, Studium u. Wissensch. des KR.s in der Gegenwart (A. für kath. KR. CI [1921] 5 ff.).

<sup>2</sup> C. 19 26 29, C. VII, q. 1. Can. 111 128 143. Über den Umfang der Zeit läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 637. Präsumtive Erlaubnis ist dann vorhanden, wenn nach allem angenommen werden kann, daß der Obere sicher die Erlaubnis geben würde, wenn er darum angegangen würde. Maroto a. a. O.

Kleriker, die sich mit Erlaubnis ihres Ordinarius in eine fremde Diözese begeben haben, dabei aber ihrer Diözese inkardiniert bleiben, können aus gerechtem Grunde unter Wahrung der natürlichen Billigkeit von ihrem Ordinarius zurückgerufen werden. Andererseits kann der Ordinarius einer fremden Diözese einem solchen Kleriker den weiteren Aufenthalt in der Diözese versagen, es müßte nur sein, daß er ihm ein Benefizium verliehen hätte<sup>1</sup>.

#### § 72.

##### Die besondern Standespflichten der Majoristen: Ehelosigkeit und Breviergebet.

I. Ehelosigkeit: Decr. Grat. D. XXVII—XXXII. C. 40, C. XXVII, q. 1. Decr. Greg. IX. I, 17 de fil. presbyt. ordin. vel non; III, 3 de cler. conjug.; III, 34 de voto et voti redempt. III, 34; IV, 6 qui cler. vel vov. matr. contrahere possunt. Lib. sext. I, 11; III, 2; III, 15. Extrav. Joann. XXII. VI. Can. 132; 188, 5<sup>o</sup>; 213 214; 985, 3<sup>o</sup>; 987, 2<sup>o</sup>; 1043 1044 1072; 2388, § 1.

II. Breviergebet: C. 1 9, X. de celebr. miss. et sacr. euchar. I, 41. C. 3, Const. Clem. de celebr. miss. et aliis divin. off. III, 14. Can. 135 213 214 1475.

I. Ehelosigkeit: Thomassin P. I, l. 2, c. 60 ff. Loening, Gesch. des deutschen KR.s I 174 ff.; II 316 ff. F. A. Zaccaria, Storia polemica del celibato sacro, Rom. 1774. Ders., Nuova giustificazione del celibato sacro, Fulign. 1785. Weitere ältere Liter. bei: Hinschius, KR. I 144; Scherer, KR. I 370. J. A. Möhler, Beleuchtung der Denkschrift für die Aufhebung des den kath. Geistl. vorgeschrieb. Zöl. (Schriften u. Aufsätze, hrsg. von I. Döllinger, I [1839] 177 ff.). [Klassisch!] [W. Volk], Der Zöl., 1841. A. Roskovány, Coelibatus et Breviarium, 1861 ff. K. J. v. Hefele, Die Entwickl. des Zöl. u. der kirchl. Gesetzgeb. über denselben sowohl bei den Griechen als Lateinern (Beiträge zur K.gesch., Archäol. u. Liturgik I [1864] 122 ff.). R. Mittermüller, Über den Zeitpunkt, in welchem das verbotende Ebehindernis der Weihe in ein trennendes überging (A. für kath. KR. XVI [1866] 3 ff.). Ders., Zum Verständnis einiger alter den Zöl. u. die Priesterehe betreff. Kirchengesetze (ebd. 209 ff.). J. Schmitt, Der Priesterzöl., 1870. G. Bickell, Der Zöl. eine apostol. Anordnung (Z. für kath. Th. II [1878] 26 ff.). Ders., Der Zöl. doch eine apostol. Anordnung (ebd. III [1879] 792 ff.). J. Ernst, Die Zölibatsfrage auf dem Konzil von Nicäa (Katholik 1878 II 528 ff.). Funk, Der Zöl. keine apostol. Anordnung (Theol. Qschr. LXI [1879] 208 ff.). Ders., Der Zöl. noch lange keine apostol. Anordnung (ebd. LII [1880] 202 ff.; auch in Abh. u. Unters. I [1897] 121 ff.). [Gegen Bickell.] F. Laurin, Der Zöl. der Geistl. nach kanon. Recht, 1880. J. Freisen, Zur Lehre vom Zöl. (Theol. Qschr. LVIII [1886] 179 ff.). Ders., Gesch. des kanon. Eherechts (1888) 719 ff. K. Mirbt, Die Publizistik im ZA. Gregors VII. (1894) 239 ff. A. Vassal, Le célibat ecclésiastique au premier siècle de l'Église, 1896. St. Schiwietz, Vorgesch. des Mönchtums (A. für kath. KR. LXXXVIII

<sup>1</sup> Can. 144. Vgl. oben S. 332, A. 4. Von besonderer Bedeutung ist die Residenzpflicht dann, wenn, wie der Kanon selbst andeutet, der Kleriker ein Offizium oder Benefizium hat, mit dem diese Pflicht verbunden ist. Darüber ist unten im Passus über die Kleriker im besondern näher zu handeln. Vgl. Can. 238 (Kardinäle), 301, § 1 (Apostol. Vikare u. Präfekten), 338 (Diözesanbischöfe), 418 419 (Kanoniker), 425, § 1 (Diözesankonsultoren), 440 (Kapitularvikar), 448, § 2 (Dekane), 465 (Pfarrer), 471 bis 476 (Pfarrvikare), 508 (Obere der Religiösen). Über Strafen Can. 188, 8<sup>o</sup>; 2168 bis 2175 2381.

[1898] 1 ff., bes. 313 ff.). Vgl. aber Funk in Theol. Qschr. LXXXII (1900) 157 ff. Ders., Das morgenländ. Mönchtum I (1904) 348 ff. Grisar, Gesch. Roms u. der Päpste im MA. I (1901) 760 ff. F. F. Granjon, Aperçu historique sur le mariage des prêtres dans l'Église d'Occident jusqu'au Concile de Trente, 1901. M. Gilbert, Le mariage des prêtres, 1904. F. Heiner, Der Zöl. des kath. Klerus nach Hoensbroechs „ultramontaner Moral“ (A. für kath. KR. LXXXV [1905] 287 ff.). E. Vacandard, Les origines du célibat ecclésiastique (Rev. du clergé franç. XLI [1905] 252 ff.; auch in Études de critique et d'histoire religieuse I<sup>4</sup> [1909] 69 ff.). H. Koch, Tertullian u. der Zöl. (Theol. Qschr. LXXXVIII [1906] 406 ff.). H. Ch. Lea, History of sacerdotal celibacy in the christian Church<sup>3</sup>, 1907. A. Scharnagl, Das feierl. Gelübde als Ehehindernis (1908) 25 ff. K. Lougear, Das Ehehindernis der ordines majores nach kanon. Recht, 1908. J. Richterich, Ist der Ehestand eines altkath. Bischofs vereinbar mit der Ausübung des Bischofsamtes und steht er im Einklang mit der Kirchendisziplin der ersten christl. Jhdte? (Rev. internat. de théol. XVI [1908] 740 ff.). M. Bierbaum, Der Kampf um den Zöl. (Katholik 1910 I 62 ff.). C. Knetes, Ordination and matrimony in the eastern orthodox Church (Journ. of theol. stud. XI [1910] 348 ff.). D. F. Bruscellini, Il celibato ecclesiastico, 1911. M. Meschler, Vom kirchl. Zöl. (Stimmen aus M.-Laach 1912 II 257 ff.). Caracciolo di Torchiarolo, Il celibato ecclesiastico, 1912. T. Veggian, Il celibato ecclesiastico<sup>2</sup>, 1915. H. Böhmmer, Die Entstehung des Zöl. (Geschichtl. Studien, Festgabe für Hauck [1916] 6 ff.). J. Ch. Gspann, Warum Zöl. unserer Priester? 1918. A. A. King, Celibacy of the clergy, 1923. — Aus der älteren u. neueren Liter. gegen den Zöl., die sich bisweilen nicht über das Pamphlet erhebt, seien erwähnt: Ant. u. Aug. Theiner, Die Gesch. der erzwungenen Ehelosigkeit bei den christl. Geistl. u. deren Folgen, 1828; neue Ausg. 1892 ff. F. W. Carové, Über das Zölibatgesetz des röm.-kath. Klerus, 1832 f. F. Holtzendorff, Der Priesterzöl., 1875. J. F. Schulte, Der Zölibatszwang u. dessen Aufhebung, 1876. F. Heigl, Das Zöl., 1902. P. Hoensbroech, Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit. Bd. II: Die ultramontane Moral (1902) 479 ff. L. Wahrmond, Der Zöl., 1925. Weitere Liter. unten S. 332, A. 1.

II. Breviergebet: Thomassin P. I, l. 2, c. 71 ff. F. Probst, Brevier u. Breviergebet<sup>2</sup>, 1868. G. Bickell, Über die Entsteh. u. Entwickl. der kanon. Tageszeiten (Katholik 1873 II 291 ff.). P. Batiffol, Histoire du bréviaire romain, 1893; in wiederholten Aufl. erschienen. F. X. Pleithner, Älteste Gesch. des Breviergebets, 1887. Ch. Bäumer, Gesch. des Brev., 1895. J. Cargoire, Prime et complies (Rev. d'hist. et de litt. relig. III [1898] 281 ff.). N. Paulus, Martyrologium u. Brev. als hist. Quelle (Katholik 1900 I 355 ff.). P. A. Kirsch, Die hist. Brevierlektionen, 1902; vgl. dazu Hist. Jb. XXIII (1902) 623 f. P. Lejay, Bréviaire et critique (Rev. du clergé franç. XXXIII [1903] 587 ff.). Ders., Les accroissements de l'office quotidien, 1904. H. Krones, Das Brev. u. die Bollandisten (Pastor bonus XV [1902/03] 278 ff.). A. Spaldák, Zur geplanten Emendation des röm. Brev. (Katholik 1905 I 161 ff.). J. Baudot, Le bréviaire romain. Les origines. Son histoire, 1907. N. Gühr, Prim u. Komplet des röm. Brev., 1907; 2., unver. Aufl. 1924. Thalhofer-Eisenhofer, Handb. der kath. Liturgik<sup>2</sup> II (1912) 510 ff. F. Cabrol, La réforme du bréviaire et du calendrier, 1912. J. Ernst, Verbesserungsvorschläge für Missale u. Brev. (Theol.-prakt. Monatsschrift XXVIII [1918] 133 ff.). Ch. Willi, Le bréviaire expliqué, 1918. Kl. Blume, Brev. u. Messe, 1919. K. Kastner, Praktischer Brevierkommentar, 1924 ff. M. Quentin, La correction du martyrologe romain (Anal. Bolland. XLII [1924] 387 ff.). L. Duchesne, Origines du culte chrétien<sup>5</sup> (1925) 467 ff.

#### A. Die Ehelosigkeit.

I. Sind durch das natürliche Recht alle Menschen zu standesgemäßer Keuschheit verpflichtet, so sind dies noch vielmehr die

Kleriker und unter diesen selbst wieder in besonderer Weise die Kleriker der höheren Weihen oder die Majoristen. Diese Standespflicht hat die Kirche bei den letzteren wesentlich noch dadurch verstärkt, daß sie ihnen gesetzlich die Ehelosigkeit oder den Zölibat vorschreibt. Der Zölibat ist begründet durch die Lehre und das Beispiel Christi und der Apostel des Inhalts, daß der jungfräuliche Stand sittlich höher steht als der eheliche<sup>1</sup> und daher verdienstlicher ist<sup>2</sup>, sodann dadurch, daß der Unverehelichte der Kirche besser und freier dienen kann als der Verehelichte<sup>3</sup>, endlich und ganz besonders durch die historisch eingetretene tägliche Darbringung des Opfers des Neuen Testaments, des heiligen Meßopfers, durch den Priester<sup>4</sup>.

II. Wenn geschichtlich die Apostel den Klerikern die Ehelosigkeit auch noch nicht geboten haben, so enthielten sie sich doch allem nach seit ihrer Berufung des Gebrauches der Ehe<sup>5</sup> und forderten wohl auch von den verheirateten Klerikern nach dem Beispiel des Alten Bundes<sup>6</sup> und selbst nach heidnischer Übung<sup>7</sup>, daß sie sich zu Zeiten des priesterlichen Dienstes des ehelichen Umgangs enthielten<sup>8</sup>, sowie, daß der Bischof, Priester und Diakon nur einmal verheiratet gewesen sei<sup>9</sup>. Da sodann unter den christlichen Laien von Anfang an die Jungfräulichkeit überaus hoch geschätzt und eifrig gepflegt wurde<sup>10</sup>, so ergab sich ganz von selbst aus der uralten Praxis als Gewohnheitsrecht, und wurde nachweisbar seit dem Beginn des 4. Jahrhunderts gesetzlich verlangt, daß der unverehelicht in den Klerus Eingetretene sich nachher nicht mehr verheirate. Tue er es doch, so sei er aus dem Klerus auszustoßen<sup>11</sup>. Nur war dem Diakon gestattet, sich auch nach der Weihe noch zu verheiraten, wenn er sich das vorher ausbedungen hatte<sup>12</sup>. Auch zwang der Mangel an unverheirateten Klerikern, ferner die Lex Julia und Papia-Poppaea, sowie gnostisch-manichäische Geringschätzung des ehelichen Lebens, den verheirateten Klerikern die Fortsetzung des ehelichen Lebens zu gestatten<sup>13</sup>. Ein Antrag

<sup>1</sup> Matth. 19, 10 ff. 1 Kor. 7, 38. Offb. 14, 4 f. <sup>2</sup> Matth. 19, 16—30.

<sup>3</sup> 1 Kor. 7 32 33. 2 Tim. 2, 4. Trid. sess. XXIV de sacr. matr. can. 10. F. J. Lutz, Die kirchl. Lehre von den evang. Räten, 1907. Linsenmann, Lehrb. der Moraltheol. 126 ff. Koch, Lehrb. der Moraltheol.<sup>3</sup> 106 ff. Schindler, Lehrb. der Moraltheol. I<sup>2</sup> 176 ff. Schilling, Lehrb. der Moraltheol. I 189 ff.

<sup>4</sup> Andere für den kirchl. Zölibat geltend gemachte Gründe, wie bessere Besetzung der Kirchenstellen, sicherere Verwaltung des kirchl. Vermögens usw., haben nur sekundäre Bedeutung.

<sup>5</sup> Matth. 19, 27 ff. 1 Kor. 9, 5 f.

<sup>6</sup> Ex. 19, 15. Lev. 10, 9; 15, 16 ff.; 22, 3. J. Döllner, Die Reinheits- u. Speisegesetze des AT.s in religionsgeschichtl. Beleuchtung, 1917.

<sup>7</sup> E. Fehrlé, Die kult. Keuschheit im Altertum, 1910. Th. Wächter, Reinheitsvorschriften im griech. Kult, 1910.

<sup>8</sup> 1 Kor. 7, 5. <sup>9</sup> 1 Tim. 3, 2. Tit. 1, 6.

<sup>10</sup> Ign., Ad Polyc. c. 5. Just. Mart., Apol. I, c. 15. Athen., Leg. c. 30. Min. Fel., Octav. c. 31. Tertull., De exhort. cast., c. 21. Cypr., De habitu virg. c. 3.

<sup>11</sup> C. 9 (Syn. Neocaes. a. 314—325, c. 1), D. XXVIII.

<sup>12</sup> C. 8 (Syn. v. Ancyra a. 314, c. 10), D. XXVIII.

<sup>13</sup> C. 14 (Can. Apost. n. 6 50) 15 (Syn. v. Gangra ca. a. 343, c. 4), D. XXVIII.

auf allgemeinen Zölibat, eingebracht auf der Synode von Nicäa 325, fiel durch den Widerspruch des Bischofs Paphnutius aus der Oberthebais<sup>1</sup>.

Aber auch so neigte sich im Orient die Praxis der strengeren Richtung zu. Mit Vorliebe wurden Unverheiratete ordiniert, und die verheirateten Kleriker verzichteten vielfach auf den ehelichen Umgang, vor allem die Bischöfe<sup>2</sup>. Zuletzt machten Justinian<sup>3</sup> und die Trullanische Synode 692<sup>4</sup> den Bischöfen den Zölibat zur Pflicht. Nach ihrer Erklärung ist die Ehe der höheren Kleriker, nach der Ordination geschlossen, null und nichtig<sup>5</sup>. Dagegen dürfen sie die vor der Ordination geschlossene Ehe fortsetzen. Es schritten und schreiten daher die Kandidaten des Priestertums in der orientalischen Kirche in der Regel unmittelbar vor der Weihe zur Ehe. Sie haben sich aber zur Zeit des Altardienstes ihrer Frauen zu enthalten<sup>6</sup>. Diese Bestimmungen gelten auch für die mit Rom unierten Orientalen<sup>7</sup>. Die Praxis, nur Verheiratete zu Pastorationen geistlichen zu weihen, kam wahrscheinlich erst in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, und zwar zunächst in Rußland auf<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> Socrat., Hist. eccles. I. 1, c. 11. Sozom., Hist. eccles. I. 1, c. 23. C. 12 D. XXXI.

<sup>2</sup> Epiphani., Haeres. 59, c. 4. Socrat., Hist. eccles. I. V, c. 22.

<sup>3</sup> Nov. 6, c. 1, § 3 4. Nov. 128, c. 1.

<sup>4</sup> C. 12 48. Daher wurden vor allem Mönche zu Bischöfen genommen.

<sup>5</sup> L. 44, C. de episc. I, 3. Nov. 6, c. 5. Nov. 123, c. 14. C. 16 (Syn. Quinisexta a. 692, c. 26), D. XXVIII. Mit Unrecht dagegen Lugear, Das Ehehindernis der ordines majores 59.

<sup>6</sup> C. 13 (Syn. Quinisexta a. 692, c. 13), D. XXXI.

<sup>7</sup> C. 6, X de vita et honest. cler. III, 1. C. 7, X de poen. V, 38. Bened. XIV.: „Etsi pastoralis“ v. 26. Mai 1742, § 7, n. 26; „Eo quamvis“ v. 4. Mai 1745, § 33 ff.; „Anno vertente“ v. 19. Juni 1750. CJC. Fontes, I Nr. 328 357; II Nr. 407. H. Lämmer, Das impedimentum ordinis u. seine Anwendung auf den Klerus der oriental. Riten (A. für kath. KR. X [1863] 242 ff.). N. Nilles, Die Priesterehe in der oriental. K. (Z. für kath. Th. XVI [1892] 174 ff.). Für die Ver. Staaten von Nordamerika hatte die S. C. de Prop. Fide in mehreren Dekreten (1880—1892) angeordnet, daß die Priester des ruthen. oder eines morgenländ. Ritus „caelibes vel saltem vidui absque liberis“ sein sollten. Denselben Grundsatz stellte die Apost. Konstit. „Ea semper“ v. 14. Jan. 1907 (Acta S. Sedis XLI [1908] 3 ff.) auf u. wendete die C. de Prop. Fide am 18. Aug. 1913 (Monitore eccles. XXV, 308 f.) nochmals auf Kanada an. Aber das von russ. Geld mächtig unterstützte Schisma nahm gerade diese Anordnung zur Zielscheibe ihrer Angriffe auf die kath. Union in Amerika u. zum Förderungsmittel der Losreißung von Rom. Daher unterließen die beiden nächsten Dekrete v. 17. Aug. 1914 (für die Ruthenen in Nordamerika [Monitore eccles. XXVI, 391 ff.]) u. v. 27. März 1916 (für die Ruthenen in Südamerika [Acta Ap. Sedis VIII (1916) 105 ff.]) die Betonung der Zölibatspflicht. So Leitner, Handb. des kath. KR.s, I. Aufl., 2. Liefg. (1918), S. 222. [Die 2. Aufl. stand nicht zu Gebot.] Dabei stützt sich L. auf den Monitore eccles. XXVI, 392.

<sup>8</sup> A. v. Schaguna, Compendium des kan. R.s der einen, heil., allem. u. apostol. K. Aus dem Romanischen übersetzt von A. Sentz (1868) 67 138 ff. 151. In der neuesten Zeit nehmen die Kanonisten der orthodoxen K. ein Ehehindernis nur aus dem Diakonat u. Presbyterat an, obgleich das Trullanum ausdrücklich auch den Subdiakon einbezog; s. N. Milasch, Das KR. der morgenl. K. (1905) 267 ff. Auch wird neuestens die zweite Ehe der Majoristen, ja auch der Bischöfe, in der oriental. K. verteidigt. Theol.-prakt. Qschr. LXII (1868) 457 ff. E. Wojucki, Die Wieder-

Anders gestaltete sich die Sache im Abendland. Hier verbot die Synode von Elvira ca. a. 300, c. 33, den Bischöfen, Priestern, Diakonen und allen Klerikern, welche am Altare dienen, unter Strafe der Absetzung den ehelichen Umgang mit ihren Frauen<sup>1</sup>. Dasselbe forderten auch andere Synoden sowie die Päpste Siricius und Innozenz I.<sup>2</sup> Leo I. und Gregor d. Gr. dehnten den Zölibat auch auf die Subdiakonen aus<sup>3</sup>. Wer also unverheiratet geweiht worden war, durfte nicht mehr heiraten. Tat er es doch, so war seine Ehe zwar gültig, aber er verlor das Amt und verfiel der Exkommunikation<sup>4</sup>. Wer aber bei der Weihe bereits verheiratet war, mußte zwar die Frau nicht entlassen, durfte aber den ehelichen Umgang mit ihr nicht mehr fortsetzen<sup>5</sup>. Zum Schutz für die Enthaltensamkeit mußten die zu Weihenden da oder dort, so in Gallien, das Gelübde der Keuschheit ablegen<sup>6</sup>. Die schwierige Durchführung dieser Gesetze wurde erleichtert durch das Mönchtum und die vita canonica oder das gemeinsame Leben auch bei den Weltgeistlichen<sup>7</sup>. Aber der seit dem

verehlichung des Priesters in der morgenl. K. (A. für kath. KR. LXXXVIII [1908] 405 ff.). A. Palmieri, La Chiesa russa (1908) 374 ff. K. Lübeck, Die Priesterehe in der orthod.-griech. K. (Wissenschaftl. Beil. zur Germania 1912, Nr. 28). Rev. d'hist. ecclés. XVIII [1922] 195 ff. A. Hudal, Die serb.-orthodoxe Nationalkirche (1922) 21 99. Staatlich ist solche zweite Ehe in Serbien gültig. — Über die Minderwertigkeit des verheirateten Klerus gegenüber dem im Zölibat lebenden in der orthodoxen oriental. K. war das Urteil früher so gut wie einstimmig. Vgl.: I. Döllinger, Kirche u. Kirchen, Papsttum u. Kirchenstaat (1861) 175 ff.; Granderaath-Kirch, Gesch. des Vatikan. Konzils II (1903) 191 ff. Daß aber tatsächlich beide Arten so ziemlich gleichmäßig zu wünschen übrig lassen, wird heute ebenso bestimmt erklärt. Dagegen erfreut sich der verheiratete Klerus der unierten oriental. Kirchen eines guten Rufes. F. Knie, Die russ.-schismat. K., ihre Lehre u. ihr Kult, 1894. Palmieri, La Chiesa russa 105 ff. A. Huonder, Der verheiratete Seelsorgsklerus in den kath. Kirchen des Orients (Kath. Missionen XLVII [1918/19] 9 ff.). F. Wiercinski, Zur Stellung des weißen russ. Klerus (Stimmen der Zeit 1918/19 I 221 ff.). Ders., Russisches Mönchtum (ebd. 1919/20 I 204 ff.). Lübeck, Das Mönchswesen der griech. K. (Erste Vereinsschrift der Görres-Ges. [1921] 31 ff.).

<sup>1</sup> H. Koch, Die Zeit der Synode von Elvira (Z. für neust. Wiss. XVII [1916] 61 ff.), setzt die Synode in die Jahre 303—313. D. Stiefenhofer, Ein Bild des relig. u. sittl. Lebens in der altspan. Kirche (Bonner Z. für Th. u. Seelsorge I [1924] 232 ff.). A. Eitel, Die span. K. in vorgerm. Zeit (Festgabe für Finke [1923] 1 ff.).

<sup>2</sup> C. 3 (Syn. Carth. a. 390, c. 2), D. LXXXIV. C. 13 (Syn. Carth. a. 401, c. 3), D. XXXII. C. 3 4 (Siric. a. 385), D. LXXXII. C. 4 (Innoz. I. a. 404), D. XXXI. C. 2 (Innoz. I. a. 405), D. LXXXII.

<sup>3</sup> C. 1 (Leo I. a. 446 [?]), D. XXXII. C. 1 (Greg. I. a. 594), D. XXVIII. C. 1 (Greg. I. a. 591), D. XXXI. C. 2 (Greg. I. a. 594), D. XXXII. C. 20 (Greg. I. a. 594), C. XVII, q. 2.

<sup>4</sup> Röm. Syn. a. 386, c. 9. Syn. v. Orléans III a. 538, c. 7. Ed. Maassen 75.

<sup>5</sup> C. 10 (Leo I. a. 458 oder 459), D. XXXI. Syn. v. Tours a. 567, c. 1320. Ed. Maassen 125 127. Solche Frauen heißen bisweilen: episcopa, presbyterica, diaconissa. So heißen aber auch Frauen von Klerikern, welche gegen die Kanonen in ehelichem Umgang lebten. H. v. Schubert, Gesch. der christl. K. im Frühmittelalter (1921) 568 f. H. Netzer, La condition des curés ruraux du V<sup>e</sup> au VIII<sup>e</sup> siècle (Mélanges Lot [1925] 575 ff.).

<sup>6</sup> C. 6 7 (Syn. v. Arles II a. 443 [?], c. 2 3 4), D. XXVIII. Syn. v. Orange I a. 441, c. 22. C. 1 (Greg. I. a. 594), D. XXVIII. C. 1 (Greg. I. a. 591), D. XXXI.

<sup>7</sup> v. Schubert a. a. O. 569 f.

Ende des 9. Jahrhunderts beginnende Zerfall der *vita canonica*, die mit der Auflösung des Karolingerreichs eingetretene Verwirrung der Verhältnisse, die daraus entspringende Verwilderung der Sitten und die Besetzung der höheren und niederen Kirchenstellen durch die weltlichen Herrn hatten zur Folge, daß der Zölibat vom höheren und niederen Klerus gleichmäßig mißachtet wurde, so daß er zuletzt nur noch in der Theorie bestand, und das zum größten Schaden namentlich für die Verleihung der Kirchenämter, die so erblich wurden. Jedoch suchten die Reformpäpste seit der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts die Ehelosigkeit der Majoristen mit aller Kraft wieder zu realisieren. Nach dem Vorgange von Leo IX. hatten schon Nikolaus II. und Alexander II. den unenthaltlichen Geistlichen die Vornahme kirchlicher Funktionen, dem Volke aber das Anwohnen bei denselben verboten<sup>1</sup>. Gregor VII. erneuerte diese Verbote<sup>2</sup> und wußte ihnen durch seine Legaten in der ganzen Kirche bereits mehr oder weniger Geltung zu verschaffen. Urban II. erklärte auf der Synode von Melfi 1089, c. 12, den beweihten Subdiakon nicht nur seines Amtes verlustig, sondern erlaubte auch dem Landesfürsten, dessen Frau zur Sklavin zu machen<sup>3</sup>. Die Nichtigkeit der Majoristenehe aber sprach nach dem Vorgange der Synode von Pisa 1139 ganz bestimmt das zweite Laterankonzil 1139, c. 7, aus<sup>4</sup>. Das hielt das *Corpus juris canonici* fest<sup>5</sup>. Das Tridentinum hat gegenüber den mehr oder weniger im ganzen, besonders aber im ausgehenden Mittelalter in diesem Punkt herrschenden Mißständen und der durch die Reformation allgemein eingeführten, infolge hiervon auch in den katholischen Gebieten immer mehr überhandnehmenden Priesterehe diejenigen mit dem Banne belegt, welche behaupten, daß die Majoristen eine gültige Ehe eingehen könnten. So war die endgültige Entwicklung die, daß ein Majorist keine gültige Ehe abschließen konnte<sup>6</sup>. Versuchte er doch eine Ehe einzugehen und zu vollziehen, so machte er sich der *apostasia ab ordine*, des *sacrilegium carnale* sowie der *bigamia similitudinaria* schuldig und wurde irregulär<sup>7</sup>. Etwaige Kinder aus solcher Ehe waren illegitim<sup>8</sup>. Ferner lag auf diesem Versuch die *ipso facto* eintretende, dem Bischof reservierte Exkommunikation<sup>9</sup>. Verlust des Benefiziums trat aber erst bei Renitenz

<sup>1</sup> C. 5 (Nikol. II. a. 1059) 6 (Alex. II. a. 1063), D. XXXIII.

<sup>2</sup> C. 15 (a. 1074), D. LXXXI. Zur Liter. über diese Reformpäpste vgl. oben S. 77 f.

<sup>3</sup> C. 10, D. XXXII.

<sup>4</sup> C. 40, C. XXVII, q. 1.

<sup>5</sup> C. 1 4, X de cler. conjug. III, 3. C. 1 2, X qui cler. vel vov. IV, 6. C. un. in VI<sup>to</sup> de voto III, 15. C. un. in Clem. de consang. IV, 1. Syll. Nr. 72 verwirft den Satz, daß Bonifaz VIII. zuerst erklärt habe, daß das bei der Ordination abgelegte Gelübde der Keuschheit die Ehe ungültig mache. Heiner, Der Syllabus 321 ff.

<sup>6</sup> Sess. XXIV de sacr. matr. can. 9. Zur Liter. über die im ausgehenden MA. hierin herrschenden Mißstände siehe oben S. 360, A. 4.

<sup>7</sup> C. 1 2, X qui cler. vel vov. IV, 6.

<sup>8</sup> C. 6, X de cler. conjug. III, 3. C. 14, X de fil. presbyt. I, 17.

<sup>9</sup> C. 1, X de cler. conjug. III, 3. C. un. in Clem. de consang. IV, 1. „Apostolicae Sedis moderationi“ v. 12. Okt. 1869, III, 1. Das auch bei der bloßen Zivilehe: S. C. Inquis. 22. Dez. 1880; 23. Jan. 1892. Th. Kohn, Verfällt ein Geistlicher der höheren Weihen, der eine Zivilehe eingeht, *ipso facto* in die Strafe der Exkomm. u. verliert er auch *ipso jure* s. *beneficium*? (A. für kath. KR. XLI [1879] 390 ff.). [Noch gegen- teil. Ansicht.]

ein<sup>1</sup>. Die Ehe eines Minoristen aber war gültig. Er verlor jedoch dadurch die geistlichen Standesrechte und *eo ipso* sein Benefizium<sup>2</sup>. Ausnahmsweise durften aber verheiratete Minoristen für die Funktionen der niederen Weihen verwendet werden und behielten das *Privilegium canonis* und *fori*, wenn sie in erster, und zwar mit einer Jungfrau eingegangenen Ehe lebten, die Tonsur und das geistliche Gewand trugen und im Dienste der Kirche oder eines Bischofs standen<sup>3</sup>.

III. Mit dem bisherigen Recht wesentlich übereinstimmend, statuiert der CJC.:

1. a) Majoristen können weder erlaubter-<sup>4</sup> noch gültigerweise<sup>5</sup> eine Ehe schließen. Überdies sind sie zu beständiger eheloser Keuschheit verpflichtet, so daß eine Verfehlung hiergegen ein Sakrileg ist<sup>6</sup>. Ausgenommen von diesen Verpflichtungen sind die Majoristen, welche die Weihen aus schwerer Furcht empfangen und nach Wegfall der Furcht auch nicht stillschweigend durch deren Ausübung bestätigt haben, nachdem sie in vorgeschriebenem Prozeßverfahren in den Laienstand zurückversetzt worden sind<sup>7</sup>.

b) Minoristen können erlaubter- und gültigerweise eine Ehe schließen, verlieren aber dadurch *ipso jure* den geistlichen Stand samt allen Ämtern, Benefizien, Rechten und Privilegien, es sei denn, daß ihre Ehe wegen Zwang und Furcht ungültig war<sup>8</sup>.

c) Ein Verheirateter ist am Empfang der höheren Weihen ohne päpstliche Dispens gehindert<sup>9</sup>. Hat er ohne Dispens solche Weihen in gutem oder schlechtem Glauben empfangen, so ist er an deren Ausübung gehindert<sup>10</sup>.

2. Die alte Kontroverse, ob der letzte Grund für die Nichtigkeit der Majoristenehe in einem stillschweigenden *Votum* (*perfectae castitatis*) des Ordinanden, das von der Kirche zu einem feierlichen gemacht worden sei, oder lediglich in dem kirchlichen Gesetz beruhe, ist durch den CJC. nicht entschieden worden. So wie die Dinge tatsächlich liegen, darf man sich gegen das *Votum* entscheiden. Es steht

<sup>1</sup> C. 1, X de cler. conjug. III, 3. C. 4, X de cohab. cler. et mulier. III, 2. Trid. sess. XXV de ref. c. 14. J. Biederlack. Das kirchl. Verfahren gegen unenthaltliche Kleriker (Z. für kath. Th. XVIII [1894] 567 ff.). Vgl. oben S. 141, A. 3.

<sup>2</sup> C. 1 3 5 7 9, X de cler. conjug. III, 3.

<sup>3</sup> C. un. in VI<sup>to</sup> h. t. III, 2. Trid. sess. XXIII de ref. c. 6 17.

<sup>4</sup> Can. 132, § 1. <sup>5</sup> Can. 1072. <sup>6</sup> Can. 132, § 1.

<sup>7</sup> Can. 132, § 1; 214, § 1. Über die Zurückversetzung in den Laienstand siehe unten § 81.

<sup>8</sup> Can. 132, § 2; 213. Ist die Ehe aus einem andern Grunde ungültig, so treten sie in den Laienstand zurück.

<sup>9</sup> Can. 987, 2<sup>o</sup>. <sup>10</sup> Can. 132, § 3.

nichts im Wege, daß der zu Ordinierende ganz für sich ein solches Gelübde macht, aber gefordert ist das durch niemand und nichts<sup>1</sup>.

3. Da der Zölibat nicht auf dem jus divinum, sondern auf dem jus ecclesiasticum beruht, so kann der Papst von ihm dispensieren. In Todesgefahr ist für Subdiakonen und Diakonen, nicht aber für Priester, auch der Ordinarius zuständig und, wenn dieser nicht mehr angegangen werden kann, der Pfarrer oder der nottrauende Priester, ja auch der Beichtvater, dieser aber nur pro foro interno<sup>2</sup>. Noch nie wurde Dispens für Bischöfe gegeben<sup>3</sup>.

4. Heiratet ein Majorist rechtswidrig, so treten folgende Rechtswirkungen ein: Vor allem schließt der Majorist eine nichtige Ehe<sup>4</sup>. Er verfällt ipso facto in die dem Apostolischen Stuhl simpliciter reservierte Exkommunikation<sup>5</sup>. Er verliert ipso facto Amt und Benefizium<sup>6</sup>. Er wird bei Halsstarrigkeit degradiert<sup>7</sup>. Auch wird er irregulär<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> Diejenigen, welche für votum u. constitutio ecclesiastica zugleich sind, berufen sich vor allem auf: C. 2, X de cler. conjug. III, 3; C. un. in VI<sup>to</sup> de voto III, 15; C. un. Extrav. Joann. XXII. VI. Trid. sess. XXIV de ref. matr. c. 9: „lege ecclesiastica vel voto“ will die Frage offensichtlich nicht entscheiden. — Im Sinne des Textes u. a.: Phillips, Lehrb. des kath. KR.s 650 f. Hinschius, KR. I 159. Laurin, Der Zöl. der Geistl. 172 ff. Scherer, KR. I 393; II 367 f. A. Esmein, Le mariage en droit canonique II (1891) 240 ff.; vgl. oben S. 296, A. 5. J. Schnitzer, Kath. ER. (1898) 460 f. 464 f. 468 ff. L. Gaugusch, Das Ehehindernis der höheren Weihe (1902) 47 ff. Hergenröther-Hollweck, KR. 257 ff. Scharnagl, Das feierl. Gelübde als Ehehindernis 25 ff. 83 ff. 203 ff. L. Stampfl, Verpflichtungsgrund des Zöl. der Geistl. in der lat. Kirche (Weidenauer Studien II [1908] 133 ff.). A. Knecht, Grundriß des ER. (1918) 74. Ders., Kath. ER. (1928) 412 ff. M. Leitner, Handb. des KR.s, 1. Aufl., 2. Liefg. (1918) 219. [Die 2. Aufl. stand nicht zur Verfügung.] J. Linneborn, Grundriß des ER.s nach dem CJC.<sup>3</sup> (1922) 207. N. Hilling, Das Personenrecht des CJC. (1924) 71. Haring, KR.<sup>3</sup> (1924) 185. Magistri Gandulphi Bononiensis sententiarum libri IV. Ed. Walter (1924) I. IV, § 266. Koeniger, KR. (1926) 161. F. Triebs, ER., Teil II (1927), S. 333 f. — Für votum solemnizatum u. a. Thom. Aq., Summa theol. Suppl. q. 53, a. 3. Bened. XIV., De syn. dioec. I. XII, c. 4, n. 2. G. Schneemann, Die Irrtümer über die Ehe (1866) 103 ff. Freisen, Zur Lehre v. Zöl. (Th. Qschr. LVIII [1886] 179 ff.). Ders., Gesch. des kan. ER.s 179 ff. Wernz, Jus decretalium II<sup>1</sup> (1906), 301 ff. Wernz-Laurentius a. a. O. IV<sup>2</sup> (1912) 210 ff. 218 ff. Wernz-Vidal, Jus. can. II (1923) 121 ff. K. Böckenhoff in Theol. Rev. 1908, Nr. 17, Sp. 533 ff. F. Gillmann in A. für kath. KR. LXXXIX (1909) 180 ff.; XCI (1911) 375; XCV (1915) 281, A. 2. Lehmkuhl, Theologia moralis II<sup>11</sup> 449 ff. [Die 12. Aufl. ist unverändert.] Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 624. Vermeersch-Creusen, Epitome jur. can. I<sup>2</sup> (1924) 145. [Die 3. Aufl. (1927) war nicht zu Händen.]

<sup>2</sup> Can. 1043 1044.

<sup>3</sup> Daß Talleyrand die Verheiratung nicht erlaubt wurde: (Kard.) Mathieu, Le concordat de 1801<sup>2</sup> (1904), Appendix III.

<sup>4</sup> Can. 1072.

<sup>5</sup> Can. 2388, § 1. Und das auch bei bloßer Zivilehe.

<sup>6</sup> Can. 188, 5<sup>o</sup>.

<sup>7</sup> Can. 2388, § 1.

<sup>8</sup> Can. 985, 3<sup>o</sup>.

5. Die katholischen Staaten haben bis in die neuere Zeit herein die kirchlichen Gesetze über den Zölibat durchweg respektiert. Heute aber zählen fast alle Staaten die höheren Weihen nicht mehr unter die Ehehindernisse oder Eheverbote mit Ausnahme von Österreich und Spanien<sup>1</sup>. Ebenso haben bis in die neuere Zeit herein die seit der Aufklärung sich immer wiederholenden, kirchlicherseits aber scharf zurückgewiesenen Versuche zur Beseitigung des Zölibats auch auf staatlicher Seite aus verschiedenen Gründen keinen Anklang gefunden<sup>2</sup>.

## B. Das Breviergebet.

I. Wie der Zölibat, so hängt auch das Breviergebet oder das kirchliche Stundengebet aufs engste mit dem Meßopfer zusammen.

II. Jüdischen Gebräuchen folgend, hat die christliche Kirche seit der Zeit der Apostel die dritte, sechste und neunte Stunde des Tages durch Gebet geheiligt<sup>3</sup>. Dazu kam bald ein gemeinsames Morgen- und Abendgebet<sup>4</sup>. Mit der Entstehung der Klöster kam im 4. Jahrhundert auch das nächtliche Gebet mit drei Nokturnen auf. Damit verband sich, entsprechend den vier römischen Nachtwachen (vigiliae), das Morgengebet oder die oratio matutina (laudes)<sup>5</sup>. Weil dann die Zeit zwischen Matutin und Terz als zu lang erschien, fing man noch im 4. Jahrhundert an, ein zweites Morgengebet, die heutige Prim, einzuschleiben<sup>6</sup>. Zuletzt wurde auch die Komplet von der Vesper getrennt<sup>7</sup>. So bestanden, entsprechend dem Psalm 118, Vers 164: Septies in die laudem dixi, zuletzt sieben Gebetszeiten, von denen die drei Nokturnen mit den Laudes

<sup>1</sup> Österr. BG. § 63 ab. Código civil art. 83, 4. — F. Brentano, Zur eherechtl. Frage in Österr., 1896. H. Krasnopolski, Das Ehehindernis der höheren Weihen nach österr. Recht, 1896. F. Iška, Ehefähigkeit kath. Geistlicher in Österr., 1896. Ehen der Geistlichen in Österr. (A. für kath. KR. LXXXIV [1904] 392 ff.). Gültigkeit der Ehe eines gewesenen kath. Priesters in Österr. (ebd. XC [1910] 164 f.). J. Unger, Priesterehen u. Mönchsehen. Rechtl. Natur der Scheidung von Tisch u. Bett, 1910. Ehe eines kath. Pfarrers in Österr. (A. für kath. KR. XCII [1912] 151 ff.). J. Gscheidlinger, Das impedimentum ordinis im österr. Recht (Theol.-prakt. Qschr. LXVI [1913] 33 ff.). Friedberg, KR.<sup>6</sup> 439, A. 6. Über die neueste, laxere Praxis in Österr. siehe Haring, KR.<sup>3</sup> 187. Ein ähnliches laxeres Verfahren scheint auch in Spanien Platz zu greifen. Vgl. Christl. Welt XXXVIII (1924), Nr. 44/45, Sp. 921.

<sup>2</sup> Gregor XVI., Enzykl. „Mirari vos“ v. 15. Aug. 1832, § 11. CJC. Fontes II, Nr. 485. Hirtenbrief des Bischofs v. Rottenburg über den Zölibat (Kirchl. Amtsbl. 1911, Nr. 1). Faulhaber (Kard.), Priester u. Volk u. unsere Zeit<sup>3</sup> (1911) 8 ff. [In den neueren Aufl. unverändert.] Schreiben Benedikts XV. an den Kard. Csernoch v. 12. März 1919 (Acta Ap. Sedis XI [1919] 122 f.) u. Allokution v. 16. Dez. 1920 (ebd. XII [1920] 585 ff.). Am allerwenigsten verdient die solche Bewegungen jeweils begleitende Liter. Erwähnung. Vgl. etwa die eingangs des § angeführte Liter. am Ende.

<sup>3</sup> Apg. 2, 15; 3, 1; 10, 9. Tertull., De orat. c. 25; De jejun. c. 10. Cypr., De orat. c. 34. J. E. Belsler, Die Apostelgeschichte (1905) 40 57 f. 132. O. Holtzmann, Die tägl. Gebetsstunden im Judentum u. Urchristentum (Z. für neuest. Wiss. XII [1911] 90 ff.).

<sup>4</sup> Cypr., De orat. 35 36. Const. Apost. I. VIII, c. 34.

<sup>5</sup> Hier., Ep. 7 ad Laet.; ep. 108 ad Eustoch.; ep. 130 ad Demetr.

<sup>6</sup> Cassian. († ca. 435), Instit. I. III, c. 4 6.

<sup>7</sup> Bened., Reg. c. 16.

das officium nocturnum<sup>1</sup>, Prim, Terz, Sext, Non, Vesper und Komplet das officium diurnum bilden. Seinem Inhalte nach bestand das Stundengebet aus Psalmen, Lektionen, Orationen, Hymnen, Antiphonen, Versikeln und andern kleinen Bestandteilen. Dem verschiedenen Inhalt entsprechend, gebrauchte man dabei verschiedene Bücher wie: Psalterium, Lectionarium, Martyrologium, Antiphonarium u. a. Auch war das Officium nach und nach zu lang geworden. Daher faßte man es schließlich abkürzend in einem Buch zusammen: Breviarium<sup>2</sup>.

Entsprechend der Entwicklung der Liturgie wurde für den weiteren Verlauf der Entwicklung auch des Breviers maßgebend die Praxis der römischen Kirche und teilweise die des Benediktinerordens. An das Brevier des letzteren schlossen sich eng an die späteren Mönchsorden. Mit der vordringenden römischen Liturgie drang aber das römische Brevier im 7. und 8. Jahrhundert in England und in das Frankenreich ein und verdrängte im 11. Jahrhundert in Spanien das mozarabische Brevier<sup>3</sup>. Doch bestanden neben dem römischen Brevier eigene Breviere für Diözesen und Orden weiter<sup>4</sup>. Verdient machten sich um die Verbesserung des römischen Breviers unter Gregor IX. der Franziskanergeneral Haymo und unter Klemens VII. und Paul III. der Kardinal Quignonez. Das Tridentinum legte die als wünschenswert erachtete Neuredaktion des Breviers in die Hände des Papstes<sup>5</sup>. Pius V. publizierte das Breviarium Romanum durch die Bulle „Quod a Nobis“ vom 9. Juli 1568 und verpflichtete zu dessen Annahme alle Kirchen und religiösen Genossenschaften, welche nicht seit zweihundert Jahren ein eigenes Brevier besaßen<sup>6</sup>. Weitere Verdienste um die Brevierreform haben sich besonders er-

<sup>1</sup> Andererseits erhielten die Nokturnen, weil sie vielfach zusammen mit den Laudes in der Morgenfrühe verrichtet wurden, mit den letzteren den Sammelnamen: (Preces) matutinae, Matutin.

<sup>2</sup> „Breviarium“ (opp. „Plenarium“) bezeichnete ursprüngl. die Anweisung, wie an bestimmten Tagen das Officium divinum gebetet werden mußte, ähnlich dem heutigen sogen. Directorium. In dieses Breviar wurden dann aber vielfach auch die Psalmen, Lektionen u. a. eingeschrieben. Der alte Name aber blieb trotz solcher Erweiterung. Bäumer, Gesch. des Breviers 599. Thalhoffer-Eisenhofer, Handb. der kath. Liturgik I (1912) 75 f.; II<sup>2</sup> 512.

<sup>3</sup> Das mozarab. Brevier ist zum Teil noch in Toledo im Gebrauch, das ambrosian. zum Teil in Mailand.

<sup>4</sup> Vgl. z. B.: A. Collette, Histoire du bréviaire de Rouen, 1902. H. Bruiningk, Messe u. kanon. Stundengebet nach dem Brauch der Rigaschen Kirche im späteren MA., 1904. A. Cholat, Le bréviaire de Ste Claire, 1904. F. Duine, Bréviaires et missels des églises et abbayes bretonnes de France antérieurs au XVII<sup>e</sup> siècle, 1906. A. R. Maier, Ein seltenes Breviarium Constantiense (Freiburger Diözesanarchiv N. F. IX [1908] 312 ff.). W. Denk, Studien zur Gesch. des St.-Blasianer Breviers (Studien u. Mittl. zur Gesch. des Benediktinerordens u. seiner Zweige XXXV [1914] 245 ff.). P. Volk, Das Kölner Brevier von 1780 (Bonner Z. für Th. u. Seelsorge III [1926] 88 ff.). Ders., Zur Gesch. des Bursfelder Breviers (ebd. XLVI [1928] 175 ff.). A. Le Carou, L'office divin chez les frères mineurs au XIII<sup>e</sup> siècle, 1928.

<sup>5</sup> Sess. XXV de ref. contin. Decr. de . . . et catech., breviario et missali.

<sup>6</sup> Die Bulle ist den Brevierausgaben vorgedruckt. — J. Schmid, Studien über die Reform des röm. Breviers u. Missale unter Pius V. (Theol. Qschr. LXV [1884] 451 ff.). — Aus der Konzession an einen Teil der älteren Partikularbreviere erklärt sich deren Fortbestand. Doch verschwanden u. verschwinden sie, dem Wunsche Roms ent-

worben Klemens VIII.<sup>1</sup>, Urban VIII.<sup>2</sup>, Benedikt XIV.<sup>3</sup> und, entsprechend den auf dem Vaticanum vorgetragenen Wünschen<sup>4</sup>, Leo XIII.<sup>5</sup> sowie ganz besonders Papst Pius X.<sup>6</sup>

Eine Verpflichtung zum gemeinsamen Breviergebet bestand zunächst für die Mönche und seit dem 5. Jahrhundert auch für die Weltkleriker<sup>7</sup>. Besonders förderlich war hierfür die vita communis der Karolingerzeit<sup>8</sup>. So blieb denn auch nach Auflösung der vita communis für alle Kleriker diese gemeinsame Verpflichtung nur noch für die auch weiterhin vielfach noch zusammenlebenden Dom- und Kollegiatkapitel und die vor allem gemeinsam lebenden religiösen Genossenschaften. Aus der prinzipiellen Verbindung dieses Gebetsdienstes mit der Liturgie und dessen amtlichem Charakter ergab sich aber auch, daß aus den einzeln lebenden Klerikern vor allem jene, welche mit dem Meßopfer in näherer Beziehung standen und Kirchenämter oder Benefizien innehatten, verpflichtet waren, die kanonischen Horen zu beten. Doch beruhte das mehr auf Gewohnheit als auf

sprechend, mehr u. mehr. Zu solcher Änderung bedarf der Bischof oder Ordensobere aber der Zustimmung des Kapitels.

<sup>1</sup> „Cum in Ecclesia“ v. 10. Mai 1602. Ist ebenfalls den Ausgaben vorgedruckt. K. Bergel, Die Emendation des röm. Breviers unter Papst Klemens VIII. (Z. für kath. Th. VIII [1884] 289 ff.).

<sup>2</sup> „Divinam psalmodiam“ v. 25. Jan. 1631. Ist den Ausgaben ebenfalls vorgedruckt.

<sup>3</sup> Doch haben die Arbeiten einer zu diesem Zweck eingesetzten speziellen Kongregation zu keinem Resultat geführt. Vgl. Réforme du bréviaire. Actes et mémoires autographes de la Congrégation spéciale instituée par Benoît XIV pour la réforme du bréviaire (1741—1747) (Analecta jur. pontif. XXIV<sup>e</sup> sér. [1885] col. 585 ff.). Thalhoffer-Eisenhofer, Handb. der kath. Liturgik II<sup>2</sup> 532.

<sup>4</sup> Coll. Lac. VII 660 f. 844 875 881 f. 892 f. Vgl.: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 113 ff.; Granderath-Kirch, Gesch. des Vatikan. Konzils I 442 444 447 452; II 188 191 f. 193 f. 221 f. 524 f. 539 f. 541; v. Hörmann zu Hörbach, Zur Würdigung des vatik. KR.s 55.

<sup>5</sup> v. Hörmann zu Hörbach a. a. O. 55.

<sup>6</sup> „Divino afflatu“ v. 1. Nov. 1911 (Acta Ap. Sedis III [1911] 633 ff.). Ist auch in CJC. Fontes III, Nr. 696 u. auch den Brevierausgaben vorgedruckt. Motuproprio v. 23. Okt. 1913 (Acta Ap. Sedis V [1913] 449 ff.). C. S. Rit. 28. Okt. 1913 (ebd. 457 ff.). Pius X. nahm die alten Bestrebungen Gregors VII. u. Pius' V., die Persolvierung der 150 Psalmen des Psalteriums im Verlauf der Woche durch die sich immer mehrenden Heiligen- u. andern Offizien nicht allzusehr beeinträchtigen zu lassen, mit Recht u. Glück wieder auf. K. Mohlberg, Radulph de Rivo († 1404), der letzte Vertreter der altröm. Liturgie, 1911 ff. P. Piacenza, In constitutionem „Divino afflatu“ SS. D. N. Pii Papae X. de nova Psalterii in Breviario Romano distributione commentarium<sup>2</sup>. 1912. A. Boudinhon, Le „Psalterium Breviarii Romani“ et les nouvelles rubriques (Canoniste cont. XXXV [1912] 73 ff.). Ders., La nouvelle organisation de l'office divin (ebd. XXXVII [1914] 5 ff.). J. B. Ferreres, La constitución „Divino afflatu“ de Pio X. (Razón y Fe XXXII [1912] 375 ff.). Ders., El Breviario y las nuevas rúbricas según la novissima reforma decretada por Pio X., 1914. Weitere Liter. bei: Hilling, Die Reformen des Papstes Pius X. II (1912) 207, A. 1; Ders. in A. für kath. KR. XCVI (1916) 557, A. 6; H. Krose, Kirchl. Handb. für Deutschland IV (1912/13) 42, A. 1; Ders. ebd. V (1914/16) 30, A. 1.

<sup>7</sup> C. 9 (Syn. Tolet. I. a. 400, c. 5), D. XCII. C. 13 (Syn. v. Agde a. 506, c. 30), D. V de cons. L. 42, § 60. C. de episc. I, 3.

<sup>8</sup> Siehe oben § 71, V.

ausdrücklichem Gesetz<sup>1</sup>. Weil daher in diesem Punkte Unsicherheit herrschte, so forderte man auf dem Vatikanischen Konzil ein Gesetz, wonach den Benefiziaten und den Majoristen auch ohne Benefizium die Pflicht des täglichen Breviergebets auferlegt werden sollte, welches aber nicht zustande kam<sup>2</sup>. Erst der CJC. hat den Umfang der Verpflichteten fest umschrieben.

III. Nach heute geltendem Recht sind alle Majoristen mit Ausnahme der degradierten oder zur Weihe gezwungenen oder in den Laienstand zurückversetzten, sowie die Inhaber von Benefizien, auch wenn sie erst Minoristen sind, verpflichtet, täglich das officium divinum oder die kanonischen Tagzeiten (horae canonicae) vollständig nach den für sie geltenden und approbierten liturgischen Büchern zu beten<sup>3</sup>. Die Verpflichtung ist eine persönliche und tägliche, gehend von Mitternacht bis Mitternacht<sup>4</sup>. Sie ist eine schwere, so daß die unbegründete Unterlassung des ganzen Breviergebets eines Tages oder eines bedeutenden Teiles des Tages-

<sup>1</sup> C. 2 (Conc. Nanet. a. 658 [?] 895 [?]), D. XCI; vgl. oben S. 357, A. 3); C. 9, X de celebr. missae III 41; C. 1 in Clem. h. t. III, 14 sind für die Ausdehnung der Verpflichtung nicht stringente beweisend. Die Synode von Basel a. 1435, sess. XXI, c. 5 (Harduin, Acta Concil. VIII, 1197 f.) sprach die Verbindlichkeit aller Majoristen aus, auch außer dem Chor das ganze Officium zu rezitieren. Den Benefiziaten hat zuerst Leo X. durch die Konstitution „Supernae dispositionis“ v. 5. Mai 1514, § 38 (CJC. Fontes I, Nr. 65) die Pflicht des Breviergebets gemeinrechtlich auferlegt. Das wiederholte Pius V. in der Konstitution „Ex proximo“ v. 12. Sept. 1571, § 1 (CJC. Fontes I, Nr. 160). Aber noch Benedikt XIV. ist in der Instr. „Eo quamvis tempore“ v. 4. Mai 1745, § 43 (CJC. Fontes I, Nr. 357) mehr für die Meinung, daß diese Verpflichtung der Majoristen auf Gewohnheitsrecht beruhe. Vgl. auch dessen Instit. eccles. Nr. 24 u. Opera inedita, ed. F. Heiner (1904) 16 ff.

<sup>2</sup> Vgl. oben S. 385, A. 4.

<sup>3</sup> Can. 135 213 214 1475. Verpflichtet aber bleibt der suspendierte, interdizierte, exkomm. u. depon. Kleriker. Die geltenden liturg. Bücher sind das Breviarium Romanum oder das Breviarium dioecesanum oder monasticum. Neben dem Breviarium Romanum kommt noch in Betracht das sog. Proprium, welches die Officia propria der einzelnen Diözesen oder religiösen Genossenschaften enthält, sowie das sog. Directorium. Die Kongregation der Riten hat am 15. Mai 1912 sämtliche Ordinarien angewiesen, die histor. Lektionen der Officia propria durch eine Diözesankommission von Sachkundigen nachprüfen zu lassen u. sie nach der Korrektur dieser Kongregation vorzulegen (Acta Ap. Sedis IV [1912] 376).

<sup>4</sup> Hierbei kann man sich nach jeder gebräuchlichen Zeitberechnung (tempus aut locale sive verum sive medium, aut legale sive regionale sive aliud extraordinarium) richten. Can. 33, § 1. Vgl. oben S. 189. O. Drinkwelder, Tagzeiten u. Tageszeit (Theol.-prakt. Qschr. LXVIII [1915] 751 ff.). Die Matutin kann schon am vorausgehenden Nachmittags von 2 Uhr an antizipiert werden. C. S. Rit. 12. Mai 1905; 24. April 1912. Außerdem bestehen noch weitergehende Privilegien hierfür. Vgl. Facultates legatis Apostolicis et ordinariis tum in dioecibus tum in terris Missionum a S. Sede concessae, Nr. 11 (A. für kath. KR. CII. [1922] 59. Hilling, Codicis Jur. Can. supplementum [1925] 29) u. Index facultatum quinquennialium, quae ordinariis in terris Missionum a S. C. de Prop. Fide tribuuntur, Nr. 41 (A. für kath. KR. CIV [1924] 70. Hilling, Codicis etc. 64).

offiziums schwer sündhaft ist<sup>1</sup>. Für den Benefiziaten besteht nicht nur eine Gewissens-, sondern auch eine Rechtspflicht zum Breviergebet. Wenn ein solcher ohne genügenden Grund ihre Erfüllung vernachlässigt, so geht er nach dem Maß der Unterlassung der Früchte des Benefiziums verlustig und muß sie an die Kirchenfabrik oder das Diözesan-seminar oder die Armen abgeben. Hat der Benefiziat aber außer der Brevierpflicht noch anderweitige Amtspflichten, so darf dies bei der Restitution in Anschlag gebracht werden<sup>2</sup>. Dispens ist möglich durch den Papst oder auf Grund besonderer Fakultäten durch den Bischof. Doch geschieht das in der Regel nicht, ohne daß eine Kommutation oder eine andere Verpflichtung dafür auferlegt wird<sup>3</sup>.

### Drittes Kapitel.

#### Das Kirchenamt.

(Can. 145—195 1409—1488.)

#### § 73.

#### Begriff und Arten des Kirchenamts.

Decr. Grat. D. XXI—XXIII. C. I—XV XXI—XXVI. Decr. Greg. IX. I, 31 de off. jud. ordin.; 32 de off. jud.; III, 5 de praeb. et dignit. Lib. sext. I, 16; III, 4. Const. Clem. I, 9; III, 2. Extrav. Joann. XXII. III; Extrav. comm. I, 7; III, 2. Can. 145 146 1409—1413.

N. Garcias, Tractatus de beneficiis, Colon. Allobr. 1636, P. I, c. 1 ff. P. Leuren. Forum beneficiale, Col. Agr. 1742. P. I, q. 1 ff. Thomassin P. II, l. 1, c. 15 ff.

<sup>1</sup> Hierüber handeln die Moralthologen. Sehr eingehend tut dies Lehmkühl, Theologia moralis II<sup>11</sup> (1910) 451 ff. [Die 12. Aufl. (1924) ist nicht verändert.] Von der Verpflichtung zum Breviergebet befreit phys. Unmöglichkeit, z. B. Krankheit, Verlust des Breviers, sodann moral. Unmöglichkeit, z. B. Furcht vor schweren Nachteilen bei Rezitation, ferner Überhäufung mit dringenden Berufsgeschäften oder Liebeswerken u. ä. Doch muß in solchen Fällen wenigstens soviel als möglich gebetet werden. Denzinger-Bannwart-Umberg, Enchiridion<sup>17</sup>, Nr. 1204. Eine Strafe für schuldhafte Unterlassung besteht beim Majoristen nicht.

<sup>2</sup> Can. 1475, § 2. Der schuldige Benefiziat soll für die Unterlassung des ganzen Tagesoffiziums das ganze Tageseinkommen, für die der Matutin oder der übrigen Horen zusammen die Hälfte, für die einer Hore den sechsten Teil der Einkünfte verlieren (Leo X. „Supernae dispositionis“ v. 5. Mai 1514, § 38; Pius V., „Ex proximo“ v. 20. Sept. 1571, § 1. CJC. Fontes I, Nr. 65 140). Daß die Restitutionspflicht erst sechs Monate nach Antritt des Benefiziums eintrete, besagt der CJC. nicht mehr. Auch ist daselbst die Ansicht nicht entschieden, daß die Erfüllung anderweitiger Amtspflichten in Anschlag gebracht werden dürfe.

<sup>3</sup> Bened. XIV., Const. „Gravissimum“ v. 26. Nov. 1745, § 5. Lingen-Reuß, Causae selectae Nr. 123. Zu den bischöfl. Fakultäten vgl. oben S. 386, A. 4. — Über die Verpflichtung zum öffentl. Breviergebet (in choro) seitens der Dom- u. Kollegiatkapitel (Can. 413) u. der religiösen Genossenschaften (Can. 610) unten gegebenen Orts.

33 ff.; I, 3, c. 1 ff. Weitere ältere Liter. bei: Hinschius, KR. II, 364; Scherer, KR. I, 403. Neuere Liter. oben § 11 12 62. Siehe auch Falco, *Introduzione allo studio del „Codex Jur. Can.“* 173 ff. Die reiche Liter. über das Benefizium ist unten gegebenen Orts zu verzeichnen.

Die Zugehörigkeit zum Klerikalstand ist die Vorbedingung für den Empfang von Kirchengewalt (*potestas ecclesiastica*). Diese selber wieder ist entweder Weihengewalt (*p. ordinis*) oder Regierungsgewalt (*p. jurisdictionis*). Diese Gewalten sind aber nicht bei allen gleich; es besteht vielmehr ein bleibend verschiedenes, gesetzlich feststehendes Ausmaß hierin; es gibt eine kirchliche Hierarchie der Weihe und eine solche der Regierung. Die *p. ordinis* in niederem oder höherem Grad erhält man, und zwar bei den *ordines majores* in unverlierbarer Weise, durch einen vom kirchlichen Obern vorgenommenen Weihe- oder Konsekrationsakt. Die *p. jurisdictionis* aber wird verliehen durch Erteilung der Befugnis seitens des kirchlichen Obern, vorübergehend oder dauernd die in der *p. ordinis* enthaltene Weihbefähigung auszuüben, sodann aber und vornehmlich entweder durch Erteilung eines einzelnen, vorübergehenden Auftrags seitens der kirchlichen Obern, eine Regierungshandlung vorzunehmen (*missio canonica* im engeren Sinne), oder durch Einweisung seitens des kirchlichen Obern in einen durch das kirchliche Recht bleibend fixierten Kreis von Regierungsbefugnissen und damit verknüpften Pflichten (*missio canonica* im weiteren Sinne), oder durch Einweisung in ein Kirchenamt, in ein *Officium ecclesiasticum*.

Man unterscheidet also kirchliche Ämter im weiteren Sinne (*officia ecclesiastica sensu lato*) und kirchliche Ämter im engeren Sinne (*off. ecclesiastica sensu stricto*). Unter einem Kirchenamt im weiteren Sinne versteht man irgend einen vorübergehenden kirchlichen Dienst, der zu der Besorgung eines bestimmten geistlichen Zweckes rechtmäßig ausgeübt wird (*munus*). Unter einem Kirchenamt im engeren Sinne aber versteht man eine kirchliche Einrichtung zum Zwecke eines kirchlichen Dienstes, die nach göttlicher oder kirchlicher Anordnung dauernd besteht, nach den kanonischen Vorschriften zu verleihen ist und wenigstens einigermaßen Anteil an der kirchlichen Weihe- oder Regierungsgewalt gewährt (*officium*)<sup>1</sup>. Im kirchlichen Recht wird der Ausdruck *officium ecclesiasticum* stets im engeren Sinne gebraucht, wenn sich nicht etwa aus dem Zusammenhang etwas anderes ergibt<sup>2</sup>. Im Kirchenamt im engeren und eigentlichen Sinne sind also vier wesentliche Merkmale enthalten: die Einsetzung durch Gott oder die Kirche; die bleibende, niemals intermittierende, nach Erledigung als-

<sup>1</sup> Can. 145, § 1. Vgl. auch Can. 128.

<sup>2</sup> Can. 145, § 2.

bald wieder Besetzung fordernde Einrichtung oder die *perpetuitas objectiva*; die Verleihung nach bestimmten, im kirchlichen Recht festgesetzten Normen; die Anteilnahme an der kirchlichen Gewalt, sei es der Weihe- oder der Regierungsgewalt. Die mit solchem Amt verbundene Gewalt ist Amtsgewalt, *potestas ordinaria*. Und der Inhaber solchen Amtes ist *persona ecclesiastica*<sup>1</sup>.

Eine weitere Unterscheidung der *officia ecclesiastica* ist die in *officia beneficialia* und *off. non beneficialia*.

Ursprünglich bildete das ganze Kirchenvermögen der Diözese eine einheitliche Masse, deren Eigentümer die bischöfliche Kirche, deren Verwalter der Bischof war. Die Erträgnisse wurden in Rom<sup>2</sup> in vier, in Spanien<sup>3</sup> in drei und anderwärts in noch mehr Teile zerlegt; in Rom je einer für den Bischof, den Klerus, die Unterhaltung von Kultus und Kirchengebäuden, die Armenpflege. Aus dem für den Klerus bestimmten Teil ließ der Bischof jedem Kleriker seine Quote zukommen. Aber bald kam die Einheit im Diözesanvermögen und in dessen Verwaltung ins Wanken. Die Oblationen und namentlich die Stiftungen wurden schon bald in der Bischofsstadt auch einzelnen Kirchen selbst dargebracht und vermacht. Am wenigsten aber konnten die irgend fälligen Erträgnisse und Zehnten von den immer zahlreicher werdenden und von der Bischofsstadt immer mehr entfernten Landkirchen an den Bischof abgeführt und von diesem dann wieder an die Landgeistlichen verteilt werden. Die Bischöfe verliehen daher seit dem 5. Jahrhundert Grundstücke an Geistliche in Form von Prekarien (*precaria*), die sie aber bereits nach Gesetzen des 6. Jahrhunderts nicht mehr willkürlich zurücknehmen durften. Der natürliche Abschluß der Entwicklung war, daß diese Güter in das volle Eigentum der Einzelkirchen übergingen, daß aus ihnen der oder die durch die Ordination zugleich an der betreffenden Kirche bleibend angestellten Geistlichen ihren Lebensunterhalt bezogen, daß kirchliche Benefizien (*beneficia ecclesiastica*) entstanden<sup>4</sup>.

Ein kirchliches Benefizium ist eine von der kompetenten kirchlichen Behörde dauernd errichtete, nicht kollegiale juristische Person, noch genauer eine Anstalt (*ens juridicum*), die aus einem kirchlichen

<sup>1</sup> Zu den *officia ecclesiastica* im weiteren Sinne gehören aus dem einen oder andern Grunde das Amt des Generalvikars (Can. 367, § 3; 370, § 2), des Kapitularvikars (Can. 429, § 4), der Diözesankonsultoren (Can. 425, § 2), des Dekans des Landkapitels (Can. 446, § 1), des *Vicarius cooperator* (Can. 476), der Leiter u. Beistände kirchlicher Vereine (Can. 698), der Mitglieder der Seminardeputationen (Can. 1359), der Kirchenvermögensverwalter (Can. 1521), der Advokaten, Prokuratoren, Sachverständigen u. a. im kirchlichen Prozeß (Can. 1655 ff. 1792 ff.), der zur Aushilfe beigegebenen oder beigezogenen Katecheten u. Beichtväter, der Mesner, der Organisten, der Tauf- u. Firmipaten (Can. 762 793 ff.).

<sup>2</sup> C. 23—27 (Gelas. I. a. 492—496) 28 (*Simplic. a.* 475) 29 30 (*Greg. I. a.* 593 601), C. XII, q. 2.

<sup>3</sup> C. 10 (*Syn. Tarrac. a.* 516, c. 8), C. X, q. 1 (*Syn. Bracar. II, a.* 572, c. 2) 2 (*Syn. Emerit. a.* 666, c. 16) 3 (*Syn. Tolet. XVI, a.* 693, c. 5), C. X, q. 3.

<sup>4</sup> C. 61 (*Symm. a.* 502), C. XVI, q. 1. C. 11 (*Syn. v. Agde a.* 506, c. 59), C. XVI, q. 3). C. 7 8 (*Syn. I von Orléans a.* 511, c. 14 15), C. X, q. 1.

Amt und einem damit verbundenen Recht auf ein bestimmtes Einkommen aus einem mit dem Amt bleibend verbundenen Vermögen besteht<sup>1</sup>. Für die Benefizien gelten sachgemäß zunächst die allgemeinen kirchlichen Bestimmungen über die Kirchenämter. Es bestehen aber für sie noch besondere Normen<sup>2</sup>.

Die Benefizien werden ihrer rechtlichen Natur entsprechend in subjektiver Hinsicht immer auf Lebenszeit an eine bestimmte Person verliehen, oder es besteht bei ihnen neben der *perpetuitas objectiva* des Kirchenamtes im engeren Sinn auch die *perpetuitas subjectiva*. Das Benefizium ist ein perpetuierliches oder inamovibles Kirchenamt<sup>3</sup>. Ein amovibles Kirchenamt (*beneficium amovibile, manuale, temporarium*) aber ist ein solches, dessen Inhaber stets nach Belieben (*ad nutum*) vom Obern entfernt werden kann. Zu den amoviblen Kirchenämtern gehören also alle Nichtbenefizien<sup>4</sup>.

Eine weitere aus dem Begriff des *officium ecclesiasticum* als solchen sich ergebende Unterscheidung ist die von *officia majora* und *officia minora*. *Officia majora* sind solche mit *jurisdictio ordinaria in foro externo*, also die bischöflichen Ämter. Die Kirchenämter vom Bischof abwärts sind *officia minora*. Die Inhaber von bischöflichen Ämtern werden als *praelati majores* bezeichnet. Alle andern Prälaten sind *praelati inferiores sive minores*, wie exemte Prälaten, exemte Äbte, höhere Obere exemter religiöser Genossenschaften. Außerdem gibt es durch Verleihung des Apostolischen Stuhles reine Ehrenprälaten ohne jede *jurisdictio in foro externo*<sup>5</sup>.

Andere aus dem Begriff vor allem des *officium ecclesiasticum* als solchen sich ergebende Unterscheidungen sind: *officium saeculare* und *religiosum, sacrum in specie* und *sacrum commune, curatum* und

<sup>1</sup> Can. 1409.

<sup>2</sup> Can. 146. Diese andern Normen sind enthalten in Can. 1409—1488. Darüber sind daher unten gegebenen Orts die weiteren histor. u. dogmat. Ausführungen zu machen sowie die Liter. über das kirchl. Benefizium anzugeben. Hier sind nur die allernotwendigsten Bemerkungen über Entstehung, Begriff und Arten des kirchl. Benefiziums zu machen. Es zeigt sich aber auch hier wieder ein größerer Fehler in der Disposition des CJC. Vgl. oben S. 264, A. 1; 333, A. 6. Falco, *Introduzione allo studio del „Cod. Jur. Can.“* 48.

<sup>3</sup> Can. 1411, 4<sup>o</sup>; 1438.

<sup>4</sup> Amovible Kirchenämter sind auch das Amt des Generalvikars (Can. 366, § 2), des Dekans des Landkapitels (Can. 446, § 2), des Pfarrvikars oder Pfarrstellvertreters (Can. 477), des Offizials (Can. 1573, § 5), des Auditors (Can. 1583), des Promotor *justitiae* u. des Defensor *vinculi sc. matrimonii* (Can. 1590, § 2).

<sup>5</sup> Can. 110 319—328 812 1535. Ph. Hofmeister, *Mitra und Stab der wirklichen Prälaten ohne bischöfl. Charakter*, 1928. Vgl. auch oben S. 46.

*non curatum, residentiale* und *non residentiale, collativum* und *electivum* u. ä. In gleicher Weise redet man von *beneficium saeculare* und *religiosum, sacrum in specie* und *sacrum commune, curatum* und *non curatum, residentiale* und *non residentiale, collativum* und *electivum* u. ä.<sup>1</sup>

Die Kirchenbeamten sind keine Staatsbeamten, weder die Inhaber von *officia ecclesiastica sensu stricto*, noch, und das noch viel weniger, die von *officia ecclesiastica sensu lato*. Prinzipiell genommen sind sie auch keine Beamten einer öffentlich-rechtlichen Korporation, keine öffentlich-rechtlichen Beamten, da die Kirche prinzipiell keine öffentlich-rechtliche Korporation ist. Faktisch aber ist es doch anders, wenn die Kirchenbeamten mit Zustimmung des Papstes oder des Bischofs zugleich staatliche Funktionen oder gar nur staatliche Funktionen verrichten, oder wenn die Kirche nach Staatsrecht erklärte öffentlich-rechtliche Korporation ist. Im letzteren Fall sind sie öffentlich-rechtliche Beamte bzw. Beamte nach der Art der öffentlich-rechtlichen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Can. 1411. Die Bedeutung dieser Bezeichnungen wird also unten an Ort u. Stelle noch näher zu erklären sein.

<sup>2</sup> Michel, *Die rechtl. Stellung der Geistlichen in Württemberg nach reichs-u. landesgesetzl. Bestimmungen* (1899) 35 ff. 118 ff. J. Freisen, *Die Besetzung der niederen Kirchendienerstellen* (Küster, Organisten etc.) im Gebiet des Preuß. Landrechts, insbesondere die Besetzung mit Militäranwärtern (A. für kath. KR. LXXXII [1902] 42 ff.). K. Meister, *Das Beamtenrecht der Erzdiözese Freiburg*, 1904. R. Vollert, *Sind in Preußen Kirchendiener Staatsbeamte?* 1908. L. Ketteler, *In welchem Sinne sind in Preußen die Kirchenbeamten öffentl. Beamte?* 1911. E. Pfeiffer, *Die strafrechtl. Stellung der Geistlichen u. Religionsdiener*, 1911. G. Jöricke, *Die Abtrennung der niederen Kirchendienste vom Lehr-u. Kirchenamt im Bereich des preuß. ALR.s u. die dazu erlass. aml. Verordnungen*, 1912. Zum Begriff des Kirchendieners (A. für kath. KR. XCII [1912] 523). Girisch-Hellmuth-Pachelbel, *Handwörterbuch des bayr. Staatskirchenrechts* (1914) 513 ff.; J. Löhr, *Das preuß. Allgem. Landrecht u. die kath. Kirchengesellschaften* (1917) 100 ff. Ders., *Die Rechtsstellung der Kirchendiener* (Theol.-prakt. Qschr. LXXIX [1926] 207 ff.). F. Kiefersauer, *Die Trennung des weltl. Kirchendienstes vom Schuldienst*, 1921. R. Piloty, *Das Dienstverhältnis der weltl. Kirchenbeamten* (A. des öffentl. R.s XLI [1921] 202 ff.). J. V. Bredt, *Neues evang. KR. in Preußen II* (1922) 351 ff. L. Diener, *Die Kirchengemeindedienste in Bayern nach der Kirchengemeindeordnung v. 24. Sept. 1912*, Würzb. Diss., *Maschinenschr.*, 1924. Bromm, *Ist den Kirchenbeamten die Eigenschaft als Staatsbeamten beizulegen?* (Preuß. Pfarrarchiv XIV [1925] 104 ff.). J. Schmitt, *Kirchl. Selbstverwaltung im Rahmen der Reichsverfassung* (1926) 35 70 f. Lenz, *Ist der Geistliche kirchl. Beamter u. untersteht er wie das gesamte Beamtentum dem Art. 129 der Reichsverfassung?* (Pastor bonus XXXVIII [1927] 293 ff.). G. Holstein, *Die kirchenrechtl. Normen der Reichsverfassung u. die Stellung der Geistlichen u. Reichsbeamten* (A. des öffentl. R.s N. F. XIII [1927] 153 ff.). O. Ansoerge, *Das vereinigte Kirchen- u. Schulamt*, 1927. H. Rieder, *St. u. K. nach modern. Verfassungsrecht* (1928) 114 ff. Daniels, *Inwieweit gelten die beamtenrechtl. Vorschriften der RV. für die Kirchenbeamten?* (Preuß. Pfarrarchiv XVII [1929] 289 ff.). Hinschius, KR. II 369 f.; III 321 ff.; IV 618 ff. Schulte, *Lehrb. des KR.s*<sup>4</sup> 189 ff. Scherer, KR. I 408 f. Kahl, KR. 322 ff. 357 ff. 383 ff. Friedberg, KR.<sup>5</sup> 118 f. 179, A. 2. *Kirchenlexikon*<sup>2</sup> s. v. Kirchenamt. *Staatslexikon*<sup>4</sup> III 144 f. Vgl. auch oben § 13, 4 u. § 66 am Schluß.

Sägmüller, *Kirchenrecht*. 4. Aufl. I. 3.

## § 74.

## Begriff und Arten der Verleihung des Kirchenamts.

Decr. Grat. D. LXII LXIII. C. III, q. 6. C. VII, q. 1; C. XVI, q. 7. Decr. Greg. IX. I, 5 de postul.; 6 de elect.; 9 de reunt.; III, 5 de praeb.; 7 de instit.; 8 de conc. praeb. et ecl. non vac.; 38 de jure patron. Lib. sext. I, 5 6; III, 4 6 7 19. Const. Clem. I, 3; III, 2 3 12. Extrav. Joann. XXII. I III IV. Extrav. comm. I, 2 3; III, 2. Can. 147—151 1431—1471.

Garcias P. IV, c. 1 ff.; P. V, c. 1 ff. Leuren P. II, q. 1 ff. J. Helfert, Von der Besetzung, Erledigung u. dem Ledigstehen der Benefizien, 1828. A. Toso, De criterio codificatorum J. C. quoad beneficiorum collationem (Jus Pontif. V [1925] 33 ff.). M. Falco, Il conferimento dei benefici ecclesiastici secondo il diritto vigente e secondo il disegno di riforma della legislazione ecclesiastica (Estratto dalla Rivista di diritto pubblico), 1927.

1. Ein officium ecclesiasticum im engeren Sinn kann in gültiger Weise nur durch kanonische Verleihung erhalten werden<sup>1</sup>. Es kann nicht erlangt werden durch Verzicht zu Gunsten eines Dritten<sup>2</sup>, durch Adoption oder Designation des Nachfolgers<sup>3</sup>, durch Erbschaft<sup>4</sup>, durch Selbsterhebung<sup>5</sup>, durch Los<sup>6</sup>.

2. Begrifflich versteht man unter der kanonischen Verleihung (provisio canonica<sup>7</sup>) die Übergabe eines Kirchenamtes durch den zuständigen kirchlichen Obern nach den kanonischen Normen<sup>8</sup>.

3. Berechtigte Verleiher kirchlicher Ämter sind der Papst, die Kardinäle, die Bischöfe.

Der Papst ist berechtigt, alle Kirchenämter zu besetzen<sup>9</sup>. In Wirklichkeit aber betätigt er sein Recht nur durch Verleihung des Kardinalats<sup>10</sup>, der bischöflichen Ämter<sup>11</sup>, der höheren Kurialämter<sup>12</sup> und der reservierten Benefizien<sup>13</sup>.

<sup>1</sup> Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 1. Can. 147, § 1. <sup>2</sup> Can. 1486. Vgl. unten § 78, II, 2, b.

<sup>3</sup> C. 3 (Syn. Antioch. a. 341, c. 23), 4 (Syn. Brac. a. 563, c. 8), 5 (Syn. Rom. a. 465, c. 5), C. VIII, q. 1. Mehr darüber unten bei der Papstwahl.

<sup>4</sup> C. 7 10 11 13, X de fil. presbyt. I, 17. C. 1, X de praeb. III, 5. Trid. sess. XXV de ref. c. 7.

<sup>5</sup> C. 7, X de instit. III, 7. C. 26, X de jure patron. III, 38. C. 3, X de excess. prael. V, 31. Can. 1437.

<sup>6</sup> C. ult. X de sortil. V, 21.

<sup>7</sup> Can. 147, § 2. Weitere ältere Bezeichnungen im Dekretalenrecht sind: collatio, institutio, donatio, concessio, assignatio. Nähere Belege dafür da u. dort in den im Folgenden zitierten Kapiteln. Vgl. zunächst etwa: C. 42, X de rescript. I, 3 (provisio); C. 28, X de praeb. III, 5 (collatio); Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 1 (institutio); C. 8, X de constit. I, 2 (donatio); C. 1, X de appellat. II, 28 (concessio); C. 4, X de conc. praeb. III, 8 (assignatio).

<sup>8</sup> Can. 147, § 2. <sup>9</sup> Can. 218, § 2; 1431.

<sup>10</sup> Can. 233, § 1. <sup>11</sup> Can. 293, § 1; 312 320; 329, § 2; 350.

<sup>12</sup> Niedere Kurialämter werden durch höhere Kurialbeamte vergeben.

<sup>13</sup> Can. 1431 1434 1435.

Die Kardinäle verleihen die kirchlichen Ämter an ihren Titelkirchen<sup>1</sup>.

Die residierenden Ordinarien verleihen die in ihren Sprengeln befindlichen niederen Kirchenämter<sup>2</sup>.

Der Kapitularvikar kann, ehe ein Jahr seit Eintritt der Sedisvakanz verflossen ist, Pfarreien und andere beneficia perpetua freier Verleihung nicht besetzen<sup>3</sup>. Der Generalvikar bedarf dazu eines Spezialmandats<sup>4</sup>.

Damit ist unverträglich jeder Anspruch auf Verleihung kirchlicher Ämter seitens der weltlichen Gewalt, wie er schon im christlich gewordenen Römerreich, im Mittelalter und in der Zeit der Reformation, des Gallikanismus, Josephinismus und Absolutismus durch die weltlichen Machthaber erhoben wurde<sup>5</sup>. Sollen andere als die berechtigten kirchlichen Faktoren dabei irgendwie mitwirken, so setzt das einen besondern Rechtstitel, wie Nominations- oder Präsentationsrecht, voraus<sup>6</sup>.

Der verleihungsberechtigte kirchliche Obere darf die Verleihung vornehmen, sobald er im Besitze des Rechtes zur Ausübung der Jurisdiktion ist<sup>7</sup>. Da die Verleihung ein Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist, so kann er den Akt auch außerhalb seines Bezirks setzen<sup>8</sup>. Ungültig aber ist die Handlung, wenn sie simonistisch<sup>9</sup> oder unter unwiderstehlichem Zwang auf den Empfänger erfolgt<sup>10</sup>. Ungültig ist auch die Verleihung durch einen infolge kondemnatorischer oder deklaratorischer Sentenz exkommunizierten, interdizierten, suspendierten Verleiher<sup>11</sup>. Eine von einem unberechtigten Verleiher vorgenommene Besetzung ist ungültig, ist Usurpation und, wenn mit Gewalt vorgenommen, Invasion. Der so Eingesetzte aber ist ein intrusus. Beide, der Verleiher und Empfänger, sind kirchlicher Strafe verfallen<sup>12</sup>.

4. Der Art nach kann die Provision der Kirchenämter in verschiedener Weise geschehen. In der Provision eines officium ecclesiasticum<sup>13</sup> sind zwei Momente enthalten: einmal die Bezeichnung der Person, welche das Amt erhalten soll, oder die designatio personae, sodann

<sup>1</sup> Can. 240, § 2; 1432, § 1.

<sup>2</sup> Can. 152 403; 1432, § 1. Für ihr freies Verleihungsrecht steht die Präsuumtion. Das Gegenteil ist zu beweisen.

<sup>3</sup> Can. 455, § 2, 3<sup>o</sup>; 1432, § 2. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>o</sup> 718.

<sup>4</sup> Can. 152; 455, § 3; 1432, § 2; 1466, § 2. <sup>5</sup> Vgl. oben S. 67 ff.

<sup>6</sup> Über das seit dem MA. da und dort vorkommende, meist mit dem Patronatsrecht in etwas zusammenhängende Recht der Pfarrwahl unten beim Patronatsrecht.

<sup>7</sup> Can. 322, § 1; 334, § 3. <sup>8</sup> Can. 201, § 3.

<sup>9</sup> Can. 729; 1435, § 1, 3<sup>o</sup>. <sup>10</sup> Can. 103, § 1; 1436.

<sup>11</sup> Can. 2265, § 1, 2<sup>o</sup>; 2275, 3<sup>o</sup>; 2283. <sup>12</sup> Can. 2391—2395.

<sup>13</sup> Auch hier wieder ist im wesentlichen die Rede nur vom officium ecclesiasticum, nicht ebenso vom beneficium ecclesiasticum. Über dessen Verleihung handeln, soweit es im Patronat sich befindet, Can. 1448—1471.

die eigentliche Übertragung des Amtes, die *collatio officii*<sup>1</sup>. Die Regel ist, daß der kirchliche Obere beide Momente vollzieht, die *collatio libera* hat<sup>2</sup>. Er kann dabei aber auch an die Mitwirkung Dritter gebunden sein, *collatio non libera* oder *c. necessaria*, und zwar in der Weise, daß für die *designatio personae* Dritten ein Präsentations- oder Nominations- oder Wahl- oder Postulationsrecht zusteht. Bei den höheren Kirchenämtern, vom Bischofsamt an aufwärts, kann ein Nominationsrecht des Landesherrn oder ein Wahlrecht oder Postulationsrecht des Kapitels bestehen. Bei den niedern Kirchenämtern, so vor allem bei Pfarreien und Benefizien, kann ein Präsentationsrecht des Patrons oder ein Nominationsrecht durch das wählende Volk<sup>3</sup> vorhanden sein. Das Nominationsrecht ist entweder ein Ernennungsrecht, der *collatio libera* gleichkommend, was aber nicht die Regel ist, oder, was die Regel ist, ein bloßes Benennungsrecht, der Präsentation gleichstehend<sup>4</sup>. Wenn Präsentation oder Nomination vorausgegangen ist, so heißt die Kollation *institutio*<sup>5</sup>, wenn Wahl, *confirmatio*<sup>6</sup>, wenn Postulation, *admissio*<sup>7</sup>. Doch gibt es eine Wahl, welche der Bestätigung durch den kirchlichen Oberen nicht bedarf, vielmehr durch Annahmeerklärung seitens des Gewählten rechtsgültig wird, die Papstwahl<sup>8</sup>.

Im Fall der *collatio libera* besteht ein *jus provisionis plenae*, im Fall der *collatio non libera* ein *jus provisionis minus plenae*. Wenn das Amt durch den vom gemeinen Recht regelmäßig dazu berufenen Oberen verliehen wird, so ist die Verleihung eine ordentliche, *provisio ordinaria*. Wenn dagegen die Verleihung kraft besondern Rechtstitels oder kraft des Devolutionsrechts durch den nächstfolgenden Kirchen-

<sup>1</sup> Bei Besetzung der Benefizien kommt als drittes Moment hinzu die *missio in possessionem seu institutio corporalis*, worüber Can. 1443 1444 handeln. Darüber also unten im Benefizialrecht. Notiert sei nur, daß der CJC. den Ausdruck „investitura“ für dieses dritte Moment in der Verleihung des Benefiziums nicht mehr kennt.

<sup>2</sup> C. 16 17 in VI<sup>o</sup> de praeb. III, 4. Can. 148, § 1; 152—159. Der einfache Ausdruck *collatio* bezeichnet immer die *collatio libera*. S. C. Conc. 10. Juni 1922 (Acta Ap. Sedis XIV [1922] 459 ff.).

<sup>3</sup> Can. 1452.

<sup>4</sup> Can. 1425, § 2. Bei Nomination im Sinn von Ernennung, etwa durch den Staat, so bei Religionslehrern, Anstalts- u. Gefängnisgeistlichen, Professoren der Theologie an Hochschulen, gibt der kirchl. Obere die *missio canonica* bzw. die *approbatio ad curam animarum*.

<sup>5</sup> C. 8 10 25 X de jure patron. III, 38. Trid. sess. VII de ref. c. 13; XIV de ref. c. 12; XXV de ref. c. 9. Can. 148, 1 2; 1448—1471. Darüber ist unten im Patronatsrecht zu handeln.

<sup>6</sup> C. 11 44, X de elect. I, 6. Can. 148, § 1; 160—178.

<sup>7</sup> C. 3, X de postul. I, 5. C. 20 44, de elect. I, 6. Can. 148, § 1; 179—182.

<sup>8</sup> Can. 219. Vgl. oben S. 33.

obern erfolgt, so ist die Verleihung eine außerordentliche, *provisio extraordinaria*.

5. Aus der Wahl, aus der Präsentation und aus der Option erfolgt die Rechtswirkung, daß der Gewählte oder Präsentierte oder Optant ein Recht auf das Kirchenamt, ein *jus ad rem* erhält, welches Recht er gegen den kirchlichen Oberen processualiter verfolgen kann. Ein gleiches Recht gewährt dem Designierten die *collatio libera*, solange er sich über deren Annahme noch nicht erklärt hat. Das Kirchenamt selbst und das Recht aus dem Kirchenamt, das *jus in re* und eine Art Eigentumsklage erhält der Gewählte, Präsentierte, Designierte, Optant durch *confirmatio*, *institutio*, *acceptatio collationis*, *optio*. Keinen Rechtsanspruch gewährt die Nomination als bloße Benennung, die einfache Bitte oder Empfehlung und die Postulation<sup>1</sup>.

6. Die von wem immer zu Kirchenämtern Gewählten, Postulierten, Präsentierten oder Nominierten dürfen von einem Oberen, der unter dem Papste steht, nicht bestätigt, zugelassen oder eingesetzt werden, wenn sie nicht vorher vom eigenen Ordinarius, d. h. von demjenigen, der zu der Verleihung berechtigt ist, als geeignet befunden worden sind auf Grund einer Prüfung, wenn das Recht oder das Amt eine solche verlangt oder der Ordinarius sie für zweckmäßig erachtet<sup>2</sup>.

7. Damit ein Kirchenamt gültig besetzt werden kann, muß es auf kanonische Weise<sup>3</sup> erledigt sein. Die nichtige Vergebung eines noch nicht erledigten Amtes kann nicht dadurch geheilt werden, daß das Amt nachher wirklich frei wurde<sup>4</sup>. Das Versprechen eines noch nicht erledigten Kirchenamtes oder die Erteilung von Anwartschaften oder Ex-

<sup>1</sup> C. 13 17 18 40 in VI<sup>o</sup> de praeb. III, 4. C. 8 in VI<sup>o</sup> de conc. praeb. III, 7. Can. 176, § 2. K. Groß, Das Recht an der Pfründe, 1887. E. Heymann, Zur Gesch. des *jus ad rem* (Festschrift für Gierke [1911] 1167 ff.). F. Klingmüller, *Jus ad rem* (Z. f. Rsgesch., roman. Abtl. XLIV [1924] 211 ff.). Stutz, KR.<sup>2</sup> 322, A. 1.

<sup>2</sup> C. 3 22 44, X de elect. I, 6. Trid. sess. VII de ref. c. 13; sess. XXV de ref. c. 9. Bened. XIV., Const. „Ad militantis“ v. 30. März 1742, § 22. CJC. Fontes I, Nr. 326. Can. 149; 153, § 1; 459; 471, § 2; 877; 1464, § 2. Can. 459 handelt vom Pfarrkonkurs.

<sup>3</sup> Can. 183, § 1 zählt die kanon. Erledigungsarten auf: *renuntiatio*, *privatio*, *amotio*, *translatio*, *lapsus praefiniti temporis*. Vgl. unten § 78.

<sup>4</sup> C. 7 (Greg. I. a. 603), C. II, q. 1. C. 4 (Pseudo-Euar.), C. III, q. 2. C. 5 (Pseudo-Sixt.) 7 (Pseudo-Eleuth.) 10 (Nicol.?) I, III, q. 6. C. 5 (Cypr. a. 252) 10 (Leo IV. ca. a. 850) 17 (Zach. I. a. 748) 40 (Greg. I. a. 592), C. VII, q. 1. C. 15, X de renunt. I, 9. C. 2, X de his quae vi I, 40. C. 1 2 7, X de conc. praeb. III, 8. C. 8, X de jure patron. III, 38. C. 3 in VI<sup>o</sup> de conc. praeb. III, 7. C. 3, Extrav. comm. de privil. V, 7. Can. 150, § 1; 2146, § 3. Wer wissentlich eine nicht-vakante Stelle annimmt u. sich in sie einweisen läßt, ist eo ipso hierfür unfähig u. strafbar. Can. 2395.

spektanzen auf solche durch wen immer hat keine rechtliche Wirkung<sup>1</sup>. Das geltende Recht kennt gegenüber den trotz aller Anwartschaftsverbote seitens der Päpste und der Synoden vor allem gerade durch die Päpste hierin festgehaltenen Mißständen des ausgehenden Mittelalters<sup>2</sup> nach dem Eingreifen des Tridentinums<sup>3</sup> die eine gesetzmäßige Ausnahme, daß nur der Apostolische Stuhl für Benefizien einen Koadjutor cum jure succedendi aufstellen kann<sup>4</sup>. Ein rechtlich vakantes Kirchenamt, das sich aber tatsächlich noch im faktischen Besitz eines Dritten befindet, kann verliehen werden. Es muß aber der unrechtmäßige Besitz kanonisch festgestellt und die Feststellung im Verleihungsdekret ausdrücklich erwähnt sein<sup>5</sup>.

8. Das erhaltene Kirchenamt ist möglichst bald anzutreten<sup>6</sup>.

## § 75.

### Die freie Verleihung.

Decr. Grat. D. XXIII ff. XLIX ff. LXXVIII. Decr. Greg. IX. I, 3 de rescript.; 6 de elect.; 10 de suppl. negl. prael.; 14 de aet. et qual. et ord. prael.; 17 de fil. presbyt. ord. vel non; 28 de off. vic.; 31 de off. jud. ord.; III, 4 de cler. non resid.; 5 de praeb.; 6 de cler. aegrot.; 7 de instit.; 8 de conc. praeb. et eccl. non vac.; 12 ut eccles. benef. sine dimin. confer.; 38 de jure patron.; V, 7 de haeret.; 31 de excess. prael.; 32 de privil. Lib. sext. I, 3 6 8 10 11 13 16; III, 3 4 5 6 7 19; V, 2 6 7. Const. Clem. I, 2 3 6 7 9; III, 2 3 12; V, 3 6 7. Extrav. Joann. XXII. I III IV XI. Extrav. comm. I, 3 7; III, 2; V, 3 7. C. 152—159.

Garcias P. VII VIII IX X. Leuren P. I, q. 212 ff.; P. II, q. 759 ff. Thomassin P. II, l. 1, c. 33 ff. Weitere Liter. oben § 74.

#### 1. Der berechtigte Verleiher.

In der alten Kirche waren Ordination und Anstellung durch den Bischof aufs engste miteinander verbunden. Daher erstreckte sich die Teilnahme von

<sup>1</sup> C. 20 25, X de praeb. III, 5. C. 2 3 11 13 16, X de conc. praec. III, 8. C. 2 in VI<sup>to</sup> de conc. praeb. III, 7. Can. 150, § 2.

<sup>2</sup> Über das Exspektanzenwesen u. die damit verbundenen Mißstände: P. Galade, De expectatione ad beneficia ecclesiastica non vacantia, Heidelb. 1760. F. A. Dürr, De capitulis clausis ecclesiarum tam cathedralium quam collegiarum in Germania, Mog. 1763. W. Schmitt, Dissertatio hist.-can. de eo, quod circa expectationes ad canonicatus ex statutis et observantiis Germaniae justum est, Fulda 1777. Aus der neueren, überaus reichen Liter. über das päpstl. Provisions- u. damit auch über das Exspektanzenwesen seien als mehr zusammenfassende Darstellungen vermerkt: Hinschius, KR. II 61 ff. 474 ff.; III 113 ff.; H. Schäfer, Zur Kritik mittelalterl. kirchl. Zustände (Röm. Qschr. XX [1906] 123 ff. 639 ff.; XXIII [1909] 35 ff.).

<sup>3</sup> Trid. sess. XXIV de ref. c. 19; XXV de ref. c. 7. <sup>4</sup> Can. 350, § 2; 1433.

<sup>5</sup> C. 4 6 9, X de conc. praeb. III, 8. C. 3, de excess. prael. V, 31. S. C. Consist. Decr. „Maxima cura“ v. 20. Aug. 1910, can. 18, § 1; 29, § 1. Can. 154 1693—1700 2147—2153 2157—2161. Über die Ersitzung als Erwerbstitel eines Benefiziums. Can. 1446—1447, ist unten beim Benefizialrecht zu handeln.

<sup>6</sup> Can. 188, 2<sup>o</sup>; 333 461 1444, § 2; 2398.

Klerus und Volk an der Ordination<sup>1</sup> auch auf die Anstellung. Zuerst verlor sich dann die Mitwirkung des Volkes, von der im 9. Jahrhundert die letzten Spuren zu finden sind. Der Anteil des Presbyteriums aber ging auf das Domkapitel über, welches bei Verleihung von Kirchenämtern seinen Rat bzw. seinen Konsens gab<sup>2</sup>. Allein in der Folgezeit ist auch die Mitwirkung des Domkapitels mehr und mehr verschwunden<sup>3</sup>. Dafür nahmen die Archidiaconen ein wachsendes selbständiges Besetzungsrecht der niederen Kirchenämter in Anspruch. Sie verloren es aber wieder bei der allgemeinen Reaktion der Bischöfe gegen ihre Macht in der zweiten Hälfte des Mittelalters<sup>4</sup>. Die Bischöfe selbst wieder waren schon von früher her durch die Patronate, hernach durch die Provisionen der Päpste und die steigenden Eingriffe von Landesherren und Kommunen sehr eingeschränkt.

Heute ist berechtigter Verleiher der niederen kirchlichen Ämter innerhalb seines Territoriums der residierende Ordinarius, falls nicht anderes bewiesen wird. Dieses Recht hat der Generalvikar ohne besondere Vollmacht nicht<sup>5</sup>.

2. Fähiger Empfänger eines Kirchenamtes ist nur ein Kleriker, der außerdem alle Eigenschaften besitzt, welche vom gemeinen oder partikularen Recht oder durch stiftungsgemäße Forderungen für das betreffende Amt verlangt sind<sup>6</sup>. Solche Eigenschaften sind:

a) eheliche Geburt. Der Mangel der ehelichen Geburt schließt aus vom Kardinalat<sup>7</sup>, Episkopat<sup>8</sup> sowie vom Amt des Abtes und des Praelatus nullius<sup>9</sup>, und das selbst wenn zum Empfang der Weihen Dispens gewährt wurde oder Legitimierung erfolgte;

b) gesetzliches Alter<sup>10</sup>;

c) Priesterweihe. Die priesterliche Weihe ist gefordert für den Kardinal<sup>11</sup>, Bischof<sup>12</sup>, Abt und Praelatus nullius<sup>13</sup>, Generalvikar<sup>14</sup>,

<sup>1</sup> Darüber unten bei der Ordination.

<sup>2</sup> C. 4, X de his quae fiunt III, 10. <sup>3</sup> C. un. in VI<sup>to</sup> ne sede vac. III, 8.

<sup>4</sup> C. 7, X de off. archid. I, 23. C. 6, X de instit. III, 7. E. Baumgartner, Gesch. u. Recht des Archidiaconats der oberrhein. Bistümer mit Einschluß von Mainz u. Würzburg (1907) 193 ff. J. Löhr, Die Verwaltung des köln. Großarchidiaconats Xanten (1909) 67 ff. J. Krieg, Der Kampf der Bischöfe gegen die Archidiaconate in Würzburg (1914) 40 ff.

<sup>5</sup> Can. 152. Es steht also die Vermutung für das freie Besetzungsrecht des residierenden Ordinarius, u. jeder gegenteilige Anspruch muß bewiesen werden. Vgl. auch oben S. 393, A. 2.

<sup>6</sup> C. 1 (Gelas. I. a. 494), D. XXXVI. C. 12, X de constit. I, 2. C. 3, X de aet. et qual. I, 10. C. 18, X de fil. presbyt. I, 17. C. 28, X de appellat. II, 28. C. 11, X de cler. non resid. III, 4. C. 7 29 35 37, X de praeb. III, 5. C. 5, X de instit. III, 7. C. 2 3, X de conc. praeb. III, 8. C. 27, X de jure patron. III, 38. C. 3, X de excess. prael. V 31. Trid. sess. VII de ref. c. 3; sess. XXV de ref. c. 5. Can. 118; 153, § 1.

<sup>7</sup> Can. 232, § 2, 1<sup>o</sup>. <sup>8</sup> Can. 331, § 1, 1<sup>o</sup>.

<sup>9</sup> Can. 320, § 2; 504. <sup>10</sup> Vgl. oben § 54, 6. <sup>11</sup> Can. 232, § 1.

<sup>12</sup> Can. 331, § 1, 3<sup>o</sup>. Er muß schon fünf volle Jahre Priester sein.

<sup>13</sup> Can. 320, § 2. <sup>14</sup> Can. 367, § 1.

Kapitularvikar<sup>1</sup>, Kanzler<sup>2</sup>, Kanoniker<sup>3</sup>, Diözesankonsultor<sup>4</sup>, Synodal-examinator<sup>5</sup>, Pfarrkonsultor<sup>6</sup>, Landdekan<sup>7</sup>, Pfarrer und Amtsinhaber mit cura animarum<sup>8</sup>, Rector ecclesiae<sup>9</sup>, Novizenmeister in religiösen Genossenschaften<sup>10</sup>, Offizial oder Vizeoffizial<sup>11</sup>, Synodalrichter<sup>12</sup>, Richter der Rota<sup>13</sup>;

d) wissenschaftliche, näherhin theologische Bildung. Hinausgehend über die für jeden Kleriker geforderte wissenschaftliche, näherhin theologische Bildung<sup>14</sup> ist ein akademischer Grad in der Theologie bzw. im kanonischen Recht nötig oder wenigstens erwünscht für den Bischof<sup>15</sup>, Generalvikar<sup>16</sup>, Kapitularvikar<sup>17</sup>, ersten Dignitär des Kapitels<sup>18</sup>, Canonicus theologus und poenitentiarius<sup>19</sup>, Kanoniker<sup>20</sup>, Dozenten der Philosophie, Theologie und des kanonischen Rechts an den Klerikal-seminarien<sup>21</sup>, Synodalrichter<sup>22</sup>, Promotor justitiae und Defensor vinculi<sup>23</sup>, Richter an der Rota<sup>24</sup>, Prokurator und Advokaten an den kirchlichen

<sup>1</sup> Can. 434, § 1.      <sup>2</sup> Can. 372, § 1.

<sup>3</sup> Can. 404, § 1. Nach früherem Rechte sollten in den Domkapiteln die Inhaber von Dignitäten u. von Ämtern mit Jurisdiktion oder cura animarum wie überhaupt von Stellen mit cura animarum sowie von der Hälfte der Kanonikate Priester sein, während die andere Hälfte mit Diakonen oder Subdiakonen besetzt sein sollte. C. 7 X de elect. I, 6. C. 1, X de aet. et qual. I, 14. Trid. sess. XXIV de ref. c. 12. Doch konnten durch Stiftungsbriefe oder Statuten mehr Priester gefordert sein. Über die wenig entsprechenden Zustände in den mittelalterlichen Domkapiteln vgl. Janssen-Pastor, Gesch. des deutschen Volkes seit dem Ausgang des MA.s I<sup>20</sup> (1913) 718 ff.

<sup>4</sup> Can. 423.      <sup>5</sup> Can. 385.

<sup>6</sup> Can. 385.      <sup>7</sup> Can. 445.

<sup>8</sup> Can. 154; 451, § 1. Nach früherem Recht konnten Kleriker, die noch nicht Priester waren, Pfarrämter erhalten; nur mußten sie innerhalb eines Jahres, seit sie das Amt erhalten hatten, sich zum Priester weihen lassen. Andernfalls verloren sie das Amt. Solche hießen arctati de beneficio. Doch konnte der Bischof Studierenden Urlaub bis zu sieben Jahren geben. Die Beurlaubten mußten sich aber innerhalb eines Jahres zum Subdiakon weihen lassen. C. 7, X de elect. I, 6. C. 8 in VI<sup>to</sup> de praeb. III, 4. C. 2 in VI<sup>to</sup> de instit. III, 6. C. 14 in VI<sup>to</sup> de elect. I, 6. C. 34 in VI<sup>to</sup> de elect. I, 6. C. 2 in Clem. de aet. et qual. I, 6. Trid. sess. XXIV de ref. c. 12.

<sup>9</sup> Can. 479, § 1.      <sup>10</sup> Can. 559, § 1.

<sup>11</sup> Can. 1573, § 4.      <sup>12</sup> Can. 1574, § 1.

<sup>13</sup> Can. 1598, § 2.

<sup>14</sup> Darüber ist unten bei der Ordination zu handeln.

<sup>15</sup> Trid. sess. XXII de ref. c. 2. Can. 331, § 1, 5<sup>o</sup>.

<sup>16</sup> Can. 367, § 1.      <sup>17</sup> Can. 434, § 2.

<sup>18</sup> Trid. sess. XXIV de ref. c. 12. Can. 396, § 3.

<sup>19</sup> Trid. sess. XXIII de ref. c. 18; sess. XXIV de ref. c. 8. Can. 399, § 1.

<sup>20</sup> Trid. sess. XXIV de ref. c. 12. Can. 404, § 2.

<sup>21</sup> Can. 1366, § 1.      <sup>22</sup> Can. 1574, § 1.

<sup>23</sup> Can. 1589, § 1.      <sup>24</sup> Can. 1598, § 2.

Gerichten<sup>1</sup> und im Beatifikations- und Kanonisationsprozeß<sup>2</sup>, Notar und Kanzler der Kongregation der Riten<sup>3</sup>;

e) guter Ruf und sonstige zur Bekleidung des betreffenden Kirchenamtes notwendige Erfordernisse, wie Rechtsschaffenheit, Frömmigkeit, Seeleneifer, Geschäftskunde, Klugheit<sup>4</sup>.

3. Unfähig zum Empfang entweder aller oder wenigstens gewisser Kirchenämter sind die in einer Irregularität<sup>5</sup>, in Infamie<sup>6</sup>, in richterlich deklaratorisch oder kondemnatorisch verhängter Strafe der Exkommunikation, des Interdikts oder der Suspension Befindlichen<sup>7</sup>, die ipso facto oder durch richterlichen Spruch dazu für unfähig Erklärten<sup>8</sup>, die Simonisten<sup>9</sup>. Wenn ein Kirchenamt

<sup>1</sup> Can. 1657, § 2.      <sup>2</sup> Can. 2018.

<sup>3</sup> Can. 2017. Ein eigentliches Gesetz hat das Tridentinum bezüglich des Erfordernisses eines akadem. Grades für gewisse höhere Kirchenämter nicht aufgestellt. Vgl.: Das „Hortatur“ des Concilium Tridentinum, sess. XXIV de ref. c. 12, in Bezug auf das Erfordernis der Wissenschaft für Kirchenämter (A. für kath. KR. LXXXVIII [1898] 570 ff.). Auf dem Vaticanum wurden Bedenken gegen diese tridentin. Forderung geäußert, weil die Zahl der Institute, an denen man diese Grade erlangen könne, klein sei u. manche derselben minderwertig u. von einem nicht recht kathol. Geist beseelt seien. Nichtsdestoweniger hielt man an dem Schema constitutionis de episcopis, de synodis et de vicariis generalibus patrum examini propositum u. dem Schema constitutionis de sede episcopali vacante patrum examini propositum mit dieser tridentin. Forderung entsprechend den anders lautenden Stimmen fest. Siehe Coll. Lac. VII 645 650 833 ff. Vgl.: Lämmer, Zur Kodif. des kan. R.s 111 116; Grandérath-Kirch, Gesch. des Vatik. Konzils II 162 f. Den Forderungen der angeführten Schemata entspricht der CJC. Und das mit um so mehr Recht, als sich unterdessen gemäß dem auf dem Vaticanum geäußerten Wunsch, daß die Zahl höherer kirchl. Studienanstalten mit dem Recht der Verleihung akadem. Grade größer sein sollte, ihre Zahl sehr gemehrt hat. Vgl. etwa: A. für kath. KR. XCV (1915) 103 f.; XCVIII (1918) 227 ff.; CHI (1923) 12 f.; CIV (1924) 77 f. 148 f. 379 f.; J. Freisen, Verfassungsgesch. der kath. K. Deutschlands in der Neuzeit (1916) 49; A. M. Koeniger, Der Bibeldoktor (Bonner Z. für Theol. u. Seelsorge II [1925] 45 ff.). Mehr darüber unten im Passus über das kirchl. Lehramt.

<sup>4</sup> Can. 232, § 1; 331, § 1, 4<sup>o</sup>; 367, § 1; 404, § 1; 423; 434, § 2; 453, § 2.

<sup>5</sup> C. 2, X de cler. pugn. V, 14. C. 2, X de cler. non ordin. ministr. V, 28. Trid. sess. XXII de ref. c. 4. Can. 985—987. Näherhin sind die Irregulären, da die Irregularität den Empfang der Weihen u. deren Ausübung verhindert, unfähig, solche Kirchenämter zu übernehmen, in denen Weihehandlungen vorzunehmen sind. Doch gilt eine Dispens von einer Irregularität zum Zweck des Empfangs einer Weihe auch als Dispens zur Übernahme eines Kirchenamts überhaupt, also auch eines Seelsorgeamts. Nur ist eine weitere Dispens nötig, falls der so Ordinierte Kardinal, Bischof, Abt, Praelatus nullius oder Superior major in religione clericali exempta werden soll. Can. 991, § 3. Wernz-Vidal, Jus can. II, 219.

<sup>6</sup> C. 1, C. III, q. 7. C. 4, X de accusat., inquisit. et denuntiatio. V, 1. C. 13, X de sim. V, 2. C. 13, X de haeret. V, 7. C. 11, X de excess. prael. V, 31. Reg. jur. in VI<sup>to</sup> 87. C. un. Extrav. Joann. XXII. de poenis XIV. Can. 2294, § 1.

<sup>7</sup> Can. 2265, § 1, 2<sup>o</sup>; 2275, 3<sup>o</sup>; 2283.      <sup>8</sup> Can. 2390—2395.

<sup>9</sup> C. 12 59, X de elect. I, 6. C. 27 33, X de sim. V, 3. Can. 185 729 1446 1465, § 2. Nach Can. 1435, § 1, 3<sup>o</sup> verleiht in diesem Fall der Papst das Amt jure devolutionis.

dadurch erledigt wird, daß der Inhaber darauf verzichtet oder richterlich desselben entsetzt wird, so können aus naheliegenden Gründen das erledigte Amt von dem Ordinarius, der den Verzicht angenommen oder das Entsetzungsurteil ausgesprochen hat, nicht gültig erhalten die Hausgenossen, Blutsverwandten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grade einschließlich weder des Ordinarius noch des Resignierenden bzw. Abgesetzten<sup>1</sup>. Ordensgeistliche können kein beneficium saeculare, Weltgeistliche kein beneficium regulare erhalten<sup>2</sup>.

Bei dem früher sehr weitgehenden Eingreifen des Apostolischen Stuhles in die Besetzung auch der Seelsorgeämter war die Kenntnis der Landessprache für solche gemeinrechtlich ausdrücklich gefordert<sup>3</sup>. Bei der heute hierin ganz geänderten Praxis tut das neue kirchliche Gesetzbuch der Sache keine Erwähnung. Nicht aber verlangte schon früher das gemeine Recht für den Erwerb kirchlicher Ämter das Indigenat<sup>4</sup> oder die Nobilität<sup>5</sup> und noch weniger heute.

<sup>1</sup> Pius IV., Motupr. „Cupientes“ v. 11. Okt. 1560, § 1. Pius V., Const. „Quanta Ecclesiae“ v. 1. April 1568. CJC. Fontes I, Nr. 99 125. Can. 157.

<sup>2</sup> C. 27 49, X de elect. I, 6. C. 24 28 in VI<sup>to</sup> de elect. I, 6. C. 5 32 in VI<sup>to</sup> de praeb. III, 4. C. 1 in Clem. de elect. I, 3. C. un. in Clem. de suppl. negl. prael. I, 5. C. un. Extrav. comm. de postul. I, 2. Trid. sess. XIV de ref. c. 10 11; sess. XXV de reg. c. 21. Bened. XIV., Const. „Quod inscrutabili“ v. 9. Juli 1745, § 14; „Cum nuper“ v. 8. Nov. 1751, § 1. CJC. Fontes I, Nr. 361; II, Nr. 417. Can. 367, § 1; 1442.

<sup>3</sup> C. 14, X de off. jud. del. I, 31. Reg. Canc. Nr. 20. Trid. sess. XXIV de ref. c. 7. J. Symerski, Necessitas, ut gregis sui linguam calleat pastor e legibus Ecclesiae ejusdemque praxi demonstrata (A. für kath. KR. XXXIII [1875] 241 ff.). L. Jackowski, Die päpstl. Kanzleiregeln u. ihre Bedeutung für Deutschland (ebd. XC [1910] 5 ff.).

<sup>4</sup> C. 5, X de instit. III, 7. Doch kann das Indigenat durch Stiftung oder Vereinbarung zwischen dem Apostol. Stuhl u. dem Staat gefordert sein. Comm. Pontif. 26. Nov. 1922 (Acta Ap. Sedis XV [1923] 128). Vgl. unten Nr. 9. Über das Requisite der Diözesanangehörigkeit vgl. oben § 55 64.

<sup>5</sup> C. 37, X de praeb. III, 5. Doch kann der Adel durch Stiftungsbrief gefordert sein. Entsprechend dem gemeinen Recht haben die Päpste während des MA.s im allgemeinen Bürgerliche so gut wie Adelige mit Kirchenämtern ausgestattet. Dagegen wählten die Domkapitel in der zweiten Hälfte des MA.s in der Regel nur Adelige, wenigstens auf die höheren Stellen. W. Kisky, Die Domkapitel der geistl. Kurfürsten in ihrer persönl. Zusammensetzung im 14. u. 15. Jhd. J. Simon, Stand u. Herkunft der Bischöfe der Mainzer Kirchenprovinz im MA., 1908. J. Schäfers, Personal- u. Amtsdaten der Magdeburger Erzbischöfe (968—1503), 1908. K. Löhnert, Personal- u. Amtsdaten der Trierer Erzbischöfe des 10. bis 15. Jhdts, 1908. H. Werner, Die Geburtsstände in der deutschen Kirche des MA.s (Deutsche Geschichtsblätter IX [1908] 251 ff.). W. Pelster, Stand u. Herkunft der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz im MA., 1909. A. Schulte, Der Adel u. die deutsche Kirche im MA. (1910) 61 ff. [Die 2. Aufl. (1924) ist durch einen Nachtrag ergänzt, sonst aber unverändert.] Ders., Der hohe Adel im Leben des mittelalterl. Köln (aus Sitzungsber. der philos.-philol. u. der hist. Kl. der bayr. Akad. der Wiss. zu München 1919), 1919. A. Werminghoff, Ständische Probleme in der Gesch. der deutschen K. des MA.s (Z. für R.sgesch., kan. Abt. I [1911] 33 ff.). [Mit reicher Liter.] Ders., Verfassungsgesch. 2<sup>o</sup> 91 f. 111 ff. B. Morret, Stand u. Herkunft der Bischöfe von Metz, Toul u. Verdun im MA.,

4. Unter mehreren geeigneten Bewerbern ist unter Hintansetzung aller rein persönlichen Rücksichten derjenige vorzuziehen, welcher unter allen in Betracht kommenden Gesichtspunkten der für das betreffende Amt Geeignetste ist. Würde trotzdem das Amt mit Übergang des Geeigneteren (dignior) an einen weniger, aber doch noch Geeigneten (dignus) verliehen, so wäre die Verleihung nicht ungültig und könnte auch nicht verungültigt werden<sup>1</sup>. Wenn der Amtsempfänger die erforderlichen Eigenschaften nicht besitzt, so ist die Verleihung doch gültig, kann aber durch Urteil des rechtmäßigen Obern für ungültig erklärt werden. Sie ist aber ungültig, wenn im gemeinen oder partikularen Recht oder durch das Stiftungsstatut die Nichtigkeit für diesen Fall festgesetzt ist<sup>2</sup>.

5. Die Zeit, innerhalb der ein durch freie Verleihung zu besetzendes Kirchenamt verliehen werden muß, beträgt, wenn nicht durch spezielles Gesetz eine andere Bestimmung getroffen ist, sechs Monate. Die Frist läuft vom Tage der erhaltenen Kenntnis von der eingetretenen Erledigung ab, ist also tempus utile. Auch kann bei Besetzung von Pfarreien der Ordinarius aus örtlichen oder persönlichen Gründen nach klugem Ermessen die Besetzung hinausschieben<sup>3</sup>.

1911. H. Böhmer, Das german. Christentum (Theol. Studien u. Kritiken LXXXVI [1913] 166 ff. 250 ff.). Janssen-Pastor vgl. oben S. 398, A. 3. W. Schönecke, Personal- u. Amtsdaten der Erzbischöfe von Hamburg-Bremen 831—1511, 1915. W. Fischer, Personal- u. Amtsdaten der Erzbischöfe von Salzburg 798—1519, 1916. A. Störmann, Die städt. Gravamina gegen den Klerus am Ausgang des MA.s u. in der Reformationszeit (1916) 241 ff. R. Schwarz, Personal- u. Amtsdaten der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz 1500—1800, 1916. H. E. Feine, Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfäl. Frieden bis zur Säkularisation 1648—1803 (1921) 66 ff. H. Wieruszowski, Die Zusammensetzung des gall. u. fränk. Episkopats bis zum Vertrag von Verdun mit besonderer Berücksichtigung der Nationalität u. des Standes (Bonner Jbb. 1922, Heft 127, S. 1 ff.). J. Heckel, Die evang. Dom- und Kollegiatstifter Preußens, insbes. Brandenburg, Merseburg, Naumburg, Zeitz (1924) 104 ff.

<sup>1</sup> C. 19 (Leo I. a. 446?), D. LXIII. C. 15 (Hier.?), C. VIII, q. 1. C. 2, X de off. cust. I, 27. Trid. sess. XXIV de ref. c. 18. Can. 153, § 2 3; 459, § 1 2. Der Kodex schweigt über ein Rekursrecht dessen, der sich zu Unrecht übergangen glaubt, also gibt es ein solches nicht mehr.

<sup>2</sup> C. 44, X de elect. I, 6. C. 4, X de cler. non resid. in eccles. vel praeb. III, 4. C. 11, X de excess. prael. V, 31. C. 14 in VI<sup>to</sup> de elect. I, 6. Trid. sess. VII de ref. c. 3; sess. XXII de ref. c. 4; sess. XXV de ref. c. 5. Pius V., Const. „In conferendis“ v. 18. März 1567, § 1 2 7 8. Bened. XIV.: Enzykl. „Cum illud“ v. 14. Dez. 1742, § 2 7; Ep. „Redditae Nobis“ v. 9. April 1746. CJC. Fontes I, Nr. 119 333; II, Nr. 367. Can. 153, § 3. Die Nichtigkeitsklausel ist ausgesprochen für den Fall der Erhebung eines untaugl. Kapitularvikars; vgl. Can. 434, § 1. Die sonst zur Verfügung stehende Klage ist die Nichtigkeitsklage (Can. 1684 1685).

<sup>3</sup> C. 3 5, X de suppl. negl. prael. I, 10. C. 28, X de praeb. III, 5. C. 2 5 12 15, X de conc. praeb. III, 8. C. 26 in VI<sup>to</sup> de elect. I, 6. C. un. in Clem. de suppl.

6. Aus den schwerwiegendsten Gründen ist für die Regel die Vereinigung von mehreren Kirchenämtern in einer Hand, die Ämterkumulation, die pluralitas<sup>1</sup> oder der cumulus officiorum bzw. beneficiorum, verboten<sup>2</sup>. In der Regel nimmt ein Kirchenamt die volle Tätigkeit des Inhabers in Anspruch, leicht tritt bei solcher Häufung ein Widerstreit der Interessen der Ämter ein, und sehr nahe liegt bei der Möglichkeit, mehrere Ämter zu besitzen, die Gefahr der Habsucht.

Solange das ganze kirchliche Vermögen in der Hand des Bischofs lag und der Ordinierte alsbald bleibend bei einer Kirche angestellt wurde, konnte von der Bekleidung mehrerer Kirchenämter durch eine Person nicht die Rede sein und war jeder Versuch hierzu strengstens verboten<sup>3</sup>. Nachdem sich aber das Benefizienwesen ausgebildet hatte, da kam solche Vereinigung vor, zum Teil durch die kirchlichen Obern selbst und aus guten Gründen, so bei oft ungenügendem Unterhalt aus einem Benefizium, mangelnder Beschäftigung, zur Unterstützung von Studierenden, zum Teil aber auch aus verwerflicher Habsucht. Gegen letzteren Mißbrauch schritten viele Synoden und namentlich auch die Reformpäpste ein<sup>4</sup>. Da jedoch das Übel fort dauerte, verordnete die dritte Lateransynode 1179, daß in Zukunft niemand mehrere Dignitäten oder Pfarrkirchen besitzen könne, und daß bei Zuwiderhandlungen der Verleiher der zweiten Pfründe das Kollationsrecht, der Empfänger das zweite Amt verlieren solle<sup>5</sup>. Da der Mißbrauch dennoch fortwucherte, so bestimmte das Lateranense IV 1215, daß, wer eine Dignität oder ein Personat oder ein Seelsorgeamt besitze und ein zweites solches Amt hinzunehme, das erste ipso jure verlieren und bei Weigerung der Herausgabe auch des zweiten verlustig gehen solle. Doch gestattete das Konzil, daß der Papst Ausnahmen mache zu Gunsten hochstehender und gelehrter Personen<sup>6</sup>. Von dieser Dispensgewalt machten die Päpste zum Teil notgedrungen, zum Teil zu lax einen sehr umfassenden Gebrauch, namentlich zur Zeit des Schismas<sup>7</sup>. So bestand der cumulus beneficiorum fort. Erst das Tridentinum hat, nach schwachen Anläufen zur Besse-

negl. prael. I, 5. Can. 155 458. Über die Frist bei Besetzung durch Wahl siehe Can. 161, bei Präsentation auf Benefizien Can. 1457; siehe § 76 u. unten bei Darstellung des Benefizialrechts. Über tempus utile oben § 31.

<sup>1</sup> C. 19 in VI<sup>o</sup> de praeb. III, 4.

<sup>2</sup> Garcias P. XI, c. 5. Leuren P. III, q. 61 ff. Thomassin P. II, l. 3, c. 1 ff. Mehr ältere Liter. bei Hinschius, KR. III 243.

<sup>3</sup> C. 3 (Syn. Chalced. a. 451, c. 10), C. XXI, q. 2.

<sup>4</sup> C. 3 (Syn. Tolet. XVI a. 693, c. 5), C. X, q. 3. C. 1 (Syn. Nicaen. II a. 787, c. 15), C. XXI, q. 1. Conc. Paris. a. 829, l. I, c. 49. Conc. Aquisgran. a. 836, c. 2, n. 16. Conc. Pictav. a. 1078, c. 2. C. 2 (Syn. Placent. a. 1095, c. 15), D. LXX.

<sup>5</sup> C. 3, X de cler. non resid. III, 4.

<sup>6</sup> C. 28 X de praeb. III, 5. Die Strafe trat von dem Augenblick an ein, in dem jemand den ruhigen Besitz des zweiten Amtes erlangt hatte. C. 3 6 in Clem. de praeb. III, 2.

<sup>7</sup> C. 23 in VI<sup>o</sup> de praeb. III, 4. C. 4 in Clem. h. t. III, 2. Vgl. etwa: H. Schäfer, Zur Kritik mittelalt. kirchl. Zustände (Röm. Qschr. XX [1906] 123 ff.; XXIII [1909] 35 ff.); W. v. Hofmann, Zur Gesch. der kurialen Behörden vom Schisma bis zur Reformation (1914) 190 ff.; Hauck, K.gesch. Deutschlands V 2<sup>2</sup> (1920) 586 ff.

rung durch Johann XXII.<sup>1</sup> und Leo X.<sup>2</sup>, mit ebensoviel Nachdruck wie durch die veränderten Verhältnisse ermöglichtem ziemlichem Erfolg verordnet, daß künftig keinem Geistlichen, auch nicht einmal einem Kardinal, mehr als ein Benefizium verliehen werden dürfe. Doch ließ es die Ausnahme zu, daß, wenn das bereits innegehabte Benefizium nicht den genügenden Lebensunterhalt abwerfe, diesem noch ein beneficium simplex zugefügt werden dürfe, vorausgesetzt, daß nicht beide zu bleibender Residenz verpflichtet<sup>3</sup>.

Inkompatibel waren also:

a) alle beneficia curata, d. h. Bistümer und Pfarreien, sodann alle Dignitäten und Personate in der Weise, daß keines dieser Ämter weder mit einem aus derselben, noch mit einem aus einer der andern Kategorien vereinigt werden durfte;

b) alle beneficia uniformia sub eodem tecto, d. h. Benefizien an derselben Kirche und mit den gleichen kirchlichen Funktionen, weil nicht durch Zusammenlegen solcher der Gottesdienst an der betreffenden Kirche geschmälert werden soll<sup>4</sup>;

c) alle beneficia regularia<sup>5</sup>;

d) nach tridentinischem Gesetz überhaupt alle beneficia, insofern als niemand mehr als ein Benefizium erhalten sollte, mit der Ausnahme, daß ein Benefizium, welches nicht den genügenden Unterhalt abwarf, mit einem beneficium simplex verbunden werden konnte, wofern nicht beide zu bleibender Residenz verpflichtet. In allen Fällen aber war durch das Tridentinum der Besitz von drei Benefizien verboten<sup>6</sup>.

Das Recht der Dispensation lag beim Papst.

Tatsächlich aber wurde davon auch noch nach dem Tridentinum ein umfassender Gebrauch namentlich für Deutschland insofern gemacht, als wiederholt mehrere Bistümer und Stifte in einer Hand vereinigt wurden, und zwar namentlich in der Hand von Mitgliedern katholischer Fürstnhäuser, vor allem um so vom Protestantismus bedrohte geistliche Gebiete unter die Protektion jener Dynastien zu stellen und diese Bischöfe selbst als Reichsfürsten mächtiger zu machen. Der Gebrauch dauerte aber aus zum guten Teil bloßen dynastischen Interessen noch fort, als die vordringende Macht des Protestantismus bereits erlahmt war, und trotz der von Klemens XII. hierin angeordneten

<sup>1</sup> Bulle „Exsecrabilis“ a. 1317. C. un. Extrav. Joann. XXII. de praeb. III. C. 4, Extrav. comm. h. t. III, 2.

<sup>2</sup> Const. „Supernae dispositionis“ v. 5. Mai 1514, § 15. CJC. Fontes I, Nr. 65.

<sup>3</sup> Sess. VII de ref. c. 4; sess. XXIV de ref. c. 17. Ehses-Merkle, Concilium Tridentinum, Index s. vv. Beneficia, Pluralitas ecclesiarum.

<sup>4</sup> C. 9, X de conc. praeb. III, 8. C. 1 in VI<sup>o</sup> de consuet. I, 4.

<sup>5</sup> C. 32 in VI<sup>o</sup> de praeb. III, 4.

<sup>6</sup> Schon nach dem vortrident. Recht hatte in den drei erstgenannten Fällen die Annahme eines zweiten Benefiziums den ipso jure eintretenden Verlust des ersten zur Folge (incompatibilitas primi generis), während in den übrigen Fällen der Benefiziat zwischen den beiden Benefizien wählen konnte u. erst durch richterl. Spruch beide verlor, wenn er beide behalten wollte (inc. secundi generis). Nach dem Tridentinum war diese Unterscheidung nicht mehr angängig; denn es setzte allgemein für den Erwerb mehrerer „curata aut alias incompatibilia beneficia“ den ipso jure eintretenden Verlust des ersten voraus.

Beschränkungen<sup>1</sup>. Vollständig verschwand diese zuletzt immer weniger erfreulich werdende Erscheinung erst nach der Säkularisation. Bei der hierdurch eingetretenen Konkurrenz von Kirche und Staat in der Besetzung von Benefizien war die Ämterkumulation sowohl tatsächlich so gut wie unmöglich als auch durch kirchlich-staatliche Vereinbarungen bis auf einige Ausnahmen so gut wie vollständig ausgeschlossen<sup>2</sup>.

Nach jetzt geltendem Recht dürfen niemand zwei miteinander unverträgliche oder inkompatible officia bzw. beneficia übertragen werden<sup>3</sup>. Inkompatibel aber sind solche Ämter bzw. Benefizien, die nicht gleichzeitig von ein und derselben Person versehen werden können<sup>4</sup>, oder solche, von denen jedes den anständigen Lebensunterhalt (portio congrua, Kongrua) abwirft<sup>5</sup>. Wer ein zweites, mit dem ersten inkompatibles Amt annimmt und unangefochten besitzt, verliert eo ipso das erste, wie wenn er darauf rechtsgültig verzichtet hätte<sup>6</sup>. Wer das erste doch zu behalten versucht, verliert ipso jure beide<sup>7</sup>. Dispens gewährt nur der Papst. Die Verleihung eines zweiten inkompatiblen Amtes durch diesen ist aber ungültig, wenn in dem Gesuch nicht erwähnt wurde, daß der Petent bereits ein inkompatibles Amt besitze, oder wenn der Verleihungsurkunde nicht eine das Kumulationsverbot aufhebende nunmehrige Derogationsklausel beigefügt ist. Andernfalls hat auch hier der Empfänger und nunmehrige Besitzer des zweiten Amtes auf das erste stillschweigend verzichtet, so daß es erledigt ist<sup>8</sup>. Von dem cumulus beneficiorum ist wohl zu unterscheiden die unio aequae principalis (un. per aequalitatem) zweier Kirchenämter oder die Personalunion. Eine solche ist dann vorhanden, wenn zwei getrennte Ämter so miteinander vereinigt sind, daß sie zwar durch ein und denselben Amtsträger verwaltet werden, nach Rechten und Pflichten aber getrennt und selbständig nebeneinander bestehen<sup>9</sup>.

7. Im Falle schuldhafter Verzögerung der freien Verleihung eines Kirchenamtes oder der Mitwirkung bei der Verleihung eines solchen und im Falle nicht zu behebender Unmöglichkeit der freien Verleihung

<sup>1</sup> Bened. XIV., De syn. dioec. l. XIII, c. 8, n. 6 ff. Phillips, KR. VII, 449 ff. Schulte, Gesch. der Quellen usw. IV, 82. Feine, Die Besetzung der Reichsbistümer usw. 41 ff. 297 ff. [Mit reichem Literaturverzeichnis.] Heckel, Die evang. Dom- u. Kollegiatstifter Preußens usw. 16 ff. [Mit vieler Liter.] Vgl. oben S. 400, A. 5.

<sup>2</sup> Bayr. Konkordat 1817, Art. 10, Abs. 4. „De salute animarum“ §§ 9 17 19. „Provida sollersque“ § 17. Schneider, Die part. KR.quellen 7 49 ff. 119.

<sup>3</sup> Can. 156, § 1; 1439, § 1.

<sup>4</sup> Can. 156, § 2; 1439, § 2. Beispiele: Can. 367, § 3; 394, § 1; 460, § 1; 1573, § 1.

<sup>5</sup> Can. 1439, § 2. <sup>6</sup> Can. 188, 3<sup>o</sup>; 194, § 1. <sup>7</sup> Can. 2396.

<sup>8</sup> C. 8 17 27 42, X de rescript. I, 3. C. 5 7 in VI<sup>to</sup> h. t. I, 3. Can. 156, § 3; 188, 3<sup>o</sup>.

<sup>9</sup> Can. 339, § 5; 460, § 1; 1419, 2<sup>o</sup>.

oder der Mitwirkung bei der Verleihung tritt Devolution ein<sup>1</sup>. Unter dem Devolutionsrecht (jus devolutionis), das sich geschichtlich erst entwickelte, seitdem die Gesetzgebung über die Besetzung der Kirchenämter sich vervollkommen hatte, versteht man einmal den vom Recht festgesetzten Übergang des freien Besetzungsrechtes von dem ursprünglich Berechtigten an den nächst höheren oder höchsten Kirchenobern für den Fall, daß der zu der freien Kollation Berechtigte die Besetzung schuldhafterweise entweder gar nicht oder nicht gemäß den wesentlichen Vorschriften vornimmt (echte Devolution)<sup>2</sup>. Devolutionsrecht ist es aber auch, wenn die zur Mitwirkung bei der Besetzung einer Kirchenstelle durch Wahl oder Postulation oder Präsentation oder Nomination Berechtigten ihr Recht schuldhafterweise entweder gar nicht oder nicht gemäß den wesentlichen Vorschriften ausüben und dann von Rechts wegen der kirchliche Obere die volle Besetzung vornimmt (unechte Devolution)<sup>3</sup>. Da die Devolution ipso jure eintritt, so bedarf es vorher keiner Mahnung oder richterlichen Erklärung. Eine nachträglich vorgenommene Besetzung ist null und nichtig. Doch ist der Obere, an welchen die Verleihung übergegangen ist, ebenfalls an die gesetzlich geltenden Vorschriften für die betreffende Besetzung gebunden nach dem Satz der Doktrin: „Devolutio fit cum qualitibus et personis, quae erant in prima collatione.“

So tritt bei freier Verleihung<sup>4</sup> Devolution, aber nur für den vorliegenden einen Fall ein bei Simonie<sup>5</sup>, bei Verleihung an eine Person, die die erforderlichen Eigenschaften nicht besitzt, wenn im gemeinen oder partikularen Recht oder durch Stiftung die Nichtigkeit der Verleihung ausgesprochen ist<sup>6</sup>, bei schuldhafter Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Frist<sup>7</sup>. Wenn ein Kirchenamt auf Grund des Devolutionsrechtes verliehen wird, so erhält der Verleiher keine weiteren Rechte

<sup>1</sup> Can. 158. — Garcias P. X, c. 3. Leuren P. II q. 737 ff. Weitere ältere Liter. bei Hinschius, KR. III, 167. Th. Kremski, De jure devolutionis in providendis beneficiis, 1853. G. J. Ebers, Das Devolutionsrecht vornehmlich nach kath. KR., 1906. L. Kaas, Das Trierer Apostol. Vikariat in Ehrenbreitstein (1816—1824) (Z. für R.sgesch., kan. Abt. VII [1917] 135 ff.).

<sup>2</sup> Can. 274, 1<sup>o</sup>; 432, § 2; 1432, § 3.

<sup>3</sup> Can. 161 178; 181, § 2; 1458, § 1; 1465, § 1.

<sup>4</sup> Wann bei Wahl oder Postulation oder Präsentation oder Nomination, ist unten je betreffenden Orts zu bemerken.

<sup>5</sup> Can. 185 729 1446; 1465, § 2. Vgl. oben S. 399, A. 9.

<sup>6</sup> Can. 153, § 3. Vgl. oben S. 401, A. 2.

<sup>7</sup> Can. 155 161 178; 181, § 2; 458; 1482, § 3. Vgl. oben S. 401, Nr. 3. Über Verlust des Wahlrechts zur Strafe u. dementsprechend eintretende Devolution vgl. unten § 76, 12.

über den Nominierten. Dessen Rechtslage ist vielmehr so, wie wenn die Besetzung in gesetzlich ordentlicher Weise erfolgt wäre<sup>1</sup>.

8. Aus klaren Gründen hat jede Verleihung eines Kirchenamtes schriftlich, d. h. durch eine Kollationsurkunde zu geschehen<sup>2</sup>.

9. Solange Kirche und Staat in engerer Verbindung miteinander standen, stellte vielfach auch der Staat, z. B. in Deutschland und Österreich, Anforderungen an diejenigen, welche ein Kirchenamt überhaupt oder ein bestimmtes Kirchenamt definitiv oder auch nur provisorisch erlangen wollten. Und das zum Teil mit kirchlicher Zustimmung. Einmal wurde regelmäßig gefordert entweder Angehörigkeit zum betreffenden deutschen Staat (Indigenat) oder doch deutsche Reichsangehörigkeit<sup>3</sup>. Sodann wurde nicht bloß theologische, sondern auch allgemein-wissenschaftliche Bildung vorgeschrieben<sup>4</sup>. Auch verlangten die Staaten, daß die Kirchenämter nur an sittlich unbescholtene und politisch unverdächtige

<sup>1</sup> Can. 158.

<sup>2</sup> C. 1, Extrav. comm. de elect. I, 6. Can. 159.

<sup>3</sup> Baden: Ges. v. 9. Okt. 1860 (Staatsangehörigkeit): Schneider, Die partik. KR.-quellen 337. — Bayern: Minist.-Erl. v. 8. April 1852; 20. Nov. 1873 (Staatsangehörigkeit): Schneider a. a. O. 221 225. — Hessen: Ges. v. 23. April 1875; 5. Juli 1887 (Reichsangehörigkeit): Schneider a. a. O. 382 388. — Preußen: Ges. v. 11. Mai 1873; 31. Mai 1882 (Reichsangehörigkeit): Schneider a. a. O. 243. — Österr.: Ges. v. 7. Mai 1874 (Staatsbürgerrecht): Schneider a. a. O. 528. — Hinschius, KR. II 509 ff.; IV 21 ff. 865 ff. Friedberg, KR.<sup>6</sup> 358 f.

<sup>4</sup> Baden: Konk., Art. 8—11; Ges. v. 9. Okt. 1860; 19. Febr. 1874; 5. März 1880; 5. Juli 1888: Schneider a. a. O. 157 f. 337 339 341 342. A. Mercati, Raccolta di Concordati su materie ecclesiastiche tra la Santa Sede e le Autorità civili (1919) 885 ff. H. Maas, Gesch. der kath. Kirche im Großherzogtum Baden (1891) 99 ff. 424 ff. 553 ff. J. Schofer, Bischof Lothar v. Kübel (1911) 128 ff. 197 ff. W. Reinhard, Die Anfänge des Priesterseminars u. des theolog. Konvikts der Erzdiözese Freiburg (Freiburger Diözesanarchiv N. F. XXIX [1928] 184 ff.; auch separat). — Bayern: Minist.-Erl. v. 8. April 1852; 20. Nov. 1873: Schneider a. a. O. 220 224. Systemat. Zusammenstellung der Verhandlungen des bayr. Episkopats mit der Königl. bayr. Staatsregierung von 1850 bis 1880 über den Vollzug des Konkordats (1905) 73 ff. Girisch-Hellmuth-Pachelbel, Handwörterbuch des bayr. Staatskirchenrechts s. vv. Anstellungsvoraussetzungen; Bildungsanstalten, geistl.; Pfründe. — Hessen: Ges. v. 23. April 1875; 5. Juli 1887: Schneider a. a. O. 382 388. — Preußen: Ges. v. 11. Mai 1873; 21. Mai 1874; 14. Juli 1880; 31. Mai 1882; 21. Mai 1886; 29. April 1887: Schneider a. a. O. 243 249 269 271 274. F. Heiner, Die Vorbildung der Geistlichen in Preußen nach dem heutigen Stand der preuß. Gesetzgebung (A. für kath. KR. LVII [1887] 138 ff.). J. B. Kifling, Gesch. des Kulturkampfes im Deutschen Reiche II (1913) 150 ff. H. Schrörs, Gesch. der kath. theol. Fakultät zu Bonn 1818—1831 (1922) 320 ff. E. Förster, Adalbert Falk (1927) 146 ff. — Österr.: Ges. v. 7. Mai 1874: Schneider a. a. O. 532. Vering, KR.<sup>3</sup> 416, A. 10. J. Haring, Zur Reform der theol. Studien in Österr. (A. für kath. KR. LXXXVI [1906] 253 ff.). Ders., KR.<sup>3</sup> 131 ff. Ders., Das Lehramt der kath. Theologie (1926) 23 ff. — Hinschius, KR. II 508 ff.; IV 21 ff. 525 ff. 865 ff. 874 f. Scherer, KR. I 324 ff. (namentl. auch über österr. Verhältnisse). Friedberg, KR.<sup>6</sup> 549 f. W. v. Horstig, gen. d'Aubigny v. Engelbrunner, Das staatl. Mitwirkungsrecht bei der Besetzung der Seelsorgeämter in den vier größten deutschen Bundesstaaten, 1919. Staatslexikon<sup>5</sup> s. vv. Kirche u. Staat in Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Österreich; Klerus.

Geistliche vergeben würden. Aus diesen Gründen statuierten sie mehr oder weniger die sogenannte Anzeigepflicht seitens der Kirchenbehörde, die zum Teil auch durch den Apostolischen Stuhl konzidiert wurde. Sich selbst aber vindizierten sie ein Einspruchsrecht (Exklusive) oder gar ein Genehmigungsrecht bis zu der Folge, daß eine anderweitige kirchliche Besetzung null und nichtig sein sollte<sup>1</sup>.

In Württemberg war die Zulassung zu einem Kirchenamt durch den Besitz des württembergischen Staatsbürgerrechts sowie durch den Nachweis einer vom Staat für entsprechend erkannten wissenschaftlichen Vorbildung bedingt. Sodann konnten, abgesehen von den besonders, zum Teil noch geltenden und später am einschlägigen Ort zu erwähnenden Bestimmungen über die Besetzung des bischöflichen Stuhles, der Kanonikate und Domkaplaneien bzw. Dompräbenden, Kirchenämter, welche nicht von der Staatsregierung selbst besetzt wurden, nur an solche verliehen werden, welche nicht von der Regierung unter Anführung von Tatsachen als ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung mißfällig erklärt worden waren<sup>2</sup>.

Nach der VDR. vom 11. August 1919, Art. 137, Abs. 3, verleiht jede Religionsgemeinschaft ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde. Das gleiche bestimmen auch neuere Verfassungsurkunden<sup>3</sup>. Danach ist alles staatliche Ernennungs-, Wahl-, Vorschlags-, Einspruchs- und Bestätigungsrecht weggefallen, soweit solches nicht etwa auf Reservation oder Konzession oder auf Vereinbarung zwischen Kirche und Staat beruht. So wird

<sup>1</sup> Baden: Breve Pius' IX. „Optime“ v. 29. Sept. 1859. Ges. v. 9. Okt. 1860: Schneider a. a. O. 337. Mercati l. c. 904 ff. Maas a. a. O. 328 424 ff. — Bayern: Konk., Art. 11. Minist.-Erl. v. 8. April 1852; 20. Nov. 1873: Schneider a. a. O. 221 224. Mercati l. c. 594. Systemat. Zusammenstellung usw. 56. Girisch-Hellmuth-Pachelbel, Handwörterbuch usw. s. vv. Anstellungsvoraussetzungen, Pfründe. — Hessen: Ges. v. 23. April 1875; 5. Juli 1887: Schneider a. a. O. 382 388. — Preußen: Ges. v. 11. Mai 1873; 11. Juli 1883; 29. April 1887: Schneider a. a. O. 243 270 274. Die im Gesetz vom 29. April 1887 festgehaltene Anzeigepflicht vor der Anstellung von Pfarrern hat Leo XIII. zugestanden. Vering, KR.<sup>3</sup> 192, A. 134. Kifling, Gesch. des Kulturkampfes III (1916) 245 ff. — Österr.: Ges. v. 7. Mai 1874: Schneider a. a. O. 528. — Hinschius, KR. II 509 f.; III 183 ff.; IV 21 ff. 868. A. Lehmkühl, Zur Beurteilung der kirchl. Anzeige (Stimmen aus M.-Laach 1886 II 229 ff.). Friedberg, KR.<sup>6</sup> 359 ff. Horstig, Das staatl. Mitwirkungsrecht usw. 29 ff. Staatslexikon<sup>5</sup> s. vv. Kirche u. Staat in Preußen, Bayern usw.; vgl. vorausgehende Anm.

<sup>2</sup> Konk., Art. 8 9. Breve Pius' IX. „Noveris“ v. 22. Juni 1857. Ges. v. 30. Jan. 1862, Art. 3 4: Schneider a. a. O. 148 310. Mercati l. c. 853 ff. Vogt, Sammlung 253. Pfaff-Sproll, Gesetzeskunde I 120. War die Stelle patronatisch, so hatte der Patron zwecks Feststellung der Erfüllung der staatl. Anforderungen über seinen Kandidaten Anzeige beim Kirchenrat zu machen. Vogt a. a. O. 421, A. 1. Pfaff-Sproll a. a. O. I 122. Golther, Der St. u. die kath. K. in Württ. 180 ff. 191 ff. 280 ff. Gaupp-Gözl, Das Staatsrecht des Königreichs Württ.<sup>3</sup> 505 f. Horstig, Das staatl. Mitwirkungsrecht usw. 101 ff. A. Hagen, St. u. kath. K. in Württ. in den Jahren 1848—1862 (1928) I 148 ff.; II 25 ff. 173 ff.

<sup>3</sup> Bad. Verf.-Urk. v. 21. März 1919, § 17, Abs. 2. F. Giese, St. u. K. im neuen Deutschland (Jb. des öffentl. R.s XIII [1925] 269). M. Schreiber, Der Einfluß des Staates auf die Verleihung kirchl. Ämter nach gelt. Reichs- u. Landesstaatskirchenrecht in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg u. Baden, 1926.

Sägmüller, Kirchenrecht. 4. Aufl. I. 3.

nach dem bayrischen Konkordat vom 29. März 1924, Art. 13, § 1 a, bayrische oder eine andere deutsche Staatsangehörigkeit zur Erlangung eines kirchlichen Amtes gefordert, und es ist, um von der später zu bemerkenden, Bayern und andern Staaten eingeräumten Exklusive bei Besetzung der bischöflichen Stühle und anderer Ämter hier abzusehen, durch Art. 14, § 3 die Kirche verpflichtet, vor Ernennung der Pfarrer der Regierung die Personalien des in Aussicht genommenen Geistlichen mitzuteilen, um so dem Staate Gelegenheit zu geben, Erinnerungen geltend zu machen<sup>1</sup>. Ohne solche vorausgegangene Vereinbarung wird durch das württembergische Gesetz über die Kirchen vom 3. März 1924, § 56 der Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit wegen der mit dem Kirchenamt verbundenen staatsrechtlichen Stellung gefordert<sup>2</sup>. Nach dem Konkordat zwischen dem Apostolischen Stuhl und der preußischen Staatsregierung vom 14. Juni 1929, Art. 9 und 10, sollen die Pfarrer — über analoge Bestimmungen für höhere Kirchenbeamte später — ähnlich wie in Bayern die deutsche Reichsangehörigkeit haben, ein zum Studium an einer deutschen Universität berechtigendes Reifezeugnis besitzen, ein mindestens dreijähriges philosophisch-theologisches Studium an einer deutschen staatlichen Hochschule oder an einem anerkannten bischöflichen Seminar oder an einer päpstlichen Hochschule in Rom zurückgelegt haben. Soweit der preußische Staat das Studium an einer österreichischen staatlichen Universität anrechnet, gilt das auch entsprechend für das theologische Studium. Nach Vereinbarung zwischen den Bischöfen und der Staatsregierung kann auch ein Studium an einer andern deutschsprachigen Hochschule angerechnet werden. Auch kann von allen genannten Vorbedingungen bei Einverständnis zwischen der staatlichen und kirchlichen Behörde abgesehen werden. Die Diözesanbischöfe machen der Staatsbehörde alsbald nach der Anstellung der Pfarrer über deren Personalien Mitteilung. Die sonstigen in der Seelsorge anzustellenden Geistlichen müssen wenigstens deutsche Reichsangehörige sein und die Reifeprüfung gemacht haben. Über ihr theologisches Studium ist nichts vereinbart<sup>3</sup>.

## § 76.

## Die Wahl.

Decr. Grat. D. LX—LXIII. Decr. Greg. IX. I, 6 de elect. Lib. sext. I, 6. Const. Clem. I, 3. Extrav. comm. I, 3. Can. 160—178.

Garcias P. IV, c. 1 ff.; P. V, c. 4. Leuren P. II, q. 198 ff. 664 ff. 670 ff. Thomasin P. II, I. I, c. 15 ff.; I. II, c. 1 ff. Weitere ältere Liter. bei Hinschius, KR. II, 657. Phillips-Vering, KR. VIII 1 (1889) 1 ff. A. v. Wretschko, Die electio communis bei den kirchl. Wahlen im MA. (D. Z. für KR. XI [1902] 326 ff.). Ders., Der Traktat des Laurentius von Sommercote, Kanonikus von Chichester, über die Vornahme von Bischofswahlen, entstanden im Jahre 1254, 1907. Ders., Ein Traktat des Kardinals Hostiensis mit Glosse betr. die Abfassung von Wahldekreten bei der Bischofswahl (D. Z. für KR. XVII [1907] 73 ff.). P. Viollet, Les élections ecclésiastiques au moyen-âge d'après le Libellus super electionibus de Guillaume de Mandagout (Rev. cath. des églises IV [1907] 65 ff.). E. Jungfer, Die Unterschiede zwischen der Papstwahl u. den Bischofswahlen nach dem gemeinen Kirchenrecht, 1909. Feine,

Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfäl. Frieden usw. 10 ff.; vgl. oben S. 400, A. 5. Heckel, Die evangel. Dom- u. Kollegiatstifter Preußens usw. 33 ff.; vgl. oben S. 400, A. 5. A. Dulac, Les élections épiscopales dans l'Église latine au moyen-âge (Rev. de l'hist. des relig. XCIV [1926] 76 ff.).

1. Begrifflich versteht man unter einer kirchlichen Wahl im eigentlichen Sinne die Berufung einer geeigneten Person auf ein erledigtes kirchliches Amt (officium ecclesiasticum, beneficium eccles.) durch die kollegial zur Berufung Berechtigten<sup>1</sup>. Wahl im strikten Sinne findet statt u. a. beim Papst, in der Regel auch beim Bischof, bei exemten Prälaten, beim Kapitularvikar, bei höheren Obern einer exemten klerikalen religiösen Genossenschaft, Synodalexaminatoren, Pfarrkonsultoren, Synodalrichtern, Vorstehern und Beamten kirchlicher Vereine, Vorständen von Konfraternitäten usw.<sup>2</sup> Für die Papstwahl bestehen besondere Vorschriften<sup>3</sup>. Für alle andern kanonischen Wahlen aber gelten die in den Kanonen 160—178 enthaltenen Vorschriften und etwaige besondere, für einzelne Ämter bestehende Normen<sup>4</sup>. Erfolgen kann die Wahl per scrutinium, per compromissum und quasi per inspirationem. Die beiden ersten Wahlarten sind die allgemein gebräuchlichen. Die Wahl durch Quasiinspiration oder Akklamation besteht darin, daß alle Wähler wie vom Heiligen Geist inspiriert einhellig und laut den Namen des zu Wählenden nennen. Sie ist nur noch bei der Papstwahl zulässig, sonst aber verboten<sup>5</sup>.

Jesus Christus hat die Apostel frei berufen<sup>6</sup>. Auch die Apostel stellten ihre Nachfolger in der Regel selbständig auf<sup>7</sup>. Doch zogen sie hierbei bisweilen auch die Gemeinden zu Rate<sup>8</sup>. Noch mehr bedienten sich dieser Mitwirkung ihre Schüler<sup>9</sup>. Sicher seit dem 3. Jahrhundert erfolgte die Besetzung des bischöf-

<sup>1</sup> So definiert die Wahl Wernz-Vidal, Jus can. II 260. Im weiteren Sinne spricht man auch von Wahl, wo der kirchl. Obere als solcher eine bestimmte Person für ein kirchl. Amt auserkählt und damit ausstattet, so z. B. der Papst den Kardinal (Can. 232, § 1), der Bischof den Dekan (Can. 446, § 1), der höhere Obere einer religiösen Genossenschaft den Novizenmeister (Can. 560). Ganz besonders eingehend handelt über den Begriff der Wahl im Unterschied zu andern verwandten Begriffen Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 723 ff.

<sup>2</sup> Can. 160 219; 329, § 3; 321; 432, § 1; 506 507; 385 386; 1574; 697, § 1 2; 715 u. a.

<sup>3</sup> Can. 160 219. Darüber unten im Kapitel über den Papst.

<sup>4</sup> Can. 160. Solche Sondernormen enthält z. B. Can. 433 506 507. Über weitere siehe Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 727.

<sup>5</sup> C. 42, X de elect. I 6. Can. 160 219. Pius X., Const. „Vacante Sede Apostolica“ v. 25. Dez. 1904, Nr. 55. CJC. Documenta. Doc. I. Ihr widerspricht auch Can. 169, § 1, 2<sup>o</sup>, der jede nicht geheime Stimmabgabe verbietet u. als nichtig erklärt.

<sup>6</sup> Matth. 10, 1 ff.; 28, 16 ff.

<sup>7</sup> 1 Tim. 4, 14. Titus 1, 5. J. E. Belser, Die Briefe des Apostels Paulus an Tim. u. Tit. (1907) 105 ff. 236 ff.

<sup>8</sup> Act. 15, 22.

<sup>9</sup> Clem. Rom., Ad Corinth. I, 44.

<sup>1</sup> Acta Ap. Sedis XVII (1925) 51 ff.

<sup>2</sup> F. Haller, Das württ. Gesetz usw. (1924) 115 f.; vgl. oben S. 283, A. 1.

<sup>3</sup> Acta Ap. Sedis XXI (1929) 521 ff.

lichen Stuhles vermittelt Wahl durch Klerus, Volk und Nachbarbischöfe<sup>1</sup>. In einem lange dauernden Prozeß kam aber das Recht, den Bischof zu wählen, an die Domkapitel allein. In ähnlich langer Entwicklung entstand auch für die Domkapitel das Recht, sich durch Wahl neuer Mitglieder zu ergänzen. Ähnlich war es in den Kollegiatkapiteln. In den religiösen Genossenschaften bestand von Anfang an das Recht, sich den Vorsteher selbst zu wählen<sup>2</sup>.

2. Hinsichtlich der Zeit, innerhalb der die Wahl vorzunehmen ist, gilt, daß, wenn ein Kollegium das Wahlrecht für ein erledigtes Kirchenamt hat, es die Wahl, falls rechtlich nichts anderes bestimmt ist<sup>3</sup>, innerhalb von drei Monaten nach erlangter Kenntnis von der Erledigung vorzunehmen hat. Doch läuft die Frist als *tempus utile*. Wird die Wahl nicht innerhalb dieser Zeit, obgleich es möglich wäre, vorgenommen, oder ist das Wahlrecht zur Strafe verloren<sup>4</sup>, so geht es an den Obern über, der die Wahl andernfalls zu bestätigen hat oder sonst zur Besetzung auf Grund der Devolution berechtigt ist<sup>5</sup>.

3. Die Berufung der Wähler kommt, abgesehen von besondern Bestimmungen und Gewohnheiten, dem Vorstand des Wahlkollegiums zu. Er hat alle Wahlberechtigten in festgesetzter Weise zu einem den Wählern gelegenen Termin und Ort einzuladen. Die Einladung gilt, wenn sie eine persönliche sein muß, als geschehen, wenn sie am Ort des Domizils, Quasidomizils oder des gegenwärtigen Aufenthalts erfolgte<sup>6</sup>. Ist einer der zu berufenden Wähler bei der Einladung übergangen worden und hat die Wahl in seiner Abwesenheit stattgefunden, so ist sie zwar gültig, kann aber von ihm innerhalb dreier Tage nach erlangter Kenntnis von der erfolgten Wahl beim zuständigen Obern angefochten werden und muß in diesem Fall von dem Obern für ungültig erklärt werden, auch wenn dieser sie bereits bestätigt hätte, vorausgesetzt, daß die Nichteinladung und Abwesenheit bewiesen ist<sup>7</sup>. Ist mehr als

<sup>1</sup> Cypri., Ep. 43, c. 1; 44, c. 3; 55, c. 8; 59, c. 5 6; 67, c. 3—5; 68, c. 2.

<sup>2</sup> Mehr darüber unten in den §§ Bischof, Dom- u. Kollegiatkapitel u. in den §§ über Orden u. Kongregationen.

<sup>3</sup> So hat das Domkapitel innerhalb von acht Tagen nach Erledigung des bischöflichen Stuhles einen Kapitularvikar zu wählen. Trid. sess. XXIV de ref. c. 18. Can. 432, § 1.

<sup>4</sup> Can. 2390—2394.

<sup>5</sup> C. 35 (Later. II a. 1139, c. 28) D. LIII. C. 36 41, X de elect. I, 6. C. 12, X de conc. praeb. III, 8. C. 26 37 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Can. 161 178. So devolviert, falls das Domkapitel säumig ist, die Aufstellung des Kapitularvikars an den Metropolitane und, falls bei Erledigung des erzbischöflichen Stuhles das Metropolitankapitel seine Pflicht nicht erfüllt, an den ältesten Suffraganbischof. Can. 432, § 2. A. Vermeersch, De utili tempore faciendae electionis (Periodica de re mor. etc. XIII [1924] 71 ff.).

<sup>6</sup> C. 14 35 42 55, X de elect. I, 6. C. 22 in VI<sup>o</sup> h. t. I, 6. Can. 162, § 1.

<sup>7</sup> C. 28 36 55, X de elect. I, 6. Can. 162, § 2. J. Gierke, Darf bei Kapitelswahlen hinsichtlich der Feststellung der absoluten Majorität der contemptus mit in Anschlag gebracht werden? (D. Z. für KR. X [1901] 271 ff.) [Nein.]

ein Drittel der Wahlberechtigten nicht geladen worden, so ist die Wahl ipso jure ungültig<sup>1</sup>. Nicht ungültig ist die Wahl, wenn die Nichtgeladenen trotzdem anwesend waren<sup>2</sup>. Handelt es sich um die Wahl zu einem Kirchenamt, das auf Lebensdauer übertragen wird, so hat eine Ladung der Wähler vor der Erledigung des Amtes keine rechtliche Wirkung<sup>3</sup>.

4. Wahlberechtigt sind nach rechtmäßig erfolgter Einladung nur die am festgesetzten Termin und Ort anwesenden Wähler. Wahl durch Brief oder Stellvertreter ist ungültig, falls nicht ein Spezialgesetz dies gestattet<sup>4</sup>. Wenn ein Wahlberechtigter in dem Hause, wo die Wahl stattfindet, anwesend ist, aber krankheitshalber am Wahlakt nicht teilnehmen kann, so soll dessen schriftlich abgegebene Stimme von den Wahlskrutatoren abgeholt werden, wenn nicht etwa partikular- oder gewohnheitsrechtlich anders bestimmt ist<sup>5</sup>. Jeder Wähler hat nur eine Stimme, selbst wenn er aus mehrfachem Titel wahlberechtigt wäre<sup>6</sup>. Wer nicht ordentliches Mitglied des Kollegiums ist, darf, abgesehen von einem rechtmäßig erworbenen Privileg, zur Wahl nicht zugelassen werden, andernfalls ist die Wahl ungültig<sup>7</sup>. Gleichfalls ungültig ist die Wahl bei unrechtmäßiger, die Wahlfreiheit beeinträchtigender Einmischung seitens eines Laien<sup>8</sup>.

5. Vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen sind: die Handlungsunfähigen<sup>9</sup>, die geschlechtsunreifen Minderjährigen<sup>10</sup>, die durch kondemnatorische und deklaratorische Sentenz Exkommunizierten, Interdizierten, Suspendierten und Infamierten<sup>11</sup>, die Mitglieder und öffentlichen Anhänger einer häretischen und schismatischen Religionsgesellschaft<sup>12</sup>, diejenigen Personen, welche des aktiven Wahlrechts durch richterliche Sentenz oder auf Grund des gemeinen oder partikularen Rechts verlustig geworden sind<sup>13</sup>. Wenn eine vom Wahlrecht ausgeschlossene Person mitgewählt hat, so ist deren Stimme ungültig, die Wahl selbst aber ist gültig, außer es stehe fest, daß ohne diese ungültige Stimme der Gewählte die nötige Stimmenzahl nicht hat oder

<sup>1</sup> Can. 162, § 3. <sup>2</sup> Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 31. Can. 162, § 4.

<sup>3</sup> C. 7 (Pontif. Rom.), D. LXXIX. C. 36, X de elect. I, 6. Can. 162, § 5.

<sup>4</sup> C. 19 28 35 42, X de elect. I, 6. C. 46 in VI<sup>o</sup> h. t. I, 6. Can. 163.

<sup>5</sup> Can. 168.

<sup>6</sup> Can. 164.

<sup>7</sup> C. 8, X de consuet. I, 4. C. 4, X de postul. prael. I, 5. C. 47 50 51 56, X de elect. I, 6. C. 32 43 in VI<sup>o</sup> h. t. I, 6. Can. 165.

<sup>8</sup> C. 43 56, X de elect. I, 6. Can. 166 2390, § 2.

<sup>9</sup> Can. 167, § 1, 1<sup>o</sup>. <sup>10</sup> Can. 167, § 1, 2<sup>o</sup>.

<sup>11</sup> Can. 167, § 1, 3<sup>o</sup>; 2265 2275 2283 2293 2294.

<sup>12</sup> Can. 167, § 1, 4<sup>o</sup>.

<sup>13</sup> C. 7 16 20 23 25 26 40—43 50, X de elect. I, 6. Trid. sess. XXV de regul. c. 2. Can. 167, § 1, 5<sup>o</sup>; 2331, § 2; 2336, § 1; 2342, 2<sup>o</sup>; 2360, § 2; 2368, § 1; 2389.

ein durch kondemnatorische oder deklaratorische richterliche Sentenz Exkommunizierter zur Wahl zugelassen wurde<sup>1</sup>.

6. Vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen oder nicht wählbar sind alle jene, die die für das Amt erforderlichen kanonischen Eigenschaften nicht besitzen, und namentlich diejenigen, denen das passive Wahlrecht ausdrücklich entzogen ist<sup>2</sup>. Doch kann ein nicht Wählbarer vom Papst ein Breve de eligibilitate erhalten. Ein Kollegium, das wesentlich einen Unwürdigen wählt, verliert für diesen Fall ipso facto das Wahlrecht<sup>3</sup>.

7. Zur Gültigkeit der Stimme ist erfordert, daß sie frei, geheim, sicher, unbedingt und bestimmt abgegeben wird. Die Stimme ist ungültig, wenn der Wähler durch schwere Furcht oder List direkt oder indirekt veranlaßt wird, eine bestimmte Person oder mehrere disjunktiv zu wählen<sup>4</sup>. Beigesetzte Bedingungen gelten als nicht beigefügt<sup>5</sup>. Selbstwahl ist ungültig<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> C. 16, X de elect. I, 6. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 37. Can. 167, § 2.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 397 ff. <sup>3</sup> Can. 2391, § 1.

<sup>4</sup> C. 14 42 43, X de elect. I, 6. C. 5, X de reg. jur. V, 41. C. 2 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 64. Trid. sess. XXV de regul. c. 6. Can. 169, § 1, 1<sup>o</sup> 2<sup>o</sup>. Derartige Stimmzettel zählen auch nicht bei Feststellung der Majorität.

<sup>5</sup> C. 1 (Pelag. II. a. 555—560), C. VIII, q. 3. C. 27, X de jurejur. II, 24. C. 2 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. C. un. in VI<sup>o</sup> de jurejur. II, 11. Greg. XIII., Const. „Inter Apostolicas“ v. 5. Sept. 1584, § 1. Innoz. XII., Const. „Ecclesiae catholicae“ v. 22. Sept. 1695, § 2 5. Bened. XIV., Const. „Pastoralis regiminis“ v. 15. Juli 1754, § 3 4. CJC. Fontes I, Nr. 154 259; II, Nr. 430. Can. 169, § 2. Verboten waren namentlich die seit dem MA. bis zur Säkularisation sich trotzdem findenden Wahlkapitulationen. Bened. XIV., De syn. dioec. I, XIII, c. 13, n. 11 ff. Hinschius, KR. II 608, A. 10. Ph. Schneider, Die bischöfl. Domkapitel (1885) 175 ff. Vering, KR.<sup>3</sup> 582, A. 14. P. Wittmann, Die Wahlkapitulationen der Fürstbischöfe von Bamberg (A. für kath. KR. XLIX [1883] 337 ff.). K. Brunner, Wahlkapit. der Bischöfe von Konstanz 1294—1496 (aus Mittl. der Bad. Hist. Kommission, Nr. 20), 1898. J. F. Abert, Die Wahlkapit. der Würzb. Bischöfe bis zum Ende des 17. Jhdts 1225—1698 (aus A. des Hist. Vereins von Unterfranken u. Aschaffenburg XLVI), 1905. [Mit reicher Liter.] J. Freckmann, Die Capitulatio perpetua u. ihre verfassungsgeschtl. Bedeutung für das Hochstift Osnabrück 1648 bis 1650, 1906. G. Weigel, Die Wahlkapit. der Bamberger Bischöfe 1328—1693, 1909. M. Stimming, Die Wahlkapit. der Erzbischöfe u. Kurfürsten von Mainz 1233—1788, 1909. [Mit viel. Liter.] J. Kremmer, Studien zur Gesch. der Trierer Wahlkapit. 1286—1768 (aus Westdeutsche Z., Erg.-Heft XVI), 1911. L. Bruggaier, Die Wahlkapit. der Bischöfe u. Reichsfürsten von Eichstätt 1295—1790, 1915. F. X. Seppelt, Die Anfänge der Wahlkapit. der Breslauer Bischöfe (Z. des Vereins für Gesch. Schlesiens XLIX [1915] 192 ff.). P. E. Louiser, Die Vorstufen der erzbischöfl. Wahlkapit. zu Köln im 14. Jhd., 1918. Feine, Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfäl. Frieden usw. 330 ff. [Mit reicher Liter. auch über einzelne Wahlkapit.] Heckel, Die evangel. Dom- u. Kollegiatstifter Preußens usw. 79 ff. H. Th. Hoederath, Die Wahlkapit. der Fürstbist. von Essen 1370—1726, 1927. K. Kloe, Die Wahlkapit. der Bischöfe von Speyer 1272—1802, 1928. — Nicht verboten sind sog. tractatus consultorii praevis, d. h. sachlich gebotene Vorbesprechungen. C. 27, X de jurejur. II, 24. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 755.

<sup>6</sup> Can. 170.

8. Vor der Wahl per scrutinium, d. h. vor der Wahl durch geheime, schriftliche Abstimmung, die durch den Vorsitzenden geleitet wird, sind durch geheime Stimmabgabe aus den Mitgliedern des Wahlkollegs wenigstens zwei Skrutatoren zu wählen, falls nicht schon statutarisch solche bestimmt sind. Diese haben mit dem Wahlvorsitzenden, falls auch er dem Wahlkollegium angehört, eidlich treue Pflichterfüllung und Geheimhaltung der Wahlvorgänge auch nach der Wahl zu versprechen<sup>1</sup>. Die Skrutatoren haben dafür zu sorgen, daß die Stimmen geheim, sorgfältig, einzeln und gemäß der Präzedenz von jedem Wähler abgegeben werden, haben die Stimmzettel zu sammeln und in Gegenwart des Vorsitzenden in durch eigenes Statut oder rechtmäßige Gewohnheit festgesetzter Form zu prüfen, ob die Zahl der abgegebenen Stimmen mit der der Wähler übereinstimmt, haben die Stimmzettel zu öffnen, ihren Inhalt zu verlesen, zu verzeichnen und bekanntzugeben, wieviele Stimmen jeder erhalten hat<sup>2</sup>. Ist die Zahl der abgegebenen Stimmen größer als die der Wähler, so ist der Wahlakt nichtig<sup>3</sup>. Die Stimmzettel sind sogleich nach jedem Wahlgang oder, wenn in der gleichen Sitzung mehrere Wahlgänge stattfinden, nach Schluß der Sitzung zu verbrennen<sup>4</sup>. Alle Wahlakte sind vom Aktuar genau zu protokollieren und ist das Protokoll wenigstens von diesem, dem Vorsitzenden und den Skrutatoren zu unterzeichnen und im Archiv des Kollegs sorgfältig aufzubewahren<sup>5</sup>.

9. Außer durch schriftliche und geheime Stimmenabgabe kann die Wahl, wenn rechtlich nichts anderes festgesetzt ist, auch per compromissum erfolgen. Unter Wahl durch Kompromiß versteht man, daß die Wähler durch einstimmigen schriftlichen Beschluß ihr Wahlrecht für den vorliegenden Fall auf eine oder mehrere geeignete, dem Wahlkolleg selbst angehörige oder außerhalb desselben stehende Personen (Kompromissare) übertragen, die im Namen aller die Wahl gemäß der erhaltenen Vollmacht vorzunehmen haben<sup>6</sup>. Bei klerikalen Kollegien müssen die Kompromissare Geistliche sein; andernfalls ist die Wahl ungültig<sup>7</sup>. Die Kompromissare müssen, damit die Wahl gültig ist, die für den Kompromiß aufgestellten Bedingungen, welche aber nicht gegen das gemeine Recht gehen dürfen, beobachten. Wurden keine Bedingungen gestellt, so haben sie die Wahlvorschriften des

<sup>1</sup> C. 42, X de elect. I, 6. Can. 171, § 1.

<sup>2</sup> C. 42 46 50 55 58, X de elect. I, 6. C. 21 46 in VI<sup>o</sup> h. t. I, 6. Trid. sess. XXV de regul. c. 6. Can. 171, § 2.

<sup>3</sup> Can. 171, § 3. <sup>4</sup> Can. 171, § 4. <sup>5</sup> Can. 171, § 5.

<sup>6</sup> C. 8 30 32 33 42 52, X de elect. I, 6. C. 29 in VI<sup>o</sup> h. t. I, 6. Can. 172, § 1.

<sup>7</sup> Can. 172, § 2.

gemeinen Rechts zu beobachten. Bedingungen gegen das gemeine Recht gelten als nicht beigesezt<sup>1</sup>. Wurde von den Wählern nur einer Person das Wahlrecht übertragen, so kann diese sich nicht selbst wählen<sup>2</sup>. Wurden mehrere Kompromissare aufgestellt, so kann keiner von diesen durch eigene Zustimmung dem Votum der übrigen, das auf ihn fiel, beitreten und so seine Wahl herbeiführen<sup>3</sup>. Der Kompromiß hört auf, und das Wahlrecht kehrt zu den Kompromittenten zurück durch Widerruf seitens des Wahlkollegs bei noch nicht begonnener Wahl (*re integra*), bei Nichtbeachtung oder Nichterfüllung einer beigefügten Bedingung, bei Ungültigkeit der vollzogenen Wahl<sup>4</sup>.

10. Gewählt ist und ist als solcher vom Vorsitzenden des Wahlkollegs zu verkünden derjenige, der nach Maßgabe von Can. 101, § 1, 1<sup>o</sup> die erforderliche Stimmenzahl erhalten hat<sup>5</sup>. Dem Gewählten ist sofort von dem Vorsitzenden die Wahl mitzuteilen, und dieser hat sich innerhalb einer Frist von wenigstens acht Tagen, die vom Empfang der Mitteilung ab als *tempus utile* läuft, zu erklären, ob er die Wahl annimmt oder nicht. Versäumt er die Frist, so geht er aller Rechte aus der Wahl verlustig<sup>6</sup>. Ebenso geht der Gewählte aller Rechte aus der Wahl verlustig, wenn er die Wahl ablehnt. Ein Reuerecht besteht nicht, außer eben so lange, als die Erklärung der Nichtannahme noch nicht zur Kenntnis des Wahlkollegiums gekommen ist. Doch ist Wiederwahl möglich. Das Wahlkolleg aber muß binnen Monatsfrist nach erlangter Kenntnis von der Verzichtleistung zu einer Neuwahl schreiten<sup>7</sup>. Bei einer Wahl, die einer Bestätigung nicht bedarf, erhält der Gewählte durch Annahme jedoch alsbald ein *jus in re*, andernfalls nur ein *jus ad rem*<sup>8</sup>. Vor erhaltener Bestätigung darf sich der Gewählte weder nach der geistlichen noch

<sup>1</sup> C. 30 32 33, X de elect. I, 6. C. 45, X de appellat., recusat. et relat. II, 28. C. 21 23 29 37 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Can. 172, § 3.

<sup>2</sup> Can. 170; 172, § 4.

<sup>3</sup> Can. 172, § 4. Im früheren Rechte war das erlaubt. C. 33, X de elect. I, 6. H. Singer, Das c. Quia frequenter, ein nie in Geltung gewesenes „Papstwahldekret“ Innozenz' IV. Zugleich ein Beitrag zur Frage der Selbstwahl im Konklave (Z. für R.sgesch., kan. Abt. VI [1916] 1 ff.; speziell 46 ff.).

<sup>4</sup> C. 30 32 52, X de elect. I, 6. C. 37 in VI<sup>o</sup> h. t. I, 6. Can. 173.

<sup>5</sup> C. 3 5, C. XVIII, q. 2. C. 22 29 35 42 55, X de elect. I, 6. C. 2, X de renunt. I, 9. C. 1, X de his quae fiunt a majori parte capit. III, 11. C. 9 21 23 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. C. 4 in VI<sup>o</sup> de sent. et re judic. II, 14. Can. 174. Vgl. oben § 58, 6.

<sup>6</sup> C. 33, X de elect. I, 6. C. 6 16 26 in VI<sup>o</sup> h. t. I, 6. C. 2, Extrav. comm. I, 3. Can. 175.

<sup>7</sup> C. 16, X de elect. I, 6. C. 2 6, X de renunt. I, 9. Can. 176, § 1.

<sup>8</sup> Can. 176, § 2. Vgl. oben § 74, 5. Keiner Bestätigung bedarf, abgesehen von der Papstwahl, z. B. die Wahl des Kapitularvikars; vgl. Can. 438.

nach der weltlichen Seite hin in die Verwaltung des Kirchenamts einmischen; andernfalls sind etwa von ihm vorgenommene Akte ungültig<sup>1</sup>.

11. Ist Bestätigung oder Konfirmation der Wahl nötig, so hat der Gewählte solche innerhalb von wenigstens acht Tagen nach Annahme der Wahl beim zuständigen kirchlichen Obern persönlich oder durch einen andern zu erbitten; sonst geht er seiner Rechte verlustig, außer er könne beweisen, daß er rechtmäßig verhindert war, um die Bestätigung nachzusuchen<sup>2</sup>. Der kirchliche Obere darf, wenn der Gewählte als geeignet befunden wird und die Wahl rechtmäßig stattgefunden hat, die Bestätigung nicht verweigern<sup>3</sup>. Die Bestätigung ist schriftlich zu geben<sup>4</sup>. Durch die Konfirmation erhält der Gewählte die vollen Amtsrechte, wenn nicht im Rechte anders bestimmt ist<sup>5</sup>. Bei Nichtbestätigung hat Neuwahl zu erfolgen.

12. Wenn die Wahl innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht vorgenommen wird oder wenn dem Wahlkolleg das Wahlrecht zur Strafe entzogen wird, dann devolviert die Verleihung des Kirchenamts an denjenigen Obern, von dem die Wahl zu bestätigen war oder dem das Wahlrecht sukzessive zusteht<sup>6</sup>.

Es geht aber das Wahlrecht zur Strafe verloren:

Wenn bei einer von einem Kollegium von Klerikern oder Religiösen vorzunehmenden Wahl Laien oder die weltliche Gewalt sich unrechtmäßig gegen die kanonische Freiheit einzumischen wagen, so gehen die Wähler, welche diese Einmischung veranlaßt oder freiwillig zugelassen haben, für diesmal des Wahlrechts verlustig. Wer aber seiner auf diese Weise erfolgten Wahl wissentlich zustimmt, wird zu dem betreffenden Amt oder Benefizium ipso facto unfähig<sup>7</sup>.

Ein Kollegium, das wissentlich einen Unwürdigen gewählt hat, geht für diesmal ipso facto des Rechts, eine neue Wahl vorzunehmen, verlustig<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> C. 7, X de consuet. I, 4. C. 18, X de praeb. III, 5. C. 5 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. C. 1, Extrav. comm. de elect. I, 3. Pius IX., Const. „Romanus Pontifex“ v. 28. Aug. 1873. CJC. Fontes III, Nr. 565. Can. 176, § 3; 334, § 2; 2394.

<sup>2</sup> C. 6 16 25 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 25. Can. 177, § 1.

<sup>3</sup> C. 3 12 21 22 33 40 44, X de elect. I, 6. Can. 177, § 2. Über den bei Bischofswahlen stattfindenden Informativ- u. Definitivprozeß unten bei Darstellung der Bischofswahl.

<sup>4</sup> C. 1, Extrav. comm. I, 3. Can. 177, § 3.

<sup>5</sup> C. 7 15, X de elect. I, 6. Pius IX., Const. „Romanus Pontifex“ v. 28. Aug. 1873. CJC. Fontes III, Nr. 565. Can. 177, § 4. Anders beim Metropoliten (Can. 276), Bischof (Can. 334, § 2), Pfarrer (Can. 461).

<sup>6</sup> C. 7 41, X de elect. I, 6. C. 35, X de suppl. negl. prael. I, 10. C. 2 12, X de conc. praeb. III, 8. C. 18 37 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 25. Trid. sess. XXIV de ref. c. 16. Pius IX., Const. „Romanus Pontifex“ v. 28. Aug. 1873. CJC. Fontes III, Nr. 565. Can. 178. Zur Devolution siehe oben § 75, 8.

<sup>7</sup> Can. 2390, § 2.

<sup>8</sup> Can. 2391, § 1.

Wer in kirchlichen Ämtern, Benefizien und Würden sich der Simonie schuldig macht, inkurriert die dem Papste simpliciter reservierte excommunicatio latae sententiae und verliert ipso facto für immer das Wahl-, Präsentations- und Nominationsrecht, das er etwa hatte<sup>1</sup>.

Das Wahl-, Präsentations- und Nominationsrecht verlieren für den betreffenden Fall alle, welche mit Hintansetzung der Autorität, welcher die Bestätigung oder Institution zusteht, ein Amt oder Benefizium oder eine kirchliche Würde zu verleihen sich anmaßen<sup>2</sup>.

Wer ein Benefizium oder ein Amt oder eine kirchliche Würde eigenmächtig in Besitz nimmt oder dazu erwählt, präsentiert oder nominiert, in deren Besitz, Leitung oder Verwaltung sich eindringt, bevor er das nötige Bestätigungs- oder Institutionsdekret erhalten und vorschriftsmäßig vorgewiesen hat, wird 1. ipso jure dazu unfähig und soll vom Ordinarius entsprechend bestraft werden und soll 2. durch Suspension, Entziehung des Amtes, Benefiziums oder der Würde und, wenn nötig, durch Deposition gezwungen werden, die Besitznahme, Leitung und Verwaltung des Amtes, des Benefiziums oder der Würde sogleich ohne vorausgehende Mahnung aufzugeben. 3. Kapitel und Konvente, welche einen Gewählten, Präsentierten oder Nominierten vor Vorlegung der Bestätigungs- urkunde zur Ausübung des Amtes zulassen, sind auf vom Papste zu fixierende Zeit von der Ausübung des Wahl-, Nominations- oder Präsentationsrechtes ipso facto suspendiert<sup>3</sup>.

## § 77.

### Die Postulation.

C. 10 11, D. LXI. C. 5, D. LXXI. Decr. Greg. IX. I, 5 de postul. Lib. sent. I, 5. Extrav. comm. I, 2.

G. Ch. Neller, Collectio methodica sacrorum canonum de postulatione praelatorum (A. Schmidt, Thesaurus jur. eccles. II, 733 ff.). Weitere ältere Liter. bei Hinschius, KR. II 657. K. L. Lippert, Über die Admission der Postulierten (Annalen des KR., 2. Heft [1832] 68 ff.). F. E. Bönninghausen, Dissertatio super c. 3, X I, 5 de postul. prael., 1852. Weitere Liter. oben § 76.

Wenn der Wahl eines nach dem Ermessen des Wahlkollegs geeigneteren und vorzuziehenden Kandidaten ein kanonisches Hindernis entgegensteht, von dem dispensiert werden kann und dispensiert zu werden pflegt<sup>4</sup>, so können die Wähler, wenn im Recht nicht anders bestimmt ist, an den zuständigen Obern die Bitte richten, den durch ihre Stimmen in Vorschlag Gebrachten zu bestätigen, und das auch, wenn es sich um ein Kirchenamt handelt, für das der Gewählte keiner Bestätigung bedarf (postulare, postulatio, Postulation)<sup>5</sup>. Die

<sup>1</sup> Can. 729 2392. <sup>2</sup> Can. 2393. <sup>3</sup> Can. 2394.

<sup>4</sup> So wird dispensiert bei mangelndem Alter, unehelicher Geburt, fehlender Weihe; vgl. Can. 331, § 1, 1<sup>o</sup> 2<sup>o</sup> 3<sup>o</sup>; 504; 507, § 3. In schweren Fällen darf nicht postuliert werden: C. 15, X de aet. et qual. I, 14 (Unwissenheit); c. 6, X de corpore vitiat. I, 20 (schwere Verstümmelung); c. 2, X de bigam. I, 21 (Bigamie); c. 10, X de renunt. I, 9 (Inzest) u. a. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>o</sup> 792 f.

<sup>5</sup> C. 1 4 6, X de postul. I, 5. C. 13 20 23, X de elect. I, 6. C. 34, X de transl. I, 7. C. 11, X de renunt. I, 9. C. un. in VI<sup>o</sup> de postul. I, 5. C. 6 16 36 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. C. un. Extrav. comm. de postul. I, 2. Can. 179, § 1.

Kompromissare können nur dann postulieren, wenn dies im Mandat oder Kompromiß ausgedrückt ist<sup>1</sup>.

Zur Gültigkeit der Postulation ist absolute Stimmenmajorität, bei Konkurrenz aber mit der Wahl Zweidrittelmehrheit notwendig<sup>2</sup>. Bei der Postulation ist für die Stimmenabgabe das Wort „postulo“ oder ein anderer, gleichbedeutender Ausdruck zu gebrauchen. Der Ausdruck „eligo vel postulo“ oder ein gleichbedeutender gilt für die Wahl, wenn kein Hindernis entgegensteht, sonst aber für die Postulation<sup>3</sup>.

Die Postulation ist wenigstens innerhalb von acht Tagen an den Obern zu richten, dem die Bestätigung der Wahl zusteht, falls er die Vollmacht hat, von dem Hindernis zu dispensieren, sonst aber an den Papst oder einen andern Bevollmächtigten<sup>4</sup>. Wird die Postulation innerhalb dieser Frist nicht eingeschickt, so ist sie ohne weiteres nichtig, und die Wähler gehen für diesen Fall ihres Wahl- und Postulationsrechtes verlustig, außer sie könnten nachweisen, daß sie an der Einsendung der Postulation rechtmäßig verhindert waren<sup>5</sup>. Durch die Postulation, die der Obere auch zurückweisen kann, entsteht für den Postulierten keinerlei Recht. Die Gewährung der Bitte, die admissio, ist vielmehr reiner Gnadenakt<sup>6</sup>. Die Admissio erfolgt schriftlich<sup>7</sup>. Vor der Einreichung der Postulation haben die Wähler ein Variationsrecht, sie können die Postulation auch wieder zurücknehmen. Ist die Postulation aber eingereicht, so können die Wähler diese nur mit Zustimmung des Obern zurückziehen<sup>8</sup>.

Wenn der Obere die Postulation ablehnt, dann kehrt das Wahlrecht an das Wahlkolleg zurück, außer die Wähler hätten wissentlich einen solchen postuliert, von dem sie wußten, daß ihm ein Hindernis entgegensteht, von dem nicht dispensiert werden kann oder von dem nicht dispensiert zu werden pflegt. In diesem Falle steht die freie Verleihung des Kirchenamts dem Obern zu<sup>9</sup>. Wird die Postulation zugelassen (admissio), so ist dies dem Postulierten mitzuteilen,

<sup>1</sup> Can. 179, § 2.

<sup>2</sup> C. 40, X de elect. I, 6. C. 24 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Can. 101, § 1, 1<sup>o</sup>; 180, § 1. Wenn bei Konkurrenz von Postulation u. Wahl weder der Postulierte die Zweidrittelmajorität noch der zur Wahl Vorgeschlagene die absolute Majorität erhält, so gilt nach dem dritten Skrutinium der letztere als gewählt. Das gleiche gilt, wenn neben dem Postulierten mehrere zur Wahl vorgeschlagen werden. Wer unter den letzteren die relative Stimmenmajorität hat, gilt in diesem Fall ebenfalls als gewählt, der Postulierte aber ist ausgeschlossen. Comm. Pontif. 1. Juli 1922 (Acta Ap. Sedis XIV [1922] 406).

<sup>3</sup> C. un. in VI<sup>o</sup> de postul. I, 5. Can. 180, § 2. Somit dürfte der Ausdruck: Postulo eligendo vel eligo postulando, der im cit. c. un. sub poena nullitatis verworfen ist, jetzt zugänglich sein, da er mit dem andern Ausdruck: Postulo vel eligo doch so gut wie gleichbedeutend ist. Anders Wernz-Vidal, Jus can. II 284.

<sup>4</sup> C. 6 16 27 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Can. 181, § 1.

<sup>5</sup> C. 16 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 25. Can. 181, § 2.

<sup>6</sup> C. 3 5, X de postul. I, 5. C. 23, X de elect. I, 6. C. 16 in VI<sup>o</sup> de elect. I, 6. Can. 181, § 3.

<sup>7</sup> Can. 159; 177, § 3.

<sup>8</sup> C. 4, X de postul. I, 5. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 21 33. Can. 181, § 4.

<sup>9</sup> C. 1 2 3, X de postul. I, 5. C. 23 40, X de elect. I, 6. C. 11, X de renunt. I, 9. C. un. Extrav. comm. de postul. I, 2. Can. 182, § 1. Zur Devolution oben § 75, 8.

und dieser hat sich dann innerhalb von acht Tagen zu erklären, ob er annimmt oder verzichtet<sup>1</sup>. Nimmt er an, so erwirbt er das jus in re, das Kirchenamt<sup>2</sup>.

## § 78.

## Die Erledigung der Kirchenämter.

Decr. Grat. C. VII, q. 1 2. C. XVII, q. 1. C. XXI, q. 2. Decr. Greg. IX. I, 7 de transl.; 9 de renunt.; III, 19 de rer. permut. Lib. sext. I, 7; III, 10. Const. Clem. I, 4; III, 5. Can. 183—195 1484—1494.

Garcias P. XI, c. 1 ff. Leuren P. III, q. 1 ff. Thomassin P. II, l. 2, c. 50 ff. Weitere Liter. oben § 74.

I. Ein Kirchenamt geht nicht dadurch verloren, daß auf irgend eine Weise das Recht des Obern, der das Amt verliehen hat, erlischt, außer es sei im Recht anders bestimmt oder es sei das Amt verliehen worden mit der Klausel: Ad beneplacitum nostrum oder mit einer gleichbedeutenden<sup>3</sup>. Nach rechtlicher Bestimmung aber erlischt beim Tode des Papstes das Amt des Kardinalstaatssekretärs, des Vizekanzlers, des Prodatars, des Sekretärs der Breven<sup>4</sup>, beim Tode des Bischofs oder bei dessen suspensio a jurisdictione das Amt des Generalvikars<sup>5</sup>.

II. Verloren geht ein Kirchenamt entweder ipso jure oder durch Verzicht, Amtsentsetzung, Amotion und Versetzung des Amtsinhabers<sup>6</sup>.

## 1. Der ipso jure eintretende Verlust des Kirchenamts.

Ein solcher erfolgt durch den Tod des bisherigen Inhabers des Amtes<sup>7</sup>, sodann durch Ablauf der Zeit, wenn es auf Zeit verliehen war<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> Can. 175; 182, § 2.

<sup>2</sup> Can. 182, § 3. Vgl. Can. 177, § 4.

<sup>3</sup> C. 2 in VI<sup>to</sup> de off. legati I, 15. Can. 183, § 2. Vgl. oben § 33, 5.

<sup>4</sup> Pius X., Const. „Vacante Sede“ v. 25. Dez. 1911, Nr. 17 18. Ebd. Nr. 12 16 19 20 die Ämter, die beim Tode des Papstes nicht erlöschen. CJC. Documenta. Doc. I. Mehr darüber unten bei der Papstwahl.

<sup>5</sup> Can. 316 371; 430, § 2; 3, 1<sup>o</sup>.

<sup>6</sup> C. 7, C. II, q. 1. C. 14 39, C. VII, q. 1. C. 7, X de elect. I, 6. C. 2—4, X de transl. I, 7. C. 3 4, X de renunt. I, 9. C. 3 8 10 11 17, X de cler. non resid. III, 4. C. 28, X de praeb. III, 5. C. 6 9, X de conc. praeb. III, 8. C. 5, X de rer. permut. III, 19. C. 13, X de haeret. V, 7. C. 6 in VI<sup>to</sup> de rescript. I, 3. C. un. Extrav. Joann. XXII. de praeb. III. C. 4, Extrav. comm. de praeb. III, 2. Trid. sess. XIV de ref. c. 10; sess. XXIV de ref. c. 18. Can. 183, § 1. — Von dem Tausch der Benefizien (permutatio beneficiorum) handeln Can. 1487 1488. Also hiervon unten bei Darstellung des Benefizialrechts.

<sup>7</sup> C. 6 in VI<sup>to</sup> de rescript. I, 3. Richter-Schulte, Conc. Trid. p. 39, n. 21.

<sup>8</sup> Can. 183, § 1. So werden z. B. die examinatores synodales u. parochi consultores nach Can. 387 auf zehn Jahre oder bis zur nächsten Diözesansynode, die con-

In gewissen Fällen wird vom Recht auf Grund gewisser Handlungen ein stillschweigender Verzicht, d. h. der Wille des Amtsinhabers, auf sein Amt zu verzichten, angenommen und wird das Amt ohne richterlichen Spruch von selbst erledigt, nämlich: durch Ablegung der professio religiosa simplex aut sollemnis seitens des bisherigen Amtsinhabers, wobei officia beneficialia nach Ablauf von drei Jahren und officia parochialia nach Ablauf von einem Jahr erledigt werden<sup>1</sup>; durch Nichtantritt des erhaltenen Amtes innerhalb der gesetzlichen, utiliter laufenden oder sonst vom Ordinarius bestimmten Frist<sup>2</sup>; durch Annahme eines Amtes, das mit dem bereits unbestritten besessenen inkompatibel ist<sup>3</sup>; durch öffentlichen Abfall vom katholischen Glauben<sup>4</sup>; durch Eingehen einer Ehe, und zwar auch einer bloßen Zivilehe<sup>5</sup>; durch freiwilligen Eintritt in den Militärdienst<sup>6</sup>; durch eigenmächtige, unbegründete Ablegung der geistlichen Tracht und Nichtwiederanlegung derselben nach erfolgter Mahnung innerhalb eines Monats<sup>7</sup>; durch unrechtmäßige Aufgabe der Residenz, wenn trotz erhaltener Mahnung innerhalb der vom Ordinarius gesetzten Frist, ohne sich auf eine rechtmäßige Verhinderung berufen zu können, keine Folge geleistet oder keine Antwort gegeben wird<sup>8</sup>.

sultores dioecisani nach Can. 426, die superiores religiosi minores locales nach Can. 505 auf drei Jahre bestellt, u. verlieren die Genannten ihr Amt nach Ablauf dieser Zeit ipso jure.

<sup>1</sup> C. 4 in VI<sup>to</sup> de regul. III, 14. Bened. XIV., Ep. „Ex quo“ v. 14. Jan. 1747. CJC. Fontes II, Nr. 374. S. C. Ep. et Reg. 25. Aug. 1903. Can. 188, 1<sup>o</sup>; 584.

<sup>2</sup> Can. 188 2; 333; 1444, § 2; 2398. Vgl. oben § 74, 8.

<sup>3</sup> C. 54, X de elect. I, 6. C. 28 30, X de praeb. III, 5. C. 9, X de conc. praeb. III, 8. C. 28 32 in VI<sup>to</sup> de praeb. III, 4. C. 3 6 in Clem. de praeb. III, 2. C. un. Extrav. Joann. XXII. de praeb. III. C. 2, Extrav. comm. de off. jud. ordin. I, 7. C. 4. Extrav. comm. de praeb. III, 2. Trid. sess. VII de ref. c. 5; sess. XXIV de ref. c. 17. Leo X., Const. „Supernae dispositionis“ v. 5. Mai 1514, § 15 24 25. CJC. Fontes I, Nr. 65. Can. 156; 188, 3; 1439 2396. Vgl. oben S. 402 ff.

<sup>4</sup> C. 9, X de haeret. V, 7. C. 1, X de schismat. V, 8. C. 12 20 in VI<sup>to</sup> de haeret. V, 2. Paul IV., Const. „Cum ex Apostolatus“ v. 15. Febr. 1559, § 3 6. Pius V., „Cum ex Apostolatus“ v. 27. Jan. 1567. CJC. Fontes I, Nr. 94 117. Augsb. Religionsfrieden a. 1555, § 18. Instr. Pac. Osnabr. Art. V, § 15. Can. 188, 4<sup>o</sup>; 985, 1<sup>o</sup>; 2314, § 1, 3<sup>o</sup>.

<sup>5</sup> C. 2 (Conc. Later. II a. 1139, c. 6), D. XXVIII. C. 1 3 5 7 9, X de cler. conjug. III, 3. S. C. Conc. 21. Juli 1674. Richter-Schulte, Conc. Trid. p. 39, n. 21. Can. 132; 188, 5<sup>o</sup>; 646, § 1, 3<sup>o</sup>; 2388. Vgl. oben S. 381 f.

<sup>6</sup> Can. 141, § 1; 188, 6<sup>o</sup>. Vgl. oben S. 371 f.

<sup>7</sup> Sixtus V., Const. „Cum sacrosanctam“ v. 9. Jan. 1589, § 2 3. Bened. XIII.: Const. „In supremo“ v. 23. Sept. 1724, § 6 28; „Apostolicae Ecclesiae“ v. 2. Mai 1725, § 1 2. CJC. Fontes I, Nr. 167 283 286. Can. 136; 188, 7<sup>o</sup>; 2379. Siehe oben S. 364.

<sup>8</sup> C. 3 6 8 11 17, X de cler. non resid. III, 4. Innoz. XIII., Const. „Apostolici ministerii“ v. 23. Mai 1723, § 8. Bened. XIII., Const. „Pastoralis officii“ v. 19. Mai 1725, § 3. CJC. Fontes I, Nr. 280 289. Can. 143; 188, 8<sup>o</sup>; 338 465 2168—2175. Siehe oben S. 375, A. 1.

2. Der Verzicht<sup>1</sup>.

a) Vom stillschweigenden Verzicht ist zu unterscheiden der ausdrückliche. Begrifflich versteht man unter dem ausdrücklichen Verzicht (*renuntiatio, resignatio, dimissio*)<sup>2</sup> die wohlüberlegte, wohlbegründete, freiwillige, in der vorgeschriebenen Form erfolgende Niederlegung eines kirchlichen Amtes seitens des Amtsinhabers in die Hände des kompetenten und damit einverständenen Obern. Außer dem stillschweigenden und ausdrücklichen unterscheidet man einen unbedingten und einen bedingten Verzicht. Letzterer kann sein ein solcher zu Gunsten eines Dritten, d. h. erfolgend unter der Bedingung, daß das freigewordene Amt einer bestimmten dritten Person übertragen werde (r. in favorem tertii), oder ein Verzicht unter Vorbehalt einer Pension für den Resignierenden oder einen Dritten (r. cum reservatione pensionis), oder ein Verzicht mit Vorbehalt des Regresses oder Ingresses oder Akzesses (r. cum condicione regressus, ingressus, accessus). Unter der r. condicione regressus versteht man den Vorbehalt des Resignierenden, in das Amt eventuell wieder zurücktreten zu dürfen, unter der r. cum condicione ingressus den Fall, daß der mit dem Amte Beliehene vor der Besitzergreifung auf dieses verzichtet unter der Bedingung, es später zu erlangen, unter der r. cum condicione accessus den Fall, daß einer, der auf sein Amt ein jus ad rem erlangt hat, auf dieses Recht verzichtet unter der Bedingung, das Amt später zu übernehmen. Ein bedingter Verzicht liegt auch in der *permutatio beneficiorum*<sup>3</sup>.

Nach den Kanonen war das eigenmächtige Aufgeben der kirchlichen Stellung durch den Amtsinhaber schon frühe verboten<sup>4</sup>. Wohl aber konnte ein Verzicht stattfinden, und zwar seitens des Bischofs mit Genehmigung zunächst der Provinzialsynode und seit Gregor I. mit der des Papstes, seitens der niederen Geistlichen mit Zustimmung des Bischofs<sup>5</sup>. Nach dem Dekretalenrecht brauchte der

<sup>1</sup> P. Parisius, *Tractatus duo de resignationibus beneficiorum etc.*, Col. Agr. 1615. J. d'Avezan, *Liber de renuntiationibus seu resignationibus et pensionibus beneficiorum ecclesiasticorum*, Aurel. 1657. *Traité des résignations* (Anal. jur. Pontif. 1857, 1486 ff.). F. Gillmann, *Die Resignation der Benefizien*, 1901. K. M. Παλάλη, *Περὶ παρατήσεως ἐπισκόπων τὸ δίκαιον τῆς ὀρθοδόξου Ἀνατολικῆς Ἐκκλησίας*, 1911. H. Neukämper, *Der Verzicht auf die kirchl. Ämter nach kath. KR.*, 1919.

<sup>2</sup> Im früheren Kurialstil bezeichnete der Ausdruck *resignatio* spezifisch den Verzicht zu Gunsten eines Dritten. W. v. Hofmann, *Forschungen zur Gesch. der kurialen Behörden vom Schisma bis zur Reformation I* (1914) 167. Nach dem CJC. sind die angeführten Bezeichnungen identisch. Doch ist hier der Ausdruck *dimissio* besonders gebräuchlich für den Verzicht auf Benefizien; vgl. Can. 1484—1486.

<sup>3</sup> Can. 1487 1488. Über den Tausch unten im Benefizialrecht.

<sup>4</sup> Synode von Saragossa a. 380, c. 6. C. 3 (Syn. v. Chalcedon a. 451, c. 7), C. XX, q. 3.

<sup>5</sup> C. 13 14 (Greg. I. a. 597 602), C. VII, q. 1.

Papst zum Rücktritt die Zustimmung niemandens<sup>1</sup>, der Bischof die des Papstes und der niedere Geistliche die des Bischofs<sup>2</sup>.

b) Hinsichtlich des Verzichtenden ist zur Gültigkeit des Verzichts erforderlich, daß er seiner Sinne mächtig ist<sup>3</sup>, daß er aus gutem Grunde verzichtet<sup>4</sup>, daß er frei handelt, nicht unter physischer Vergewaltigung, aus schwerer, ungerecht eingejagter Furcht<sup>5</sup>, oder infolge von Überlistung oder in wesentlichem Irrtum<sup>6</sup>. Ein unter solchen die Freiheit benehmenden Umständen eingetretener Verzicht ist ipso jure ungültig und kann dagegen Nichtigkeitsklage erhoben werden<sup>7</sup>. Ebenso ist ipso jure nichtig ein simonistischer Verzicht, mag dann die Simonie begangen worden sein von dem Verzichtenden oder von dem den Verzicht annehmenden Obern oder von einer dritten Person<sup>8</sup>. Um solches zu verhindern, ist auch, während suspensiv bedingter Verzicht bei *permutatio beneficiorum* naturgemäß erlaubt ist<sup>9</sup>, dem kirchlichen Obern verboten die Annahme eines Verzichts auf ein Benefizium zu Gunsten einer dritten Person oder unter Bedingungen, welche die künftige Verleihung des Amtes oder den Bezug des Einkommens aus ihm betreffen, außer das Benefizium sei zwischen zweien strittig und der eine verzichte zu Gunsten des andern<sup>10</sup>. Auch ist, um

<sup>1</sup> C. 1 in VI<sup>o</sup> de renunt. I, 7 (Bonif. VIII. über den Rücktritt Cölestins V.).

<sup>2</sup> C. 1 9 10, X h. t. I, 9.

<sup>3</sup> Can. 184. Also kann der Geistesranke nicht verzichten, wohl aber der Minderjährige ohne Zustimmung von Eltern oder Vormünder.

<sup>4</sup> C. 10, X h. t. I, 9. Das Summarium zu diesem c. faßt die für die Bischöfe zum Verzicht genügenden u. mutatis mutandis auch für die niederen Geistlichen geltenden Gründe zusammen in dem Distichon:

Debilis, ignarus, male conscius, irregularis,

Quem mala plebs odit, dans scandala cedere possit.

Pius V., Const. „Quanta Ecclesiae“ § 3 v. 1. April 1568. Bened. XIV., Ep. „Ex quo“ v. 14. Jan. 1747. CJC. Fontes I, Nr. 125; II, Nr. 374. Can. 184; 189, § 1; 2147 2148 2158.

<sup>5</sup> C. 5, X h. t. I, 9. C. 2—4, X de his, quae vi I, 40. C. 2, X de arbitr. I, 43. C. 23, X de restitut. spoliat. II, 13. C. 8, X de iurejur. II, 24. C. 5, X de reg. jur. V, 41. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 64. C. 2 in Clem. de poen. V, 8. Can. 103 185.

<sup>6</sup> Can. 103 104 185.

<sup>7</sup> Can. 1679—1683.

<sup>8</sup> Can. 1487 1488.

<sup>9</sup> Can. 1486. An sich war die *resignatio in favorem tertii* immer verboten. C. 7 10 11 13, X de fil. presb. I, 17. C. 15, X de jur. patron. III, 38. Trid. sess. XXV de ref. c. 715. Paul IV., Motupr. „Inter caeteras“ v. 27. Nov. 1557, § 2. Pius IV., Const. „Romanum Pontificem“ v. 17. Okt. 1564, § 1—3. Pius V., Const. „Intolerabilis“ v. 5. Juni 1569, § 3—8. Ders., Const. „Hodie“ v. 14. Nov. 1569, § 1. Bened. XIV., Const. „In sublimi“ v. 29. Aug. 1741, § 3 4. CJC. Fontes I, Nr. 92 106 130 131 317. Nichtsdestoweniger gestatteten die Päpste vielfach solche Resignationen. G. Ch. Neller, *De statu resignationum in favorem tertii apud Germanos* (A. Schmidt, *Thesaurus jur. eccles. VI*, 280 ff.). Bened. XIV., *De syn. dioec. I*, XIII, c. 10, n. 13 ff. [Auch er nimmt die Sache etwas leicht.] Jedoch war der Verzicht nach der 19. Kanzlei-

Simonie zu verhindern, verboten, daß der Ordinarius, der die Resignation angenommen hat, den Hausgenossen oder Blutsverwandten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grade einschließlich von sich selbst oder von dem Resignierenden das so frei gewordene Amt verleihe<sup>1</sup>.

c) Zur Gültigkeit des Verzichts hat er in vorgeschriebener Form zu geschehen. Er muß entweder schriftlich oder mündlich vor zwei Zeugen oder durch einen mit schriftlichem Spezialmandat ausgestatteten Prokurator erfolgen. Die schriftliche Urkunde ist im Archiv der Kurie aufzubewahren. Bei mündlicher Erklärung muß das mit dem darüber aufgenommenen Protokoll ebenso geschehen<sup>2</sup>.

d) Für die Regel bedarf der Verzicht der Annahme durch den kompetenten kirchlichen Obern, außer es bedürfe solcher Annahme nicht, wie der Verzicht des Papstes oder des Kapitularvikars<sup>3</sup>. Zuständig zur Annahme ist der Obere, der das Amt frei verliehen hat, oder dessen Stellvertreter<sup>4</sup>. Wenn das Kirchenamt durch Konfirmation, Admission oder Institution verliehen wurde, so hat die Resignation in die Hände des Obern zu geschehen, dem die genannten Rechte zustehen<sup>5</sup>. Daraus folgt, daß die Resignation eines Kirchenamtes in Laienhände ungültig ist. Sie ist aber auch strafbar<sup>6</sup>. Der Papst ist zuständig zur Annahme des Verzichts auf alle kirchlichen Ämter. Ausschließlich ist nur er berechtigt zu solcher Annahme bei Kardinälen, Patriarchen, Erzbischöfen, Bischöfen, Apostolischen Präfekten und Vikaren, exemten Prälaten, exemten Benefiziaten. Für alle andern Inhaber kirchlicher Ämter ist zuständig der Bischof, Apostolische Präfekt und Vikar und exemte Prälat innerhalb ihres Sprengels. Über die

regel ipso jure nichtig, wenn der zu Gunsten eines Dritten Resignierende innerhalb von 20 Tagen nach der Erklärung seines Willens starb. Daß der Papst auch heute noch dispensieren kann, ist klar. Der Bischof aber kann es nicht. Von ihm darf der Verzicht auf ein Benefizium seitens eines Majoristen nur dann angenommen werden, wenn der Lebensunterhalt anderweitig gesichert ist. Can. 1484—1486. — Bezüglich der Novizen vgl. Can. 586.

<sup>1</sup> Can. 157. Vgl. oben § 75, 3.

<sup>2</sup> C. un. in Clem. de renunt. I, 4. Can. 159; 374, § 1, 2<sup>o</sup>.

<sup>3</sup> Can. 221; 443, § 1. Über den Verzicht des Papstes unten im § Die Papstwahl.

<sup>4</sup> C. 7, X de consuet. I, 4. C. 4 9 10, X de renunt. I, 9. C. 18, X de regul. III, 31. C. 1, X de reg. jur. V, 41. C. 2 in VI<sup>to</sup> de off. vic. I, 13. Pius V., Const. „Quanta Ecclesiae“ v. 1. April 1568, § 3. CJC. Fontes I, Nr. 125. Can. 187, § 1.

<sup>5</sup> C. 2, X de transl. I, 7. C. 8 10 15, X de renunt. I, 9. C. 18, X de regul. III, 31. Pius V., Const. „Quanta Ecclesiae“ v. 1. April 1568, § 3. CJC. Fontes I, Nr. 125. Can. 187, § 2.

<sup>6</sup> Nach Can. 2400 verfällt der Kleriker, der in Laienhände resigniert, in die ipso jure eintretende suspensio a divinis. H. Wolfgang, Der Charakter eines landesherrl. Nominationsrechtes u. die Resignation eines vom Landesherrn Nominierten (A. für kath. KR. XXXIV [1875] 367 ff.). A. Regnault, Der Verzicht auf ein kath. Kirchenamt in Bayern. Erl. Diss., Maschinenschr., 1925.

Resignation von Ordensobern entscheiden neben den allgemeinen kirchlichen Normen die Ordensregeln<sup>1</sup>. Annehmen soll der Obere den Verzicht nicht ohne gute und dem in Frage kommenden Amte entsprechende Gründe<sup>2</sup>. Innerhalb eines Monats hat er zu erklären, ob er den Verzicht annimmt oder nicht<sup>3</sup>.

e) Rechtswirksam wird der Verzicht und vakant wird das Kirchenamt erst, wenn die Annahme des Verzichts dem Resignierenden bekannt gemacht worden ist<sup>4</sup>. Daher hat er bis dahin im Amte zu verbleiben<sup>5</sup>. Ist der Verzicht vom zuständigen Obern angenommen, dann kann er nicht mehr rückgängig gemacht werden. Doch kann der Resignierende das betreffende Amt durch neue Verleihung wieder erhalten<sup>6</sup>. Die Genehmigung des Verzichts durch den kirchlichen Obern ist rechtzeitig auch jenen bekannt zu geben, welche neben dem kirchlichen Obern als Wahl-, Nominations- oder Präsentationsberechtigte irgend eine Mitwirkung bei der Verleihung des Amtes haben<sup>7</sup>.

### 3. Die Amtsentsetzung.

a) Die Amtsentsetzung (privatio officii, beneficii) kann der Art nach sein eine solche ipso jure und eine solche ab homine. Die privatio ipso jure ist jene, welche vom Recht selbst auf ein bestimmtes Vergehen gesetzt ist. Die privatio ab homine wird vom Richter aus dem gleichen Grunde durch ein Strafurteil verhängt. In Hinsicht auf die Weise der Verhängung wird die Amtsentsetzung unterschieden in eine richterliche oder prozessuale und in eine administrative oder ökonomische. Die erstere erfolgt auf Grund eines Strafprozesses, ist vindikativstrafe und heißt gewöhnlich privatio schlechthin. Die zweite geht auf dem Verwaltungswege vor sich im Interesse des Heils der Seelen und hat

<sup>1</sup> Den Verzicht der Obern einer dem Bischof unterstellten Kongregation nimmt der Bischof entgegen, wie er auch ihre Wahl zu bestätigen hat; vgl. Can. 506, § 4.

<sup>2</sup> C. 14. C. VII, q. 1. C. 1 5 9 10, X de renunt. I, 9. Pius V., Const. „Quanta Ecclesiae“ v. 1. April 1568, Nr. 3. CJC. Fontes I, Nr. 125. Can. 189, § 1.

<sup>3</sup> Gregor XIII., Const. „Humano vix iudicio“ v. 5. Jan. 1584, § 7. CJC. Fontes I, Nr. 152. Can. 189, § 2. Der Ordinarius kann die Resignation auch noch nach Ablauf der Annahmefrist annehmen, wenn der Resignierende die angemeldete Resignation nicht widerrufen u. den Widerruf dem Ordinarius nicht mitgeteilt hat. Comm. Pontif. 14. Juli 1922, Nr. 3 (Acta Ap. Sedis XIV [1922] 526).

<sup>4</sup> C. 3 12, X de renunt. I, 9. Can. 190, § 1.

<sup>5</sup> Can. 190, § 2. Eigenmächtiges Verlassen der Stelle ist strafbar. Can. 2399.

<sup>6</sup> C. 3 6 12, X de renunt. I, 9. C. 3, X de restitut. spoliat. II, 13. Can. 191, § 1. Comm. Pontif. 14. Juli 1922, Nr. 3 (Acta Ap. Sedis XIV [1922] 526).

<sup>7</sup> Can. 191, § 2. Gregor XIII., Const. „Humano vix iudicio“ v. 5. Jan. 1584 (CJC. Fontes I, Nr. 152), u. Bened. XIV., Const. „Ecclesiastica“ v. 15. Juni 1746, hatten gefordert, daß der Verzicht, um gültig zu sein, allgemein publiziert werden solle, was aber in Deutschland nicht durchgeführt wurde.

Sägmüller, Kirchenrecht. 4. Aufl. I, 3.

nicht notwendig den Charakter einer Vindikativstrafe. Sie heißt gewöhnlich *amotio* oder *remotio*<sup>1</sup>.

b) Als Strafe tritt die *privatio officii* (*beneficii*) entweder *ipso jure* ein oder durch auf dem Wege des Strafprozesses erfolgte Verhängung seitens des kirchlichen Obern<sup>2</sup>.

c) Als Administrativmaßregel kann die *remotio* gegenüber den inamoviblen und amoviblen Ämtern nicht gleichmäßig angewandt werden.

Inamovible Ämter können nicht auf administrativem, sondern nur auf prozessualen Wege entzogen werden<sup>3</sup>. Doch können die inamoviblen Pfarrer in gesetzlich genau umschriebenen Fällen<sup>4</sup> auf dem Verwaltungswege vom Pfarramt entfernt werden<sup>5</sup>.

Dagegen können die Inhaber amovibler Ämter auf administrativem Wege nach klugem Ermessen des Ordinarius auch ohne Vergehen aus ihrem Amt entfernt werden. Es muß aber ein guter Grund vorliegen und die natürliche Billigkeit berücksichtigt werden<sup>6</sup>. Doch ist für die Entfernung amovibler Pfarrer ein besonderes Verfahren vorgeschrieben<sup>7</sup>. Diejenigen aber, welche einen Kleriker auf ein Amt gewählt oder postuliert oder präsentiert haben, können ihn des Amtes nicht irgendwie entsetzen<sup>8</sup>.

d) Rechtskräftig wird die Amtsentsetzung erst durch Mitteilung an den des Amtes Entsetzten<sup>9</sup>.

e) Als Rechtsmittel gegen die Remotion auf dem Wege der Verwaltung kann der Rekurs an den Apostolischen Stuhl ergriffen werden. Dieser hat aber im Unterschied von der Appellation an die höhere Instanz, die bei prozessualer Amtsentsetzung als Rechtsmittel zur Ver-

<sup>1</sup> Noch weiterhin spricht man auch von einer *privatio simplex* u. versteht darunter jene, welche der kirchliche Obere ohne alle Formalität unter Berücksichtigung der Billigkeit verhängt (*destitutio*).

<sup>2</sup> C. 2, X de transl. I, 7. C. 12 13, X de haeret. V, 7. C. 7, X de crim. falsi V, 20. Trid. sess. VII de ref. c. 4. Gregor XVI., Alloc. „Officii memores“ v. 5. Juli 1839. Can. 192, § 1. Über die Fälle, in welchen die *privatio officii* (*beneficii*) *ipso jure* eintritt, u. die Fälle, in welchen der kirchliche Richter auf dem Wege des Strafprozesses sie verhängen muß oder kann, u. über das prozessuale Verfahren bei den inamoviblen Ämtern vgl. unten bei dem Strafprozeß u. bei den Vergehen u. Strafen.

<sup>3</sup> Trid. sess. XXI de ref. c. 6. S. C. Consist. Decr. „Maxima cura“ v. 20. Aug. 1910, can. 30. Can. 192, § 2.

<sup>4</sup> Can. 2147, § 2. <sup>5</sup> Can. 2148—2156.

<sup>6</sup> Bened. XIV., Const. „Firmandis“ v. 6. Nov. 1744, § 11. CJC. Fontes I, Nr. 349. Can. 192, § 3.

<sup>7</sup> Can. 2157—2161.

<sup>8</sup> C. 4, X de jur. patron. III, 38. Can. 195.

<sup>9</sup> Can. 192, § 3. Auch bei der Amtsentsetzung gilt Can. 157; vgl. oben S. 399 f. 422 f.

fügung steht, nur Devolutiv-, nicht Suspensiveffekt, d. h. die Sache geht zwar an die höhere Instanz über, die Remotion besteht aber vorläufig zu Recht<sup>1</sup>.

#### 4. Die Versetzung<sup>2</sup>.

a) Unter der Versetzung (*translatio*) versteht man begrifflich den Verzicht oder die Enthebung eines Klerikers von seinem bisher innegehabten Amt und die Verleihung eines andern durch den kirchlichen Obern aus gutem Grunde.

b) Der Art nach kann sie sein eine freiwillige, erfolgend mit dem Willen des Klerikers, oder eine unfreiwillige, gegen seinen Willen durch den kirchlichen Obern vorgenommen. Die letztere ist entweder Strafversetzung auf gerichtlichem Wege oder Administrativversetzung auf dem Wege der Verwaltung. Die Strafversetzung kann nie eine Versetzung auf ein höheres Amt sein.

Da das Verhältnis des Bischofs zu seiner Diözese ist „*spirituale foedus conjugii, quod in electione initiatum, ratum in confirmatione et in consecratione intelligitur consummatum*“<sup>3</sup>, so ist es erklärlich, daß die Synode von Nicäa a. 325 die Lösung dieses Bandes zwischen Bischof und Diözese durch Übergang in eine andere Diözese in ihrem 15. Kanon unbedingt verbot<sup>4</sup>. Bald aber nahmen die Provinzialsynoden Translationen aus guten Gründen vor<sup>5</sup>. Pseudo-Isidor hat, entsprechend seiner Tendenz, die Bischöfe gegen die Metropolen durch Rom zu schützen, die Genehmigung des Papstes hierzu gefordert<sup>6</sup>. Gregor VII. erklärte die Translation der Bischöfe als Recht des Papstes<sup>7</sup>, und seit Innozenz III. war die Versetzung der Bischöfe durch den Papst allein gemeines Recht<sup>8</sup>. In einem ähnlichen Entwicklungsgang war auch bei den niederen Klerikern die Versetzung anfänglich verboten, wenn auch, entsprechend dem vorgeschriebenen Aufrücken der Ordinierten von einem niederen *ordo* in einen höheren und damit auch in ein höheres Amt, nicht ebenso streng wie bei den Bischöfen<sup>9</sup>. Daher konnte es in der Folgezeit der Bischof gestatten<sup>10</sup>.

c) Zur Versetzung von einem Kirchenamt auf ein anderes ist nur derjenige Obere berechtigt, welcher berechtigt ist, den Verzicht auf

<sup>1</sup> Can. 192, § 3.

<sup>2</sup> G. Ch. Neller, De translatione episcopi. Dissertatio I u. II (A. Schmidt, Thesaurus jur. eccles. III, 1). K. M. Παλλη, Περί μεταθέσεως ἐπισκόπων κατὰ τὸ δίκαιον τῆς ὀρθοδόξου Ἀνατολικῆς Ἐκκλησίας, 1898. H. de Lacombe, L'amovibilité des évêques (Correspondant CLXII [1900] 904 ff.). L. Ober, Die Translation der Bischöfe im Altertum (A. für kath. KR. LXXXVIII [1908] 209 ff.).

<sup>3</sup> C. 4, X de transl. I, 7. <sup>4</sup> C. 19, C. VII, q. 1.

<sup>5</sup> Syn. v. Antioch. a. 341, c. 18. C. 37 (Stat. Eccl. ant. c. 27), C. VII, q. 1.

<sup>6</sup> C. 34 (Pseudo-Anter.) 35 (Pseudo-Pelag.), C. VII, q. 1.

<sup>7</sup> Ep. I, II, n. 55\* (Dictatus Papae), Ziff. 13 (ed. Jaffé 175; ed. Caspar 204).

<sup>8</sup> C. 1 2 3 4, X de transl. I, 7.

<sup>9</sup> Can. Apost. 13 15. C. 19 (Syn. v. Nicäa a. 325, c. 15), C. VII, q. 1. C. 4 (Syn. Chalced. a. 451, c. 20), D. LXXI.

<sup>10</sup> C. 37 (Stat. Eccl. ant. c. 27), C. VII, q. 1. C. 5, X de rer. permut. III, 19.

das eine Amt anzunehmen bzw. das innegehabte Amt zu entziehen und das neue Amt zu verleihen, also bei höheren, exemten und ihm reservierten Ämtern der Papst, bei niederen der Bischof<sup>1</sup>. Diejenigen aber, welche einen Kleriker auf ein Amt gewählt, postuliert oder präsentiert haben, können ihn nicht auf ein anderes versetzen<sup>2</sup>. Erfordert ist zur Versetzung ein guter Grund. Geschieht die Versetzung mit Zustimmung des Klerikers, auf seinen Wunsch oder mit seinem Einverständnis, so ist jeder gute Grund hinreichend. Wenn die Versetzung aber auf dem Strafwege und demgemäß auf ein weniger gutes Amt oder auf dem Verwaltungswege und daher auf ein besseres oder gleichwertiges Amt erfolgt, so bedarf es dazu im allgemeinen ähnlicher Gründe und desselben Verfahrens wie zur *privatio* oder *amotio*. Bei der Versetzung von Pfarrern auf administrativem Wege ist das in den Kanonen 2162—2167 normierte Verfahren einzuhalten<sup>3</sup>.

d) Was die Wirkung der Translation betrifft, so wird das frühere Amt in dem Moment erledigt, in welchem der Versetzte von dem neuen Amt Besitz genommen hat, wenn nicht anders vom Recht oder kompetenten Oberrn vorgeschrieben wird<sup>4</sup>. Infolge hiervon bezieht auch der Versetzte das Einkommen so lange, als er von dem neuen Amt noch nicht Besitz ergriffen hat<sup>5</sup>.

Wie weit außer dem kompetenten kirchlichen Oberrn andere, so auch vor allem der Staat bei der Erledigung von Kirchenämtern mitzuwirken haben, ist im Obigen da und dort bemerkt worden. Jedenfalls ist es geraten, bei der Erledigung von Kirchenämtern den staatlichen Behörden, soweit deren Interesse dabei in Frage kommt, Kenntnis zu geben. Wenn der Inhaber eines Kirchenamtes an der Amtsführung gegen das kirchliche Recht, z. B. durch die Staatsgewalt, gehindert oder gar des Amtes entsetzt wird, so tritt dadurch keine Erledigung des Amtes ein und wird ein solches als *officium impeditum*, das bischöfliche aber als *sedes impedita* bezeichnet.

<sup>1</sup> C. 34 37 39, C. VII, q. 1. C. 4, X de postal. I, 5. C. 6, X de elect. I, 6. C. 1—4, X de transl. I, 7. C. 3, X de off. leg. I, 30. C. 1, X de cler. non resid. III, 4. C. 5, X de rer. permut. III, 19. Clemens VI., Ep. „Super quibusdam“ v. 29. Sept. 1351. Clemens XI., Const. „In supremo“ v. 24. Aug. 1709, § 2. Bened. XIV., Const. „Ad Apostolicae“ v. 17. Okt. 1740, § 5. CJC. Fontes I, Nr. 42 266 302. S. C. Consist. Decr. „Maxima cura“ v. 20. Aug. 1910. Can. 193, § 1.

<sup>2</sup> Can. 195. <sup>3</sup> C. 37, C. VII, q. 1. C. 5, X de rer. permut. III, 19. C. 193, § 2.

<sup>4</sup> C. 28, X de praeb. III, 5. C. 28 in VI<sup>to</sup> de praeb. III, 4. Can. 194, § 1.

<sup>5</sup> Can. 194, § 2; 1472. Für den transferierten Bischof ist durch Can. 430, § 3 bestimmt, daß er, sobald er von seiner Translation Kenntnis erhalten hat, die Befugnisse des dortigen Kapitularvikars besitzt u. das Einkommen aus der neuen Diözese bezieht. Will ein auf dem Verwaltungswege transferierter Pfarrer der Versetzung nicht zustimmen, so hat der Bischof nach Can. 2167 dem Pfarrer zu befehlen, innerhalb bestimmter Zeit die neue Pfarrei anzutreten, u. zugleich schriftlich mitzuteilen, daß nach deren Ablauf die bisher innegehabte Pfarrei erledigt sei.

## Viertes Kapitel.

### Die mit dem Kirchenamt verbundene Jurisdiktion.

(Can. 196—210.)

#### § 79.

#### Die Arten der mit dem Kirchenamt verbundenen Jurisdiktion.

Decr. Greg. IX. I, 28 de off. vic.; 29 de off. et potest. jud. deleg. Lib. sext. I, 13 14. Const. Clem. I, 7 8. Extrav. comm. I, 6. Can. 196—200 205 206. Weitere Kanonen oben § 10 12 62 73.

Thomassin P. I, l. 1, c. 30 60; l. 2, c. 1. Weitere ältere Liter. bei: Hirschius, KR. I 171 ff.; Scherer, KR. I 415. Neuere Liter. oben § 10 12 62 73. Weitere neuere Liter.: C. F. Maché, De delegata episcoporum jurisdictione, 1869; W. Kämpfe, Der Begriff der *jurisdictio ordinaria*, *quasiordinaria*, *mandata*, *delegata* im röm. kan. u. gem. Rechte, 1876. Vgl. die kritischen Bemerkungen gegen Kämpfe von R. v. Canstein im A. für kath. KR. XXXVII (1878) 1192 ff. u. die Erwiderung von Kämpfe ebd. XLI (1879) 337 ff. S. Sanguineti, Nuove ricerche sulla vera natura e nozione della giurisdizione ecclesiastica ordinaria e delegata (Studi e documenti di storia e diritto XI [1890] 349 ff.). Stutz, Der Geist des CJC. 321 ff. [Die 2. Aufl. 1928 ist anastatisch.] J. Ch. Kämpel, Begriff u. Abstufung der *jurisdictio ordinaria* u. *delegata* in ihrer kanonist. Entwicklung. Bonner Diss., Maschinenschr., 1922. A. Larraona, An superiores majores congregationum clericalium non exemptarum possint in aliquibus casibus venire nomine ordinarii? (Comm. pro Relig. IV [1923] 113 ff.) N. Hilling, Die Wiedereinführung der *delegatio a jure* in das geltende KR. (A. für kath. KR. CIII [1923] 130 ff.). Ders., Begriff u. Umfang der *potestas jurisdictionis ordinaria* u. *delegata* im geltenden KR. (ebd. CIV [1924] 181 ff.). Ders., Die Bedeutung der *jurisdictio voluntaria* u. *involuntaria* im röm. u. im kan. Recht des MA.s u. der Neuzeit (ebd. CV [1925] 449 ff.). A. Vermeersch, De nomine et qualitate ordinarii (Periodica de re mor. etc. XIII [1924] 1 ff.). Ch. Augustiner, Rights and duties of Ordinaries, 1924. B. Ojetti, De natura potestatis ordinariorum (Gregorian. VI [1925] 436 ff.). Falco, Introduzione allo studio del „Codex Jur. can.“ 140 ff. 173 ff. H. Fülster, Die richterl. Natur der Untervollmacht, 1928.

1. Die *potestas jurisdictionis seu regiminis* ist, außerdem daß sie zerfällt in *p. ex divina institutione* und in *p. ex jure ecclesiastico*, sodann in *p. fori externi* und in *p. f. interni seu conscientiae*, ferner in *p. sacramentalis* und *extrasacramentalis*<sup>1</sup>, entweder *ordinaria* oder *delegata*<sup>2</sup>.

2. Die *potestas ordinaria* ist jene, welche durch das Recht selbst mit einem kirchlichen Amte verbunden ist, so daß sie mit dem kirchlichen Amte *ipso jure* erworben oder verloren wird<sup>3</sup>.

Die *potestas ordinaria* ist entweder *propria*, eigene, selbständige, kraft Amtes und aus eigenem Recht geübte, oder *vicaria*, stellver-

<sup>1</sup> Can. 196. Siehe oben S. 32.

<sup>2</sup> Can. 197, § 1.

<sup>3</sup> Can. 145, § 1; 197, § 1.

tretende, auch kraft Amtes, aber in Vertretung und im Namen eines andern Amtsinhabers geübt<sup>1</sup>.

Potestas ordinaria vicaria haben, wie zum Teil schon die Namen besagen, die römischen Kurialbehörden, der Apostolische Administrator, Vikar und Präfekt, der bischöfliche Koadjutor, der Kapitularvikar und Generalvikar, der Offizial und Dekan, der Pfarrvikar mit voller pfarramtlicher Seelsorge<sup>2</sup>. Potestas ordinaria vicaria haben auch die Bischöfe, soweit sie über Exemte Jurisdiktion ausüben<sup>3</sup>. Jurisdictio ordinaria vicaria sind auch die gemeinrechtlichen Dispensvollmachten der Bischöfe vom gemeinen Recht<sup>4</sup>.

Wer jurisdictio ordinaria in utroque foro hat, ist Ordinarius (sc. iudex), wenn nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist. Ordinarien über alle Gläubigen oder eine bestimmte Zahl derselben sind der Papst, die Diözesanbischöfe, die abbates vel praelati nullius, die Apostolischen Administratoren, Vikare und Präfekten, sowie ihre jeweiligen Vertreter: Generalvikar, Domkapitel und Kapitularvikar sede vacante, Provikar und Propräfekt für den fehlenden Apostolischen Vikar und Präfekt, endlich die höheren Obern exemter religiöser

<sup>1</sup> Can. 197, § 2.

<sup>2</sup> Die jurisdictio dieser Amtsinhaber wurde bisher von den einen wegen ihrer unbestreitbaren Ähnlichkeit mit der j. delegata einfachhin auch als delegata (mandata) u. von den andern wegen ihrer großen Verwandtschaft mit der j. ordinaria als quasi-ordinaria bezeichnet. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 831. Für die Bezeichnung j. quasi-ordinaria ist ganz besonders Hinschius, KR. I 184, eingetreten. Der CJC. hat dem Streit ein Ende gemacht.

<sup>3</sup> Can. 506, § 2 4; 512, § 1, 1<sup>o</sup>; § 2, 2<sup>o</sup>; 603, § 1; 1261, § 2; 1491, § 1; 1492, § 1. Vgl. oben § 63. Ordentliche Gewalt haben die Bischöfe hier, weil sie die Gewalt auf Grund gemeinen Rechts üben; stellvertretende aber, weil sie sie in Vertretung des Papstes, dem die Exemten unterstellt sind, üben. Das Dekretalenrecht redete in solchen oder ähnlichen Fällen von j. delegata; vgl. c. 13, § 1, X de off. jud. ord. I, 31; c. 9 i. f. X de haeret. V, 7; c. un. in Clem., de suppl. negl. prael. I, 5. Das Tridentinum hat eine Reihe päpstl. Befugnisse auf die Bischöfe als „tanquam Apostolicae Sedis delegati“ übertragen, z. B. sess. V de ref. c. 12; sess. VI de ref. c. 3; sess. VII de ref. c. 6 8 14 usw., oder als „etiam tanquam Apostolicae Sedis delegati“, z. B. sess. VI de ref. c. 4; sess. XXI de ref. c. 3 4 5 6 7 8; sess. XXII de ref. c. 3 8 10. In den Fällen ersterer Art stand ihnen eine jurisdictio ordinaria nicht zu; in denen der zweiten aber an sich wohl. Jedoch waren durch das Hinzukommen besonderer Umstände diese Gegenstände geschichtlich aus der Jurisdiktion der Bischöfe herausgetreten, mußte ihnen daher bezüglich ihrer die Jurisdiktion durch besondere päpstliche Delegation wieder erteilt werden. So Hinschius, KR. I 178 f.; Scherer, KR. I 421, A. 36. Rein kumulativ faßten bzw. fassen den zweiten Ausdruck: Phillips, KR. VI. 810; Wernz, Jus decretalium II<sup>2</sup> (1906) 296 465 ff.; Hergenröther-Hollweck, KR. 315 f.; Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 830, A. 1; 842, A. 1. Dagegen Stutz, Der Geist des C.J.C. 270 f. u. Falco, Introduzione allo studio del „Codex jur. can.“ 183 f. Jetzt ist der Streit erledigt.

<sup>4</sup> Can. 81; 990, § 1; 1043 1045 2237 u. a. Vgl. oben S. 196 201 f.

klerikaler Genossenschaften<sup>1</sup>. Keine Ordinarien sind die Kardinäle, die Pfarrer und die Pfarrvikare; sie haben jurisdictio ordinaria nur in foro interno, nicht auch in foro externo<sup>2</sup>.

Die potestas ordinaria des Papstes ist persönlich, sachlich und örtlich unbeschränkt, die der andern Ordinarii aber persönlich, sachlich und örtlich beschränkt. Diejenigen Ordinarii, die nicht bloß über Personen, sondern auch über Sachen und Orte jurisdictio ordinaria haben, sind Ordinarii loci seu locorum, Ortsordinarien<sup>3</sup>. Ortsordinarien sind alle zuvor angeführten Ordinarii mit Ausnahme der Patriarchen, Primaten, Metropolitane, die als Patriarchen, Primaten und Metropolitane keine Jurisdiktion über Personen und Sachen innerhalb dieser Sprengel, sondern nur als Bischöfe innerhalb ihrer Diözesen haben. Ortsordinarien sind sodann die Generalvikare und Kapitularvikare, soweit ihre Befugnisse gehen. Keine Ortsordinarien sind die höheren Obern exemter religiöser klerikaler Genossenschaften, weil sie jurisdictio ordinaria nur über ihre Ordensangehörigen innerhalb ihrer Klöster besitzen<sup>4</sup>.

3. Die jurisdictio delegata wird nicht mit und durch ein Amt, sondern vom Inhaber eines Amtes durch einen speziellen Akt ohne Amt einer bestimmten Person übertragen<sup>5</sup>.

Wenn die Päpste auch schon früher bisweilen Dritte mit der Durchführung eines Rechtsgeschäftes an ihrer Stelle beauftragten<sup>6</sup>, so erhielt das Institut der Delegation seine volle Ausbildung doch erst im Mittelalter, seitdem infolge des mehr und mehr sich entwickelnden Primats die Päpste immer mehr Rechtssachen an sich zogen oder solche an den Papst als den universalen judex ordinarius gebracht wurden. Da wurde es unumgänglich notwendig und seit Alexander III. gebräuchlich, daß die Päpste zahlreiche Fälle, besonders der strittigen Gerichtsbarkeit, zugleich mit den entsprechenden Instruktionen zur Entscheidung an Dritte: Bischöfe, Äbte, Geistliche und auch Laien, überließen oder delegierten<sup>7</sup>. Da bildete sich auch gemäß der Lehre von der delegatio a principe im römischen Recht durch die romanistische Kirchenrechtsschule die kanonistische Doktrin von der kirchenrechtlichen Delegation aus.

<sup>1</sup> Leo XIII., Enzykl. „Satis cognitum“ v. 29. Juni 1896. Die erstmalige Aufzählung aller Ordinarii findet sich in den Litterae encyclicae der C. S. Officii v. 20. Febr. 1888. CJC. Fontes III, Nr. 630; IV 1109. Can. 195, § 1.

<sup>2</sup> Can. 873, § 1.

<sup>3</sup> Litt. encycl. der C. S. Off. v. 20. Febr. 1888. CJC. Fontes IV, Nr. 1109. Can. 198, § 2.

<sup>4</sup> Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 833 f.

<sup>5</sup> C. 12 X de off. jud. ord. I, 31. Trid. sess. XXIII de ref. c. 15. Can. 197, § 1.

<sup>6</sup> C. 10 (Gelas. I. a. 494), D. LIV. C. 1 (Greg. I. a. 591), D. XCIV. Jaffé, Regesta<sup>2</sup>, Nr. 1231 1416 1870 1898 usw.

<sup>7</sup> Belege bietet fast jede Seite von päpstlichen Regestensammlungen. So auch, abgesehen von andern tituli, besonders der titulus de rescriptis im Corpus juris canonici.

Eine Art päpstlicher Delegaten waren auch die von den Päpsten für Klöster und Universitäten zum Schutz ihrer Rechte und Güter bestellten Konservatoren.

Der Art nach unterscheidet man die *jurisdictio delegata* hinsichtlich des Delegierenden, der delegierten Sache und der Delegation selbst.

Hinsichtlich des Delegierenden kann die Delegation beruhen auf einem speziellen, schriftlichen oder mündlichen Auftrag des Trägers der *jurisdictio ordinaria* oder *ordinaria vicaria*: *delegatio ab homine*. Oder aber beruht sie auf der Rechtsordnung, dem Gesetz: *delegatio a jure, a lege, a canone*<sup>1</sup>.

Hinsichtlich der delegierten Sache geht die Delegation entweder auf einen oder mehrere bestimmte Fälle: *delegatio specialis*. Hinsichtlich der Sache kann für einen einzelnen Fall die ganze Sache oder nur ein Teil derselben oder die bloße Vornahme dieser oder jener Handlung, ein *ministerium nudum*, delegiert werden, oder aber geht die Delegation auf eine ganze Art oder Klasse von Sachen: *delegatio generalis, del. ad universitatem causarum*<sup>2</sup>.

Hinsichtlich der Delegation selbst kann sie sein *del. condicionata, absoluta, temporalis, perpetua*. Die ordentliche Jurisdiktionsgewalt kann ganz oder teilweise delegiert werden, soweit das nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist<sup>3</sup>. So ist unübertragbar die Jurisdiktion des *canonicus poenitentarius* an Dom- und Stiftskirchen<sup>4</sup>, die ordentliche Vollmacht der Kardinäle und Pfarrer, Beicht zu hören<sup>5</sup>, die Gewalt, Ablässe

<sup>1</sup> Da durch Can. 66 81 882 884 1043—1045 1245 2252 u. a. die *delegatio a jure* der *jurisdictio ordinaria vicaria* gleichgestellt wird — siehe oben S. 196 201 f. —, so haben Stutz, Der Geist des CJC. 269 ff., Falco, *Introduzione allo studio del „Codex jur. can.“* 183, Hilling, Das Personenrecht des CJC. 89, Eichmann, KR.<sup>2</sup> 128, u. a. sich dahin ausgesprochen, daß durch das neue kirchliche Gesetzbuch die *delegatio a jure* so gut wie vollständig beseitigt sei. Anders Maroto, *Instit. jur. can.* I<sup>3</sup> 842 f. Tatsächlich findet sich in c. 1, n. 4 des neuen Reglements der Sakramentskongregation v. 7. Mai 1923 (*Acta Ap. Sedis XV* [1923] 392) ein Fall von ausdrücklicher *delegatio a jure*. Hilling, Die Wiedereinführung der *delegatio a jure* in das Kirchenrecht (A. für kath. KR. CIII [1923] 130 ff.).

<sup>2</sup> Die jemandem in einer Gesamtheit von Sachen delegierte Jurisdiktion wurde im Anschluß an die Legisten auch von den Kanonisten vielfach als *j. mandata* bezeichnet. „*Qui mandatum*“ I. 1, § 1. D. de off. ejus, cui mand. est *jurisd.* I, 21. Pillius, *Ordo jud. P. II*, § 13 ff., ed. Bergmann 35 ff. Im *Corpus jur. can.* ist *mandata* u. *delegare* gleichbedeutend; vgl. c. 19 25, X de off. et potest. jud. deleg. I 29; c. 12 in VI<sup>to</sup> h. t. I, 14. Im CJC. aber findet sich „*mandata, jurisdictio mandata*“ etc. nicht mehr. Maroto, *Instit. jur. can.* I<sup>3</sup> 839, A. 1.

<sup>3</sup> C. 20, X de off. jud. ord. I, 31. C. 9, X de consecr. eccles. vel altar. III, 40. C. 7 in VI<sup>to</sup> de off. jud. ord. I, 31. Reg. jur. in VI<sup>to</sup> 68 72. C. S. Off. Litt. encycl. 20. Febr. 1888. CJC. Fontes IV, Nr. 1109. Can. 199, § 1.

<sup>4</sup> Can. 401, § 1.

<sup>5</sup> Can. 873, § 1. Comm. Pontif. 16. Okt. 1919, Nr. 3 (*Acta Ap. Sedis XI* [1919] 477). H. J. Bremer, Kann ein Pfarrer nach dem CJC. einen Priester zum Beicht-

zu erteilen, außer sie sei vom Papst eingeräumt<sup>1</sup>. Da die Tätigkeit des zur gültigen Eingehung der Ehe notwendig assistierenden Pfarrers kein eigentlicher Jurisdiktionsakt ist, so ist die Bevollmächtigung dazu an einen andern Priester keine Delegation im strikten Sinne<sup>2</sup>. Noch weniger ist die Beauftragung mit der Stellvertretung oder Prokurator Delegation, da hier überhaupt keine Jurisdiktion übertragen wird<sup>3</sup>.

Die *potestas ordinis* kann nur dann delegiert werden, wenn die Delegationsbefugnis vom Recht oder ein Indult gewährt ist<sup>4</sup>.

Delegieren kann, wer *jurisdictio ordinaria sive propria sive vicaria* hat, soweit das nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist<sup>5</sup>. So kann der Generalvikar und der Offizial in einzelnen Fällen delegieren.

Delegiert werden kann zu Jurisdiktionsakten nur ein Kleriker, weil nach gemeinem Rechte nur Kleriker *potestas jurisdictionis* erhalten können<sup>6</sup>. In manchen Fällen ist die Priesterweihe für den Delegierten notwendig<sup>7</sup>. Hinsichtlich der Delegation der *potestas ordinis* gilt, daß durch jurisdiktionellen Akt seitens des Papstes oder Bischofs Weihebefugnisse, die regelmäßig den *ordo episcopatus* erfordern, auch auf Inhaber des *ordo presbyteratus* übertragen werden können<sup>8</sup>. Es können sowohl physische als auch juristische kirchliche Personen delegiert werden. Für dieselbe Sache können auch mehrere delegiert werden,

hören in seiner Pfarrei delegieren? (Theol.-prakt. Qschr. LXXIII [1920] 87 ff.) Theol.-prakt. Monatsschr. XXX (1920) 334 ff. Pastor bonus XXXII (1919/20) 392 f. [Nein.] Dagegen kann der Pfarrer seine Dispensvollmachten bezüglich des Fastens, der Sonntagspflicht u. des Kanons 1044 delegieren. J. Haring, Delegation pfarrl. Dispensvollmachten (Theol.-prakt. Qschr. LXXIX [1926] 504 f.).

<sup>1</sup> Can. 913, 1<sup>o</sup>.

<sup>2</sup> Can. 1094; 1095, § 2; 1096, § 1; 1098. Darüber unten im Eherecht bei Darstellung der Eheschließungsform.

<sup>3</sup> Über zulässige Fälle u. vorgeschriebene Form der Prokurator vgl. u. a.: Can. 186 224 275 287; 293, § 2; 299 313; 334, § 3; 359 1088 1089 1316 1407 1445 1655 1657 1658 1659 1660 1746. In andern Fällen ist sie ausdrücklich ausgeschlossen: Can. 139, § 3; 163; 338; 359, § 1; 1306, § 2; 1407; 1657, § 3; 1746.

<sup>4</sup> Can. 210.

<sup>5</sup> Can. 199, § 1. Vgl. S. 430, A. 3.

<sup>6</sup> Can. 118. Der Papst könnte auch Laien delegieren. „*Praesumant*“ c. 2, X de jud. II, 1. Übrigens hat sich aus begreifl. Gründen der Gebrauch gebildet, daß in der Regel nur Generalvikare, Dignitäre in den Kapiteln, Domherren u. Äbte zu päpstl. Delegaten bestimmt werden. C. 11 in VI<sup>to</sup> de rescript. I, 3. C. 15 in VI<sup>to</sup> de off. et potest. jud. deleg. I, 14. Nach Trid. sess. XXV de ref. c. 10 sollten auf den Partikularsynoden geeignete Personen zur Übernahme päpstl. Delegationen, sog. Synodalrichter, gewählt werden. Wo aber solche Synoden nicht gehalten würden, sollte sie der Bischof unter dem Beirat des Kapitels aufstellen. Bened. XIV., Ep. encycl. „*Quamvis paternae*“ v. 26. Aug. 1741. CJC. Fontes I, Nr. 315. Vgl. auch oben S. 194, A. 2.

<sup>7</sup> Can. 524, § 1; 871 872; 1096, § 1; 1156; 1574, § 1.

<sup>8</sup> Can. 210; 782, § 2—4; 951; 1147, § 1; 1156.

und zwar entweder nacheinander<sup>1</sup> oder miteinander, und im letzteren Falle entweder samt und sonders (kollegial)<sup>2</sup> oder samt oder sonders (in solidum, solidarisch)<sup>3</sup>. Der oder die Delegierten müssen fähig sein, den Auftrag auszuführen. Ein Exkommunizierter handelt unerlaubt, und wäre er solches durch kondemnatorischen oder deklaratorischen Spruch, so handelte er auch ungültig<sup>4</sup>. Ebendas gilt von dem Suspendierten<sup>5</sup>. Nicht nötig ist, daß der Delegierte ein Untergebener des Deleganten sei<sup>6</sup>. Der Untergebene hat sich dem Auftrag zu unterziehen. Die Annahme der Delegation hat ausdrücklich oder stillschweigend zu geschehen; andernfalls ist die Delegation wirkungslos.

Der vom Ordinarius Delegierte (delegatus principalis) kann, wenn nötig, die Jurisdiktion weitergeben, kann subdelegieren. Er kann dies aber nicht, wenn persönliche Ausführung des Auftrags verlangt oder die Subdelegation ausdrücklich untersagt ist. So kann die vom Apostolischen Stuhl delegierte Jurisdiktionsgewalt sowohl für einen einzelnen Fall als auch ständig subdelegiert werden, außer es wurde jemand mit Rücksicht auf seine Person zur Ausführung bestellt oder die Subdelegation ausdrücklich verboten<sup>7</sup>. Wer von einem unter dem Papste stehenden Träger der Jurisdiktionsgewalt generell ad universitatem causarum delegiert wurde, kann für einzelne Fälle subdelegieren<sup>8</sup>. Wer von einem unter dem Papst stehenden Träger der Jurisdiktionsgewalt speziell und nur für einen einzelnen Fall delegiert worden ist, kann subdelegieren, wenn er hierzu ausdrücklich ermächtigt worden ist<sup>9</sup>. Jedoch können delegierte Richter die Vornahme eines nicht jurisdiktionellen Aktes, z. B. das Verhör von Zeugen, auch ohne ausdrücklichen Auftrag subdelegieren<sup>10</sup>. Eine subdelegierte Gewalt darf ohne ausdrückliche Erlaubnis niemals wieder subdelegiert werden<sup>11</sup>.

<sup>1</sup> Can. 206.

<sup>2</sup> C. 13, X de rescript. I, 3. C. 16 21 22 34 42, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. Can. 205, § 3.

<sup>3</sup> C. 8 in VI<sup>to</sup> de off. et potest. jud. deleg. I, 14. Reg. jur. in VI<sup>to</sup> 54. Can. 205, § 2.

<sup>4</sup> C. 24, X de appellat., recusat. et relat. II, 28. Can. 2264. Vgl. unten § 80, 8.

<sup>5</sup> Can. 2284. <sup>6</sup> C. 28, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29.

<sup>7</sup> C. 3 6 27 28 43, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. C. 42, X de appellat., recusat. et relat. II, 28. C. 12 in VI<sup>to</sup> de off. et potest. jud. deleg. I, 14. C. S. Off. Litter. encycl. 20. Febr. 1888, n. 5. CJC. Fontes IV, Nr. 1109. Can. 199, § 2.

<sup>8</sup> „Delegatus“ c. 62, X de appellat., recusat. et relat. II, 28. Can. 199, § 3.

<sup>9</sup> Can. 199, § 4. <sup>10</sup> Can. 199, § 4.

<sup>11</sup> C. 27, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. C. 62, X de appellat., recusat. et relat. II, 28. Can. 199, § 5.

Die ordentliche und die ad universitatem causarum delegierte Jurisdiktionsgewalt ist in weitem Sinne, jede andere aber in striktem Sinne zu interpretieren. Jedoch hat der Delegat auch alle jene Vollmachten, ohne welche er die delegierte Gewalt nicht ausüben kann<sup>1</sup>.

Wer *jurisdictio delegata* für sich beansprucht, hat die Beweislast dafür<sup>2</sup>.

Da durch die Delegation im Unterschied von der *potestas jurisdictionis vicaria*<sup>3</sup> eine neue Instanz gebildet wird, so geht die Appellation vom Delegaten an den Deleganten, außer der Apostolische Stuhl habe mit der Klausel: *appellatione remota* in der Weise delegiert, daß gegen die Entscheidung eine Appellation unzulässig sein soll<sup>4</sup>. Vom Subdelegaten geht die Berufung an den Deleganten und nur dann an den Delegaten als Subdelegaten, wenn dieser nicht die Entscheidung, sondern etwa nur die Instruktion der Sache subdelegiert hätte<sup>5</sup>. Die Appellation hat suspensive Wirkung auf die Exekution der vom Delegaten getroffenen Entscheidung.

## § 80.

### Die Verwaltung der Jurisdiktion.

Can. 201—210. Weitere Kanonen oben § 79.

Zur Liter. siehe oben § 79.

1. Die Jurisdiktionsgewalt kann direkt nur Untergebenen gegenüber ausgeübt werden<sup>6</sup>. Indirekt kann die Jurisdiktion auch über Nichtuntergebene ausgeübt werden wegen Unteilbarkeit der Handlung, so z. B. bei Dispensation von Ehehindernissen<sup>7</sup>, Entscheidungen über Verträge, Bestrafung von Vergehen<sup>8</sup>, Dispens von Gelübden<sup>9</sup>.

2. Die ordentliche sowie die delegierte Richtergewalt kann nicht zum eigenen Vorteil oder außerhalb des Territoriums ausgeübt werden<sup>10</sup>.

<sup>1</sup> C. 1 5 11 21 28 29 39, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. Reg. jur. in VI<sup>to</sup> 35 42 53 80 in VI<sup>to</sup>. Can. 200, § 1.

<sup>2</sup> C. 31 32, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. C. 1, Extrav. comm. de elect. I, 3. Can. 200, § 2. Der Beweis wird am besten durch ein Reskript erbracht. Can. 206.

<sup>3</sup> So beim Offizial; vgl. Can. 1573, § 2. Bezüglich des Generalvikars ist es anders; vgl. Stutz, Der Geist des CJC. 316 ff.

<sup>4</sup> Can. 1880, 2<sup>o</sup>.

<sup>5</sup> C. 27, X de appellat., recusat. et relat. II, 28. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup>, 851.

<sup>6</sup> C. 11, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. Can. 201, § 1. Über Exemption vgl. oben § 63.

<sup>7</sup> Can. 1028, § 2; 1043. <sup>8</sup> Can. 1565—1567.

<sup>9</sup> Can. 1313, § 1. Vgl. auch oben S. 202, A. 3.

<sup>10</sup> C. 1 (Pseudo-Fab.), 2 (Pseudo-Dam.), C. IV, q. 4. C. 7, X de off. legati I, 30. C. 2 in VI<sup>to</sup> de constit. I, 2. Can. 201, § 2. Es gilt die auf den cit.

Es kann aber entgegen diesem allgemein gültigen Rechtssatz der bischöfliche Pönitentiar Diözesanen auch außerhalb der Diözese von den bischöflichen reservierten Sünden und Zensuren absolvieren<sup>1</sup>. Ebenso kann, wer die ordentliche Gewalt zu absolvieren hat, seine Untergebenen überall lossprechen<sup>2</sup>. Auch kann der durch Gewalt aus seinem Territorium vertriebene oder dort an der Ausübung seiner Jurisdiktion verhinderte Richter außerhalb seines Territoriums seines Amtes walten und auch ein Urteil fällen, muß jedoch den Ortsordinarius gleichzeitig davon benachrichtigen<sup>3</sup>.

Die freiwillige oder nichtstrittige Gerichtsbarkeit (*jurisdictio voluntaria seu non-judicialis*) kann jemand, wenn aus der Natur der Sache oder rechtlich nichts anderes feststeht, auch zum eigenen Vorteil oder außerhalb des Territoriums oder einem außerhalb des Territoriums befindlichen Untergebenen gegenüber ausüben<sup>4</sup>.

pseudoisidorian. c. 1 u. 2 beruhende Rechtsparömie: *Nemo iudex in propria causa*, u. die andere: *Extra territorium jus dicenti impune non paretur* aus dem cit. c. 2 in VI<sup>to</sup>.

<sup>1</sup> Can. 401, § 1.      <sup>2</sup> Can. 881, § 2.      <sup>3</sup> Can. 1637.

<sup>4</sup> Can. 201, § 3. — Durch die Worte: *potestatem jurisdictionis voluntariam seu non-judicalem*, ist der Dissens über Begriff u. Wesen der *jurisdictio voluntaria* u. E. gehoben. Es ist damit gesagt, daß das ganze Gebiet der *jurisdictio* zerfällt in *j. judicialis* u. *non-judicialis*. Die *j. judicialis* umfaßt alles, was in den Formen des streng gerichtlichen Verfahrens erledigt wird. Die *j. non-judicialis* seu *voluntaria* aber umfaßt alles, was nicht zur *j. judicialis* gehört. Nach Maroto, *Instit. jur. can.* I<sup>3</sup> 863 f., gehört zur *j. voluntaria seu non-judicialis* neben der ganzen *potestas fori interni, excepta sacramentali*, aus der *potestas fori externi*, die *p. legislativa*, die Gesetze gibt u. das soziale Leben ordnet, sodann die *p. gratiosa*, die Dispensationen, Gnaden, Vergünstigungen, Privilegien, Indulgenzen gewährt, weiterhin die *p. administrativa, gubernativa* usw. „*Ad judicalem (sc. potestatem) reducuntur exclusive potestas contentiosa et criminalis, quae illis determinatis sollemnitatibus juris exercentur, quae verum iudicium constituunt.*“ · Zuletzt bemerkt M., daß man die *jurisdictio voluntaria* begrifflich nicht verstehen dürfe als *jurisdictio*, „*quae exercetur in petentes et volentes.*“ „*Potestas voluntaria in nostro jure, ut optime ait Codex, idem prorsus est ac non-judicialis*“ (c. 201, § 3). Mit M. stimmt auch überein Hilling, Die Bedeutung der *jurisdictio voluntaria* u. *involuntaria* im röm. R. u. im kanon. R. des MA.s u. der Neuzeit (A. für kath. KR. CV [1925] 449 ff.). Anders Eichmann, KR.<sup>2</sup> 134: „Die freiwillige Rechtspflege ist ein Bestandteil der *potestas judiciaria*; sie ist eine Art von Rechtssprechung (*ius dicere*), insofern ein Recht zugesprochen oder indem von rechtl. Verpflichtungen befreit wird; sie ist einfache Rechtsanwendung oder Rechtsverfügung durch die zuständige Verwaltungsbehörde in Sachen, welche nicht streitig sind, und zwar auf Anrufen oder Bitten einer Partei, zu deren Gunsten oder auch von Amts wegen. Es scheiden also aus alle im Wege des Prozesses zu erledigenden Streitsachen (*p. judicialis*), Straf- u. sonstige Zwangssachen (*p. coactiva*) u. die Gesetzgebung (*p. legislativa*).“ An Eichmann schließt sich an Haring, KR.<sup>3</sup> 850 ff. — Nach Can. 201, § 3 kann sich aber aus der Natur der Sache oder Gesetz auch etwas anderes ergeben. So kann sich gesetzlich niemand selbst wählen (Can. 170), sich selbst ein Benefizium verleihen (Can. 1437), sich selbst präsentieren (Can. 1461), sich selbst von Zensuren absolvieren oder von Vindikativstrafen dis-

3. Ein Akt der für das *forum externum* verliehenen ordentlichen oder delegierten Jurisdiktionsgewalt gilt auch für das *forum internum*, nicht aber umgekehrt<sup>1</sup>. Die für das *forum internum* verliehene Gewalt kann auch in *foro interno extrasacramentali* ausgeübt werden, falls nicht das *forum sacramentale* gefordert wird<sup>2</sup>. Ist nicht ausdrücklich angegeben, für welches Forum die Vollmacht gegeben ist, so gilt sie *pro utroque foro* verliehen, wenn sich nicht aus der Natur der Sache etwas anderes ergibt<sup>3</sup>.

4. Überschreitet der Delegat seine Befugnis, so ist seine Verfügung nichtig<sup>4</sup>. Doch gilt es nicht als Überschreitung, wenn der Delegat seinen Auftrag auf andere Weise ausführt, als dem Delegierenden gefällig ist, außer die Art der Ausführung sei als Bedingung vorgeschrieben worden<sup>5</sup>.

5. Wenn jemand mit Übergewalt des niederen Oberen den höheren anruft, so ist die freiwillige Gerichtsbarkeit des niederen nicht suspendiert, und zwar weder die ordentliche noch die delegierte<sup>6</sup>. Doch soll sich der niedere Obere in diesem Falle nur aus einem wichtigen und dringenden Grunde in die Sache einmischen und hiervon den Oberen sofort verständigen<sup>7</sup>. Hat sich aber jemand in *sensu stricto* gerichtlich zu entscheidender Sache an den Papst gewandt, so ist alle Gewalt des niederen Richters suspendiert<sup>8</sup>.

pensieren (Can. 2236, § 1). — Daß sich die kirchl. freiwillige Gerichtsbarkeit von der weltl. freiwilligen Gerichtsbarkeit wesentlich unterscheidet, ist bei dem unberechtigten Unterschied von *ius ecclesiasticum publicum* u. *privatum* (siehe oben § 3, IV, c) klar; vgl. etwa: Handwörterbuch der Rswissenschaft s. h. v., Staatslexikon<sup>5</sup> s. h. v.

<sup>1</sup> Can. 202, § 1. — Die Absolution von einer Zensur in *foro externo* gilt auch *pro foro interno*, nicht aber umgekehrt. Doch kann der *pro foro interno* von einer Zensur Absolvierte sich auch *pro foro externo* als von der Zensur befreit betrachten. Wenn aber die Absolution nicht bewiesen oder wenigstens gesetzmäßig *pro foro externo* vermutet wird, so hat der Obere das Recht, in *foro externo* die Beobachtung der Zensur zu verlangen; vgl. Can. 2239, § 1. u. 2251. — Die Dispens von einem Ehehindernis *pro foro interno* gilt nicht *pro foro externo*. Doch gilt ein von der Apostol. Pönitentiarie, also *pro foro interno* erteiltes Dispensreskript auch *pro foro externo*, wenn das Ehehindernis später bekannt wird; vgl. Can. 1044 u. 1047.

<sup>2</sup> Can. 202, § 2. Gefordert ist aber die Beicht, z. B. für die Dispensation von Ehehindernissen durch den Beichtvater (Can. 1044), für die Absolution von Zensuren *latae sententiae* (Can. 2254, § 1). Zur Exegese von Can. 202, § 1 2 vgl. Maroto, *Instit. jur. can.* I<sup>3</sup> 861 f. u. Eichmann, KR.<sup>2</sup> 135.

<sup>3</sup> Can. 202, § 3.

<sup>4</sup> C. 13 15 21 27 32 40, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. C. 11 in VI<sup>to</sup> de rescript. I, 3. Can. 203, § 1.

<sup>5</sup> C. 13, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. Can. 203, § 2.

<sup>6</sup> Can. 204, § 1.      <sup>7</sup> Can. 204, § 2. Vgl. auch Can. 1048.

<sup>8</sup> Can. 218 1569.

6. Wenn mehrere in einer Sache delegiert worden sind und Zweifel besteht, ob sie solidarisch oder kollegial vorzugehen haben, so wird bei Delegation für Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit solidarische, für solche der richterlichen Gewalt kollegiale Delegation rechtlich vermutet<sup>1</sup>. Sind mehrere solidarisch delegiert worden, so schließt derjenige, welcher die Sache zuerst in Angriff genommen hat, die andern aus, außer er kann oder will in der Sache nicht mehr weiterfahren. Dann folgen die übrigen in der gleichen Weise<sup>2</sup>. Sind mehrere kollegial delegiert worden, so müssen zur Gültigkeit der Handlungen alle zugleich vorgehen, außer es sei im Auftrag anders bestimmt<sup>3</sup>. Werden mehrere der Reihe nach delegiert, so hat der die Sache auszuführen, der zuerst den Auftrag erhielt, außer der Auftrag sei durch ein späteres Reskript ausdrücklich zurückgenommen worden<sup>4</sup>.

7. Die Delegation erlischt durch Ausführung des Auftrags, durch Ablauf der Frist, durch Erschöpfung der Fälle, für die sie erteilt wurde, durch Wegfall des wesentlichen Zwecks (*causa finalis*) der Delegation, durch Widerruf seitens des Delegierenden, durch Zurückgabe des Auftrags seitens des Delegierten an den die Zurückgabe genehmigenden Delegierenden. Bei Amtsverlust oder Tod des Delegierenden erlischt eine delegierte Gewalt nur dann, wenn sich das aus besondern, der Delegation beigefügten Klauseln ergibt, oder wenn es sich um eine genau bestimmten Personen zu erteilende Gnade handelt und mit der Ausführung bei Eintritt des Amtsverlustes oder Todes noch nicht begonnen war<sup>5</sup>. Jurisdiktionshandlungen, welche auf Grund einer für den Gewissensbereich delegierten Vollmacht vorgenommen wurden, sind, wenn sie aus Unachtsamkeit nach Ablauf der Zeit oder Erschöpfung der Zahl der Fälle vorgenommen wurden, doch gültig<sup>6</sup>. Wurden mehrere

<sup>1</sup> Can. 205, § 1.

<sup>2</sup> C. 8 in VI<sup>o</sup> de off. et potest. jud. deleg. I, 14. Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 54. Can. 205, § 2.

<sup>3</sup> C. 13, X de rescript. I, 3. C. 16 21 22 34 42, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. Can. 205, § 3.

<sup>4</sup> Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 54. Can. 206.

<sup>5</sup> C. 4 9 19 20 24 28 30, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. C. 5, X de off. legati I, 30. C. 1, X de reg. jur. V, 41. C. 6 7 9 in VI<sup>o</sup> de off. et potest. jud. deleg. I, 14. C. 36 in VI<sup>o</sup> de praeb. III, 4. C. 10 in VI<sup>o</sup> de haeret. V, 2. C. 1, Extrav. comm. de privil. V, 7. Innoc. XIII., Const. „Apostolici ministerii“ v. 23. Mai 1723. § 19. Bened. XIII.: Const. „In supremo“ v. 23. Sept. 1724, § 16 28; Const. „Pastoralis officii“ v. 27. März 1726, § 3. Bened. XIV.: Const. „Apostolica indulta“ v. 5. Aug. 1744, § 3 5; Ep. encycl. „Apostolicum ministerium“ v. 30. Mai 1753, § 9. CJC. Fontes I, Nr. 280 283 292 344; II, 425. Can. 61 (vgl. oben § 32, 5); 207, § 1; 878, § 1; 880. Daß die ständig verliehenen Vollmachten auf den Nachfolger übergehen (Can. 66, § 2), wurde oben S. 196 201 f. bemerkt.

<sup>6</sup> Can. 207, § 2.

kollegial delegiert, so erlischt durch Abgang eines der Mitdelegierten die Delegation für die andern, außer der Wortlaut der Delegation bestimme anders<sup>1</sup>.

8. Die ordentliche Jurisdiktionsgewalt erlischt nicht durch den Tod oder den Verlust des Amtes auf seiten desjenigen, der das mit Jurisdiktion verbundene Kirchenamt verliehen hat<sup>2</sup>. Das gilt mehr oder weniger auch für die *jurisdictio ordinaria vicaria*<sup>3</sup>. Die ordentliche Jurisdiktion erlischt aber durch Verlust des Kirchenamtes<sup>4</sup>. Sie ist suspendiert (*silet*) bei rechtmäßig eingelegter Appellation gegen den Urteilsspruch des Inhabers der Jurisdiktion<sup>5</sup>. Anders, wenn die Appellation bzw. der Rekurs bloß Devolutiveffekt hat. In diesem Falle wird das Urteil trotz der Appellation durchgeführt<sup>6</sup>. Jurisdiktionsakte jedoch, die von einem Exkommunizierten oder Suspendierten vorgenommen worden sind, sind un-erlaubt, ja ungültig, wenn die Exkommunikation oder Suspension durch kondemnatorisches oder deklaratorisches Urteil verhängt oder festgestellt wurde. Gültig aber sind die von solchen Exkommunizierten oder Suspendierten vorgenommenen Jurisdiktionsakte dann, wenn sie von in Todesgefahr befindlichen Gläubigen von ihnen erbeten worden sind<sup>7</sup>.

9. Bei Jurisdiktionsakten, die heilbar sind, suppliert die Kirche (*Ecclesia supplet*) in foro externo et interno bei allgemeinem Irrtum (*error communis*) der Gläubigen über das Vorhandensein der Jurisdiktion bei dem die Jurisdiktion Ausübenden und ebenso bei positivem und probablem Zweifel des die Jurisdiktion Ausübenden über die Rechts- oder Sachlage (*in dubio positivo et probabili sive juris sive facti*) die fehlende Jurisdiktionsgewalt<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> C. 30 42, X de off. et potest. jud. deleg. I, 29. Can. 207, § 3.

<sup>2</sup> Can. 183, § 2; 208. Vgl. oben S. 418.

<sup>3</sup> Can. 318, § 1. Anders Can. 355, § 2; 371; 1573, § 6. Über die Ämter, die beim Tode des Papstes erlöschen u. nicht erlöschen, siehe oben S. 418.

<sup>4</sup> Reg. jur. in VI<sup>o</sup> 42. Can. 183, § 1; 208; 873, § 3. <sup>5</sup> Can. 208.

<sup>6</sup> Can. 208. Vgl. etwa: Can. 192, § 3 (oben S. 425); 296, § 2; 298; 345; 454, § 5; 513, § 2; 880, § 2 u. a. <sup>7</sup> Can. 208; 873, § 3; 2261, § 3; 2264 2284.

<sup>8</sup> Can. 209. — *Error communis* ist dann vorhanden, wenn der die Jurisdiktion Ausübende an dem Orte, an welchem er sie ausübt, von allen oder doch wenigstens vom größeren Teil der Gläubigen als zur Ausübung der Jurisdiktion berechtigt angesehen wird. Früher verlangten viele Autoren für solchen Fall das Vorhandensein eines *error communis cum titulo colorato*, d. h. sie verlangten, daß der die irrtümlich als vorhanden angenommene Jurisdiktion übertragende Rechtsakt wirklich, wenn auch ungültig, vorgenommen worden sei. Nicht aber ließ man den *titulus existimatus seu putatus*, d. h. den rein angenommenen Titel, genügen. Der CJC. hat die Kontroverse nach der milderen Seite hin entschieden, indem er vom Erfordernis des *titulus coloratus* schweigt. Notwendig ist aber, daß die Kirche im betreffenden Fall supplieren kann. So kann z. B. ein Pfarrer, der allgemein dafür gehalten wird, aber nicht einmal Priester ist, niemals absolvieren, die Kirche aber nicht supplieren. P. George, *De parochio putativo*, 1859. A. Lehmkühl, *Kirchl. Jurisdiktion u. das Supplieren derselben*

10. Die Weihegewalt, welche der rechtmäßige kirchliche Obere mit einem kirchlichen Amte verbunden oder einer Person verliehen hat, kann nur dann weitergegeben werden, wenn das Gesetz selbst oder ein Indult das ausdrücklich gestattet<sup>1</sup>.

### Fünftes Kapitel.

#### Die Zurückversetzung von Klerikern in den Laienstand.

(Can. 211—214.)

#### § 81.

##### Die Laisierung von Klerikern.

C. 1 2, D. 68. C. 1, q. 1 7. C. 10. C. XI, q. 3. C. 3, C. XX, q. 3. C. XXIV, q. 1. Decr. Greg. IX. I, 16 de sacr. non iter. Lib. sext. V, 9 de poenis. Can. 211—214.

L. Thiele, *Dissertatio de characteribus indelebilibus*, 1861. F. Q. Kober, *Die Deposition u. Degradation* (1867) 56 ff. 90 ff. Ph. Hergenröther, *Photius II* (1867) 321 ff. O. Laake, *Über den sakramentalen Charakter*, 1903. M. J. L. Farine, *Der sakram. Charakter*, 1904. Scherer, *Ein ehrwürd. Zeugnis der Überlieferung über den sakram. Charakter* (Kath. Seelsorger XIX [1907] 18 ff.). E. Brommer, *Die Lehre von dem sakram. Charakter bis zu Thomas v. Aquin*, 1908. F. Gillmann, *Der sakram. Charakter bei den Glossatoren Rufinus, Johannes Faventinus, Sikard von Cremona, Huguccio u. in der Glossa ordinaria des Dekrets* (Katholik 1910 I 300 ff.). Ders., *Zur Lehre vom sakram. Charakter* (ebd. 1910 I 215 ff.). Ders., *Der sakram. Charakter bei Petrus von Poitiers u. bei Stephan Langton* (ebd. 1913 I 74 ff.). Ders., *Zur Sakramentenlehre des Wilhelm von Auxerre* (1918) 11. A. Durst, *De characteribus sacramentalibus*, 1925. Vgl. auch: Schanz, *Die Lehre von den hl. Sakramenten der kath. K.* (1893) 144 ff.; Bartmann, *Lehrb. der Dogmatik II*<sup>5</sup> 228 ff. [Die 7. Aufl. (1929) stand nicht zur Verfügung.] *Kirchenlexikon*<sup>2</sup> s. v. *Communio laica*. Weitere Liter. unten in den §§ über die Ordination.

1. Durch die Ordination wird die geistliche Fähigkeit (*facultas spiritualis*) erteilt, die mit dem betreffenden *ordo* verbundenen Funktionen gültig (*valide*) vorzunehmen. Diese durch die Weihe erhaltene, auf einem *character indelebilis* beruhende innere Befähigung kann nicht mehr aufgegeben oder genommen werden. Und zwar kann diese innere Befähigung beim Bischof, Priester und Diakon, weil

(Z. für kath. Th. VI [1882] 659 ff.). A. Schmitt, *Probabilismus u. supplierte Jurisdiktion* (ebd. XXIX [1915] 34 ff.). J. Jombart, *L'erreur commune* (Nouv. Rev. théol. L [1923] 169 ff.). A. Guns, *L'erreur commune* (ebd. 533 ff.). *De errore communi* (Jus Pontif. III [1923] 148 ff.). A. Couly, *La jurisdiction supplée du can. 209* (Canoniste cont. XLVII [1925] 450 ff.). J. Adloff, *L'erreur commune et la jurisdiction supplée* (Bull. ecclés. du dioc. de Strasbourg 1927, 252 ff.). M. de Arguer, *El error común y la jurisdicción eclesiástica*<sup>2</sup>, 1927. H. Jone, *Error communis u. Suppletion der Beichtjurisdiktion* (Theol.-prakt. Qschr. LXXXI [1928] 140 ff.). Ders., *Error communis bei Eheassistenten* (ebd. 806 ff.).

<sup>1</sup> Bened. XIV., *Ep. encycl. „Apostolicum ministerium“* v. 30. Mai 1753, § 4 11. C. S. Off. 4. März 1903. CJC. Fontes II, Nr. 425; IV, 1263. Can. 210.

sakramental, also auf göttlichem Rechte beruhend, niemals aufgehoben werden. Beim Subdiakonat und den *ordines minores*, die auf kirchlichem Rechte beruhen, nicht sakramental, sondern nur Sakramentalien sind, könnte sachlich die innere Befähigung wieder genommen werden. Aber bei ihrem engen Zusammenhang mit den *ordines majores* hat die Kirche das niemals getan und niemals nach stattgehabter gültiger Weihe eine wirkliche Reordination, sondern höchstens eine Rebenediktion vorgenommen. Dagegen steht nichts im Wege, daß die Kirche die mit dem *ordo* und den *ordines* verbundenen Rechte entzieht und von den damit übernommenen Pflichten entbindet, Kleriker *laisiert*<sup>1</sup>.

Ähnlich wie schon die Synode von Sarragossa a. 380<sup>2</sup>, so bestimmte das allgemeine Konzil von Chalcedon a. 451, c. 7, daß die, welche einmal in den Klerus aufgenommen oder Mönch geworden seien, weder in den Kriegsdienst noch in ein weltliches Amt eintreten dürften, daß vielmehr diejenigen, die solches wagten und nicht reuevoll zu dem Beruf, den sie früher um Gottes willen gewählt hätten, zurückkehrten, mit dem Anathem belegt werden sollten<sup>3</sup>. Und daran hielt man trotz zeitweiligen Schwankens im wesentlichen durch alle folgenden Jahrhunderte fest. Schwer schuldhaft gewordene Kleriker wurden zur *communio laica* verwiesen, exkommuniziert, deponiert, degradiert. Dadurch wurde ihre innere Befähigung zu Weihehandlungen (*facultas spiritualis*) gebunden, so daß sie nicht mehr erlaubterweise ausgeübt werden konnte, nicht aber wurde sie vernichtet, so daß sie nicht mehr gültig ausgeübt werden konnte. Daher fand auch, wenn je ein solcher Kleriker wieder zu Weihehandlungen zugelassen wurde, keine Reordination, sondern nur eine Rebenediktion statt<sup>4</sup>. Wohl aber konnten und wurden sie ihrer Standesrechte be-

<sup>1</sup> Trid. sess. VII de sacr. can. 9; sess. XXII de sacr. ord. c. 4. can. 4. Pontif. Rom. tit. Degrad. forma. Ebenso wenig wird eine Retonsurierung vorgenommen. Maroto, *Instit. jur. can.* I<sup>3</sup> 877, A. 2. Haring, *KR.*<sup>3</sup> 125, A. 8.

<sup>2</sup> C. 6. Harduin, *Acta Conc. I*, 806.

<sup>3</sup> C. 3, C. XX, q. 3.

<sup>4</sup> Nov. 5, c. 6; 6, c. 7; 123, c. 14 15 29. C. 2 (Conc. Hispal. II, a. 619, c. 3), C. XXI, q. 2. Syn. v. Aachen a. 789, c. 23 26. Syn. v. Frankf. a. 795, c. 24. Conc. Rem. a. 1049, c. 8. Conc. Rothomag. a. 1072, c. 11. Conc. Tolosan. a. 1119, c. 10. Harduin, *Acta Conc. IV*, 832 f. 907; VI, 1007 1189 1979. C. 1 3, X de apost. V, 9. — Ob die Weihen häret., schismat. u. simonist. Bischöfe gültig seien, darüber schwankte Theorie u. Praxis bis in das 13. Jhd. So sprechen für die Gültigkeit: C. 107 (Syn. Carth. III, a. 397, c. 38), D. IV de cons.; c. 97 (August., *Contra ep. Parm.* I, II, c. 13), C. I, q. 1; c. 8 (Anast. II, a. 496), D. XIX. Gegen die Gültigkeit aber: C. 8 (ist der in das Gegenteil verkehrte c. 8 von Nicäa a. 325), C. I, q. 7; Can. Apost. n. 68. Daß sogar noch im großen Schisma Reordinationen vorkamen, siehe bei K. Eubel, *Röm. Qschr. X* (1896) 507 ff. Der entscheidende Punkt ist die Frage, ob wirklich eigentliche Reordinationen solch fehlerhaft Geweihter vorgekommen sind. Die Ausdrücke: *ordinationem evacuare, irritare* (z. B. Conc. Lateran. II, a. 1139, c. 30) können, da vor dem Aufkommen der absoluten Ordinationen seit dem 13. Jhd. Weihe u. Anstellung unter den einen Begriff u. Terminus „*ordinatio*“ fielen, auch nur auf die Anstellung gehen; vgl. c. 2 (Urban II. a. 1095), D. LXX. Doch kann Sägmüller, *Kirchenrecht*. 4. Aufl. I. 3.

raubt, laisiert, zu welchem Zwecke vor allem die Degradation eingeführt wurde und besteht<sup>1</sup>.

2. Majoristen können laisiert werden durch ein Dekret des Apostolischen Stuhles, durch Degradation und durch Urteil oder Verfügung des kirchlichen Richters<sup>2</sup>. Es kann nämlich ein Kleriker, der durch schwere Furcht gezwungen eine höhere Weihe empfangen hat, die Weihe auf dem Wege der Klage anfechten<sup>3</sup>. Ein solches Anfechtungsrecht besteht aber nicht, wenn der so Ordinierte nach Aufhören der Furcht die Ordination ratihabiert hat entweder ausdrücklich oder stillschweigend durch Ausübung des *ordo* und zugleich mit dem Willen, die klerikalen Pflichten auf sich zu nehmen<sup>4</sup>. Der Bestand des Zwanges und der Nichteintritt der Ratihabition ist aber, da die Vermutung für die Gültigkeit der Weihe spricht, von dem Kläger in

trotzdem kein Zweifel bestehen, daß theoretisch manche diese Weihen für ungültig hielten, u. daß faktisch, z. B. während des Investiturstreits, wirkliche Reordinationen vorkamen. J. Hergenröther, Die Reordinationen der alten Kirche (Österr. Vierteljahrsschr. für kath. Th. I [1862] 207 ff.). E. Michael, Professor Sdralek über Altman v. Passau u. Gregor VII. (Z. für kath. Th. XV [1891] 81 ff.). Ders., Päpste als „offenbare Ketzer“. Geschichtsfabeln Döllingers (ebd. XVII [1893] 193 ff.). K. Mirbt, Die Publizistik im ZA. Gregors VII. (1894) 372 ff. B. Gigalski, Die Stellung des Papstes Urban II. zu den Sakramentshandlungen der Simonisten, Schismatiker u. Häretiker (Th. Qschr. LXXIX [1897] 217 ff.). P. Dworski, De ordinationibus Formosi Papae, 1900. E. Michaud, La succession apostolique (Rev. internat. de théol. VIII [1900] 263 ff.). Ders., La question des ordinations pendant les neuf premiers siècles (ebd. XVII [1909] 660 ff.). J. F. Schulte, Die geschichtl. Entwicklung des rechtl. „character indelebilis“ als Folge der Ordination (ebd. IX [1901] 17 ff.). D. Migliazza, Una importante questione di storia ecclesiastica (Riv. di scienze stor. II [1905] 251 ff.). L. Saltet, Les réordinations, 1907. E. Hirsch, Die Auffassung der simon. u. schismat. Weihen im 11. Jhd., besonders bei Kardinal Deusdedit (A. für kath. KR. LXXXVII [1907] 25 ff.). P. Pourrat, La théologie sacramentaire<sup>3</sup> (1908) 141 ff. J. Drehmann, Papst Leo IX. u. die Simonie (1908) 26 ff. P. Fournier, Bonizo de Sutri, Urbain II et la comtesse Mathilde d'après le „Liber de vita christiana“ de Bonizo (Bibl. de l'École des chartes LXXVI [1915] 264 ff.). A. Fliehe, Le cardinal Humbert de Moyenmoutier. Étude sur les origines de la réforme grégorienne (Rev. hist. CXIX [1915] 41 ff.). Ders., Études sur la polémique religieuse à l'époque de Grégoire VII. Les Prégrégoriens (1916) 101 ff. 213 ff. 245 f. 252 285 ff. Ders., La réforme grégorienne I (1922) 291 ff. 338. D. Stone, Episcopacy and valid orders in the primitive Church, 1926. Schanz, Die Lehre von den hl. Sakramenten 694 f. Bartmann, Lehrb. der Dogmatik II<sup>5</sup> 242 ff. Daß wenigstens in der frühesten Kirche Laisierungen u. Reordinationen vorgekommen seien, betonen stark: Hirschius, KR. I 84; IV, 728; Friedberg, KR.<sup>5</sup> 28; Sohm, KR. II. 308 ff. — Auch hier wieder zeigt sich der bereits ausgestellte Fehler in der Disposition des Kodex, daß der *Passus De ordine* in das 3. Buch eingestellt ist. Vgl. oben S. 333, A. 6.

<sup>1</sup> Can. 2305, § 1.      <sup>2</sup> Can. 211, § 1; 214.

<sup>3</sup> Can. 103, § 2; 214, § 1. F. Roberti, De sacra ordinatione ex metu suscepta et de poenis in eos, qui quoquo modo coegerint (Apollinaris I [1928] 48 ff.). G. Arendt, Quomodo concordare debeant canones 214 et 1072? (Jus Pontif. VIII [1928] 63 ff.)

<sup>4</sup> Can. 214, § 1.

einem gesetzlich festgelegten Prozeß zu beweisen<sup>1</sup>. Ist dann die Zurückversetzung in den Laienstand entschieden, so ist der Majorist von allen Standespflichten einschließlich des Zölibats und des *Breviers* befreit<sup>2</sup>.

3. Minoristen treten in den Laienstand zurück ipso facto aus den im Recht fixierten Gründen<sup>3</sup>: durch gültigen, aber auch durch wegen eines trennenden Ehehindernisses ungültigen Eheabschluß<sup>4</sup>, durch eigenmächtiges Aufgeben der geistlichen Tracht und der Tonsur trotz der vor einem Monat erfolgten bischöflichen Mahnung<sup>5</sup>, durch freiwilligen Eintritt in den Militärdienst<sup>6</sup>, durch Entlassung aus dem Kloster<sup>7</sup>. Außerdem treten Minoristen in den Laienstand zurück durch freiwilligen Rücktritt<sup>8</sup>, durch Dekret des Ordinarius, der aus gutem Grund und nach allseitiger Erwägung glaubt, daß ein Minorist nicht ohne zu befürchtende Unehre für den Klerikerstand zu den höheren Weihen zugelassen werden könne<sup>9</sup>. Endlich könnte ein Minorist auch degradiert werden, was aber kaum nötig ist bei dem eben angeführten, für den Bischof gangbaren andern Weg<sup>10</sup>.

4. Bezüglich der Wiederaufnahme laisierter Kleriker in den Klerikalstand gilt, daß ein laisierter Minorist nur mit Erlaubnis des Ordinarius, dessen Diözese der Kleriker durch die Ordination eingegliedert war, nach Wegfall aller Gründe der Laisierung, sorgfältiger

<sup>1</sup> Can. 214, § 2; Can. 1993—1998. Nach diesen Kanonen: De causis contra sacram ordinationem, ist hierin die C. de discipl. Sacr. zuständig. Die Kongregation entscheidet zunächst darüber, ob die Sache auf dem Prozeß- oder Verwaltungsweg zu entscheiden sei. Im ersteren Fall fällt der Bischof das Urteil, im zweiten trifft die Kongregation eine Verfügung. Das Nähere unten im Prozeßrecht.

<sup>2</sup> Bened. XIV., Instr. „Eo quamvis tempore“ v. 4. Mai 1745, § 21. CJC. Fontes I, Nr. 357. Can. 214, § 1. Maroto, Instit. jur. can. I<sup>3</sup> 878 ff., führt aus, daß per analogiam der Schluß berechtigt sei, daß Majoristen, welche vom Zölibat dispensiert eine Ehe eingingen, aus dem geistlichen Stand ausschieden, weil der Ehestand dem geistlichen Stand unverträglich sei, u. daß diese Auffassung auch der Übung des Apostol. Stuhles entspreche. Das kommt einem längst bestehenden staatlichen Verlangen entgegen, daß Majoristen, die vom Zölibat dispensiert würden, auch laisiert werden sollten. J. J. Lang, Über das Laisieren (Th. Qschr. XIII [1831] 283 ff.). J. L. C. Kopp, Die kath. Kirche im 19. Jhd. (1830) 270 ff. I. Longner, Darstellung der R.sverhältnisse der Bischöfe in der oberrhein. Kirchenprovinz (1840) 241 391 f. Sägmüller, Der Tischtitel in der Diözese Rottenburg bis zum Jahre 1848 (Th. Qschr. XCI [1909] 481 ff.).

<sup>3</sup> Can. 211, § 2.

<sup>4</sup> Can. 132, § 2. Ist die Ehe ungültig wegen vis et metus, so erfolgt der Rücktritt in den Laienstand nicht ipso facto. Siehe oben § 72, A, III, b.

<sup>5</sup> Can. 136, § 3. Siehe oben § 71, VI.

<sup>6</sup> Can. 141, § 2. Siehe oben S. § 71, IX.

<sup>7</sup> Can. 648; 669, § 2.

<sup>8</sup> Can. 211, § 2. Der Zurücktretende muß aber den Diözesanbischof vorher davon benachrichtigt haben.

<sup>9</sup> Can. 211, § 2.      <sup>10</sup> Can. 2305 2358 2387.

Prüfung des Lebenswandels, des Charakters und eventueller Probezeit wieder aufgenommen werden kann. Ein laisiertes Majorist aber bedarf, um wieder in den Klerikalstand aufgenommen zu werden, der Erlaubnis des Apostolischen Stuhles<sup>1</sup>.

5. Alle rechtmäßig in den Laienstand zurückversetzten oder zurückgetretenen Kleriker verlieren ohne weiteres alle ihre bisherigen Ämter und Benefizien, die klerikalen Rechte und Privilegien und dürfen nicht mehr die geistliche Kleidung und Tonsur tragen. Die Verpflichtung zum Zölibat aber bleibt beim Majoristen, ausgenommen den im angeführten Kanon 214 geregelten Fall, bestehen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Pontif. Rom. tit. Degrad. forma. Can. 212.

<sup>2</sup> C. 1 3 7 9, X de cler. conjug. III, 3. C. un. in VI<sup>to</sup> de bigam. I, 12. Can. 213.

## Berichtigungen und Ergänzungen zu Teil I, II und III.

S. 2, Z. 25 von oben füge bei: E. K. Winter, Die Sozialmetaphysik der Scholastik (1929) 50 ff. [Mit reicher Liter.]

S. 3, A. 6 füge bei: F. Wieser, Das Gesetz der Macht, 1926.

S. 4, A. 1 füge bei: W. Erb, Vom Wesen des R.s u. der Sittlichkeit, 1925; R. Laun, R. u. Sittlichkeit<sup>2</sup>, 1927.

S. 5, Z. 21 von oben füge bei: R. M. Schultes, De Ecclesia catholica, 1926; R. Frick, Die Gesch. des Reich-Gottesgedankens in der alten K. bis Origenes u. Augustinus, 1928; W. Köster, Die Idee der K. beim Apostel Paulus in ihren Grundlinien, 1928; W. Scherer, Des seligen Albertus Magnus Lehre von der K., 1928; W. Gloegle, Reich Gottes u. K. im N. T., 1929.

S. 8, A. 1 füge bei: A. Thimme, K., Sekte u. Gemeinschaftsbewegung<sup>2</sup>, 1925; K. Algermissen, Christl. Sekten u. K. Christi<sup>3</sup>, 1925.

S. 11, A. 2 füge bei: P. Althaus, Staatsgedanke u. Reich Gottes, 1923; F. Gillmann, System u. Einteilung des Gratianischen Dekrets (aus A. für kath. KR. CVI), 1926; G. Holstein, Die Grundlagen des evangel. KR.s, 1928; G. M. Manser, R.skirche u. Liebeskirche (Divus Thomas [Freiburg-Schw.] 3. Ser. VI [1928] 3 ff.); J. Pascher, Die plast. Kraft im religiösen Gestaltungsvorgang nach J. v. Görres, 1928.

S. 15, A. 7 füge bei: M. Pribilla, Um kirchl. Einheit. Stockholm—Lausanne—Rome, 1929.

S. 22, Z. 15 von oben füge bei: J. Göttberger, Einl. in das A. T., 1928.

S. 23, Z. 4 von oben füge bei: Schilling, Lehrb. der Moraltheol., 1928.

S. 28, B füge bei: A. Cance, Le Code de droit canonique, 1927 ff.; B. Ojetti, Commentarium in CJC., 1927 ff.; A. van Hove, Prolegomena ad CJC. (Commentarium Lovaniense in CJC. Vol. I. Tom. I), 1928. [Gibt S. 350 ff. ein reiches Verzeichnis der Bearbeitungen des CJC.]

S. 29, letzte Zeile von unten füge bei: Apollinaris. Commentarium juridico-canonicum, 1928 ff.

S. 31, Z. 22 von oben füge bei: J. S. Correa, La potestad legislativa de la Iglesia católica, 1925; F. Brandileone, Perchè Dante colloca in Paradiso il fondatore della scienza del diritto canonico? (aus Reale Accademia nazionale dei Lincei. Rendiconti della Classe di Scienze morali usw.), 1926; Ch. V. Hériss, La régence de l'Église (Rev. des scienc. phil. et théol. XVII [1928] 59 ff.).

S. 35, Z. 10 von oben füge bei: Caspar, Primatus Petri. Eine philol.-hist. Untersuchung über die Ursprünge der Primatslehre (Z. für R.sgesch., kan. Abtl. XVI [1927] 253 ff.; auch separat); Ders., Histor. Probleme der ältesten Papstgeschichte (Hist. Z. CXXXIX [1929] 239 ff.); A. Harnack, Ecclesia Petri propinqua. Zur Gesch. der Anfänge des Primats des röm. Bischofs (aus Sitzungsber. der preuß. Akad. der Wiss.), 1927; Ders., Christus praesens — Vicarius Christi (aus Sitzungsber. usw.), 1927; P. Galtier, Ecclesia Petri propinqua (Rev. d'hist. ecclés. XXIV [1928] 41 ff.); K. L. Schmidt, Die Kirche des Urchristentums (Festgabe für Deißmann

[1927] 281 ff.); Adam, Neue Untersuchungen über die Ursprünge der kirchl. Primatslehre (Theol. Qschr. CIX [1928] 161 ff.); J. Chapman, Studies in the early Papacy, 1928; M. M. Besson, St Pierre et les origines de la primauté romaine, 1929.

S. 36, Z. 5 von oben füge bei: J. Wagnmann, Die Stellung des Apostels Paulus neben den Zwölfen in den ersten zwei Jhdten, 1926.

S. 36, A. 4 füge bei: K. G. Goetz, Petrus als Gründer u. Oberhaupt der Kirche usw., 1927; J. Geiselman, Der petrin. Primat (Matth. 16, 17 ff.), 1927; H. Guenser, La confession de St Pierre (Ephem. théol. Lovan. IV [1927] 561 ff.); B. Bartmann, Der Felsenbau Jesu (Matth. 16, 18) (Theol. u. Glaube XX [1928] 1 ff.).

S. 38, A. 6 füge bei: J. Forget, Le témoignage de St Irénée en faveur de la primauté romaine (Ephem. théol. Lovan. V [1928] 437 ff.).

S. 41, A. 2 füge bei: J. Viteau, L'institution des diacres et des veuves (Rev. d'hist. ecclés. XXII [1927] 513 ff.); St. Bihel, De septem diaconis (Antonianum III [1928] 129 ff.).

S. 42, A. 5 füge bei: G. v. Holtum, Die Terminologie bezügl. der kirchl. Ämter in der Apostelgesch., den Briefen des hl. Paulus u. andern neutestamentl. Schriften (Theol. u. Glaube XIX [1927] 461 ff.).

S. 43, A. 5 füge bei: J. Sickenberger, Die Deutung der Engel der sieben apokalypt. Gemeinden (Röm. Qschr. XXXV [1927] 135 ff.). [Sieht in ihnen Schutzengel.]

S. 47, Z. 5 von unten füge bei: Schilling, Die christl. Soziallehren (1926) 105 ff.; Ders., Christl. Staatslehre u. Politik (1927) 81 ff.; Ders., Kath. Sozialethik (1929) 219 ff.; Tischleder, Staatsgewalt u. kath. Gewissen, 1927; Ders., Der kath. Klerus u. der deutsche Gegenwartsstaat, 1928; J. Maritain, Primauté du spirituel, 1927; F. X. Kiefl, Die Staatsphilosophie der kath. Kirche u. die Frage der Legitimität in der Erbmonarchie, 1928; J. Schwer, Kath. Gesellschaftslehre (1928) 217 ff.; K. Winter, Die Sozialmetaphysik der Scholastik (1929) 125 ff.; Ders., K. u. St. (Z. für öffentl. R. IX [1930] 44 ff.).

S. 48, A. 2 füge bei: J. B. Schuster, Volkswille u. Staatswille (Stimmen der Zeit 1926/27 I 352 ff.); Tischleder, Staatsgewalt u. kath. Gewissen 40 ff., beweist, daß auch vom kath. Standpunkt aus der Satz „Die Gewalt geht vom Volk aus“ vertretbar ist; J. Leclercq, Le théologique et le philosophique dans la controverse sur l'origine du pouvoir (Ephem. théol. Lovan. VI [1929] 230 ff.).

S. 55, A. 1 füge bei: H. Rommen, Die Staatslehre des Franz Suarez, 1927; L. Becasens Siches, La filosofía del derecho de Francisco Suarez, 1927.

S. 55, A. 6 füge bei: J. Biederlack, Das Verhältnis von K. u. St. bei Franz v. Vitoria (Z. für kath. Th. LI [1927] 548 ff.). [Nicht Bellarmin, sondern F. v. V. sei der Schöpfer der Theorie von der potestas indirecta.] J. Gemmel, Die Staatslehre des Kardinals Bellarmin (Scholastik IV [1929] 161 ff.).

S. 57, Z. 28 von oben füge bei: K. Mirbt, Das Konkordatsproblem der Gegenwart<sup>4</sup>, 1927; M. Bierbaum, Das Konkordat in Kultur, Politik u. Recht, 1928; H. Eppler, Quelle u. Fassung des kath. KR.s (1928) 55 ff.; Van Hove, Prolegomena ad CJC. 59 ff.; vgl. oben zu S. 28, B; A. Giannini, I Concordati postbellici, 1929; E. Lange-Ronneberg, Die Konkordate. Ihre Gesch., ihre Rsnatur u. ihr Abschluß nach der Reichsverfassung v. 11. Aug. 1919, 1929. Der Verf. behandelt unter sorgfältiger Benützung der neuesten Liter. gut die aktuellen Fragen der Konkordatsfähigkeit der deutschen Länder (S. 158 ff.), der Fortgeltung der Konkordate u. der Zirkumskriptionsbullen trotz der Staatsumwälzung von 1918 (S. 189 ff.) u. die Schranken aus den Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere des 3. u. 4. Abschnittes des 2. Hauptteils für den Inhalt eines Landeskonzordats (S. 201 ff.).

S. 58, A. 3 füge bei: Anders Lange-Ronneberg a. a. O. 158 ff.

S. 62, A. 4 füge bei: Lange-Ronneberg a. a. O. 189 ff. Entscheidet sich mit gutem Recht für die Weitergeltung der Konkordate u. Zirkumskriptionsbullen trotz der Staatsumwälzung von 1918.

S. 63, Z. 26 von oben füge bei: H. v. Schubert, Der Kampf des geistl. u. weltl. R.s, 1927.

S. 64, A. 6 füge bei: K. Stade, Der Politiker Diokletian u. die letzte große Christenverfolgung, 1926; G. Schönaich, Die Kämpfe zwischen Römertum u. Christentum in ihrer geschichtl. Entwicklung von Nero bis auf Konstantin d. Gr., 1927. Weitere Liter. bei Funk-Bihlmeyer, Lehrb. der K.gesch. I<sup>8</sup> (1926) 50 ff.

S. 65, A. 2 füge bei: J. Maurice, Constantin le Grand, 1925; G. Bardy, La politique religieuse de Constantin le Grand (Rev. des scienc. relig. VIII [1928] 546 ff.); K. Müller, Konst. d. Gr. u. die christl. Kirche (Hist. Z. CXV [1929] 261 ff.). [Gegen Kreuzesvision.]

S. 66, Z. 26 ff. von oben lies: Geffcken statt Geffken.

S. 66, A. 2 füge bei: Maurice, La terreur de la magie au IV<sup>e</sup> siècle (Rev. hist. de droit franç. et étrang. Sér. IV, VI [1927] 108 ff.).

S. 67, A. 4 füge bei: P. Batiffol, Le Siège Apostolique (359—451), 1924; Ders., Justinien et le Siège Apostolique (Recherches de scienc. relig. XVI [1926] 193 ff.); F. Lot, La fin du monde antique et le début du moyen-âge, 1927; E. Stein, Gesch. des spätröm. Reiches, 1928 ff.; S. H. Scott, The Eastern Churches and the Papacy, 1928. Weitere Liter. bei Funk-Bihlmeyer, Lehrb. der K.gesch. I<sup>8</sup> 207.

S. 68, A. 8 füge bei: H. v. Campenhausen, Ambrosius von Mailand als Kirchenpolitiker, 1929. Weitere Liter. bei Funk-Bihlmeyer, Lehrb. d. K.gesch. I<sup>8</sup> 280.

S. 68, A. 9 füge bei: E. Bernheim, Mittelalterl. Zeitschauungen in ihrem Einfluß auf Politik u. Geschichtschreibung (1918) 10 ff.; H. Fuchs, Augustin u. der antike Friedensgedanke, 1926; G. Combès, La doctrine politique de St Augustin, 1927; P. v. Sokolowski, Der hl. Augustin u. die christl. Zivilisation (aus Schriften der Königsb. gelehrt. Gesellsch., 4. Jahr, Geisteswissenschaftl. Klasse), 1927; V. Stegemann, Augustins Gottesstaat, 1928; A. Dempf, Sacrum imperium (1929) 116 ff.; E. Gilson, Introduction à l'étude de St Augustin (1929) 229 ff. [Mit reicher Liter. S. 320 f.] Weitere Liter. bei Funk-Bihlmeyer, Lehrb. der K.gesch. I<sup>8</sup> 282 f., u. in Theol. Rundschau N. F. IV (1929) 217 ff.

S. 69, A. 1 füge bei: C. Trezzini, La legislazione canonica di Papa San Gelasio, 1911; R. Cessi, Lo scisma Laurenziano e le origini della dottrina politica della Chiesa di Roma (Archivio della società rom. di stor. patr. XLII [1919] 5 ff.); Batiffol, Le Siège Apostolique (359—451), 1924; Ders., St Grégoire le Grand<sup>3</sup>, 1928; H. Grisar, San Gregorio Magno (590—604)<sup>2</sup>, 1928; K. Voigt, Leo d. Gr. u. die Unfehlbarkeit des oström. Kaisers (Z. für K.gesch. XLVII [1928] 11 ff.). Weitere Liter. bei Funk-Bihlmeyer, Lehrb. der K.gesch. I<sup>8</sup> 224 ff.

S. 69, A. 2 füge bei: B. Leib, Rome, Kiev et Byzance à la fin du XI<sup>e</sup> siècle, 1924; F. Dvornik, Les Slaves, Byzance et Rome au IX<sup>e</sup> siècle, 1926; B. J. Kidd, The Churches of Eastern Christendom from A. D. 451 to the present time, 1927; St. Zankow, Das orthodoxe Christentum des Ostens, 1928. Weitere Liter. bei G. Krüger, Handb. der K.gesch. II<sup>2</sup> (1929) 72 ff.

S. 69 u. 70 handeln über die Christianisierung der Germanen. Zur neueren Liter. vgl. Funk-Bihlmeyer, Lehrb. der K.gesch. I<sup>8</sup> 155 ff. Dazu sei weiter bemerkt: Duchesne, L'Église au VI<sup>e</sup> siècle 486 ff.; S. Dill, Roman Society in Gaul in the Merovingian age, 1926; L. Halphen, Les barbares des grandes invasions aux conquêtes turques du XI<sup>e</sup> siècle, 1926.

S. 70, A. 6 am Schluß füge bei: O. Oppermann, Der fränk. Staatsgedanke u. die Aachener Königskrönungen im MA., 1929.

S. 71, A. 3 füge bei: Weitere Liter. unten § 68.

S. 71, A. 4 füge bei: Weitere Liter. unten § 67.

S. 72, A. 5 füge bei: A. Pöschl, Die Regalien der mittelalterl. Kirchen, 1928.

S. 73, A. 2 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger, Handb. der K.gesch. II<sup>2</sup> 12 ff.

S. 73, A. 3 füge bei: F. Schneider, Rom u. Romgedanke im MA., 1926; Buchners Schrift: Die Clausula de unctione Pippini usw. wird so gut wie allgemein

abgelehnt. Vgl. etwa: L. Levillain, De l'authenticité de la Clausula de unctioe Pippini (Bibl. de l'École des chartes LXXXVIII [1927] 20 ff.) u. E. W. Levison in Z. für R.sgesch., kan. Abtl. XVIII (1929) 578 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. II<sup>2</sup> 21.

S. 74, A. 1 füge bei: G. B. Picotti, Il „patricius“ nell'ultima età imperiale e nei primi regni barbarici d'Italia (Archivio stor. ital., Ser. VII, IX [1928] 3 ff.; auch separat).

S. 74, A. 2 füge bei: F. L. Ganshof, Notes critiques sur Eginhard, biographe de Charlemagne (Rev. belge de philol. et d'hist. III [1924] 725 ff.). [Gegen Halphen, der die Behauptung Eginhards, daß Karl d. Gr. durch die Kaiserkrönung seitens des Papstes überrascht worden sei, für unrichtig erklärt.] F. Schneider, Rom u. Romgedanke im MA., 1926; G. v. Below, Die italien. Kaiserpolitik des deutschen MA.s, 1927; F. Kern, Der deutsche Staat u. die Politik des Römerzugs (Gedächtnisschrift für v. Below: Aus Politik u. Gesch. [1928] 32 ff.); R. Holtzmann, Der Kaiser als Marschall des Papstes, 1928; K. Heldmann, Das Kaisertum Karls d. Gr. Theorien u. Wirklichkeit, 1928; A. Dempf, Sacrum imperium (1929) 144 ff.; P. E. Schramm, Kaisertum, Rom u. Revolution, 1929.

S. 75, A. 1 füge bei: A. Schulze, Kaiserpolitik u. Einheitsgedanke in den karoling. Nachfolgestaaten (876—962), 1926.

S. 75, A. 2 füge bei: G. Ehrenforth, Hinkmar von Reims u. Ludwig III. von Westfranken (Z. für K.gesch. XLIV [1925] 65 ff.).

S. 76, A. 1 füge bei: F. Polikowski, Die Anschauungen des Papstes Johann VIII. über das Papsttum u. über das Verhältnis zu den geistl. u. weltl. Mächten, Greifsw. Diss., Maschinenschr., 1923.

S. 76, A. 5 füge bei: E. E. Stengel, Die Entwicklung des Kaiserprivilegs für die röm. Kirche 817—962 (Hist. Z. CXXXIV [1926] 216 ff.); M. Ter Braak, Kaiser Otto III., 1928; Kern, Der deutsche Staat u. die Politik des Römerzugs; vgl. oben zu S. 74, A. 2; Hampe, Otto III. u. Rom (Hist. Z. CXL [1929] 512 ff.). Weitere Liter. bei Krüger, Handb. der K.gesch. II<sup>2</sup> 55 ff. 61 ff. 64 ff.

S. 76, A. 6 füge bei: C. Magni, Ricerche sopra le elezioni episcopali in Italia durante l'alto medio evo, 1928 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O.<sup>2</sup> 55 ff. 61 ff. 64 ff.

S. 76, A. 7 füge bei: J. P. Withney, Peter Damiani and Humbert (Cambridge histor. Journ. 1925 I 225 ff.).

S. 77, A. 2 in der letzten Zeile lies: 1919 statt 1922. Füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. II<sup>2</sup> 55 ff. 61 ff. 64 ff.

S. 77, A. 3 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 66.

S. 77, A. 4 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 65.

S. 77, A. 8 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 78 f.

S. 78, A. 1 füge bei: J. Gay, Les Papes du XI<sup>e</sup> siècle et la chrétienté, 1926; E. Voosen, Papauté et pouvoir civil à l'époque de Grégoire VII, 1927. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 80 ff.

S. 78, A. 2 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 59 f. 65 ff. 77 ff.

S. 78, A. 3 füge bei: P. Schmid, Der Begriff der kanon. Wahl in den Anfängen des Investiturstreits, 1926; B. Schmeidler, Kaiser Heinrich IV. u. seine Helfshelfer im Investiturstreit, 1927; Dempf, Sacrum imperium 170 ff. 185 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 82 f. 85 ff.

S. 78, A. 4 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 113 ff.

S. 78, A. 5 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 126 ff.

S. 78, A. 6 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 132 f.

S. 78, A. 7 füge bei: F. Podestà, Papa Innocenzo IV., 1928. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 134.

S. 78, A. 8 füge bei: Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 139 f.

S. 78, A. 9 füge bei: H. X. Arquillière, Sur la formation de la „théocratie“ Pontificale (Mélanges Lot [1925] 1 ff.); J. Hashagen, Gottesgnadentum u. Kirchen-

regiment im MA. (Hist. Aufsätze A. Schulte gew. [1927] 171 ff.); E. Flori, Il trattato De regimine principum e le dottrine politiche di S. Tommaso, 1927; V. Bouillon, La politique de St Thomas, 1928; B. Roland-Gosselin, La politique de St Thomas d'Aquin, 1928; Dempf, Sacrum imperium 220 ff. 326 ff. 392 ff. 399 ff. 441 ff.

S. 79, A. 1 füge bei: F. Schneider, Canossa (Z. für K.gesch. XLV [1926] 163 ff.).

S. 80, A. 5 füge bei: Rivière, Le problème de l'Église et de l'État au temps de Philippe le Bel, 1925; Dempf, Sacrum imperium 399 ff. 441 ff. Weitere Liter. bei Krüger, Handb. der K.gesch. II<sup>2</sup> 139 ff.

S. 80, A. 6 füge bei: V. Burch, Myth and Constantine the Great, 1927; M. Buchner, Die Clausula de unctioe Pippini eine Fälschung aus dem Jahre 880, 1926; Ders., Das Vizepapsttum des Abtes von St-Denis, 1928. Weithin abgelehnt von W. Levison in Z. für R.sgesch., kan. Abtl., XLIX (1929) 578 ff.; vgl. auch oben zu S. 78, A. 3. Wie B., so setzt auch Dempf, Sacrum imperium 161 u. 169 die Konstantin. Schenkung als in Frankreich entstanden u. auf das Jahr 816 an. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 21. Hier wird richtig an der so gut wie allgemeinen Meinung festgehalten, daß sie um die Mitte des 8. Jhdts in Rom entstanden ist.

S. 81, A. 1 füge bei: Ch. Bémont, La bulle „Laudabiliter“ (Mélanges Lot [1925] 41 ff.); P. Kehr, Wie u. wann wurde das Reich Aragon ein Lehen der röm. Kirche? (aus Sitzungsber. der preuß. Akad. der Wiss.), 1928.

S. 81, A. 3 füge bei: Rivière, Le problème de l'Église usw.; siehe oben zu S. 80, A. 5. H. Scholz, Die Publizistik zur Zeit Philipps des Schönen u. Bonifaz VIII., 1903; Ders., Aegidius Romanus: De ecclesiastica potestate, 1929; H. X. Arquillière, Le plus ancien traité de l'Église. Jacques de Viterbe: De regimine christiano, 1926; U. Mariani, Scrittori politici agostiniani del secolo XIV, 1927; A. Harnack, Christus praesens — Vicarius Christi (aus Sitzungsber. der preuß. Akad. der Wiss.), 1927; Dempf, Sacrum imperium 448 ff. 456 ff. 463 ff.

S. 81, A. 4 füge bei: Neumann, Päpstliche Reichsreformpläne im 13. Jhd. (Festschrift für Reincke-Bloch [1927] 37 ff.); Hashagen, Gottesgnadentum u. Kirchenregiment im MA. usw.; vgl. oben zu S. 78, A. 9; Holtzmann, Der Kaiser als Marschall des Papstes usw.; vgl. oben zu S. 74, A. 2; Kern, Der deutsche Staat u. die Politik des Römerzugs; vgl. oben zu S. 74, A. 2; G. Tangl, Zur Entstehungsgesch. der Deliberatio Innoz. III. (A. für Urkundenforsch. X [1928] 208 ff.); Dempf, Sacrum imperium 326 ff.

S. 82, A. 1 füge bei: F. Balthgen, Die Promissio Albrechts I. für Bonifaz VIII. (Gedächtnisschrift für v. Below: Aus Politik u. Gesch. [1928] 75 ff.).

S. 83, A. 4 füge bei: M. B. O. Scarpini, Il sistema religioso-politico di Dante nella Divina Comedia, 1926; E. Mehl, Die Weltanschauung des Giovanni Villani. Ein Beitrag zur Geistesgesch. Italiens im ZA. Dantes, 1927; Dempf, Sacrum imperium 472 ff.

S. 84, A. 1 füge bei: E. Jordan, Henri VI a-t-il offert à Célestin III de lui faire hommage pour l'Empire? (Mélanges Lot [1925] 285 ff.); V. Pfaff, Kaiser Heinr. VI. höchstes Angebot an die röm. Kurie (1196), 1927; E. Perels, Der Erbreichsplan Heinr. VI., 1927; E. Kantorowicz, Kaiser Friedr. II., 1928; dagegen A. Brackmann, Kaiser Friedr. II. in „mythischer Schau“ (Hist. Z. CXL [1929] 534 ff.); Kern, Der deutsche Staat u. die Politik des Römerzugs; vgl. oben zu S. 74, A. 2; F. Kampers, Kaiser Friedr. II. der Wegbereiter der Renaissance, 1929; B. Sütterlin, Die Politik Kaiser Friedr. II. u. die röm. Kardinäle 1239—1250, 1929; Dempf, Sacrum imperium 317 ff. Weitere Liter. bei Krüger, Handb. der K.gesch. II<sup>2</sup> 150 ff. 174 f.

S. 85, A. 1 füge bei: W. Mulder, Gulielmi Ockham tractatus de imperatorum et pontificum potestate (Archivum Francisc. hist. XVI [1923] 469 ff.); M. Sponheimer, Konrad von Meigenbergs polit. Ideen vom Staat, Berl. Diss., Maschinenschr., 1924; F. Battaglia, Il pensiero religioso di Marsilio di Padova (Ricerche religiose II [1926] 23 ff.); Ders., La dottrina conciliare di Mars. di Pad. (ebd. 236 ff.);

M. J. Tooley, The authorship of the Defensor pacis (Transactions of the Royal hist. Society IX [1926] 85 ff.); C. K. Brampton, The De imperatorum et pontificum potestate of William of Ockham hitherto unpublished, 1927; M. Stimming, Mars. von Pad. u. Nikolaus von Cues, zwei polit. Denker des späteren MA.s (Festgabe für Götz: Kultur- u. Universalgeschichte [1927] 108 ff.); The Defensor Pacis of Mars. of Pad. Edited by C. W. Previtè-Orton, 1928; E. E. Stengel, Avignon u. Rhens. Forschungen zur Gesch. des Kampfes um das Recht am Reich in der ersten Hälfte des 14. Jhdts, 1928; R. Scholz, Zwei neue Hss. des Defensor pacis von Mars. v. Pad. u. ein unbekannter polit. Traktat Wilhelms von Occam (Neues A. der Gesellsch. für ält. deutsche Geschskunde XLVII [1928] 555 ff.); F. Battaglia, Mars. de Pad. et la filosofia politica del medio evo, 1928; J. Haller, Zur Lebensgesch. des Mars. v. Pad. (Z. für K.gesch. XLVIII [1929] 166 ff.); Dempf, Sacrum imperium 432 ff. 510 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 182 ff.

S. 86, A. 2 füge bei: W. Kienast, Die deutschen Fürsten im Dienste der Westmächte bis zum Tode Philipps d. Sch., 1924 ff.; Michel, Das opus tripartitum des Hubertus de Romanis<sup>2</sup>, 1926; J. M. Vidal, Bernard Saisset, évêque de Pamiers (1233—1311), 1926; Baumhauer, Die Gründung des französ. Bistums Pamiers im Zusammenhang mit dem Streite zwischen Philipp d. Sch. u. Papst Bonifaz VIII. (Z. für K.gesch. XLV [1926] 358 ff.); P. Jean de Dieu, Duns Scot, témoin de la Papauté (Études Francisc. XL [1928] 205 ff.); Dempf, Sacrum imperium 405 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 176 ff.

S. 87, A. 2 füge bei: P. Holtermann, Die kirchenpolit. Stellung der Stadt Freiburg i. Br. während des großen Schismas, 1925; K. Schönenberger, Das Bistum Konstanz während des großen Schismas (1378—1415), 1926. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 214 ff.

S. 87, A. 4 füge bei: A. Schulz, Die Kirchenpolitik König Sigismunds auf dem Konst. Konzil bis zur Flucht Johanns XXIII. (1413—1415), Freib. Diss., Maschinenschr., 1922; Finke, Acta Conc. Const. III. 1926; IV, 1928; H. G. Peter, Die Informationen Papst Johanns XXIII. u. dessen Flucht von Konstanz bis Schaffhausen, 1926; Dempf, Sacrum imperium 548 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 224 ff.

S. 88, A. 1 füge bei: Schweizer, Nicolaus de Tudeschi usw.; vgl. oben S. 247, A. 4; R. Wittram, Die französ. Politik auf dem Basler Konzil während seiner Blüte, 1927. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 240 ff.

S. 88, A. 3 füge bei: Mariani, Scrittori politici agostiniani usw.; vgl. oben zu S. 81, A. 3; Dempf, Sacrum imperium 448 ff. 456 ff. 463 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 186 ff.

S. 89, A. 1 füge bei: F. Seifert, Heinrich von Langenstein, Leipz. Diss., Maschinenschr., 1922; F. Ch. Herzog z. Sachsen, Die Staatslehre des Nik. von Cusa, Köln. Diss., Maschinenschr., 1925; Stimming, Marsilius von Padua u. Nikolaus von Cues usw.; vgl. oben zu S. 85, A. 1; J. L. Connolly, John Gerson, reformer and mystic, 1928; P. Rotta, Il cardinale Nicolò di Cusa, 1928; Dempf, Sacrum imperium 539 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 187 ff. 199 ff. 217 ff. 228 ff. 244 ff.

S. 90, A. 1 füge bei: Dempf, Sacrum imperium 530 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 219 ff.

S. 90, A. 2 füge bei: Wittram, Die französ. Politik auf dem Basler Konzil usw.; vgl. oben zu S. 88, A. 1; Dempf, Sacrum imperium 537 ff. Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 218 ff. 231 ff.

S. 90, A. 3 füge bei: A. Kambaum, Die Kirchenfrage auf den Reichsversammlungen des Jahres 1438, Erl. Diss., Maschinenschr., 1923; L. Schochow, König Albrecht in seinem Verhältnis zu Eugen IV. u. zum Basler Konzil, Berl. Diss., Maschinenschr., 1923; H. Weigel, Die Entstehung der sog. Reformation Kaiser Sigismunds (Gedächtnisschrift für v. Below: Aus Politik u. Gesch. [1928] 128 ff.). [Mit vieler Liter.] Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 248 ff.

S. 91, A. 1 füge bei: Hashagen, Papsttum u. Laiengewalten im Verhältnis zu Schisma u. Konzil (Hist. Vierteljahrsschr. XXIII [1926] 323 ff.). Weitere Liter. bei Krüger a. a. O. 231 ff.

S. 91, A. 2 füge bei: Krüger a. a. O. 247 ff.

S. 91, A. 3 füge bei: Krüger a. a. O. 248 ff.

S. 91, A. 6 füge bei: Hashagen, Papsttum u. Laiengewalten usw.; siehe oben zu S. 91, A. 1; Ders., Landesherrliche Ablasspolitik vor der Reformation (Z. für K.gesch. XLV [1926] 11 ff.); P. Kirn, Friedrich der Weise u. die Kirche, 1926. W. Görlitz, Staat u. Stände unter den Herzogen (von Sachsen) Albrecht u. Georg 1485—1539, 1928; A. Brenneke, Vor- u. nachreformator. Klosterherrschaft u. die Gesch. der Kirchenreformation im Fürstentum Calenberg-Göttingen, 1928 ff. Reiche Liter. über Stadtgemeinde u. Kirche im MA., näherhin im ausgehenden MA., ist verzeichnet in Z. für R.gesch., kan. Abtl., XVI (1927) 410 ff.

S. 93, A. 1 füge bei: K. Brandi, Deutsche Reformation und Gegenreformation, 1927 ff.

S. 93, A. 2 füge bei: G. Lenz, Die Bedeutung des Protestantismus für den Aufbau der allgem. Staatslehre, 1924; P. Althaus, Staatsgedanke u. Reich Gottes<sup>3</sup>, 1926; G. de Lagarde, Recherches sur l'esprit politique de la Réforme, 1926; G. Holstein, Luther u. die deutsche Staatsidee, 1927; Ders., Die Grundlagen des evangel. KR.s (1928) 72 ff.; K. Matthes, Das Corpus christianum bei Luther, 1929. Vgl. auch die Liter. zu § 2.

S. 94, A. 1 füge bei: Kirn, Friedrich der Weise usw.; siehe oben zu S. 91, A. 6; Brenneke, Vor- u. nachreformator. Klosterherrschaft usw.; siehe oben zu S. 91, A. 6.

S. 94, A. 3 füge bei: H. v. d. Au, Das Seniorat in der evangel. Kirche der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt (A. für hess. Gesch. u. Altertumskunde N. F. XIV [1925] 403 ff.); B. v. Bonin, Entscheidungen des Cölln. Konsistoriums 1541—1704, 1926; K. Schornbaum, Die erste evangel. Kapitelsordnung im Markgraftum Brandenburg-Ansbach (Z. f. R.gesch., kan. Abtl. XVI [1927] 360 ff.); H. Löscher, Ursprung u. Aufhebung der Kircheninspektion (aus Fischers Z. für Verwaltungsrecht), 1927; H. Gürsching, Die Entstehung des Ansbacher Konsistoriums (Z. für bayr. K.gesch. IV [1929] 13 ff.).

S. 95, A. 1 füge bei: F. H. Löscher, Schule, Kirche u. Obrigkeit im Reformationsjahrhundert, 1925.

S. 95, A. 2 füge bei: Brenneke, Vor- u. nachreformator. Klosterherrschaft usw.; siehe oben zu S. 91, A. 6.

S. 96, A. 2 füge bei: E. Wolf, Grotius, Pufendorf, Thomasius (1927) 51 ff. 85 ff. 116 ff.; R. Kögel, Benedikt Carpzows Auffassung vom landesherrl. Episkopat, 1927; G. Holstein, Die Grundlagen des evangel. KR.s (1928) 101 ff. 113 ff.

S. 97, A. 1 füge bei: G. Constant, Concession à l'Allemagne de la communion sous les deux espèces, 1926.

S. 97, A. 2 füge bei: H. J. Elias, L'Église et l'État. Théories et controverses dans les Pays-Bas catholiques au début du XVII<sup>e</sup> siècle (Rev. belge de philol. et d'hist. V [1926] 453 ff.); A. C. Jemolo, Il Giansenismo in Italia prima della rivoluzione, 1928; G. Pfeilschifter-Baumeister, Der Salzburger Kongreß u. seine Auswirkung 1770—1777. Der Kampf des bayr. Episkopats gegen die staatskirchenrechtl. Aufklärung unter Kurfürst Max III. Joseph (1745—1777). Verhandlungen zu einem ersten bayr. Einheitskonkordat, 1929; Pastor, Gesch. der Päpste seit dem Ausgang des MA.s Bd. XI—XVI (1592—1800), 1927 ff.

S. 98, A. 2 füge bei: Dubruel, La querelle de la régale sous Louis XIV. Le premier heurt (1673—1676) (Rev. des quest. hist. L [1922] 257 ff.); Ders., La cour de Rome et l'extension de la régale (Rev. d'hist. de Église de France IX [1923] 161 ff.); Ders., En plein conflit. La nunciature de France. La secrétairerie d'État du Vatican. Les congrégations des affaires de France pendant la querelle de régale

(1674—1694), 1927; G. Lenz, Französ. Staatslehren im 17. u. 18. Jhdt, 1925; L. Lévy-Schneider, L'autonomie administrative de l'épiscopat français à la fin de l'ancien régime (Rev. hist. CLI [1926] 1 ff.); V. Martin, Le Gallicanisme politique et le clergé de France, 1929; E. Préclin, Les Jansénistes du XVIII<sup>e</sup> siècle et la Constitution civile du clergé, 1929; Pastor, Gesch. der Päpste usw.; vgl. oben zu S. 97, A. 2.

S. 99, A. 1 füge bei: A. C. Jemolo, Scipione de' Ricci (Studi dedicati alla memoria di P. P. Zanzucchi [1927] 115 ff.).

S. 99, A. 2 füge bei: W. Deinhardt, Der Jansenismus in deutschen Landen, 1929; Pfeilschifter-Baumeister, Der Salzburger Kongreß usw.; vgl. oben zu S. 97, A. 2.

S. 100, A. 1 füge bei: Ph. Funk, Von der Aufklärung zur Romantik, 1925. [Mit reicher Liter.]; H. Baier, Wessenbergs Romreise 1817 (Z. für die Gesch. des Oberrheins XL [1926] 207 ff.); Ders., Wessenbergstudien (Freiburger Diözesanarchiv N. F. XXVIII [1927] 1 ff.); K. Gröber, Heinrich Ignaz Freiherr v. Wessenberg (ebd. 362 ff.); M. Braubach, Die kath. Universitäten Deutschlands und die französ. Revolution (Hist. Jb. XLIX [1929] 263 ff.); Pfeilschifter-Baumeister, Der Salzburger Kongreß usw. 90 ff.; siehe oben zu S. 97, A. 2.

S. 103, A. 2 füge bei: F. Schnabel, Deutsche Gesch. im 19. Jhdt, 1929 ff.

S. 104, A. 2 füge bei: M. Braubach, Max Franz von Österreich, letzter Kurfürst von Köln u. Fürstbischof von Münster, 1925; H. Baier, Badens Stellung zum Epavenrecht (1803—1862) (Festgabe für Finke [1925] 500 ff.); E. Bauernfeind, Die Säkularisationsperiode im Hochstift Eichstätt bis zum endgültigen Übergang an Bayern 1790—1806, 1927; A. Willburger, Die Säkularisation u. die Aufhebung der Prämonstratenserklöster in Württemberg (Freiburger Diözesanarchiv N. F. XXVIII [1927] 259 ff.); H. Reichert, Studien zur Säkularisation in Hessen-Darmstadt. Teil I: Die Säkularisation der Kurmainzer Ämter 1802—1803, 1927; L. A. Veit, Der Zusammenbruch des Mainzer Erzstuhles infolge der französ. Revolution. Ein Beitrag zur Säkularisation der deutschen Kirche, 1928; Ders., Zur Säkularisation in Nassau-Usingen. Ein Beitrag zur Gesch. der deutschen Säkularisation, 1928.

S. 105, A. 3 füge bei: G. Constant, L'Église de France sous le Consulat et l'Empire (1800—1814), 1928.

S. 106, A. 1 füge bei: J. Grisar, Zur Vorgeschichte des bayr. Konkordats 1817 (Stimmen der Zeit 1924/25 I 394 ff.); E. Göller, Die Vorgeschichte der Bulle „Provida sollersque“ (Freiburger Diözesanarchiv N. F. XXVIII [1927] 143 ff.); W. Nicolay, Aus der Vorgeschichte des Bistums Limburg (ebd. 217 ff.).

S. 106, A. 2 füge bei: M. Bierbaum, Dompräbendar Helfferich von Speyer u. der Münchener Nuntius Serra-Cassano. Ein Beitrag zur röm.-bayr. Kirchenpolitik u. zum Vollzug des bayr. Konkordats im Jahre 1818, 1926.

S. 107, A. 1 füge bei: H. Schrörs, Gesch. der kath.-theol. Fakultät zu Bonn 1818—1831, 1922; Ph. Funk, Beiträge zur Biographie Josephs von Hohenzollern-Hechingen, Fürstbischofs von Ermland 1808—1836, 1926; Bierbaum, Vorverhandlungen zur Bulle „De salute animarum“. Ein Beitrag zur röm.-preuß. Kirchenpolitik, 1927.

S. 108, A. 2 füge bei: H. Wahl, Die Gesch. des Plazets in Württ., Tüb. Diss., Maschinenschr., 1924; W. Burger, Das Erzbistum Freiburg in Vergangenheit u. Gegenwart, 1927; Die Diözese Rottenburg u. ihre Bischöfe 1828—1928, hrsg. von F. Stärk, 1928; K. L. Bauer, Politischer Katholizismus in Württemberg bis zum Jahre 1848, 1929. Eine Reihe einschlägiger Arbeiten brachten zum hundertjährigen Jubiläum der Bulle „Provida sollersque“ u. der Gründung der Erzdiözese Freiburg u. der Diözese Rottenburg das Freiburger Diözesanarchiv, die (Tübinger) Theologische Quartalschrift u. die Rottenburger Monatsschrift für praktische Theologie.

S. 109, A. 1 füge bei: V. Bibl, Metternich in neuer Beleuchtung, 1928.

S. 109, A. 2 füge bei: J. Grisar, Bayern u. Preußen zur Zeit der Kölner Wirren 1837—1838, Münch. Diss., Maschinenschr., 1924; Schrörs, Ein vergessener Führer aus der rhein. Geistesgesch. des 19. Jhdts, Joh. Wilh. Jos. Braun (1801—1868), Prof. der Theologie in Bonn, 1925; Ders., Die Kölner Wirren (1837). Studien zu ihrer Gesch., 1927; H. Bastgen, Ein Briefwechsel zwischen Bischof Reisach u. Kardinal Lambruschini über das „Kölner Ereignis“, Hermesianismus, Hüsgen, Münchener Nuntiatz (Röm. Qschr. XXXIV [1926] 199 ff.); Ders., Die Note der Kurie an Bunsen v. 15. März 1836 (ebd. XXXV [1927] 413 ff.); Ders., Forschungen u. Quellen zur Kirchenpolitik Gregors XVI., 1929; F. Vigener, Drei Gestalten aus dem modernen Katholizismus: Möhler, Diepenbrock, Döllinger, 1926; A. Schnütgen, Beiträge zur Ära des Kölner Erzbischofs Graf Spiegel (Annalen des Histor. Vereins für den Niederrhein CX [1927] 1 ff.); W. Schneider, Freiherr vom Stein, u. Erzbischof Graf von Spiegel (Deutsche Rundschau CCI [1927] 201 ff.); A. Hermann, Regierung u. Presse am Rhein im Vormärz (Histor. Aufsätze A. Schulte gew. [1927] 278 ff.); M. Laubert, Beiträge zum Posener Mischehenkonflikt (Hist. Vierteljahrsschr. XXIV [1928] 64 ff.); J. Heckel, Bischof Hommer von Trier u. die Mischehenfrage (Z. für Rsgesch., kan. Abtl. XVII [1928] 559 ff.); S. Braßloff, Die R.sfrage im preuß. Mischehenstreit, 1929.

S. 109, A. 3 füge bei: Grisar, Bayern u. Preußen usw.; vgl. oben zu S. 109, A. 2; O. v. Dauberschmidt, Kirchenpolit. Kämpfe in Bayern in den Jahren 1845 u. 1846 unter besonderer Berücksichtigung der Publizistik, Münch. Diss., Maschinenschr., 1924; Funk, Von der Aufklärung zur Romantik; siehe oben zu S. 100, A. 1; Vigener, Drei Gestalten aus dem modernen Katholizismus usw.; vgl. oben zu S. 109, A. 2; H. Kapfinger, Der Eoskreis 1828 bis 1832. Ein Beitrag zur Vorgesch. des polit. Katholizismus in Deutschland, 1928. [Mit reicher Liter.]

S. 110, A. 1 füge bei: Vigener, Drei Gestalten usw.; vgl. oben zu S. 109, A. 2; Schnütgen, Der kirchl.-polit. Kreis um Franz Joseph Mone (Freiburger Diözesanarchiv N. F. XXVI [1925] 1 ff.; XXVII [1926] 153 ff.).

S. 110, A. 3 füge bei: Aus der überreichen Liter. über Görres: Görres-Festschrift: Aufsätze u. Abhandlungen zum 150. Geburtstag von Jos. Görres, hrsg. von K. Hoerber, 1926; F. Borinsky, Jos. Görres u. die deutsche Parteibildung, 1927. [Ungenügend]; M. Spael, Publizistik u. Journalistik u. ihre Erscheinungsformen bei Jos. Görres, 1928.

S. 112, A. 2 füge bei: E. Campana, Il Concilio Vaticano, 1926 ff.

S. 113, A. 1 füge bei: A. Wahl, Deutsche Gesch. von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges (1871—1914) I (1926) 136 ff.; E. Förster, Adalbert Falk. Sein Leben u. Wirken als Kultusminister (1927) 138 ff.; L. Fischer, Der Kulturkampf in Münster, hrsg. von O. Hellinghaus, 1929.

S. 114, A. 5 füge bei: A. Hagen, Staat u. kath. Kirche in Württemberg in den Jahren 1848—1862, 1928.

S. 115, A. 1 füge bei: J. Dorneich, Die hist. Entwicklung des jungen Buß (Hist. Jb. XLV [1925] 293 ff.); A. Retzbach, J. Buß, 1928.

S. 116, Z. 46 von oben füge bei: P. Browe, Die Hostienschändungen der Juden im MA. (Röm. Qschr. XXXIV [1925] 167 ff.).

S. 117, A. 6 füge bei: C. S. Off. 21. März 1928 (Acta Ap. Sedis XX [1928] 103 ff.).

S. 118, A. 1 füge bei: M. Stein, Die Neuordnung in den staatskirchenrechtl. Verhältnissen der israelit. Kultusgemeinden Bayerns, Würzb. Diss., Maschinenschr., 1924.

S. 119, Z. 4 von oben füge bei: Stutz, Der Geist des CJC. 81 ff.; O. Fischer, Das Verbot der Kultusgemeinschaft zwischen Katholiken u. Nichtkatholiken (Verwaltungsarchiv XXXIV [1929] 177 ff.).

S. 123, Z. 45 von oben füge bei: F. Ruffini, Corso di diritto ecclesiastico italiano. La libertà religiosa come diritto subiettivo, 1924; A. Blumgart, Pufendorfs Toleranzbegriff im Zusammenhang mit seinem Staatsbegriff, Münch. Diss., Maschinenschr., 1925; G. di Noto, Il principio della tolleranza nelle prime sue

formulazioni, 1925; M. Freund, Die Idee der Toleranz im England der großen Revolution, 1927; F. Belmont, Égalité politique et tolérance religieuse, 1927; B. Altaner, Glaubenszwang u. Glaubensfreiheit in der Missionstheorie des Raymondus Lullus (Hist. Jb. XLVIII [1928] 586 ff.).

S. 124, A. 3 füge bei: A. Bernareggi, S. Tomaso d'Aquino e la repressione dell'errore (Scritti vari nel VI centenario etc. [1924] 35 ff.).

S. 125, A. 4 füge bei: W. Tschierske, Die Entwicklung des Begriffs der Religionsgesellschaft im deutschen Staatsrecht bis zum Augsb. Religionsfrieden, 1925.

S. 127, A. 2 füge bei: Pastor. Gesch. der Päpste usw. XIV<sup>17</sup> (1929) 98 ff.

S. 128, A. 1 füge bei: M. Hussarek, Die Verhandlungen des Konkordats v. 18. Aug. 1855 (A. für österr. Gesch. Bd. CIX, 2. Hälfte [1922] 675 ff.; auch separat); H. Singer, Kritische Bemerkungen zu einer Gesch. des österr. Konkordats (Mitt. des Ver. für Gesch. der Deutschen in Böhmen LXII [1924] 207 ff.); A. v. Bönninghausen, Die Anfechtung der kurköln. geistl. Gerichtsbarkeit u. Diözesangewalt im Herzogtum Kleve durch Brandenburg-Preußen. Köln. Diss., Maschinenschr., 1925; F. Zimmermann, Das Ministerium Thun für die Evangelischen im Gesamtstaate Österreich 1849—1860, 1926; J. Hofer, Zur Gesch. des Toleranzpatents Kaiser Josephs II. in Tirol (Hist. Jb. XLVII [1927] 500 f.); L. Jablonski, Die Entwicklung des kath. Kirchenwesens auf dem Gebiet des heutigen fürstbischöf. Delegaturbezirks Brandenburg u. Pommern von der Reformation bis zur Bulle „De salute animarum“ vom Jahre 1821, 1928.

S. 136, Z. 28 von oben füge bei: Ruffini, Corso di diritto ecclesiastico italiano etc. 224 ff.; siehe oben zu S. 123, Z. 45.

S. 138, A. 4 füge bei: J. Echeverria, Der Kampf gegen die kath. K. in Mexiko in den letzten dreizehn Jahren, 1926. [Wiederholte Auflagen]; J. L. Perez, La cuestión religiosa en México, 1926; E. Rosa, Note e documenti intorno la persecuzione religiosa nel Messico, 1927; S. G. Inman, Church and State in Mexico (Journal of Religion VIII [1928] 384 ff.); A. Bessières, Le Mexique martyr, 1928; R. A. Métall, Die neue mexikan. Kulturkampfgesetzgebung (Z. für öffentl. R. VIII [1929] 281 ff.).

S. 138, A. 6 füge bei: Neuerdings hat auch Chile die Trennung von K. u. St. in verhältnismäßig billiger Weise eingeführt. Acta Ap. Sedis XVII (1925) 642 u. A. für kath. KR. CV (1925) 662.

S. 138, A. 7 füge bei: Stutz, Die päpstl. Diplomatie unter Leo XIII. nach den Denkwürdigkeiten des Kardinals Domenico Ferrata (aus Abhandl. der preuß. Akad. der Wiss.), 1926; E. v. Hippel, Die Entwicklung des öffentl. R.s in Frankreich seit 1914 (Jb. des öffentl. R.s XV [1927] 153 ff. 224 ff.); W. Gurian, Die polit. u. sozialen Ideen des franz. Katholizismus 1789 bis 1914 (1928) 239 ff.; H. Penzel, Rechts-subjektivität der kath. Kirche u. ihrer Institute in Frankreich seit dem Inkrafttreten des Trennungsgesetzes v. 9. Dez. 1905, 1928.

S. 139, A. 3 füge bei: R. Hell, Die Staatsaufsicht über die Religionsgesellschaften nach geltendem R. im Reich u. in Baden, Heidelb. Diss., Maschinenschr., 1922; A. v. Przychowski, Die R.sstellung der kath. K. nach der neuen Reichsverfassung, Jen. Diss., Maschinenschr., 1923; G. A. Bram-Soroko, Das Verhältnis von St. u. K. im modernen Verfassungsrecht, Jen. Diss., Maschinenschr., 1924; M. Maier, Staatskirchenrecht in Preußen u. Bayern nach der Staatsumwälzung 1918, Heidelb. Diss., Maschinenschr., 1925; E. Rabatz, St. u. K. in der Reichsverfassung 1919, 1926; J. Schmitt, Kirchl. Selbstverwaltung im Rahmen der Reichsverfassung, 1926; J. Löhr, Ist eine staatl. „Kirchenhoheit“ u. eine besondere Staatsaufsicht über die Kirche mit der deutschen Reichsverfassung vereinbar?, 1927; A. M. Koeniger, Zum Kapitel St. u. K., 1927; E. R. Huber, Die Garantie des kirchl. Vermögensrechts in der Weimarer Verfassung, 1927; H. Rieder, St. u. K. nach modernem Verfassungsrecht, 1928; Völlreuter, Die Beiträge des Staates zu den kirchlichen Verwaltungskosten (A. für öffentl. R. N. F.

XV [1928] 1 ff.); H. Wolfarth, Die Staatsaufsicht über das Finanzwesen der Religionsgesellschaften des öffentl. R.s nach deutschem Reichs- u. Landrecht, 1928.

S. 151, Z. 3 von oben füge bei: R. Köstler, Der Aufbau des KR.s (Z. für öffentl. R. VI [1926] 479 ff.); F. Schönsteiner, Kanon. Quellenlehre u. geistl. Standesrecht, 1928; Eppler, Quelle u. Fassung kath. KR.s; siehe oben zu S. 57, Z. 28; Van Hove, Prolegomena 36 ff.; siehe oben zu S. 28, B.

S. 153, Z. 5 von oben füge bei: Eppler a. a. O. 11 ff.; Van Hove, Prolegomena 37 ff.

S. 155, Z. 15 von oben füge bei: Eppler a. a. O. 25 ff.; Van Hove, Prolegomena 51 ff.

S. 156, A. 6 füge bei: K. Brandi, Ravenna u. Rom. Neue Beiträge zur Kenntnis der röm.-byzant. Urkunde (A. für Urkundenforsch. IX [1924] 1 ff.); P. Kirn, Zum Problem der Kontinuität zwischen Altertum u. M.A. (ebd. X [1926] 128 ff.).

S. 159, Z. 16 von oben ist zu bemerken, daß die Acta Ap. Sedis schreiben: Chirographus, Chirographi, nicht: Chirographum, Chirographa.

S. 160, Z. 19 von oben füge bei: Eppler a. a. O. 28 ff.; Van Hove, Prolegomena 55 ff.

S. 162, A. 5 füge bei: Van Hove, Prolegomena 126 f. 188 ff.

S. 165, Z. 22 von oben füge bei: A. Couly, La coutume en droit canon. (Canoniste cont. XLVIII [1926] 426 ff.); R. Wehrlé, De la coutume en droit canon., 1928; Eppler a. a. O. 99 ff.; E. Jung, Das sog. Gewohnheitsrecht als Grundlage der R.squellenlehre (A. für R.s- u. Wirtschaftsphilosophie XXII [1928/29] 227 ff.); M. Rümelin, Die bindende Kraft des Gewohnheitsrechtes u. ihre Begründung, 1929.

S. 170, Z. 16 von oben füge bei: Eppler a. a. O. 45 ff.; Van Hove, Prolegomena 57 ff.

S. 173, Z. 15 von oben füge bei: Van Hove, Prolegomena 58 f.

S. 176, Z. 30 von oben füge bei: Eppler a. a. O. 47 ff.; Van Hove, Prolegomena 79 ff.

S. 178, Z. 30 von oben füge bei: Eppler a. a. O. 79 ff.; G. Renard, La valeur de la loi, 1928.

S. 179, A. 1 füge bei: A. Stang, La notion de la loi dans St Thomas d'Aquin, 1927.

S. 181, A. 1 füge bei: V. Del Giudice, Promulgazione e obbligatorietà della legge canonica, 1927; F. Weyr, Zum Begriff der Promulgation (Z. für öffentl. R. VI [1927] 367 ff.); P. Gillet, De lege data et nondum promulgata (Jus Pontif. VIII [1928] 216 ff.).

S. 182, A. 3 füge bei: M. Vauthier, Sens et application de la règle „Locus regit actum“, 1926.

S. 183, A. 3 füge bei: Schilling, Lehrb. der Moraltheol. I (1928) 137 ff.

S. 184, A. 2 füge bei: S. d'Angelo, Il „Jus quaesitum“ nel diritto canonico, 1922; P. Teste, La rétroactivité des lois en matière d'état et de capacité des personnes, 1928.

S. 184, A. 6 füge bei: Schilling, Lehrb. der Moraltheol. I 139 ff.

S. 185, A. 3 füge bei: A. van Hove, Leges, quae ordini publico consulunt (Ephem. theol. Lovan. I [1924] 153 ff.); R. Le Picard, La notion d'ordre public en droit canon. (Nouv. Rev. théol. LV [1928] 352 ff.); F. S., De sollemnitatibus actuum juridicorum (Periodica de re mor. etc. XVII [1928] 160\* ff.).

S. 185, A. 5 füge bei: Van Hove, La territorialité et la personnalité des lois en droit canon. depuis Gratien jusqu'à Jean Andreae (Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis III [1924] 277 ff.).

S. 186, A. 3 füge bei: Del Giudice, Promulgazione etc.; siehe oben zu S. 181, A. 1; A. Cammarata, Sul fondamento del principio „ignorantia juris non excusat“, 1928.

- S. 187, A. 10 füge bei: E. Wohlhaupter, *Aequitas canonica*, Münch. Diss., Maschinenschr., 1925; D'Angelo, *De aequitate in Codice juris canonici* (Periodica de re mor. etc. XVI [1927] 210\* ff.); Ders., *De aequitate etc.* (Apollinaris I [1928] 362 ff.); E. Hugon, *De epikeia et aequitate* (Angelicum V [1928] 359 ff.).
- S. 187, A. 12 lies: H. de Page, nicht (wie S. 277 fälschl. korrigiert ist): H. de Paye. Füge bei: J. Stroux, *Summum jus summa injuria*, 1926; D'Angelo, *Le lacune nel vigente ordinamento giuridico-canonico*, 1926.
- S. 188, A. 4 füge bei: D'Angelo, *Annotatiunculae in modos, quibus leges canonicae cessant „ab extrinseco“* (Apollinaris I [1928] 238 ff.).
- S. 188, A. 8 füge bei: Del Giudice, *Privilegio, dispensa ed epicheia nel diritto canonico*, 1926; Hugon, *De epikeia etc.*; vgl. oben zu S. 187, A. 10.
- S. 194, A. 9 füge bei: D'Angelo, *Tasse e pensioni nel Codice di diritto canonico*<sup>2</sup>, 1927.
- S. 195, Z. 22 von oben füge bei: Del Giudice, *Privilegio, dispensa usw.*; vgl. oben zu S. 188, A. 8; E. G. Roelker, *Principles of privilege according to the Code of Canon Law*, 1926; D'Angelo, *Fundamentum distinctionis inter privilegium personale et reale* (Apollinaris I [1928] 36 ff.).
- S. 201, A. 4 füge bei: A. Vermeersch, *De formulis facultatum S. C. de Prop. Fide commentaria*, 1922; J. Serra, *Commentarium in facultates formulae tertiae majoris*, 1923; G. Vromant, *Facultates Apostolicae, quas S. C. de Prop. Fide delegare solet Ordinariis Missionum*, 1926.
- S. 203, A. 3 füge bei: J. B. Haring, *Taxen bei Durchführung von päpstl. Reskripten* (Theol.-prakt. Qschr. LXXX [1927] 364 f.); D'Angelo, *Tasse et pensioni usw.*; vgl. oben zu S. 194, A. 9.
- S. 204, Z. 6 von oben füge bei: F. Schönsteiner, *Kanon. Quellenlehre u. geistl. Standesrecht*, 1928; Van Hove, *Prolegomena* 90 ff.
- S. 206, Z. 39 von oben füge bei: E. Jungklaus, *Die Gemeinde Hippolyts*, 1928; Van Hove, *Prolegomena* 91 ff.
- S. 209, Z. 13 von oben füge bei: F. Haase, *Die altchristl. K.gesch. nach orient. Quellen*, 1925; Van Hove a. a. O. 97 ff. [Führt S. 102 ff. neben den Kirchenrechtssammlungen der orthodoxen griech. K. auch die der andern orient. Kirchen auf.]
- S. 211, Z. 2 von oben füge bei: Van Hove, *Prolegomena* 105 ff.
- S. 212, A. 3 füge bei: E. Schwartz, *Acta Conc. oecumen. Tom. I, vol. V, pars prior, fasc. IV, V* (1924 f.) 232 ff.
- S. 213, A. 3 füge bei: A. Amelli, *Spicilegium Casinense complectens analecta ex codicibus Casinensibus*, 1888; A. Strewé, *Der Codex canonum Dionysii Exigui in seiner ersten Ausgabe*, 1920.
- S. 213, A. 4 füge bei: F. Valls-Taberner, *Les collections canoniques a Catalunya durant la época comtal 872—1162* (Festgabe für Finke [1925] 43 ff.).
- S. 214, A. 6 füge bei: W. Levison, *Analecta Pontificia. Neue Bruchstücke der Quesnelschen Sammlung* (Papsttum u. Kaisertum. Festschrift für Kehr [1926] 138 ff.).
- S. 214, A. 7 füge bei: Van Hove, *Prolegomena* 116, A. 5.
- S. 215, A. 2 füge bei: Van Hove, *Prolegomena* 116, A. 6.
- S. 216, A. 2 füge bei: P. Séjourné, *Le dernier Pere de l'Église St Isidore de Séville. Son rôle dans l'histoire du droit canon.*, 1929.
- S. 217, Z. 2 von oben füge bei: G. Baesecke, *Die altdeutschen Beichten* (Beiträge zur Gesch. der deutschen Sprache u. Liter. XLIX [1925] 268 ff.); W. Boudriot, *Die altgerman. Religion der amtl. kirchl. Liter. des Abendlandes vom 5. bis 11. Jhd. (1928) 19 ff.* Weitere Liter. bei Van Hove, *Prolegomena* 118 ff.
- S. 217, Z. 10 von oben füge bei: Lietzmann, *Handschriftliches zu Alkuins Ausgabe u. Sacramentarium* (Jb. für Liturgiewissenschaft V [1925] 68 ff.); J. A. Jungmann, *Die Entdeckung eines vollständigen Ordo Romanus aus dem Jahre 680* (Z. für kath. Th. L [1926] 174 f.); Mohlberg-Baumstark, *Die älteste erreich-*

- bare Gestalt des Liber sacramentorum anni circuli der röm. Kirche, 1927. Weitere Liter. bei Van Hove, *Prolegomena* 121 ff.
- S. 217, Z. 46 von oben füge bei: H. Zatschek, *Die Benützung der Formulae Marculfi und anderer Formelsammlungen in den Privaturkunden des 8. bis 10. Jhdts* (Mittl. des Inst. für österr. Geschfg XLII [1927] 165 ff.); K. Beyerle, *Das Briefbuch Walahfried Strabos* (Hist. Aufsätze A. Schulte gew. [1927] 82 ff.). Weitere Liter. bei Van Hove, *Prolegomena* 124 ff.
- S. 218, A. 1 füge bei: J. Browne, *De libro poenitentiali S. Cummeani abbatis* (Apollinaris I [1928] 484 ff.).
- S. 218, A. 8 füge bei: Zum angebl. *Poenitentiale Romanum* vgl. auch Van Hove, *Prolegomena* 121.
- S. 219, A. 1 füge bei: Weitere Liter. über die *Summae confessorum* bei Van Hove, *Prolegomena* 270 ff.
- S. 220, Z. 9 von oben füge bei: L. Wenger, *Der heutige Stand der röm. Rswissenschaft. Erlebtes u. Erstrebtes*, 1927. Eingehend behandelt das röm. u. german. Recht nach der materiellen u. formellen Seite Van Hove, *Prolegomena* 127 ff.
- S. 221, A. 4 füge bei: Weitere Arbeiten vor allem von Mor u. auch von andern über Sammlungen aus dem röm. R. zu kirchl. Gebrauch bei Van Hove, *Prolegomena* 137 f.
- S. 222, Z. 40 von oben füge bei: Th. Gottlob, *Der abendländ. Chorepiskopat* (1928) 102 ff.; vgl. F. Gillmann in A. für kath. KR. CVIII [1928] 712 ff.
- S. 222, A. 1 füge bei: Van Hove, *Prolegomena* 117.
- S. 229, Z. 10 von oben füge bei: Mor, *Le droit romain dans les collections canon. des X<sup>e</sup> et XI<sup>e</sup> siècles* (Rev. hist. de droit franç. et étrang. Sér. IV, VI [1927] 512 ff.).
- S. 230, A. 1 füge bei die eingeh. Rez. von Koeniger über Fournier, *Études critiques usw.*, in Z. für Rsgesch., kan. Abtl. I [1911] 348 ff.
- S. 230, A. 2 füge bei: Fliche, *La réforme grégorienne. II. Grégoire VII*; J. Gay, *Les Papes du XI<sup>e</sup> siècle et la chrétienté*, 1926; E. Voosen, *Papauté et pouvoir civil à l'époque de Grégoire VII*, 1927; B. Schmeidler, *Kaiser Heinrich IV. u. seine Helfer im Investiturstreit*, 1927.
- S. 231, A. 2 füge bei: E. Pasteris, *Attone di Vercelli*, 1925.
- S. 233, A. 1 füge bei: E. Genzmer, *Quare Glossorum*. Erstausgabe zweier Quare-Sammlungen nebst einer Studie von Emil Seckel. *Gedächtnisschrift für Emil Seckel* (Abhandl. der Berl. Jurist. Fakultät. Nr. 4) (1927) 1 ff.; Van Hove, *Prolegomena* 238 ff.
- S. 235, A. 2 füge bei: Grabmann, *Die Entwicklung der mittelalterl. Sprachlogik* (Mittelalterl. Geistesleben [1926] 104 ff.); M. D. Chenu, „Authentica“ et „Magistralia“. *Deux lieux théologiques aux XII<sup>e</sup> et XIII<sup>e</sup> siècles* (Divus Thomas [Piacenza] XXVIII [1925] 257 ff.).
- S. 235, A. 3 füge bei: Grabmann, *Hilfsmittel des Thomasstudiums aus alter Zeit* (Divus Thomas [Freiburg-Schw.] 3. Ser. I [1923] 13 ff.).
- S. 236, A. 1 füge bei: Gillmann, *Einteilung u. System des Gratian. Dekrets nach den alten Dekretglossatoren bis Johannes Teutonicus einschließlich unter besond. Rücksicht auf Rudolph Sohm: Das altkath. KR. u. das Dekret Gratians* (A. für kath. KR. CVI [1926] 472 ff.; auch separat).
- S. 236, A. 3 füge bei: Brandileone, *Perchè Dante colloca in Paradiso il fondatore del diritto canonico?*; vgl. oben zu S. 31, Z. 22. [Weil er das *forum externum* u. das *forum internum* voneinander trennte, d. h. die Buße im Kirchenrecht an die rechte Stelle setzte.] — Über Gratians Verdienste um das Prozeßrecht E. Jacobi, *Der Prozeß im Decretum Gratiani u. bei den ältesten Dekretisten* (Z. für Rsgesch., kan. Abtl. II [1913] 233 ff.).
- S. 237, A. 1 füge bei: Gillmann, *Die Dekretglosse des Cod. Stuttgart. hist. f. 419* (A. für kath. KR. CVII [1927] 192 ff.). — Van Hove, *Prolegomena* 221 ff. führt die Dekretisten u. Dekretalisten nach den kirchenrechtl. Schriftarten auf.
- Sägmüller, *Kirchenrecht*. 4. Aufl. I. 3.

- S. 237, A. 3 füge bei: Van Hove, Prolegomena 238.
- S. 237, A. 4 füge bei: G. Le Bras, Un second manuscrit de l'Abbreviatio Decreti d'Omnebene (Rev. des scienc. relig. VII [1927] 649 ff.; siehe auch ebd. VIII [1928] 270).
- S. 237, A. 5 füge bei: Gillmann bleibt bei seiner Anschauung über Johannes Faventinus (A. für kath. KR. CVI [1926] 165, A. 1; 519, A. 3).
- S. 237, A. 6 füge bei: G. Morin, Le discours d'ouverture du Concile général de Latran (1179) et l'œuvre littéraire de maître Rufin, évêque d'Assise (aus Atti della Pontif. Accad. di archeologia), 1928.
- S. 239, A. 1 füge bei: Baumgarten, Hispanica. I. Spanische Beiträge zur emendatio Decreti Gratiani (1927) 1 ff.
- S. 239, Z. 34 von oben füge bei: W. Holtzmann, Beiträge zu den Dekretalensammlungen des 12. Jhdts (Z. für R.sgesch., kan. Abtl. XVI [1927] 37 ff.); Ders., Collectio Eberbacensis (ebd. XVII [1928] 548 ff.).
- S. 240, A. 3 lies: Über Sammlungen u. Regesten der Papstbriefe bis Innoz. III., statt: Über Sammlungen u. Regesten der Papstbriefe; am Schluß füge bei: Van Hove, Prolegomena 184 ff.
- S. 240, A. 4 füge bei: Van Hove, Prolegomena 169 ff. Sein Versuch, diese Dekretalensammlungen zeitlich näher zu fixieren, ist wenig befriedigend.
- S. 240, A. 5 füge bei: Gillmann, Magister Silvester als Glossator (A. für kath. KR. CVI [1926] 149 ff.); Ders., Richardus Anglicus als Glossator der Compil. I (ebd. CVII [1927] 575 ff.; auch separat); Ders., Des Cod. Hal. Ye 52 Glossenbruchstück zur Compil. I (ebd. CVIII [1928] 482 ff.; auch separat); Ders., Der Kommentar des Vincentius Hispanus zu den Kanones des vierten Laterankonzils (1215) (ebd. CIX [1929] 223 ff.; auch separat); Ders., Lanfrancus oder Laurentius? (ebd. 456 ff.). Weiteres über die wissenschaftl. Bearbeitung der Compilationes antiquae bei Van Hove, Prolegomena 230 ff.
- S. 241, A. 1 füge bei: A. Toso, De iure Romano in Decretalium Summorum Pontificum partitionibus (Jus Pontif. III [1923] 211 ff.).
- S. 242, A. 4 füge bei: R. P. Mortier, Histoire abrégée de l'Ordre de St Dominique en France (1920) 375; E. Teetaert, La „Summa de poenitentia“ de St Raymond de Penyafort (Ephem. theol. Lovan. V [1928] 49 ff.); Ders., „Summa de matrimonio“ Sancti Raymundi de Penyafort (Jus Pontif. IX [1929] 54 ff.). Weitere Liter. bei Van Hove, Prolegomena 234, A. 5.
- S. 243, A. 2 füge bei: Van Hove, Prolegomena 176.
- S. 246, A. 2 füge bei: Wie die Dekretalisten zu den Compilationes antiquae (S. 230 ff.), so führt Van Hove, Prolegomena 247 ff., auch die Dekretalisten zu den offiziellen Bestandteilen des CJC. nach Schriftarten getrennt auf.
- S. 246, A. 3 füge bei: Van Hove, Prolegomena 246 f.
- S. 246, A. 4 füge bei: Van Hove, Prolegomena 235.
- S. 246, A. 5 füge bei: Van Hove, Prolegomena 250.
- S. 246, Z. 25 von oben lies: Segusio statt: Segusia; A. 6 füge bei: Van Hove, Prolegomena 249 f.
- S. 246, A. 7 füge bei: Van Hove, Prolegomena 258.
- S. 247, A. 1 füge bei: Van Hove, Prolegomena 253.
- S. 247, A. 2 füge bei: Van Hove, Prolegomena 252.
- S. 247, A. 3 füge bei: Van Hove, Prolegomena 262.
- S. 247, A. 4 füge bei: Van Hove, Prolegomena 262 f.
- S. 249, A. 3 füge bei: Van Hove, Prolegomena 194 f.
- S. 249, A. 4 füge bei: Baumgarten, Neue Kunde von alten Bibeln I (1922) 258 f.; II (1927) 42 ff.; Van Hove, Prolegomena 195.
- S. 250, A. 1 füge bei: G. Wilke, Röm.-rechtl. Einflüsse auf die R.sentwicklung im brit. Weltreich (A. für R.s- u. Wirtschaftsphilosophie XX [1926/27] 293 ff.); Van Hove, Prolegomena 278.

- S. 251, A. 1 füge bei: R. Ösche, Luther u. das Recht (Zeitenwende I [1925] 288 ff.).
- S. 253, Z. 27 von oben füge bei: Actes de Benoît XV, Paris 1924 ff.
- S. 254, Z. 10 von oben füge bei: Coram Lega habitae S. R. Rotae decisiones seu sententiae etc. (1909—1914), 1927.
- S. 254, Z. 29 von oben füge bei: Van Hove, Prolegomena 205 ff.
- S. 255, Z. 18 von oben füge bei: M. Bierbaum, Diözesansynoden des Bistums Münster, 1928.
- S. 259, Z. 15 von oben füge bei: Eppler, Quelle u. Fassung des kath. KR.s 3 ff.; Van Hove, Prolegomena 335 ff.
- S. 260, A. 3 füge bei: Pastor, Gesch. der Päpste XI<sup>7</sup> (1927) 478 f.; XII<sup>7</sup> (1927) 161; G. Mercati, Opuscoli inediti del B. Card. Giuseppe Tommasi, 1905; Baumgarten, Hispanica I (1927) 48 ff.
- S. 262, A. 3 füge bei: Codicis Juris Canonici Fontes, Vol. I ist bereits in 2. Aufl. erschienen; V. del Giudice, Del diritto d'autore e del divieto di reimpressione e traduzione riguardo al Codex Juris Canonici, 1921; H. J. Cicognani, Nomen Codicis (Apollinaris I [1928] 384 ff.).
- S. 263, Z. 4 von oben füge bei: A. Ortscheid, Essai concernant la nature de la codification et son influence sur la science juridique d'après le concept du Code de droit canonique, 1922; G. Müller, Das neue Rechtsbuch der kath. Kirche, 1928; Van Hove, Prolegomena 342 ff.
- S. 264, A. 3 füge bei: Van Hove, Prolegomena 344 f.
- S. 266, A. 4 füge bei: Nach Erklärung der Comm. Pontif. v. 2./3. Juni 1918, Nr. 6 (Acta Ap. Sedis X [1918] 346) hat der CJC. keine rückwirkende Kraft; vgl. auch N. J. Neuberger, Canon 6 or the relation of the Codex Juris Canonici to preceding legislation, 1927.
- S. 267, Z. 11 von unten füge bei: C. Sartori, Enchiridion canonicum seu S. Sedis responsiones post editum Codicem Juris Canonici, 1926; F. Cimetier, Pour étudier le Code de droit canonique. Introduction générale. Bibliographie. Réponses et décisions. Documents complémentaires, 1917—1927, 1927; R. Hülster, Codicis Juris Canonici interpretatio authentica seu Collectio responsorum Pontificiae Commissionis ad Codicis canones authentice interpretandos, 1928; R. Perez, Decisiones Pontificiae ad canones Codicis Juris Canonici, 1928.
- S. 268, Z. 17 von oben füge bei: W. Corsten, Sammlung kirchl. Erlasse, Verordnungen u. Bekanntmachungen für die Erzdiözese Köln, 1929.
- S. 269, Z. 8 von oben füge bei: A. Mercati, Raccolta di Concordati su materie ecclesiastiche tra la Santa Sede e le Autorità Civili, 1919; A. Giannini, I Concordati postbellici, 1929.
- S. 269, Z. 9 von oben lies (Lettland) statt: Litauen.
- S. 269, Z. 10 von oben füge bei: Acta Ap. Sedis XIX (1927) 426 ff. (Litauen); XXI (1929) 209 ff. (Italien); XXI (1929) 441 ff. (Rumänien); XXI (1929) 521 ff. (Preußen).
- S. 269, Z. 23 von oben füge bei: W. Neidhardt, Ein Vergleich zwischen dem bayr., poln. u. lett. Konkordat, Erl. Diss., Maschinenschr., 1926; F. Gaeb, Das bayr. Konkordat mit dem Hl. Stuhl v. 29. März 1924, Köln. Diss., Maschinenschr., 1926; A. Eichhorn, Das bayr. Konkordat v. 29. März 1924 u. die Weimarer Verfassung, Würzb. Diss., Maschinenschr., 1926; H. Mühlhaus, Das bayr. Konkordat u. die Schule, Würzb. Diss., Maschinenschr., 1926; F. X. Kiefl, Kritische Randglossen zum bayr. Konkordat, 1926; F. Hütteroth, Das bayr. Konkordat von 1924 im Verhältnis zu der Reichsverfassung, Marb. Diss., Maschinenschr., 1927; E. Bayr, Die kath. Kirche in ihren Ansprüchen auf die Volksschule nach kirchl. Recht u. ihre R.sstellung auf dem Gebiet des bayr. Volksschulwesens vor u. nach dem Konkordat von 1924, 1927; F. Böhm, Das Verhältnis von K. u. St. in Bayern nach dem Konkordat v. 24. Januar 1925 (sic!), 1927; K. D. Schott, Sind die bayr. Kirchenverträge

des Jahres 1924 rechtsgültig?, 1928; A. Hofmann, Das Recht der Religionsgesellschaften in Bayern, 1928; H. W. L. Doering, St. u. K. in Bayern. System des bayr. Staatskirchenrechts, 1928 ff.; G. Ohlemüller, Beleuchtung der Konkordatsfrage, 1928.

S. 269, Z. 34 von oben füge bei: K. Israel, Reich — Staat — Kirche, 1926; vgl. oben zu S. 139, A. 3.

S. 269, Z. 36 von oben füge bei: E. Schneider, Die heutige R.skraft der Bulle „De salute animarum“ (Theol. u. Glaube XVIII [1926] 805 ff.); P. A. Luxemburger, Die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentl. R.s im Freistaat Preußen, 1926; M. Bierbaum, Vorverhandlungen zur Bulle „De salute animarum“ (1927) 44 ff.; L. Gschwändler, Die Religionsgesellschaften in ihrem Verhältnis zum Staat nach preuß. Recht, 1927.

S. 269, Z. 37 von oben füge bei: G. Langer, Landesherrliches Patronatsrecht u. staatl. Oberaufsichtsrecht gegenüber der kath. K. Sachsens, 1929.

S. 270, Z. 11 von oben füge bei: Jemolo, Elementi di diritto ecclesiastico, 1927. S. 248 f. kann J. auf die begonnene Revision des italien. KR.s hinweisen, die 1929 im Konkordat in tief eingreifender Weise eingetreten ist. Über die alsbald darüber entstehende reiche Liter. vgl. Ephem. theol. Lovan. VI (1929) 788 ff.

S. 283, A. 2 füge bei: Vgl. auch Staatslexikon<sup>5</sup> s. v. Austritt aus der Kirche.

S. 285, A. 2 am Schluß lies: Cod. Jur. Can. supplementum (1925) statt: Supplementum Cod. Jur. Can. (1924).

S. 289, A. 12 lies: S. 285, A. 1 statt: S. 288, A. 1.

S. 308, Z. 11 von unten lies: CJC. Documenta. Doc. I statt: Documenta, Nr. I.

S. 308, Z. 5 von unten lies: Maroto, Instit. jur. can. I<sup>2</sup> statt: Maroto, Instit. jur. can. I<sup>2</sup>.

S. 310, Z. 17 von oben lies: Die allgem. Normen statt: Die Normae generales.

S. 311, Z. 3 von oben füge bei: F. Spies, De l'observation des simples conventions en droit canonique, 1928.

S. 318, A. 2 füge bei: J. Haring, Die affectio Papalis (A. für kath. KR. CIX [1929] 145 ff.).

S. 324, A. 2 lies: Syn. Chalced. a. 451 statt: 951.

S. 326, A. 2 am Schluß lies: Pastor, Gesch. der Päpste X<sup>7</sup> 98 ff.; XI<sup>7</sup> 425 ff.; XII<sup>7</sup> 192 ff.; XIII<sup>7</sup> 600 ff. u. füge bei: XIV<sup>7</sup> 134 ff.

S. 327, Z. 8 von unten füge ein: Vgl. Acta Ap. Sedis XXI (1929) 521 ff.

S. 334, A. 10 füge bei: Über den staatlich geltenden Schutz der geistl. Kleidung siehe StGB. § 360, Z. 8 11.

S. 349, A. 1 füge bei: N. Didier, La garde des églises au XIII<sup>e</sup> siècle (1927) 175 ff.

S. 355, A. 1 füge bei: B. Ojetti, In Canonem 123 (Jus Pontif. VIII [1928] 199 ff.).

S. 360, A. 3 lies: XXXIV statt: XXIV.

S. 360, A. 4 füge bei: J. Vincke, Der Klerus des Bistums Osnabrück im späteren MA., 1928.

S. 360, A. 7 lies: Prozeßverfahren statt: Profeßverfahren.

S. 361, A. 4 füge bei: G. Forchielli, Collegialità di chierici nel Veronese (Estratto dall' Archivio Veneto), 1928 ff.

S. 366 mitten lies: Bened. XIV., De syn. dioec. l. XI, c. 10, n. 6 ff. statt: C. XI.

S. 368, Z. 1 von oben lies: kirchlicher statt: kirchlichen.

S. 370, A. 4 mitten lies: S. C. pro neg. eccles. extraord. statt: S. C. super neg. eccles. extraord.

S. 370, A. 5 füge bei: L. Koplér, Klerus u. Politik (Theol.-prakt. Qschr. LXXXII [1929] 15 ff.).

S. 372, A. 3 am Schluß lies: A. 2 statt: A. 1. Ebd. füge bei: G. Vromant, De negotiatione clericis et religiosis interdicta (Jus Pontif. VIII [1928] 202 ff.).

S. 375, Z. 15 von oben ist: Loening, Gesch. des deutschen KR.s usw. zu entnehmen u. unten Z. 29 vor: Funk, Der Zöl. usw., einzustellen.

S. 376, Z. 30 von oben ist ein Gedankenstrich zu machen vor: Weitere Liter. unten S. 382, A. 1.

S. 378, A. 5 lies: Lougear statt: Lugear.

S. 382, A. 3 füge bei: H. Bastgen, Talleyrands Aussöhnung mit der Kirche (Hist. Jb. XLVIII [1928] 42 ff.).

S. 384, A. 4 lies: Ders., Zur Gesch. des Bursfelder Breviers (Stud. u. Mitt. zur Gesch. des Benediktinerordens u. seiner Zweige XV [1928] 49 ff.) statt: (ebd. XLVI [1928] 175 ff.).

S. 385, A. 2 füge bei: Pastor, Gesch. der Päpste XIII<sup>7</sup> 595 ff.

S. 390, A. 2 füge bei: Van Hove, Prolegomena 344 f.

S. 407, A. 3 lies: Schreiter statt: Schreiber.

S. 408, A. 2 lies: S. 283, A. 2 statt: S. 283, A. 1.

S. 419, A. 2 lies: Can. 188, 2<sup>o</sup> statt: Can. 188, 2.

S. 419, A. 3 lies: Can. 188, 3<sup>o</sup> statt: Can. 188, 3.

S. 425, Z. 29 von oben lies: Daher konnte sie in der Folgezeit der Bischof vornehmen statt: Daher konnte es in der Folgezeit der Bischof gestatten.

S. 434, A. 4 füge bei: Für die Meinung Eichmanns tritt neuerdings auch K. Hofmann, Die freiwillige Gerichtsbarkeit (jurisdictio voluntaria) im kanon. Recht, 1929, ein.

S. 427, Z. 26 von oben füge bei: De potestate delegata ad universitatem causarum deque ejus subdelegabilitate (Jus Pontif. VIII [1928] 183 ff.).

S. 429, A. 1 am Schluß lies: Can. 198, § 1 statt: Can. 195, § 1.

S. 438, Z. 21 von oben füge bei: B. T. d'Argenlieni, La doctrine d'Albert le Grand sur le caractère sacramental (Rev. Thomiste XI [1928] 295 ff.).